



Widerstand gegen Erpressung von Gruhl & Co S. 8-9

# Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 178 2.6.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2.-

## Südkorea: Volksaufstand niedergeschlagen

Fast eine Woche lang hatte die Bevölkerung der südkoreanischen Provinzhauptstadt Kwangdschu dem Regime die Macht entzogen. Nachdem in der Stadt stationierte Fallschirmjäger brutal gegen demonstrierende Einwohner vorgegangen waren, die gegen Diktatur und Kriegrecht protestiert hatten, kam es zur Explosion. Erstmalig in der neueren Geschichte Südkoreas kontrollierten bewaffnete Einwohner ihre Stadt, nachdem sie sich zuvor aus Waffenarsenalen mit Panzerfahrzeugen und Waffen versorgt hatten. Die gesamte Bevölkerung in Kwangdschu unterstützte die Aufständischen. An diesem Wochenende wurden 200.000 mehr teil (bei 800.000 Einwohnern!). Mit der Unterstützung des US-Oberkommandos wurde die Stadt schließlich vom Militär zurückerobert. Gefangene wurden brutal mißhandelt. Inzwischen haben die Generäle, an der Spitze der im Vietnamkrieg auf US-Seite erprobte Chun Du Hwa, ihre Macht auch durch Einsetzung einer neuen Regierung institutionell abgesichert. Doch viele der Aufständischen haben sich mit den erbeuteten Waffen vor dem Sturm der Stadt abgesetzt. Der Kampf wird weitergehen!

Fortsetzung auf Seite 43



IN DIESER  
AUSGABE:

### Rock gegen Rechts

Kein NPD-Treffen  
in Frankfurt und  
auch nicht anderswo!

Die Vorbereitungen für das Rock gegen Rechts-Festival in Frankfurt am 14./15. Juni laufen auf Hochtouren. Bei der NPD ist angesichts der erwarteten antifaschistischen Massenmobilisierung schon jetzt die Entscheidung gefallen, ihr geplantes „Deutschland-Treffen“ am 17. Juni in Frankfurt gar nicht erst zu versuchen. Stattdessen will die NPD offenbar in den „Raum Eschwege“ (Nordhessen) ausweichen. Auch dort werden aber bereits antifaschistische Aktionen vorbereitet.

Seiten 2, 3

### »Rassenunruhen« in den USA und Südafrika

Mit Massenrevolten und militanten Aktionen wehrt sich die schwarze Bevölkerung der USA gegen Diskriminierung und Ausbeutung. Mindestens 15 Tote und Hunderte von Verletzten gab es bei einer Revolte in Miami. Man spricht von den „schwersten Unruhen“ seit dem Aufstand der schwarzen Ghettos Ende der 60er Jahre.

Seiten 40, 41

Neue Massenkämpfe der schwarzen und Mischlingskinder Südafrikas gegen die Diskriminierung an den Schulen. 100.000 streikten. Die weißen Rassisten antworteten mit Terror und Mord.

Seite 42

Hasch: »Legalize it«?

### Hasch: »Legalize it«?

Das Gesundheitsministerium bezeichnet ES als „verabscheuungswürdigen Angriff auf das Schutzgut „Volksgeundheit““, für den Bremer LKA-Chef paßt ES „in die Landschaft der Illusionen und Utopien“. 200.000 Bundesdeutsche rauchen ES täglich, seit einem Jahr wird über die Aufhebung seines Verbots diskutiert. In diesem AK mit einem Beitrag zur Freigabe von Hanf und einem Interview mit dem Autor des „Haschisch-Kochbuchs“.

Seite 35

### Grüne vor Dortmund Wenig Chancen für Gruhl & Co.

Der Versuch rechter und „links“-ökologischer Grüner, die Partei mit einer Spaltungsdrohung zu erpressen, hat bisher eher das Gegenteil bewirkt: Ein Zusammenrücken der anderen Kräfte der Grünen Partei und eindeutige Verurteilungen der Spaltungsmannöver. Zu diesem Thema diesmal im AK: Interviews mit A. Haublieter (Bundesvorsitzender der Grünen), E. Hopfmeister (AL Westberlin), K. Hoffmeister (Grüne Niedersachsen) und H. Schulz (Landesvorsitz NRW der Grünen). Außerdem dokumentieren wir im Wortlaut die Stellungnahme des Landesvorstands Hamburg der Grünen gegen die Spaltungsmannöver.

Seiten 6, 9

### Diskussion über »Schrei aus der Stille«

Vor einigen Wochen ist dieser Film über Vergewaltigung und ihre Folgen in den Kinos der BRD angelaufen. Innerhalb der Frauenbewegung gehen die Meinungen darüber ziemlich auseinander. Wir veröffentlichen in diesem AK erste Eindrücke und Diskussionsbeiträge. Die Diskussion soll fortgesetzt werden.

Seiten 24, 25

## Von Chile bis Bonn: Die Freie Welt boykottiert Moskau

Im Januar präsentierte der US-Farmer Carter die Forderung, die „freie Welt“ möge die olympischen Sommerspiele in Moskau boykottieren. Der Boykott sollte Moskau zeigen, daß sich die „freie Welt“ derart „barbarische

Interventionen“ wie in Afghanistan nicht länger bieten lasse. Die „freie Welt“ nahm diesen Boykott-Aufruf ernstlich zur Kenntnis. Bereits am 14. April konnte Axel Springer, einer der berühmtesten Sprecher der „freien

Welt“ für diese verkünden: „Aus für Olympia!“ („Bild“, 14.4.). Und: Die Versuche des Kremls, „mit allen Mitteln die Front der Olympia-Gegner aufzuweichen“ um trotz Boykott „Moskauer „Friedensspiele“ zu ma-

chen, auf daß die Welt darüber Afghanistan vergesse“, ist gescheitert („Hamburger Abendblatt“, 9.5.80).

Zwar hielten einige europäische

Fortsetzung auf Seite 3

## Da staunt die Justiz: Fritz Teufel präsentiert Alibi

Seit September 1975 sitzt Fritz Teufel in U-Haft. Seit April 1978 schleppt sich der Prozeß gegen ihn und andere angebliche Mitglieder einer „Gruppe 2. Juni“ dahin. Am 27. Mai 1980 endlich zog der bekannte Späßvogel Fritz Teufel den Joker aus dem Armel: Er präsentierte für die ihm vorgeworfenen Aktivitäten (Lorenz-Entführung, Drenckmann-Erbschießung, diverse Banküberfälle u.a.) ein einwandfreies Alibi. Fritz hat damals unter dem Namen Jörg Rasche in Essen gearbeitet und gelebt!

Er hat sich diesen Spaß erlaubt bis nach dem Phdoyer des Staatsanwalts aufbewahrt: Dieser forderte für den Hauptangeklagten R. Reindern lebenslänglich und für Fritz und vier weitere Angeklagte 15 Jahre Knast.

Diese pfundige Überraschung blamiert die Bundesanwaltschaft total. Beleuchtet sie doch, wie Beweisführungen und Verurteilungen in „Terroristen-Prozessen“ gewöhnlich zustande kommen. Wie Fritz Teufel dazu am 27.5. richtig sagte, „genügen rasche Indizien und kühne Konstruk-

tionen, um jeden zu verurteilen, der seine Unschuld nicht beweisen kann oder mag und der sich von Aktionen, die Gegenstand der Prozesse sind, nicht distanzieren mag“ Nicht die Justiz hat in solchen Prozessen die Schuld des Täters zu beweisen, sondern allenfalls der Täter seine Unschuld. Generell gilt: Wer erst mal als „Terrorist“ in U-Haft sitzt, muß auch verurteilt werden – und sei es nur zur Ehrenrettung der Justiz. Massive Vorverurteilung in der Presse ist fester Bestandteil aller wichtigeren politischen Prozesse. Wie selbstverständlich wird vor Gericht entlastende Fakten nicht nachgegangen (wie bei Teufel), entlastende Tatzeugen von VS, BKA, LKA werden verheimlicht (wie bei Astrid Proll) oder erhalten keine Aussage-Genehmigung (wie im Schmücker-Vorfahren).

Wahr und ermutigend ist aber auch, daß es immer wieder Genossen wie Fritz Teufel gibt, die konsequent und überlegt und obendrein noch so mitreißend spöttisch gegen die Verlogenheit und die scheinbare Allmacht der Klassenjustiz angehen.

Fortsetzung auf Seite 20



1500 Frauen  
beim § 218-Tribunal

Bericht  
auf Seite 28



## IN DIESER AUSGABE:

### »Schwules Pfingsttreffen« von Lehrern und Erziehern

Anti-schwuler Schwachsinn in BRD-Schulbüchern ist immer noch keine Ausnahme. Lehrer und Erzieher, die ihr Schwulsein nicht verheimlichen und verstecken, haben mit Schikanen bis hin zum Berufsverbot zu rechnen. Ein Treffen schwuler Lehrer und Erzieher über Pfingsten in Hannover gab Gelegenheit, über gemeinsame Erfahrungen und Widerstand zu diskutieren.

Seite 30

### NPD will von Ausländer-Diskriminierung profitieren

Mit einer „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ versucht die total heruntergewirtschaftete NPD massenwirksame Propaganda zu treiben. Sie verläßt sich dabei auf die traditionellen rassistischen und nationalistischen Stimmungen bei erheblichen Teilen der BRD-Bevölkerung. Die Ausländer-Diskriminierung durch Presse, Polizei, Behörden ist der beste Nährboden für solche verbrecherischen Kampagnen der Neonazis.

Seite 18, 19

### Gesundheitstag 1980

Über 10.000 Gesundheitsarbeiter/innen und Interessierte diskutierten fünf Tage in über 300 Veranstaltungen auf dem Gesundheitstag (14.-18. Mai) in Westberlin. Unter den neun inhaltlichen Schwerpunkten waren Themen wie Medizin und Nationalsozialismus, Situation der Frauen im Gesundheitswesen, Kinder, Psychiatrie, alternative Heilmethoden. Ausführliche Berichte in diesem AK:

Seiten 32 - 35

### „Aktion gegen Rüstung und Atom“ am 16. und 17. Juni in Mainz

Zur Debatte steht u.a. ein Vor-

### „Aktion gegen Rüstung und Atom“ am 16. und 17. Juni in Mainz

Zur Debatte steht u.a. ein Vorschlag des BBU, eine Anti-Atom-Demonstration im Herbst 1980 von einer „zivilen“ atomaren Anlage (z.B. Müllheim Klärlich) zu einem militärischen Standort mit Atomraketen (z.B. Koblenz und Umgebung) durchzuführen. Auf der Konferenz soll die praktische Vorbereitung der Demonstration geplant werden. Die Teilnehmer sind aufgerufen, Standortvorschläge und Ideen für die Ausgestaltung der Demonstration insbesondere für die politischen Inhalte und deren Ausdruck in Slogans mitzubringen. Als Rahmen soll der Slogan dienen: - ATOMKRAFTWERKE UND ATOMWAFFEN - GEMEINSAM ABSCHAFFEN! Das Treffen findet statt in Zusammenarbeit mit der Bi Mainz/Wiesbaden in Mainz, Neuer Saal im Kurfürstlichen Schloß (5 min vom Bahnhof).

Das Treffen beginnt am 16.6. um 20.00 Uhr mit einer Podiumsdiskussion „Ist der Frieden noch zu retten?“, eingeladen wurden: Prof. Ebert, Ulrich Albrecht, Herve Ott, Helga Sanders, Roland Vogt, Hans Bubenzer, Eva-Maria Bannach-Epple, Carsten Voigt und General Bastian.

Am 17.6. um 9.00 Uhr beginnt die Vorbereitungsdiskussion für die Demonstration.

#### Vorgeschlagene Komplexe:

- Ökologie und Frieden
- Der atomare Kreislauf und die Kriegsgefahr
- Kriegsgefahr in Europa
- Widerstandsaktionen gegen Atomanlagen und militärische Rüstung

Die Koordinierung und Anmeldung soll über die BBU-Geschäftsstelle laufen (Hellerbergstr. 6, 75 Karlsruhe 21, Tel. 0721/574248).

Arbeitspapiere sollen bis zum 5.6. gesammelt werden und an die Teilnehmer geschickt werden.

Die TAZ hat angeboten, vorher eingehende Beiträge in der TAZ abdruckend, (an die TAZ-Redaktion z.Hd. Manuel Bohn).

## Frankfurt/M 1980

14. - 17. Juni

Antifaschistische Veranstaltungen  
Demonstration und Kundgebung

## Rock-Festival

Rock  
gegen  
Rechts

FRANKFURT '80

# NAZIS RÜCKT

### 14. und 15.6. Open Air-Festival Rebstock ab Samstag 13 Uhr

Gruppen/Musiker	Steel pulse
Sessionsband mit Alexis Korner	Rodgau monolops
Seclury 27th with Tom Robinson	Candeggina Gang
Gränni Smiss	Mon Dyh
Checkpoint Charly	Hansaplast
Embryo + Munju	Charge
Pimpernelia Paprika	Müsi
Floh de Cologne	Kallwetterfront
Schröders Roadshow	Radfahrer absteigen

Kinder- und Jugendtheater im Theaterzelt  
Klappmull Puppentheater Mobiles Jugendtheater Baustelle

### 16.6. Theatergruppen und Liedermacher

In Frankfurter Jugend- und Kulturzentren mit Hannes Wader, Nacht-Schicht, Mobiles Einsatz Theater, Captain Sperrmüll, Theater Collage, Rosa Luste, Clown gegen Rechts, Mailänder Theatergruppe, Türkische Folklore

### 17.6. Sternmarsch zur Kundgebung auf dem Römer (DGB, Kirchen, Stadtjugendring 11 Uhr)

Treffpunkte: Festplatz am Ratsweg (9.30 Uhr)  
U-Bahnhof Weiber Stein (9.30 Uhr)  
Rebstockgelände (10.00 Uhr)  
Schillerstr. Sachsenhausen (10.00 Uhr)  
Universität (10.00 Uhr)

### 17.6. Eschwege (Nordhessen) 9 Uhr

Demonstration gegen das „Deutschlandtreffen“ der NPD

Übernachtung vom 16. auf dem 17.6.  
Rock gegen Rechts - Zeltlager in Eschwege

### Schröders Roadshow Radfahrer absteigen

Kinder- und Jugendtheater im Theaterzelt SOG 2  
Klappmull Puppentheater Mobiles Jugendtheater Baustelle

### „Deutschlandtreffen“ der NPD

Übernachtung vom 16. auf dem 17.6.  
Rock gegen Rechts - Zeltlager in Eschwege

Der Rasen auf dem Frankfurter Rebstockgelände ist vorsorglich gemäht worden. Drucker müssen jetzt auf ihr Wochenende verzichten und Brauereien größere Bierkapazitäten freimachen. Für ein erstklassiges Musik- und Theaterprogramm werden die letzten Verhandlungen getroffen. Am 29.5. gab das Ordnungsamt Frankfurt grünes Licht für das Gelände am westlichen Stadtrand: Die Durchführung des Rockfestivals sei „unproblematisch“. Auch im Nordhessischen (Eschwege) wird eine Genehmigung in der ersten Juni-Woche erwartet. Für die Mitte des Monats stattfindenden Veranstaltungen des Aktionsbündnisses Rock gegen Rechts, des DGB, der Kirchen und des Stadtjugendrings in Frankfurt sowie des antifaschistischen „Eschwege-Bündnisses“ im Werra-Meißner-Kreis sind die Vorbereitungen in die Endphase getreten. Erwartet werden „Schwule, Chaoten, Gewerkschafter“ (Helmut Lenz, Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse in Hessen, über RGR), „Jazzveteranen und Pop-Pimpfe“, ewige Ostermarschierer und Politclowns, „K-Sektierer“, „DKP-Altvordere“, „die akustische APO“ (alles „Die Welt“ über RGR), selbstverständlich „Ratten und Schweißfliegen“ (FJS), „Hanswurste, Latzhosen, Lesben“ („rundy/Deutschlands größter Musik- und Mediendienst“) usw. - vor allem aber Jugendliche aller Altersklassen. 35 Jahre nach Kriegsende wird es möglicherweise zur größten antifaschistischen Mobilisierung kommen, die die BRD jemals gesehen hat.

Bekanntlich gibt es in der Geschichte immer wieder Elemente von Komik. Ein solches ist auch, daß ausgerechnet der sogenannte „Tag der deutschen Einheit“ zum Anlaß geworden ist, gegen rechts zu demonstrieren - eine Entwicklung, die sicher nicht im Sinne der Erfinder ist. Wer diese Wandlung verstehen will, der soll sich berichten lassen vom braunen Spuk der NPD - „Deutschlandtreffen“ die in den siebziger Jahren in Frankfurt stattgefunden haben. Der soll sich von Leuten, die es miterleben mußten, schildern lassen, wie es ist, wenn „sie“ wieder marschieren: drei-, vier- oder fünftausend Nazis mit ihren Schlachtrufen für „Deutschland“ und ihrer unverkennbaren Bereitschaft, einmal, „wenn es wieder so weit ist“, all das suszurollen, was in ihren Augen „nicht normal“ oder „minderwertig“ ist. Erinnern wir noch einmal daran: an die Überfälle schlagholz-bewaffneter NPD-„Ordner“ auf Antifaschisten am Stras-

senrand, an die alten PG's, die mit dem Krückstock hinterherstürzten, um vielleicht noch eine flüchtende Frau in den Rücken zu treffen, an die erschrockenen Gesichter der herumstehenden Bürger, an die denzi wegblickenden Bullen. An die zum Hitler-Gruß gereckten Arme beim Absingen des „Deutschlandliedes“, an die umherstreichenden Jungfaschistentrupps, die einmal im Jahr auf ihre Kosten kommen wollen, an das freundliche Bedauern der Justiz („die beschuldigten Teilnehmer der NPD-Demonstration konnten nicht strafrechtlich verfolgt werden, da sie aus dem Ausland kamen“), an die Wasserwerfer und Polizeiknüppel, mit denen der Frankfurter Römerberg für die Faschisten freigemacht wurde. Ein ganzes Jahrzehnt hat es gedauert, bis die gesamte Frankfurter Linke wie auch der DGB, unterstützt von Antifaschisten aus ganz Westdeutschland, diesem Treiben mit ROCK GEGEN RECHTS ein Ende machen konnten.

Als am 16.6.79 dann rethausende trotz eines Demonstrationsverbotes und nach einem beispiellosen Nervenkrieg die Innenstadt besetzten, und die NPD vor den Toren bleiben mußte, da war klar, daß der Kampf weitergehen würde, bis es keine „Deutschlandtreffen“ und keine faschistische Partei mehr gibt.

Heute, ein Jahr danach, hat die NPD die Parole „Frankfurt wird die erste nationaldemokratische Stadt Deutschlands“ aus ihrem Repertoire gestrichen. Denn am Main haben sich sogar die Kirchen aufgeteilt, um an der Seite des DGB ihre Ablehnung des Faschismus kundzutun. Zwei Wochen vor dem 17. Juni wahrte die NPD in der Öffentlichkeit immer noch striktes Schweigen über den von ihr geplanten Austragungsort für ihr diesjähriges „Deutschlandtreffen“. Intern mobilisiert sie für den „Raum Eschwege“. Die Unmöglichkeit, sich in einer westdeutschen Großstadt zu treffen, versucht sie dadurch weitzumachen, daß sie ihren Mitgliedern eine Kundgebung „in Sichtweite der Zonengrenze“ anbietet. Aber auch dort haben Antifaschisten massiven Widerstand angekündigt. Was die antifaschistische Mobilisierung angeht, haben sich erfreuliche Veränderungen ergeben, mit denen man vor nicht allzu langer Zeit noch nicht rechnen konnte.

Denn heute haben wir heute eine Situation, die die Faschisten wieder hoffen läßt. Straußens Kanzlerkandidatur und Schmidts Kriegspolitik - oder auch die erklärte Kapitulation der DGB-Spitze gegenüber beiden - könnten für die äußerste Rechte wieder bessere Bedingungen schaffen. Der Neofaschismus ist nicht die einzige Spur, die in das Dritte Reich zurückführt. Manche andere Spur läßt sich heute - bei Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Krise - deutlicher als je zuvor zurückverfolgen: Ob man das am Wehrmachtssoffizier Schmidt oder am Jungvolkführer Vetter, an Verfassungsrichtern, Bundeswehrgenerälen oder Sportfunktionären personell festmacht. So versucht denn auch die NPD,

die Zeichen der Zeit für sich zu nutzen. Mit der von ihr geplanten „Wiedervereinigungs“-Veranstaltung will sie Öl in ein bereits munter brennendes Feuer gießen. Das der Kriegshetze und gezielten Eskalation der Ost-West-Spannungen, wie sie von den Herrschenden betrieben wird. Wer allerdings glaubt, eine Faschistenprovokation an der DDR-Grenze ginge der SPD/DP-Koalition nun doch ein Stück zu weit, der weiß noch in längst vergangenen „Entspannungs“-Zeiten.

Sprüche über die Bedeutung, die man nach wie vor den innerdeutschen Beziehungen beimessen, hindern die Sozialliberalen keineswegs daran, für das braune Gruselkabinett tausende von Bundesgrenzschützern und Polizisten aufzufahren, ohne deren Schutz sich die NPD sowieso nicht versammeln könnte. Allenfalls ein spürbares „Grimmen“ von unten könnte sie davon abhalten. Wenn sich westdeutsche Antifaschisten in diesem Fall schützend vor die DDR stellen, so geschieht das ganz gewiß nicht, weil sie diesen Staatgebilde besonders freundschaftlich verbunden wären. Sondern es geschieht, weil sie dem Provokations- und Aggressionskurs der Rechten Einhalt gebieten wollen. Rock gegen rechts ist in diesem Jahr auch ein Stück aktive Friedenspolitik.

KB/ Gruppe Frankfurt

\*\*\*\*\*

### Ost - West - Verständigung

„Es passierte überhaupt öfters, daß versprochene Gespräche nicht zustande kamen, oder die Gruppe auf Ablehnung seitens der Bevölkerung stieß. So auch im Jugendheim von Auschwitz, der nächsten Station, wo die politischen Gäste ordnungsgemäß auf Kontakte verzichten. Anders ein Gespräch bei der sozialistischen Jugend, die nach dem erschütternden Besuch im Lager zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen hatte. Anfangs beruhte hier ein gewisses Mißtrauen auf den Berichten von neonazistischen Vorfällen in Deutschland.“

Erst Berichte von den eigenen Bemühungen, von Rock gegen rechts und von den Gegendemonstrationen am 17. Juni konnten einige Vorurteile aufheben“ (aus „Offenbach-Post“, Nr. 118; Bericht der evangelischen Jugend Rodgau über eine Fahrt zu den KZ-Gedenkstätten in der DDR, Polen und CSSR).

## Infos

## Infos

### Uneingeschränktes Demonstrationsrecht I

fordert das Aktionsbündnis Rock gegen rechts für die Durchführung eines Sternmarsches in Frankfurt am Morgen des 17.6. zum Römerberg. Wie im Vorjahr ist geplant, aus Frankfurter Stadtteilen zur Kundgebung des DGB, der Kirchen und des Stadtjugendrings hinzumarschieren. Ebenfalls wie im Vorjahr wird dieser Sternmarsch mit Verbotsdrohungen belegt. Angeblich sollen nur zwei Demonstrationszüge genehmigt werden. Wallmanns Taktik stinkt. Sie stinkt danach, daß versucht wird, einen Teil der Stadt von Antifaschisten „freizuhalten“. Fragt sich nur für w o n ? Die NPD hat inzwischen öffentlich erklärt, auf ihre (vor zwei Jahren getätigte) Anmeldung des Römerbergs verzichten zu wollen. Sie werden aber noch „einen anderen Platz in der Innenstadt“ anmelden. Gleichzeitig bekräftigte der NPD-Sprecher die Eschwege-Pläne seiner Partei („FR“, 21.5). Wenn auch manchem darauf hindeutet, daß die NPD in Frankfurt lediglich Rockgefechte liefert, da sie intern nach Eschwege mobilisiert, ist doch Wachsamkeit angesagt. Frankfurt muß dicht bleiben. Das Aktionsbündnis, das auch die nordhessischen Protestaktionen durch Ankündigung auf den RGR-Plakaten unterstützt, besteht auf der Durchführung der Sternmärsche in Frankfurt-Spaziergänger lassen sich bekanntlich nicht durch Verbote aufhalten.

### Rockfestival

Selbiges beginnt in Frankfurt Samstag (14.6.) um 13 Uhr. Die Organisatoren bitten um Verständnis dafür, daß die zentrale Lebensmittelversorgung (1979: 30.000 DM Defizit für RGR!) diesmal kommerziell läuft. So sehr dies den alternativen Ansprüchen widerspricht, muß einfach festgestellt werden, daß die Organisation eines 4 Tage-Programms an den Rand der Belastbarkeit aller RGR'er geht, insbesondere da die Demon-



strationen diesmal n a c h dem Festival ansetzen. Um zu verhindern, daß die Preise in luftige Höhen kletterten, wurden obere Preisgrenzen vertraglich festgelegt. Bürgerinitiativen, Ausländergruppen usw. können selbstverständlich ebenfalls Essen und Getränke anbieten, werden aber gebeten, ihre Stände beim Aktionsbündnis anzumelden, um einen Überblick zu haben. Für die Übernachtung bitte Zelte mitbringen und bei dem hoffentlich guten Wetter auf keinen Fall in dem nahegelegenen Weiher baden, da dieser ein gefährliches Gewässer ist, in dem schon mehrere Menschen ertrunken sind. Hilfreich wäre es, wenn Gruppen und Initiativen außerhalb Frankfurts diskutieren könnten, daß sie ebenfalls Leute für die Organisation stellen.

Von unschätzbarem Wert wäre es beispielsweise, wenn sich möglichst viele am Verkauf der Plaketten beteiligen würden, von denen der Löwenanteil erfahrungsgemäß erst auf dem Festival selbst gekauft wird.

#### Theater

Am 16.6. findet in Frankfurter Jugend- und Kulturzentren ein umfangreiches Theaterprogramm statt, das von der Initiative Freiheit der Theaterarbeit (IfTa) zusammengestellt wurde. Ankündigungen im Detail auf besonderen Plakaten.

#### Plakate und Flugblätter

... mit den auftretenden Gruppen usw. gibt es am 2.6. im RGR-Büro, Speicherstr. 5, 6000 Frankfurt 1 (Tel. 0611/234549). Auch Plaketten sind zu diesem Zeitpunkt wieder vorrätig.

## Eschwege am 17. Juni: Eine Reise, die sich lohnt!

Die NPD hat es noch einmal bekräftigt: Ihr „Deutschlandtreffen“ soll am 17. Juni im „Raum Eschwege“ über die Bühne gehen. Getragen von der Hoffnung auf ein politisch ruhigeres Klima zieht es die Neonazis dieses Jahr nach Nordhessen – obwohl natürlich nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden kann, daß die NPD noch einen Versuch in Frankfurt unternimmt.

## Eschwege am 17. Juni: Eine Reise, die sich lohnt!

Die NPD hat es noch einmal bekräftigt: Ihr „Deutschlandtreffen“ soll am 17. Juni im „Raum Eschwege“ über die Bühne gehen. Getragen von der Hoffnung auf ein politisch ruhigeres Klima zieht es die Neonazis dieses Jahr nach Nordhessen – obwohl natürlich nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden kann, daß die NPD noch einen Versuch in Frankfurt unternimmt.

Doch die NPD wird auch im „Raum Eschwege“ einige Überraschungen erleben. Initiativen aus Eschwege, Kassel, Marburg, Wilzenhausen, Göttingen und einigen kleineren nordhessischen Orten haben bislang gegen das geplante NPD-Treffen protestiert, das mit einer Kundgebung in Sichtweite zur Zonengrenze „1. Deutsche Stimme“ (5/80) beginnen und mit einem „Bundeswahlkongress“ fortgesetzt werden soll.

Auf einem Treffen in Eschwege, am 27.5.80, erschienen gut 100 Leute, zum größten Teil Schüler- und Jugendgruppen aus dem Eschweiger Raum, denen ein Nazi-Treffen vor ihrer Haustür natürlich ein besonderer Dorn im Auge ist. In der noch verbleibenden Zeit bis zum 17. Juni soll eine Plakate- und eine Veranstaltung zum Neonazismus durchgeführt werden. Aufklärung ist Trumpf!

#### Die NPD läßt die Katze (noch) nicht aus dem Sack ...

Die NPD ist bemüht, ihre Gegner zu verunsichern. Fast täglich kursieren neue Gerüchte über den Ort des „Deutschlandtreffens“.

Möglichst spät wird sie erst so spät wie möglich anmelden. Vorsorglich hat der DGB-Eschwege daher Hallen im gesamten Raum für den 17. Juni angemietet.

Das „Eschweiger Bündnis“, dessen Ziele mit der von „Rock gegen Rechts“ im letzten Jahr vergleichbar ist (so arbeiten neben der radikalen Linken auch SDAJ, VVN, Jungsozialisten und einzelne Gewerkschafter mit) will der NPD wie folgt bege-

#### Rätselhaftes

In Frankfurt nehmen erstmals SDAJ und MSB bei Rock gegen Rechts teil, im Eschwege-Bündnis darüber hinaus auch noch die VVN. Wird die These 41 für die Bündnisorganisationen der DKP gelockert? Offenbar nur dort, wo man sich andernfalls zu stark isolieren würde. In der Juni-Ausgabe von „elan“ findet sich k e i n e Ankündigung des RGR-Festivals. In Hanau vermeldet es die SDAJ zunächst bei einem RGR-Konzert Gröna, Spontis, SB oder andere einzubeziehen. In Frankfurt-Höchst versuchte sie (vergeblich), den KB als Unterstützer zu kippen. In Darmstadt hat sie sich vorgenommen, bei einem Rock gegen Strauß-Feindliche Bücherstände zu verhindern. In Lauterbach mißbrauchte sie das Markenzeichen RGR für ein reines SDAJ-Pfingstfest. Im Badischen lehnten SDAJler eine Unterstützung von RGR in Frankfurt ab usw. usw.

Dennoch ist mit der Einberufung in Frankfurt und im Eschwege-Bündnis ein nicht zu unterschätzender Erfolg gegen die Unvereinbarkeitspolitik gelungen ... wobei einschränkend angemerkt werden muß, daß die eigentliche „Bewährungsprobe“ für die neue Zusammenarbeit natürlich erst in der E n d p h a s e des diesjährigen 17.6. ansteht. Leider sind diese Organisationen immer für Überraschungen gut.

Gern würden wir mehr berichten, vor allem natürlich, welchen Ort die NPD genau für ihr „Deutschlandtreffen“ vorgesehen hat. Trotz an die Leser: Spätestens auf dem Rock gegen Rechts-Festival in Frankfurt werden wir's wissen.

Am 16. Juni beginnt nachmittags ein Zeltlager in Eschwege. Die Rock-gegen-Rechts-Initiativen bereiten für den Abend ein Kulturprogramm vor. Es lohnt sich also in jedem Fall, schon am Vorabend anzureisen.

Am 17. Juni treffen sich die Antifaschisten um 9 Uhr in Eschwege, um

Am 16. Juni beginnt nachmittags ein Zeltlager in Eschwege. Die Rock-gegen-Rechts-Initiativen bereiten für den Abend ein Kulturprogramm vor. Es lohnt sich also in jedem Fall, schon am Vorabend anzureisen.

Am 17. Juni treffen sich die Antifaschisten um 9 Uhr in Eschwege, um gegen das NPD-Treffen zu demonstrieren. Es empfiehlt sich, im PKW zu kommen. Die Demonstration soll mit viel „Rock gegen Rechts“ gemacht werden, dazu wird eine bewegliche Bühne im Demonstrationszug mitgeführt.

Am Nachmittag wird in Eschwege ein großes „Rock gegen Rechts“-Konzert stattfinden, auf dem die nordhessische Szene zu hören und zu sehen ist. Vielleicht gibt es auch noch einige „Überraschungen“ im Programm.

Da sich ein solches Programm nicht aus dem Stand organisieren läßt, wurde eine überörtliche Koordination gebildet, der mindestens zwei Leute aus den beteiligten Städten angehören und die Kontakt zum „Rock gegen Rechts“-Bündnis in Frankfurt hält.

#### Das Nazi-Treffen verhindern!

Vereinzelt gibt es hier und da Befürchtungen, sich am 17. Juni „blutige Köpfe“ zu holen, sich nicht in ein Gemetzel mit den sicherlich reichlich vertretenen Polizeikräften einzulassen.

Es ist der Wunsch aller am Bündnis Beteiligten, das NPD-Treffen, sei es nun deren Kundgebung oder ihr anschließend stattfindender Bundeswahlkongress, friedlich zu verhindern. Dies erfordert allerdings die Mobilisierung mehrerer tausend Demonstranten. So könnte es gelingen, daß sich die NPD am 17. Juni auch aus dem „Raum Eschwege“ verdrücken muß. Nach Frankfurt sollte auch Nordhessen kein ruhiger Ort für Neonazis werden! Auf Wiedersehen in Eschwege!

KB/Gruppe Kassel

## Spionage-Affären: 2 1/2 Jahre für den Abgeordneten Cremer

Wegen „geheimdienstlicher Tätigkeit“ für die DDR nach § 99 StGB wurde am 16.5. der bayrische Landtagsabgeordnete Friedrich Cremer (SPD) zu 2 1/2 Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Das entsprach voll dem Antrag des Staatsanwaltes. Der Prozeß fand in seinen wesentlichen Teilen unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Auch die wesentlichen Teile der Urteilsbegründung bleiben geheim.

Wir hatten im AK 176, S. 43/44, ausführlich dargestellt, wie in der BRD Spionage-Affären produziert werden. Parallel zur Abwendung vom „Entspannungsschwindel“ ist in der BRD seit etwa 1976 eine erhebliche Verschärfung des Umfangs und der Methoden der Jagd auf angebliche Spione und Agenten der DDR und der Sowjetunion zu verzeichnen. Der § 99 wird heute in einer Weise angewendet, die es erlaubt, j e d e n Kontakt zu Bürgern der DDR als „geheimdienstliche Tätigkeit“ zu kriminalisieren.

Im Fall des Abgeordneten Cremer ging es nicht einmal um den Schoppen eines konkreten Vorwurfs, er habe vielleicht dieses oder jenes an die DDR „verraten“ – von den Tatsachendebatten ganz zu schweigen. Der ganze Vorwurf reduzierte sich auf den Kontakt zu DDR-Bürgern, die nach Ansicht des Gerichtes Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes seien.

Was aus diesem Gebiet zukünftig noch blühen wird, zeigt eine Meldung der „Welt“ vom 24.5.80: „Alle sowjetischen Korrespondenten im Ausland seien mehr oder weniger Agenten des Geheimdienstes KGB“. Quelle der Meldung: ein „Überläufer“ aus der Sowjetunion – wobei diese „Überläufer“ in der Regel West-Agenten sind, denen im Osten der Boden zu heiß wurde. Als Konsequenz wäre zu vermuten: Wer mit einem sowjetischen Journalisten spricht (und für DDR-Journalisten gilt das ja sicher ebenso) macht sich bereits „mehr

oder weniger“ einer geheimdienstlichen Tätigkeit im Sinne des § 99 schuldig.

Daß das ganze Thema zwar makaber, aber keineswegs witzig ist, zeigt ein – im Gegensatz zum Cremer-Prozeß kaum beachteter – Prozeß gegen vier angebliche „Amateurspione“ vorm Oberlandesgericht Stuttgart. Das Verbrechen der Vier soll darin bestanden haben, allgemein zugängliches Material – konkret genannt werden „hauptsächlich Stadtpläne und Wanderkarten“! – an den KGB geliefert zu haben. Es wird nicht einmal bezweifelt, daß dieses Material „für die Sowjets von geringem Wert“ war.

Das Ende April gesprochene Urteil: drei Angeklagte wurden zu je 14 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Der vierte Angeklagte bekam ein Jahr mit Bewährung. Das von ihm angefertigte Material („Skizzen“) war den Kontaktleuten in der DDR gar nicht übergeben worden.

## Die Freie Welt boykottiert Moskau

Fortsetzung von Seite 1

Länder – bisher der „freie Welt“ zugerechnet – und auch das eine oder andere Land von anderen Kontinenten dem sowjetischen Druck nicht stand (Finnlandisierung). Aber trotzdem kann Boykott-Initiator Carter stolze Bilanz ziehen. Die sechs wichtigen Länder BRD, Liechtenstein, Monaco, Norwegen, Türkei und Albanien gehen Moskau nicht auf den Leim. Daß die anderen 28 europäischen Staaten (darunter viele Kleinststaaten) nach Moskaus Pfeife tanzen und daß gleichzeitig die erhoffte „Signalwirkung“ des bündnisdeutschen Boykott-Beschlusses teilweise ausblieb, verleitete manche zu vorschnellen Schlüssen. So schrieb A. Springer etwas übereifrig: „Olympia – alle fahren – Europa läßt uns im Stich“ („Bild“, 21.5.). Das ist stark übertrieben. Erstens läßt „Europa“ die BRD ja nicht im Stich: fünf weitere wichtige Staaten fahren nicht. Und zweitens fahren bei weitem nicht „alle“, Europa ist nicht die Welt, schon gar nicht die „freie Welt“, denn dazu zählen auch so wichtige „Bollwerke der Freiheit“ wie Chile, Argentinien, Paraguay, Uruguay, Haiti, Zaire, Pakistan, Indonesien, Thailand und Süd-Korea. Alle diese Länder, deren Regierungen sich schon lange erfolgreich gegen den Bolschewismus auflehnen, fahren nicht. Hinzu kommen Länder wie Somalia, Sudan, Bahrain, Kenia, Uganda und Liberia, denen die Sowjetpropaganda nachzusagen versucht, sie seien vom „Imperialismus“ völlig abhängig, um so von den wirklichen Motiven des Boykotts, nämlich Abscheu und Ekel vor sowjetischer Interventionspolitik

in Afghanistan, abzulenken.

Daß sich bei „der Wahl zwischen Moskau und der Würde“ („Welt“, 14.5.) auch die Regierungen der VR China, Pakistans, Irans und Ägyptens stolz behaupten würden, war nicht anders zu erwarten. Sie unterstützen gemeinsam ja schon seit längerem die moslemische Freiheitsbewegung gegen die Sowjets in Afghanistan und können denen ja nicht plötzlich in den Rücken fallen.

Der heimtückische Versuch Moskaus, ein afghanisches Olympia-Team bei den „Friedensspielen“ unter roten Fahnen aufmarschieren zu lassen, wurde von moslemischen Freiheitskämpfern vereitelt. Diese töteten in einem einseitigen Feuergefecht das gesamte Olympia-Aufgebot Afghanistans.

Insgesamt haben nur 84 Staaten, darunter natürlich alle Kreml-Satelliten einzeln aufgeführt, ihre Teilnahme an den „Spielen“ zugesagt. Das ist das schlechteste Teilnahmeergebnis seit der Olympiade 1960 in Rom, wo ebenfalls 84 Staaten antraten.

Dennoch in Tokio waren es 94, in Mexiko 113, in München 122 und bei den letzten Spielen in Montreal 87 Teilnehmerstaaten. (Montreal wurde von 22 afrikanischen Staaten wegen der Teilnahme Südafrikas boykottiert).

Vor der Boykottentscheidung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der BRD mußte die „Welt“ (14.5.) feststellen: „Das Nach Moskau, um jeden Preis hat im deutschen Sport erstaunlich viele Anhänger“. Viele Spitzensportler waren „dem Mythos verfallen, olympischer Sport habe mit Politik nichts zu tun.“ Bundeskanzler Schmidt bewies

den Sportlern dann jedoch noch rechtzeitig das Gegenteil, indem er ankündigte, zukünftig keine Sportler mehr mit Millionenbeträgen zu finanzieren, die vor Moskau Kniefälle als Pflichtübung veranstalten („MoPo“, 13.5.). Hierdurch völlig von der Wirklichkeit eines Boykotts und von den Zusammenhängen zwischen Politik und Sport überzeugt, stimmten die NOK-Mitglieder mehrheitlich für den Boykott. Jetzt, wo die „Wahl zwischen Moskau und Würde“ eigentlich abgeschlossen sein sollte, versuchen bestimmte sowjetfreundliche Personen erneut eine „pro-Olympia“-Kampagne zu initiieren, die eigentlich nicht mehr als eine „pro-Moskau“-Kampagne sein kann. Daß sich daran auch Männer wie der NOK-Präsident Willi Daume beteiligen, sollte für alle verantwortlich denkenden Kräfte Ansporn sein, die Aufklärungsarbeit zu verstärken.

und Sport überzeugt, stimmten die NOK-Mitglieder mehrheitlich für den Boykott. Jetzt, wo die „Wahl zwischen Moskau und Würde“ eigentlich abgeschlossen sein sollte, versuchen bestimmte sowjetfreundliche Personen erneut eine „pro-Olympia“-Kampagne zu initiieren, die eigentlich nicht mehr als eine „pro-Moskau“-Kampagne sein kann. Daß sich daran auch Männer wie der NOK-Präsident Willi Daume beteiligen, sollte für alle verantwortlich denkenden Kräfte Ansporn sein, die Aufklärungsarbeit zu verstärken.

Die ursprünglich geplanten 180 Stunden Fernseh-live-Reports aus Moskau sind bereits gestrichen („Welt“, 22.4.). Als Ersatz sollten sich die Medienverantwortlichen um Reportagen aus all jenen Ländern bemühen, die sich so stolz und würdig den Boykottforderungen der USA und der BRD angeschlossen haben. Diese Reportagen könnten verdeutlichen, wer mit wem auf welcher Seite steht. Reportagen aus Chile, Süd-Korea, Indonesien, aus Paraguay und Uruguay, aus Argentinien, Haiti und Zaire. Auch Thailand und Pakistan. Kein Land sollte vergessen werden!

#### Häuserkampf in Bremen:

## Die ersten Barrikaden stehen schon...

Ob der Bremer Senat nach den „Krawallen“ am 6. Mai anlässlich der NATO-Rekrutierung im Weststadion, eine neue Konfrontation riskieren wird?

Aktuell wird diese Frage Anfang Juni, da ab 1.6. die NEUE HEIMAT mit der Sanierung eines wunderschönen Hauses im Steintorviertel beginnen will. Für die NEUE HEIMAT hat die Sache nur einen Haken: dieses Haus, als „Wiener Hof“ bekannt, ist besetzt – besser, die ca. 60 Bewohner/innen, die teilweise seit Jahren im „Wiener Hof“ wohnen, haben sich einer Kündigung zum Zweck der Sanierung des Hauses nicht gebeugt und wohnen seit Dezember '79 ohne Miete zu zahlen weiter dort. Sie werden den „Wiener Hof“ nicht freiwillig verlassen, bevor ihnen nicht andere Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Eine der wichtigsten Forderungen aller Hausbesetzer in Bremen ist, daß sie im Viertel wohnen bleiben wollen, nicht aus ihrer vertrauten Umgebung, mit allen Freunden, entfernt werden wollen, nicht in die Randgebiete mit den Wohnkosten verfrachtet werden wollen. Und genau in diese Richtung gehen die wenigen „Angebote“ der Wohnungsbau-Gesellschaft. Finanziert sollen die „Störnfriede“ dezentralisiert, andererseits die Bewegung gespalten werden, indem einige Besetzer/innen „Angebote“ erhalten. Bisher ist jegliches Spaltungsmanöver fehlgeschlagen. Die NEUE HEIMAT hat allerdings unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß der „Wiener Hof“ gewaltsam geräumt werden wird, wenn die Besetzer/in-

nen nicht freiwillig räumen.

Daraufhin sind die „Wiener Hof“-Bewohner/innen aktiv geworden. Inzwischen wird das Grundstück mit einer ca. 2,20 m hohen Holzbarrikade „verteidigt“. Der Bremer Senat und vor allem der Stadteisbeirat mögen derzeit so radikale Worte wie räumen lassen nicht in den Mund nehmen, wissen sie doch genau, daß ein gewalttätiges Vorgehen gegen den „Wiener Hof“ massive Gegenwehr und eine Solidarisierungswelle mit den Hausbesetzern hervorrufen würde. Ein Angriff gegen den „Wiener Hof“ ist ein zentraler Angriff gegen die Hausbesetzerbewegung in Bremen.

Es ist daher nicht auszuschließen, daß der „Wiener Hof“ vorerst in Ruhe gelassen wird, dafür vielleicht schon eher mal eines der anderen besetzten Häuser im Viertel geräumt wird. Es gibt inzwischen nämlich eine ganze Reihe davon. Allein im letzten Monat wurden 3 Häuser besetzt, 2 davon ausschließlich von Frauen und Kindern!

Es hat eine ganze Reihe von

Hausbesetzungen in Bremen gegeben in letzter Zeit. Einige brutale Räumungsaktionen wurden gestartet, daraufhin Demos und Solidaritätskampagnen mit den Besetzern. Der Hintergrund dieser sich stetig zuspitzenden Situation ist mehr als „nur“ Wohnungsknappheit und zu hohe Mieten. Das Ostertor/Steintorviertel – bisher Wohngebiet vieler Studenten, Ausländer und für Wohngemeinschaften – soll saniert werden. Die Häuser sollen für besser zahlende Leute hergerichtet werden, die jetzigen Bewohner sollen nach und nach ausgedrängt werden. Geplant ist ein zweites Schlicker-Viertel (es gibt bereits das Schnoor) entstehen zu lassen. Deutliche Hinweise sind bereits die aus dem Boden sprießenden Boutiquen, die normale kleine Läden wegdängen. Anfang des Jahres gab es deshalb bereits im Viertel den sogenannten Boutiquenkrieg, dem so manche Boutiquenseibe zum Opfer fiel (wie berichtet darüber im AK).

KB/Gruppe Bremen

## Kriegstreiber des Monats

„Rußland ist der Haifisch der Ozeane. Vielleicht sollte der Krieg, sogar der nukleare Krieg, erzwungen werden, um ihn zu stoppen.“ (R. Bothe, südafrikanischer Außenminister, laut „Welt“ vom 21.5.80).

Am Rande des „Rock gegen Rechts“-Festivals in Frankfurt soll ein weiteres bundesweites Treffen von Betroffenen und Interessierten zum Thema „Proteste gegen Antifaschisten und Repressionen gegen Strauß-Gegner“ stattfinden. Diese Initiative geht zurück auf einen Beschluß der „Arbeitsgruppe Prozesse“ des Antifaschistischen Kongresses im April dieses Jahres. Der Schwerpunkt des Treffens soll – neben Berichten von weiteren Prozessen – vor allem auf dem detaillierten Erfahrungsaustausch liegen: wie Antifaschisten sich auf dem Justizsektor wehren können, welche Erfahrungen in Bezug auf Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit gibt und wie Prozesse unvorbereitet werden können, damit insgesamt ein optimaler Schutz der Betroffenen gewährleistet ist.

Die Arbeitsgruppe des IKAH besorgt einen Raum und bittet alle Mitmacher, sich am Sonntag, 15. Juni, um 10.30 h etwa zwei Stunden Zeit dafür vorzumerken.

Optional wäre es, wenn sich alle Interessierten möglichst schnell bei der IKAH-Antifagruppe anmelden würden. Schreibt bitte an: Bernd Schulz, Steinhof 15, 2000 Hamburg 70



Zum NDR-Urteil:

# Gericht bremst Albrecht und Stoltenberg, aber der Schwarzkopf marschiert

Am 28. Mai hat der 7. Senat des Bundesverwaltungsgerichtes in Westberlin entschieden, daß der NDR vom 1. Januar 1981 an mindestens bis 1985 als Zwei-Länderanstalt zwischen Niedersachsen und Hamburg ohne Beteiligung Schleswig-Holsteins fortbesteht.

Damit ist die Absicht von den CDU/CSU-Medienstrategen Albrecht und Stoltenberg vorerst gescheitert, im Schnellverfahren den NDR zu zerschlagen, eine CDU-kontrollierte „Schwarzkopf“-Anstalt zu installieren und den Privat-Kapitalisten (vor allem den Verlegern) den direkten Zugang zu den elektronischen Medien zu ermöglichen.

Hamburgs Bürgermeister Klose erklärte unmittelbar nach dem Urteilsspruch, „die ehrgeizigen Pläne von Albrecht“ seien gestoppt, das Urteil sei gar „ein Sieg für die Rundfunkfreiheit“. Die SPD Schleswig-Holsteins forderte Stoltenberg auf, „von seiner arroganten Machtpolitik zu lassen und mit dem Wiederaufbau dessen zu beginnen, was er zusammen mit seinem Parteifreund Albrecht in den letzten Jahren zerschlagen hat“ (FR, WELT, SZ vom 29.5.80).

Unisono stimmten die Koalitionsparteien Freudentone an, lobten das unabhängige Gericht, das die CDU/CSU daran gehindert habe, den NDR zu zerschlagen.

Diese Töne können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Klose in den Verhandlungen über einen neuen NDR-Staatsvertrag Albrecht und Stoltenberg so weitgehende Zugeständnisse gemacht hatte, daß ihn die Partei zurückpfeift, woraufhin die Verhandlungen gescheitert waren und Albrecht und Stoltenberg einen Entwurf für einen Zweiländer-Staatsvertrag der Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorlegten, der sowohl rigide Kontrollinstanzen direkt durch den Staatsapparat beinhaltet, als auch die Journalisten offen auf die von der CDU-Mehrheit festgelegten undemokratischen und schwarzen Programmrichtlinien festnageln sollte. Die Hamburger SPD-Landesregierung konnte von daher nur noch auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes hoffen, das angerufen wurde, um feststellen zu lassen, daß mit der Kündigung des NDR-Vertrages durch Stoltenberg nicht der gesamte NDR aufgelöst sei, was einen gewissen Zeitaufschub zugunsten Hamburgs und der SPD bringen sollte. Mit dem jetzt gesprochenen Urteil kann Klose tatsächlich einen Erfolg verbuchen, auch wenn dieses die Frage der praktischen Bedrohung der Rundfunkfreiheit nur am Rande berührt.

So nannte Albrecht, sichtlich vom Urteil überrascht, den Satz Kloses, daß die Rundfunkfreiheit „einen Sieg“ errungen habe, ganz lapidar „kindisch“ und warnte vor „Hamburger Übermut“ (WELT, 28.5.80).

Sowohl Stoltenberg als auch Albrecht machten keinen Hehl daraus, daß sie über das Urteil „enttäuscht“ seien. Stoltenberg zog einen Tag nach der Urteilverkündung den Zweiländer-Vertragsentwurf aus der Parlamentsdebatte zurück, betonte aber gleichzeitig, daß die Ziele nun „auf Umwegen erreicht“ werden müssen (Hamburger Abendblatt, 29.5.80).

Noch deutlicher wurde Albrecht. In einem Interview mit Springers „WELT“ vom 30.5.80 erklärte er, daß sich an seinen Zielen nichts geändert habe, daß eine Einführung zusätzlicher Fernsehprogramme ohnehin erst in etwa fünf Jahren möglich sei. Er werde darangehen,

Niedersachsen zu verkabeln und damit die Voraussetzungen schaffen zur Einführung zusätzlicher Hörfunk- und Fernsehprogramme. „Hier gibt es jetzt eine gewisse Zeitverrechnung. Am Endegebnis wird sich nichts ändern“ (WELT, 30.5.80).

Selbst in der Situation der nicht erwarteten Schlappe demonstriert Albrecht seine Entschlossenheit, seine Ziele durchzusetzen. Die Hamburger müssen sich entscheiden, ob sie einen NDR in der bisherigen Größe wollen. Dann müssen sie den wesentlichen Anliegen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins Rechnung tragen. Wollen sie das nicht, so können sie mit dem Urteil eine Schonfrist für wenige Jahre aushandeln, aber das Ergebnis wird dann doch die Trennung sein.

Wie die CDU gedenkt, ihre Ziele durchzusetzen, wenn sie sich nicht daran gebunden sieht, mag die jüngste Entwicklung im NDR verdeutlichen:

Von wegen „Rundfunkfreiheit“:  
Der „Schwarzkopf“ im NDR installiert sich!

In ihrer Ausgabe vom 20.5. enthält die „TAZ“ ein Dokument „nur für den Dienstgebrauch“. Dieses Dokument ist das vom heutigen ARD-Programmdirektor Schwarzkopf verfaßte Protokoll einer „Grundsatzdiskussion“ in der Redaktion ARD-Aktuell, zu der „Tagesschau“ und „Tagesthemens“ gehören.

Dieses „Gespräch“ fand am 28.3.80 statt mit dem Ergebnis, ab sofort die Redakteure anzuweisen, ihre Beiträge von unliebsamen Meinungselementen sowie der „Überbewertung von Randgruppen (z.B. Grüne, Atomwaffengeegner)“ zu säubern oder säubern zu lassen (siehe Wortlaut des Protokolls im Kasten).

ARD-Aktuell ist formal dem NDR-Intendanten unterstellt, ist aber aufgrund einer Vereinbarung aller ARD-Sendeanstalten (CDU-Mehrheit) doch an bestimmte Verfahrensweisen gebunden und den Interessen der übrigen ARD-Anstalten untergeordnet.

Mit Ablauf der Amtszeit des NDR-Intendanten Neuffert nutzte die CDU ihre Mehrheit und sorgte dafür, daß das stramme CDU-Mitglied G. Piepke vom NDR-Kiel kommissarisch die Intendanz übernahm. Gemeinsam mit NDR-Programmdirektor Häcker (CDU) machte er sich daran, seinen Partei-Auftrag zu verwirklichen: Am 28.3.80 „Jud“ er gemeinsam mit WDR-Programmdirektor Häcker (verantwortlich für den

Nachdruck beim WDR), den Fernschreiber des Bayerischen Rundfunks, Oeller (CSU), den ARD-Politik-Koordinator W. Weiss (CDU) und den ARD-Programmdirektor Schwarzkopf (CDU) zum „Gespräch ein“. Dazu erschienen „Tagesschau“-Chefredakteur M. Jünger, M. Jünger (CDU), für seine Kotsau und für eine Strauß-Höflichkeitstaktung in jüngerer Zeit bekannt geworden, der CSU-Sympathisant Klaus Stefan und der eher liberale Dieter Gull als Verantwortliche der „Tagesthemens“. Eine Stunde später wurden die Moderatoren, die Ressortredakteure und die Redakteure vom Dienst „dazu geladen“. Das Protokoll dieses „Gesprächs“ wurde im April sämtlichen ARD-Chefredakteuren und „Tagesschau“-Redaktionen als „Vermerk“ mit der Aufforderung an die Chefredakteure zugestellt:

... entsprechend ihre Dienstaufsicht über die Reporter wahrzunehmen, sollten Reporterberichte diesen Grundsätzen nicht entsprechen, müssen sie entweder korrigiert werden, oder sie werden von der Tagesschau-Redaktion zurückgewiesen“ („TAZ“, 20.5.80).

Einen Tag vor Eröffnung des Gerichtsverfahrens um die Zukunft des NDR verschärfte die CDU ihre Manöver. Als „Aktion fairer Journalismus“ traf eine Gruppe von angeblich 50 NDR-Redakteuren, von denen allerdings selbst in der Springer-Preise nur zehn namentlich genannt werden, an die Öffentlichkeit und beschuldigte den Redaktionsausschuß „schwerer Verstöße gegen die Grundsätze fairer und unparteilicher Berichterstattung“ und sieht diesen „auf der Seite derjenigen, die Demokratie aushöhlen und durch ständige Kritik und negative Meinungsmache Unsicherheit und Unzufriedenheit verbreiten wollen“ („NEUL“, 23.5.80). Besonders übel genommen hat diese CDU-Clique dem Redaktionsausschuß die von ihm formulierte Kritik am Staatsvertragentwurf Stoltenbergs und Albrechts (siehe Abdruck in AK 176). Wortführer dieser „fairen Journalisten“ sind u.a. der bekannte VS-Freund Schier-Gibowski, Rudolf Borchers, der Sport-Kommentator Fritz Klein und die berühmtesten Auslandskorrespondenten Hans Walter Berg und Hans-Wilhelm Vahlefeld.

Der Redaktionsausschuß hat aber nicht gekuschelt, sondern eine Presseerklärung verfaßt, in der er die „kollegenbeschimpfung“ scharf zurückweist.

Die Auseinandersetzungen haben sich deutlich zugespitzt.....

Medienkommission  
KB/Gruppe Hamburg

## Sachlichkeit und Nüchternheit der Präsentation sind geboten

am 1. April 1980

Die ARD-Sendungen „Tagesschau“ und „Tagesthemens“ sollen entpolitisiert, von Meinungselementen gesäubert werden (vgl. taz vom 19.5.). Heute dokumentieren wir das vom Programmdirektor Deutsches Fernsehen, Dietrich Schwarzkopf in offizius-schiller Sprache erstellte Protokoll der Programmkonferenz vom 28.3.80 über die Grundsätze der Redaktionsarbeit von ARD-Aktuell.

Programmdirektion Deutsches Fernsehen  
1. April 1980

Am 28. März 1980 fand in Hamburg ein Gespräch über die Grundsätze der Redaktionsarbeit von ARD-Aktuell statt. Teilnehmer waren die Chefredakteure Gull, Möggenburg und Stefan, die leitenden Redakteure der „Tagesschau“, die Moderatoren, Ressortredakteure und Redakteure vom Dienst der „Tagesthemens“, sowie außer mir die Herren Häbner, Dr. Gier, Reuter und Weiss.

Anlaß war der Wunsch des NDR an die Programmkonferenz, angesichts der Zunahme von Meinungselementen in den Reporterberichten der „Tagesschau“ sowie in der Moderation der „Tagesthemens“, möge ein derartiges Gesprächsprotokoll geführt werden. Diese Zunahme von Meinungselementen war auch Gegenstand der der kritischen Aufmerksamkeit anderer Mitglieder der Programmkonferenz. Das zweistündige Gespräch, dem ein einstündiges Vorgespräch mit den drei Chefredakteuren vorausgegangen war, konzentrierte sich auf folgende Themen:

1. Meinungselemente in den Reporterberichten.
2. Meinungselemente in der „Tagesthemens“-Redaktion.
3. Die Überbewertung von Randgruppen-themen.
4. Berücksichtigung regionaler und kultureller Themen in den „Tagesthemens“.

durten, steht der Zurückweisung von Beiträgen, die der Verwaltungskommission nicht entsprechen, nicht entgegen.

2. Die Moderatoren der „Tagesthemens“ haben den Auftrag, Verbindungen zwischen den Beiträgen herzustellen, den Zuschauern Erläuterungen, zusätzliche Informationen und Einordnungen zu geben, sowie Zuschauerinteressen für die Beiträge zu wecken. Die strenge Zurückhaltung der Nachmittagsmoderatoren wird von den Moderatoren der „Tagesthemens“ nicht verlangt. Sie stellen sich den Zuschauern als journalistische Persönlichkeiten vor. Dies schließt eine gewisse Subjektivität bei der Präsentation der Beiträge ein.

Andererseits sind auch die Moderatoren zur Zurückhaltung im Meinungsbeitrag verpflichtet. Es ist nicht ihre Aufgabe, ihr Engagement hervorzuheben. Zensuren zu vergeben oder Gegenstände ihrer Präferenz kampagnenartig in den Vordergrund zu rücken. Sachlichkeit und Nüchternheit der Präsentation sind auch hier geboten. Betroffenheit der Zuschauer wird durch den behandelten Stoff bewirkt und nicht durch die Moderation. Notwendigerweise subjektive Faktoren beim Einordnen und Erläutern gestatten keine extensive Interpretation in der Richtung, daß damit automatisch und zwangsläufig Meinungselemente Bestandteil der Moderation sein müßten. Wenn Meinungselemente, die in den Reporterberichten wie in der Moderation

keinen Platz haben, gleichwohl dort Eingang finden, so handelt es sich um Fälschungen. Die Korrektur bedarf und korrekturfähig sind. Keiner der Beteiligten hat die Absicht, durch eine schrittweise Ausdehnung von Meinungselementen eine andere „Tagesschau“ oder andere „Tagesthemens“ einzuführen, als die, die der bisherigen Geschäftsgrundlage entsprechen.

3. Zu der Frage, ob in der Berichterstattung von ARD-Aktuell Randgruppenphänomene (z.B. Grund, Atomwaffengegner) journalistisch nicht vermittelbar Übergewicht hatten, wend der Chefredakteur von ARD-Aktuell darauf hin, daß die Behandlung solcher Themen von der Nachrichtenlage abhängig sei. Es besteht kein Grund, als diese Nachrichtenlage eine besondere Berücksichtigung dieser Themen nicht rechtfertigen.

4. Die Chefredaktion ARD-Aktuell betont, der Anteil regionaler Beiträge habe seit 1973 deutlich zugenommen und entspreche sogar - trotz Abhängigkeit vom Geschehen - im wesentlichen den Anschaltquoten des Fernsehtrages. Insbesondere habe die Redaktion eine übermäßige Konzentration auf Bonner Themen abgebaut. Sie bemühe sich zum Beispiel darum, die praktische Bedeutung von Bonner Gesetzen an Länderbeispielen zu illustrieren. Auch der Anteil der Berichterstattung über Kulturthemen sei deutlich größer geworden. Gleichwohl blüht ARD-Aktuell auf, ständig darauf zu achten, daß das Nachrichtenverständnis an der Notwendigkeit orientiert bleibt, die gesamte Bundesrepublik auch in ihrer regionalen Vielfalt im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich darzustellen sowie einen europäischen oder christlichen Kulturbegriff in der redaktionellen Praxis zu verankern.

Dietrich Schwarzkopf,  
Programmdirektor Deutsches Fernsehen

## Das Springer-Imperium - Teil II

Der erste Teil des Artikels belegte die marktherrschende Position des Springer-Konzerns auf dem Tageszeitungsmarkt, insbesondere bei den Boulevardzeitungen mit einem Anteil von 84%.

### 2. Die Wochen- bzw. Sonntagszeitungen

Bei den wöchentlich erscheinenden Zeitungen errechnet sich für den Springer-Verlag ein Anteil von 74,34% an der Auflage von insgesamt 4,08 Mio. Exemplaren (nach i.w. III. Quartal 77). Bei einem Vergleich mit der übrigen Wochenpresse muß jedoch berücksichtigt werden, daß sowohl „Bild am Sonntag“ als auch „Welt am Sonntag“ Fortsetzungen der täglich erscheinenden Blätter sind und eben am Sonntag erscheinen. Mit knapp 2,89 Mio. Exemplaren gehört der Zeitungsmarkt am Sonntag vollständig Springer.

Das Gros des Wochenzeitungsmarktes bestimmen neben Springer andere durch und durch reaktionäre bis offen faschistische Produkte, z.B. „Christ und Welt“, „Bayernkurier“ und „Deutsche National-Zeitung“. Der letzten „liberalen“ Wochenzeitung mit nennenswertem Einfluß, der „Zeit“ (8,5%), versucht der Springer-Konzern jetzt offenbar weitere Leser zu entziehen. Die „Zeit“ hatte ihre Leserschaft durch die Entwicklung des 4-farbiges „Zeit-Magazins“ erheblich festigen und vergrößern können. Dem versucht der Konzern mit einiger Zeit durch ein ebenfalls 4-farbiges WaS-Magazin zu begegnen. Bemerkenswert ist darü-

berhinaus die Herausgabe eines wöchentlichen farbigen Magazins „plus“ seit Anfang 1980. Das Magazin (eine 1/2 Mio. Auflage) wird vom Springer-Verlag gemeinsam mit dem „Handelsblatt“ und der „Zürcher Weltwoche“ herausgegeben. Dies in Kooperation mit dem Holtzbrink-Konzern („Handelsblatt“) herausgegebene Produkt kann nicht nur durch den schärferen Konkurrenzkampf mit anderen Zeitungen erklärt werden, sondern scheint auch ein Test für das Vordringen in den illustrierten Zeitschriftenmarkt zu sein. Damit wäre dann auch der letzte von Springer noch nicht berührte Sektor der gedruckten Medien auf's Korn genommen.

### 3. Rundfunk- und Fernsehprogrammzeitschriften:

Die sog. Programmzeitschriften waren Springers Einstieg überhaupt ins Zeitungsgeschäft. Die ersten zwei Lizenzen erhielt er von der britischen Pressekontrolle, nach Empfehlung damaliger Mitbegründer des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR). Die Lizenz für Programmzeitschriften verließ sichere Gewinnsphären Textmaterial, Markt und Publizität waren fast kostenlos, es brauchte nur noch gedruckt zu werden. So bildeten und bilden auch heute noch (neben „Bild“) die Programmzeitschriften „Hör Zu“ und „Funk Uhr“ das Rückgrat des Konzerns. Mit ihnen wurde die Finanzdecke geschaffen, durch die neue Projekte und technische Weiterentwicklung finanziert wurden. Im hart umkämpften Markt hält Springer heute ca. 46% der Gesamtauflage

von 13 Mio. Exemplaren wöchentlich (nach „druck und papier“, Nr. 1/80). Blieb dem Konzern zwar ein direkter Zugriff auf Rundfunk und Fernsehen bislang verwehrt, so schuf er sich doch mit seinen Produktionen einen massenhaften Einfluß auf Hörer und Zuschauer, zusammen mehr als 6 Mio. Leser. Mit dem Etikett „Unterhaltung“ versehen, wird Politik gemacht. Von der heilen Familienidylle bis zur großen Fernsehgemeinde ist alles vertreten. Da spricht das pseudo-demokratische „Funk Uhr-Parlament“ und „Hör Zu“ ist bei den Albrechts zu Gast, als diese mit Vietnam-Flüchtlings-Weihnachten feiern. Wer diese heilige Welt stört, wird der „Besserwiser“ und der „Lust am Untergang“ bezichtigt. Die Bedeutung der „Hör Zu“ drückt ihr Chefredakteur so aus: „Wenn Hör Zu eine Sendung besonders anpreist, gibt es Millionen-Zuschauer mehr“. Oder andersrum.

Mit großen Werbekampagnen wird nicht nur um höhere Auflagen gekämpft, sondern auch um Einfluß auf die Fernseh- und Rundfunkproduktionen selber. Hier muß besonders das alljährliche „Goldene Kamera“-Spektakel erwähnt werden. Seit 15 Jahren wird hier prämiert, was dem Konzern gefällt. Politiker, Künstler, Sportler und Journalisten, die sich an dem Rummel um den „heißbegehrten Preis“ beteiligen, können die werbewirksame Förderung durch den Medien-Zaren erhoffen. (Die Reihe wird fortgesetzt mit den Themen: Fachzeitschriften, Großhandel, Anzeigenmarkt, Kampf ums Fernsehen und neue Medien).

men.

Am Schluß des Gespräch habe ich das Ergebnis wie folgt zusammengefaßt:  
1. Die Zahl der Reporterberichte in der „Tagesschau“ hat seit dem 1. Januar 1978 zugenommen. Reporterberichte tragen wesentlich dazu bei, daß die „Tagesschau“ lebendiger wird. Deshalb ist nicht vorgesehen, auf sie zu verzichten. Im Reporterbericht gibt der mit seiner Herstellung beauftragte Mitarbeiter das Ergebnis seiner Recherchen und seine Beobachtungen wieder. In einem Teil der Berichte kann der Reporter zudem selbst auftreten. Insofern ist der Reporterbericht eine individuelle und damit auch subjektive journalistische Leistung. Selbstverständlich ist der Reporter zu Sachlichkeit und Fairness verpflichtet. Kommentierende Elemente, subjektive Werturteile des Reporters über Vorgänge und Personen haben keinen Platz in den Reporterberichten. Sie sind auch nicht durch das unvermeidbare subjektive Element des Reporterberichtes zu rechtfertigen.

Der Chefredakteur der „Tagesschau“ wird auf der nächsten Chefredaktorenkonferenz die Anstalten bitten, bei der Zulieferung von Reporterberichten zur „Tagesschau“ darauf zu achten, daß sie keine Meinungselemente enthalten. Treten trotzdem in den Zulieferungen Meinungselemente auf, so bewirkt die „Tagesschau“-Redaktion im Kontakt mit der Zulieferenden Anstalt eine Korrektur. Reporterberichte, die dem journalistischen Auftrag der „Tagesschau“ und der Verwaltungsverordnung nicht entsprechen, wird die Meinungselemente enthalten, und die aus zeitlichen Gründen nicht mehr korrigiert werden können, werden von der „Tagesschau“-Redaktion zurückgewiesen. Die Redaktion muß die Zurückweisung begründen.

Eingereichtes mit für Reporterberichte in den „Tagesthemens“. Die Vorschriften in Ziffer 1.1.2 der Verwaltungsverordnung, wonach in der Schlußkontrollierte akzeptierte Beiträge der Anstalten in ihrer Ausfertigung nicht verändert werden



## Besetzer sollen Räumungskosten zahlen!

## »Mischung zwischen Gewalttätigen und harmlosen Irren«



Die gewaltsame Räumung und die anschließende Zerstörung des Anti-Atomdorfes 1004 bei Gorleben steht unmittelbar bevor. Die am 21.3. in Bonn überreichte Erklärung der Platzbesetzer, unter bestimmten Umständen das Dorf freiwillig zu verlassen, ist von den verantwortlichen Stellen völlig ignoriert worden. In dieser ebenfalls vom BBU, von den Widerstandsgruppen im Landkreis Lüneburg Dannenberg und von zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten unterzeichneten Stellungnahme wird als Voraussetzung für eine freiwillige Räumung gefordert, daß sämtliche, das Entsorgungskonzept der Bundesregierung betreffende Maßnahmen gestoppt, die Protokolle der bisher erfolgten Bohrungen veröffentlicht und der „Eintritt in eine breite öffentliche Diskussion über das gesamte Entsorgungskonzept der Bundesregierung, u.a. durch ein großes Hearing über die Probleme der Zwischen- und Endlagerung“ vollzogen wird.

Ebenso demonstrativ reiste am Wochenende der Juso-Kongreß an, um den „gewaltfreien“ Widerstand zu unterstützen. Nachdem sich die Bundes- und die Landesregierung über 14 Tage lang

Für die Versorgung der täglichen kleinen Verletzungen sowie für evtl. zukünftige Zwischenfälle wird dringend Material benötigt: Verbandspäckchen, Mullbinden, Elastikbinden, sterile Kompressen, Dreieckschlingen, Pflaster, Sicherheitsnadeln, abschwellende Salben, sterile Brandtätchen, Scheren, Kodan (kein Spray!), Tigerbalsam.

Abzugeben entweder am Bohrloch oder – auch in kleinen Mengen – (per Post) an: Sanigruppe HH, c/o BBU, Barthelstraße 26, 2 HH 6.

schonfälle wird dringend Material benötigt: Verbandspäckchen, Mullbinden, Elastikbinden, sterile Kompressen, Dreieckschlingen, Pflaster, Sicherheitsnadeln, abschwellende Salben, sterile Brandtätchen, Scheren, Kodan (kein Spray!), Tigerbalsam.

Abzugeben entweder am Bohrloch oder – auch in kleinen Mengen – (per Post) an: Sanigruppe HH, c/o BBU, Barthelstraße 26, 2 HH 6.

gegenseitig den Schwarzen Peter der Räumungskompetenz in die Schuhe schoben, wurde am 19.5. in einer Unterredung zwischen dem niedersächsischen Innenminister Möcklinghoff sowie den Bundesministern Hauff und Baum eine gemeinsame Strategie der drei Atomparteien beschlossen. Die Folge:

- Die niedersächsische Landesregierung übernahm die Verantwortung für den Zeitpunkt der Räumung. Entgegen ursprünglicher Überlegungen soll dieser Zeitpunkt nicht vom Terminkalender der Betreiber, sondern von polizeifaktischen Erwägungen abhängig sein. Entgegen einer vorherigen Zusage wurde eine Delegation der „Bürgerlichen Notgemeinschaft“ der BI Lüneburg-Dannenberg sowie der Platzbesetzer anlässlich der Überreichung ihrer o.g. Erklärung in Bonn nicht von Innenminister Baum empfangen, sondern buchstäblich sitzengelassen.

- Trotz vorheriger Zusage entzog die Landesregierung ihrem Vertreter in Lüneburg-Dannenberg die Erlaubnis, auf dem besetzten Platz an einem Informationsabend über die Tiefbohrungen teilzunehmen.
- In massiver Weise wurde die niedersächsische Kirchenführung durch die Landesregierung unter Druck gesetzt, bis schließlich per Kirchengesetz eine Predigt auf dem be-

setzten Platz verboten wurde.

Am 23.5. kündigte Innenminister Möcklinghoff an, daß „alle Platzbesetzer, die von der Polizei von der Bohrstelle gedrängt werden, die Kosten für den Einsatz zu tragen hätten (...). Nur wer jetzt schon wegläuft, könnte noch einmal mit einem blauen Auge davonkommen“ (NDR II, vom 24.5., „FAZ“ und „HAZ“ v. 24.5.).

In den kommenden Tagen prasselte ein Trommelfeuer an Distanzierungs- und Räumungsaufforderungen auf die Besetzer und die sie unterstützenden Widerstandsgruppen im Landkreis Lüneburg-Dannenberg ein. Hierbei mangelte es insbesondere den örtlichen Behörden nicht an Phantasie: ihren „Amtlichen Hinweisen“ zufolge sei die „öffentliche Sicherheit laufend verletzt“ durch Verstöße der Platzbesetzer gegen das Meldegesetz, das Pressegesetz, das Bundesverfassungsgesetz, das Bundesbaugesetz, das Landes-

waldgesetz etc. Es fanden sich auch prompt lokale CDU-Größen, die mit der Behauptung hauseren gingen, Platzbesetzer wollten ihren Scheune abbrennen, was angesichts mehrfacher Brandanschläge auf das Besetzerdorf besonders kühn ist. Der SPD-Vorstand Lüneburg forderte von den Besetzern, „unverzüglich in die Rechtsgemeinschaft aller zurückzukehren“ und der lokale CDU-Chef Tarrach warnte vor vorsorglich die Bevölkerung des Landkreises „sich nicht durch Unterstützungsmaßnahmen der Platzbesetzer in den Sog der Gesetzlosigkeit ziehen zu lassen“ („EJZ“, 28.5.).

### Ein Schuß nach hinten

Auch wenn dieser Druck einmal mehr große Aufregung in den BI-Kreisen hinterließ und man sich eifrig von einer kleinen nächtlichen Aktion an der Bohrstelle 1002 distanzierte, ist jetzt schon klar, daß der Räumungsversuch eine breite Solidarisierung aller AKW-Gegner ausgelöst hat. Der Versuch der Betreiber der WAA, die Bohrungen als Untersuchungen im Interesse der Sicherheit zu verkaufen, muß vorerst als gescheitert betrachtet werden.

Ein Genosse aus Lüneburg

Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff zum Besetzerdorf:

„Es ist also wohl so, daß das Wendlanddorf sich mehr und mehr verfestigt und daß ein nicht unerheblicher Teil derer, die dort sind, wie ich glaube, utopische Träumer sind, die etwas Abenteuerlust atmen wollen, dabei gleichzeitig den Protest einer jungen Generation gegen eine Entwicklung dokumentieren wollen, von der sie vielleicht sagen: wir sind nie dazu gehört worden, wir möchten unmittelbar das mal zum Ausdruck bringen, zugleich aber auch so etwas Pfadfinder-Flair empfinden, sie könnten ja so eine unmittelbare Demokratie erleben nach ihren eigenen Meinungen, es werden da ja so eine Art Ratsbesprechungen durchgeführt oder ähnliches mehr... Wer Bremen in erlebt hat, der weiß wie schnell die Mischung zwischen Gewalttätigen und harmlosen Irren wie man sagen möchte, dann erfolgt ist, und ich jedenfalls möchte das meinerseits mögliche dazu beitragen, das man die voneinander trennt. Und das kann man eigentlich nur, indem man nicht diesen Schein einer Idylle aufrechterhält, sondern möglichst frühzeitig auf die Perspektiven hinweist und zu dieser perspektivischen Darstellung gehört natürlich auch, daß alleine schon dieses angeblich so harmlose miteinander Dorfs sein keineswegs gewisslos ist. Aus einem Gespräch mit den dort anwesenden

Bürgern habe ich es jetzt in dieser Woche noch deutlich gespürt: es gibt unter diesen Bürgern Angst. Leute, die nicht mehr wagen, etwas gegen die Besetzung hier zu sagen, weil ihnen gesagt ist: ihr steht als nächste auf der Liste – wir brennen euch die Scheune ab. Keine Leute, die von vornherein den Kopf in den Sand stecken, sondern Leute, die ja auch in der Öffentlichkeit eine Funktion zu erfüllen haben. Unsere Aufgabe wird es also sein, frühzeitig zu sagen, der Staat wird eintreten müssen, wir möchten das lieber nicht, auch wird es also vorzeitig gesagt, daß ihr euer Unrecht aufhebt. Wir möchten die Träumer und die Pfadfinder von den andern frühzeitig trennen und das geht nicht mit Gewalt, man kann nur an ihr Erkenntnisbewußtsein appellieren.

Auf der anderen Seite möchten wir das unsererseits Mögliche von vornherein tun, daß nicht zu einem späteren Zeitpunkt uns vorgeworfen wird, wir hätten darauf nicht frühzeitig hingewiesen und nun sei der Polizeistat in all seiner Macht und Härte eingetreten – ich glaube, wir warten in den Augen vieler schon viel zu lange. Auf der anderen Seite werden wir uns mit diesem Problem, daß die Polizei auf der einen Seite zu weich und auf der anderen Seite als zu hart angesehen wird, in den seltensten Fällen aber als angemessen – ich glaube mit diesem Problem werden wir uns einfach als Polizei herumschlagen müssen“.

(Mitschnitt aus einer Pressekonferenz vom 23.5., lt. NDR II vom 24.5.).

P.P. Zahl

liebe republikaner,

ah die tiefbohren  
stellen wir paar tiefbohrernde fragen  
ah die endlagerer  
lagern wir uns mal gemütlich  
ums feuer

P.P. Zahl

liebe republikaner,

ah die tiefbohren  
stellen wir paar tiefbohrernde fragen  
ah die endlagerer  
lagern wir uns mal gemütlich  
ums feuer  
ah die heißen  
ziehn wir graf dracula & graf  
lambdorff die giftzähne  
ah die den bundesgrenzschutz schicken  
schützen wir die bundesgrenze vor denen  
ah stadt und land  
gemeinsam untergehn  
gehn stadt und land zusammen  
vor  
ah landfrau & frank sich streiten  
über gewalt & gegen gewalt  
gehn landfrau & frank streiten  
gegen deren gewalt  
deutschland deutschland über alles?  
kann gar nicht genug  
freie republikan geben  
vom freien wendland  
kommt die wende zum freien land?  
wir arbeiten dran.

liebe grüße von  
P.P.Z.

## Lüneburger Regierungsgebäude aufgesucht

Die Lüneburger AKW-Gegner konnten mal wieder nicht abwarten. Als Antwort auf die mehrmaligen Räumungsdrohungen des Bohrplatzes 1004 durch Regierungspräsident Wandhoff besetzten am Dienstag (27.5.80) über 80 AKW-Gegner auf Initiative der Lüneburger „Grünen“ und der WAA-Gruppe (Zeitung „Gorleben aktuell“) das Regierungsgebäude mit dem Ziel, vom Regierungspräsidenten Wandhoff eine Stellungnahme zu den der Besetzung zugrunde liegenden Forderungen zu erhalten. Hier kurz der Ablauf der Aktion:

Nach kurzer Drängerei am Gebäudeingang konnten alle AKW-Gegner ins Gebäude, wo unser Gesang die

Neugierde zahlreicher Verwaltungsleute erregte. Um sich der Diskussion zu entziehen, ließ Wandhoff behaupten, er sei nicht im Hause. Auch ein anderer Vertreter weigerte sich, mit ihnen zu reden und empfing nur eine Delegation von drei Leuten. Als Wandhoff jedoch gesehen wurde, schützten die sehr fix zur Stelle erschienenen Bullen sofort sein Zimmer offensichtlich verunsichert. Befehl der Stellvertreter Wandhoffs die sofortige Räumung des Gebäudes durch die Bullen, was diese auch tatkräftig durchführten. Als die Menge nach diesem Bulleneinsatz überhaupt nicht bereit war, nach Hause zu gehen, entschloß sich Wandhoff dazu, plötzlich doch da zu sein und

eine Dreier-Delegation zu empfangen, worauf sich die AKW-Gegner unter Protest (wir wollten eine öffentliche Diskussion) dann auch einließen. Den dreien machte er deutlich, daß er strikt an den Räumungsaufforderungen festhalte. Er sei aber nicht bereit, die Räumungsaufforderung vor der Öffentlichkeit zu wiederholen, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß man dort nur Huh-Rufe und Pfiffe ernte.

Über diese Aktion wurde am nächsten Tag in der regionalen sowie überregionalen Presse und dem NDR berichtet.

Eine Lüneburger Genossin



Warten auf den Tag X: Blick durch eine Schießscharte von 1003







## Pfingsten: 100.000 in Plogoff



Das Pfingstfest in Plogoff wurde ein toller Erfolg: 100.000 Menschen aus ganz Frankreich, zum Teil auch aus dem Ausland kamen, um sich mit dem Kampf der Bevölkerung gegen das geplante AKW zu solidarisieren. Das Fest wurde unter das Zeichen der Solidarität Plogoff-Larzac gestellt. Die Präsidentin des Verteidigungskomitees von Plogoff, Annie Carval, meinte dazu:

„Unter Vorbild, das sind die Freunde vom Larzac, denen wir ein großes Danke-Schön sagen. Wir hoffen, wir werden genauso viel Ausdauer haben wie sie, die schon seit 10 Jahren kämpfen“ („Libération“, 27. 5.80). Die Larzac-Landarbeiter hatten Schafe mitgebracht, um eine Schutzflichterei auf dem Baugelände zu initiieren. „Wir können nur feststellen, daß man bei uns wie in Plogoff mit der Armee konfrontiert ist. Der Staat benutzt immer die Militärlaute, wenn es darum geht, der Bevölkerung Entscheidungen gegen ihren Willen aufzuzwingen“ (ebd.).

Verschiedene Diskussionsplena wurden organisiert: „Alternative Energien“, „Gesundheit und Atomenergie“, „Anti-AKW-Kämpfe in Europa“, „Militarisierung und Atomenergie“ usw. usf. Abends fanden Musikfeste statt.

Nicht vergessen: Am 28./29. Juni nationale Demo gegen die WAA von La Hague.

Dort geht die Serie der Unfälle weiter: Am 21. Mai, einen Monat nach dem Brand, der am 16. April die elektrische Versorgung der WAA zerstört hatte, sind zwei Abbaubatterien, die eine flüssige Lösung einer Mischung enthielten (Plutonium und Triäthylphosphat) ausgelaufen. Dabei handelt es sich um 1.000 Liter, die in den Boden sickerten! Die Plutoniumkonzentration dieser Flüssigkeit beträgt nach Angaben eines Angestellten der WAA zwischen 4 und 20 Gramm pro Liter. Jetzt muß der Boden entseucht werden. Angeblich ist kein einziger Personalangehöriger gefährdet worden.

## Massenevakuierung — das letzte Mittel gegen Umweltvergiftung?

Niagara Falls, US-Bundesstaat New York: Anfang der 50er Jahre erkaufte sich eine Chemie-Firma (Hooker Chemicals Co.) von der zuständigen Bundesbehörde das „Recht“, in den folgenden Jahren ihren gesammelten Chemie-Müll in einen ausgedienten (bzw. niemals in Betrieb genommenen) Kanal zu werfen. Nach dem Erbauer hat der Kanal den, wie sich herausstellte, sehr beziehungsreichen Namen „Love-Canal“. In diesem „Liebeskanal“ landeten im Laufe der Zeit ca. 20.000 Tonnen in ihrer Art nicht bekannten Chemie-Abfälle. Nachdem die Chemie-Firma den Kanal voll hatte, wurde noch eine dünne Schicht Erde draufgeschüttet und anschließend für die Besiedlung freigegeben. Von den Behörden sowie der Chemiefirma konnte der Müll ad acta gelegt werden; um alles nett und sauber zu bekommen wurde gleich noch eine Schule auf den Kanal gebaut. Alle konnten zufrieden sein: Die Bevölkerung hatte eine Schule, die Behörden waren der Kanal los und die Chemiefirma hatte für den symbolischen Preis von einem Dollar (mit der gleichzeitigen Regelung, für zukünftige Schäden nicht haften zu brauchen) ihren Müll „beseitigt“.

Nach einigen Jahren jedoch wurde das Thema Krebs zunehmend ein Gesprächsthema unter den Anwohnern, die Kinder litten zunehmend unter ständigen Halsinfektionen, an den Händen traten unvermittelt offene Wunden auf, die von der Schulärztin auf eine falsche Seife zurückgeführt wurden. Fehlgeburten häuften sich ebenso wie mißgebildete Neugeborene. Die Ursache war schnell vermutet: Umweltschützer analysierten die Erde und fanden dort eine Reihe hochgiftiger Chemikalien: Dioxin (Seveso-Gift), Benzen, Chloroform, Trichloräthylen (alles mittlerweile bekannte Krebsverregende Substanzen), Lindan (hier bekannt durch Boehringer-Celamerck) und Bestandteile des Entlaubungsmittels „Agent Orange“, das in Vietnam eingesetzt wurde, und unter dem heute neben Vietnam Bevölkerung auch viele Vietnam-Veteranen zu leiden haben. Die Behörden beschwichtigten einstweilen, es bestehe kein Anlaß zur Sorge, die Krebsgefahr sei nicht größer als anderswo, so der staatliche „Gesundheitskommissar David Axelrod auf einer Versammlung („IT“, 20. 5.80).

Im August 1978 wurden die ersten 239 Familien evakuiert, diejenigen, die am dichtesten am Kanal wohnten. Unverständnis bei denen, die dableiben, war die Folge. Aufgrund der offiziellen Verlautbarungen wuchs das Unverständnis schnell zur Wut und zum Widerstand, bis jetzt eine Untersuchung von 36 repräsentativ aus-

gesuchten Anwohnern bei 11 starke Chromosomenschäden nachwies. Diese Menschen wurden u.a. ausgesucht, weil sie noch(!) keine offensichtlichen Krankheiten hatten. Aufgrund dieses Ergebnisses sah sich die Behörde nach starkem Drängen der Bevölkerung genötigt, auch die restlichen 700 Familien zu evakuieren und für das Gebiet den Notstand auszurufen. Trotz der eindeutigen Ergebnisse hat die Chemiefirma noch die Stirn, alles anzuzweifeln. Durch die Studie wurden unnötige Ängste geweckt, die Ergebnisse seien nur vorläufig etc. (nach „International Herald Tribune“, 18. 5., 20. 5., 21. 5. und 23. 5.80).

Lekkerkerk, Niederlande: Die ca 900 hier wohnenden Menschen begannen vor einiger Zeit, sich über Gestank und Übelkeit zu beklagen. Eine Untersuchung brachte unter einem Parkplatz 42 Fässer zu Tage, die chemischen Abfall enthielten. Diese Fässer wurden in den Jahren 1970 und 1971 von einer Transportfirma dort vergraben; offiziell hatte sie den Auftrag von der Gemeindeverwaltung, den Boden für eine Besiedlung zu erschließen! Der Inhalt der Fässer: Toluol und Xylen, beides krebsverregende Chemikalien. Eine Schätzung ergab, daß dort ca. 5.000 solcher Fässer vergraben wurden, die mittlerweile verrottet sind und das Trinkwasser nachweisbar vergiftet haben. Die Folge: „Täglich fahren Lieferwagen vor, um bei jeder Wohnung eine Kiste mit zwölf Flaschen Wasser abzuliefern“ („FR“, 22. 5.80). Die „Alternative“ für die Bevölkerung: „Acht Monate lang werden die Bewohner hier auf die Sanierung ihrer Siedlung warten müssen — falls sie es nicht vorziehen, sich mit der finanziellen Hilfe des Staates eine andere Wohnung zu kaufen“ („FAZ“, 22. 5.80).

Ab 31. Mai soll in Lekkerkerk das Trinkwasser abgestellt werden, denn ab dem 1. Juni sollen die Gräben leergepumpt und eine 75 cm tiefe Bodenschicht abgetragen werden. Da aber 60 der ca. 300 Häuser des Dorfes auf Holzpfehlern gebaut sind, besteht bei diesen hierdurch Einsturzgefahr. Der Staat will in jedem Fall nur den „Erstwert“ zahlen, aber keinesfalls den vollen Wert der Häuser. Wer nicht verkaufen will, wird enteignet. Die Kosten der selbstverständlichen aus Steuermitteln gedeckt werden sollen sich auf 54 Mill. DM belaufen. So nebenbei: Das Transportunternehmen kann nicht mehr belangt werden, da die Vergiftung rechtlich als Vergehen zählt, und dies ist verjährt...

AKW-Nein-Kommission

## Freiburg: „Größter Umweltskandal der Nachkriegszeit“

Mit dieser Kennzeichnung faßte sogar die Freiburger Kripo folgenden Vorfall zusammen: Ein Betrieb zur Metallveredelung fällt im November 79 auf, weil seine Abwässer verschmutzt sind. Als er die Auflagen der Polizeibehörde nicht erfüllen will, wird der Zugang zum allgemeinen Kanalnetz kurzerhand verschlossen und plombiert. So weit, so gut. Denkste. Die Firmenleitung umgeht das Verbot dadurch, daß die hochgiftigen Abwässer jetzt einfach in die WC-Anlage gekippt werden. Kräftig durchspülen, fertig! Vom betriebseigenen Klo gelangt die Sauerer in eine Mischwasserkanal. Maßnahme des Tiefbauamtes ermittelt dort eine Belastung von bis zu 1000 Milligramm Cyanid und bis zu 22 Milligramm Chromat pro Liter.

Damit wurde beim schwerlöslichen Chromat die zulässige Dosis um das 40-fache, beim Cyanid um das 10.000-fache überschritten. Schlimmer noch: Schon 60 Milligramm Cyanid sind tödlich!

Außerdem wurden Zink, Kupfer und Nickel registriert. Als am 2. Mai der Betrieb endlich vom Amt für öffentliche Ordnung geschlossen wird, ist diese Giftbrühe mindestens ein halbes Jahr über den Kanal in ein Reisfeld geleitet worden — dort wird umfangreich Viehzucht und Gemüseanbau betrieben...

Die Gesundheit von mehreren 10.000 Menschen ist also bedroht. Und zwar darum: „Die Ermittlungsbehörden sind der Auffassung, daß die Abwässer wahrscheinlich deshalb nicht entgiftet wurden, weil hohe Kosten damit verbunden sind“ („BZ“, 14./15. Mai).

KB/Gruppe Freiburg

## Giftmüll-Export in die Dritte Welt

Die amerikanische Abfallverwertungsfirma Nedlog Technology versuchte, den afrikanischen Staat Sierra Leone für ein dreckiges Geschäft zu bekommen. Für 25 Millionen Dollar wollten sie jährlich eine Million Tonnen hochgiftiger Substanzen vor der Küste von Sierra Leone ins Meer schütten. Zudem waren sie daran interessiert, in mehreren Ländern der Dritten Welt Filial-Betriebe für ihre Abfall-Wiederaufbereitung zu errichten, in Ländern, „die Deviseneinkünfte und Arbeitsplatzinvestitionen nötig haben.“ Der anfallende Giftmüll sollte dann natürlich auch in diesen Ländern bleiben.

Nachdem mehrere afrikanische Länder heftigen Protest geäußert hatten, zog sich Sierra Leone von dem dreckigen Geschäft zurück. Nun soll sich Nedlog angeblich mit Pinochet um einen Platz in Chile bemühen!

## Atommülllager in Würgassen!

Auf dem Gelände des AKW Würgassen plant die Preussische Elektrizitäts Aktiengesellschaft (PREAG) eine sogenannte „Brennelementzwischenlagerung in Trockenbehältern“, kurz auch „Trockenlagerung“ genannt.

Dieses „Entsorgungskonzept“ galt bisher selbst bei AKW-Betreibern aufgrund seiner hohen Sicherheitsrisiken

als ausgetauscht. Da das Abklingbcken in Würgassen im Reaktorgebäude voll ist, müssen hier auch neue Plätze her.

Vor diesem Hintergrund begannen wir, die Anti-AKW-Gruppen aus der Umgebung, am 5. März mit dem Sammeln von Einsprüchen gegen das Trockenlager. Dabei wurde ein erstaunlicher „Klimawechsel“ bei der

ungefähr nach dem Motto: Jetzt haben wir jahrelang alles geschluckt, was die uns vorgesetzt haben, aber das geht nun zu weit. Kurz gesagt, die Unterschriftensammlung lief so gut an, daß wir selbst erstaunt waren, wie viele Unterschriften zusammenkamen: es wurden über 14.000!

Der nächste Schritt war eine Informationsveranstaltung in der Beverunger Stadthalle am 18.4., Initiator war die „Initiative gegen das Trockenlager“. Zu dieser Veranstaltung kamen über 700 Besucher und die Stadthalle war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Helmut Hirsch vom Öko-Institut in Hannover setzte sich in seinem einleitenden Referat mit den Risiken des geplanten Trockenlagers auseinander. Für den Transport und nicht für die langfristige Lagerung wurden die Behälter gebaut, deren Langzeitverhalten überhaupt nicht bekannt ist. Die angestrebte „Naturkühlung“ (klingt gut — was?) ist entgegen den Aussagen des Sicherheitsberichtes keineswegs in allen Situationen gewährleistet. Behälter können kritisch werden, schlimmstenfalls kann es zum Schmelzen kommen. In diesem Fall würden ca. 1 Tonne Plutonium und 3 Tonnen anderer Spaltprodukte frei.

Der Vertreter der AKW-Betreiber, der technische Direktor Reiss, eröffnete dann die Diskussion. Damit auch bei ihm jemand klatschte, hatte er die halbe Belegschaft des AKW mitgebracht. Da er, sein Chefphysiker und der AKW-Betriebsrat alle Gefahren rundheraus bestritten, konnten sie kaum etwas ausrichten. Insbesondere der Betriebsrat kam mit der Masche, sie würden den gesamten Arbeitsplatz



bringen. Der Hauptanteil der Beiträge von Anwohnern und aus der BI machte eine Ablehnung des Trockenlagers deutlich. Zur Veranstaltung waren auch alle Mitglieder der Stadt- und Gemeinderäte eingeladen. Es kamen zwar nur wenige, aber immerhin haben die Gemeinderäte Hörter, Bad Karlshaven, Lippoldsberg, Bodenfelde, Beverungen und Lauterförde ebenfalls Einsprüche eingeleitet.

Aktionswoche vom 3. bis 5. Mai in Beverungen

Ab Abschluß der Sammelgespräche organisierten die BI ein Aktionswochenende. Los ging's am Samstag mit einer Demonstration durch Beverungen und dann zum AKW. Daran beteiligten sich ca. 250 Personen. Vor dem AKW demonstrierten aufsteigende Luftballons die

Streuung der radioaktiven Teilchen durch das AKW. Nachmittags gab es Infostände und „Klonschnock“ usw.

Abends gaben sich die „Stolpersteine“ die Ehre, der Abend klang dann mit Rockmusik aus.

Der Sonntag wurde zum Erfahrungsaustausch, zum Fußballspielen, Unterschriftensammeln, CDU-Bienenkopf die Wahlveranstaltung vermasseln und ähnlichen Dingen genutzt. Abends zeigten wir noch „Paul Jacobs und die Atombande“, ein Film, der für jeden AKW-Gegner zur Pflichtlektüre gemacht werden sollte.

Montagsmorgen fanden wir uns dann auf dem Beverunger Marktplatz ein. Einem recht unsicher dreinblickenden Amtmann im Rathaus reichten wir die letzten gesammelten Einsprüche ein. Es waren fast 15.000 geworden.



als nicht realisierbar. Das Trockenlager soll den AKW-Betreibern aus der Klemme helfen: nach dem Scheitern der WAA-Konzeptum in Gorbelen und der katastrophalen Situation in La Hague müssen neue Atommüll-Lagerplätze geschaffen werden. Für das AKW Würgassen steht im Herbst ein Brennelementwechsel an. Dabei werden rund ein Viertel der Brennstä-

Bevölkerung in und um Würgassen festgestellt: Bislang war für die breite Masse das AKW dort zur Selbstverständlichkeit geworden, mit und vielfach auch von dem man lebte. Die AKW-Ziegler waren eher Quertreiber, die man als Spinner abfertigte und amüsierte. Der geplante Bau des Trockenlagers hat bei vielen zu einer neuen Betrachtungsweise geführt —



Nach Veröffentlichung der von Gruhl, Springmann, Dinné, Hoss und 20 weiteren prominenten Grünen herausgegebenen „Erklärung zur Lage der Grünen“ (vgl. AK 177, S. 1) regt sich innerhalb der grünen Partei erster Widerstand gegen diesen Versuch, über ein massives Erpressungsmanöver eine weitgehende Revision des in Saarbrücken verabschiedeten Programms zu erzwingen. Die erste „offizielle“ Stellungnahme aus den Reihen der Grünen gegen die „Erklärung der 24“ ist die nebenstehende Entschließung des Hamburger Landesvorstandes „Erklärung zu einigen unerfreulichen Vorgängen in der Bundespartei“. Der Bundesvorstand ist auf die „Erklärung der 24“ bisher nicht ausdrücklich eingegangen. In seinem Brief an die GAZ vom 20.5. wird zunächst die Nichtauflösung der GAZ kritisiert und darauf hingewiesen, daß das seinerzeit wesentlich von der GAZ betriebene Doppelmitgliedschaftsverbot für alle Grünen zu gelten habe. Weiter schreibt der Bundesvorstand: „Mit Nachdruck dürfen wir die Behauptung zurückweisen, die von Teilen der GAZ und auch wiederholt von Ihnen (Gruhl; Anm. AK) erhoben wurde, das Programm der Grünen verstoße in irgendeiner Form gegen unsere ökologischen Grundsätze“. Tatsache ist, daß diese Behauptungen keineswegs nur von „Teilen der GAZ“ erhoben werden – wie die „Erklärung der 24“ zeigt. Andererseits muß an dem Brief des Bundesvorstands positiv hervorgehoben werden, daß darin das Saarbrücker Programm eindeutig verteidigt und gegen rechte Spaltungsversuche Stellung genommen wird: „Wer jetzt vom Aufbau einer neuen ökologischen Bewegung spricht, wie es in dem vom Kreisverband Würzburg der GAZ eingebrachten und vom GAZ-Parteitag mehrheitlich angenommenen Antrag heißt, der dient den etablierten Parteien und gefährdet die von uns allen aufgebaute politische Bewegung der Grünen.“

Auch in einem anderen Sinne scheint das Erpressungsmanöver von Gruhl & Co. nicht den gewünschten Effekt gehabt zu haben: Weitere Unterstützer hat es für diesen Vorstoß – soweit öffentlich sichtbar – bisher nicht gegeben.

Hopflitschek: Wir haben im Gegensatz zu Saarbrücken folgende Situation: wir werden damit zu rechnen haben, daß ein großer Teil des sogenannten mittleren Feldes, dessen Speerspitze historisch die GLU Niedersachsen war, in Dortmund einen Kompromiß macht zugunsten von Gruhl und geneigt ist, Abstriche zu machen bei ihrer Haltung zu den ökonomischen Fragen, wo sie in Saarbrücken mit den Linken zusammen gegangen ist. Ich meine, da wird die Linke einen Offenbarungseid leisten müssen. Die Linken werden meines Erachtens ganz klar zu erkennen geben müssen, aufgrund des politischen Stils und aufgrund maximalistischer fundamentalistischer Forderungen dürfen sie diesem Spiel nicht mitmachen. Wenn es wohlbermerkt so läuft, daß gesagt wird, wir machen erst zusammen weiter, wenn die Forderung dieser 24 erfüllt ist - also Raunkippen des ganzen Teils II (Wirtschaft und Arbeitswelt) und Raunkippen des ganzen Teils V (Mensch und Gesellschaft) - dann werden wir sagen: das machen wir nicht mit, wir fordern offene Diskussion schwerpunktmäßig zum Verhältnis Ökologie und Ökonomie, und erst, wenn wir uns gestritten haben, was wir denn gemeinsam verstehen unter Ökologie, dann kann man über weiteres reden; andersherum geht das auf keinen Fall. Das würde ich auch in meinen eigenen Reihen vertreten - wenn es umgekehrt läuft, daß die Erklärung der 24 Priorität haben soll und wir uns zu verhalten haben, dann müssen wir ganz klar erkennen: nee, so geht es nicht. Dann muß man natürlich auch meine Konsequenzen ziehen sehen mit.



## Interview mit Hermann Schulz

(Landesvorstand der Grünen/NRW)

AK: In der von Gruhl und 23 weiteren prominenten Grünen unterzeichneten Erklärung werden für den Dortmunder Parteitag sehr weitgehende Abstriche am Saarbrücker Programm gefordert. Wird in Dortmund dieses Programm gekippt werden; werden bei der Verabschiedung der Wahlplattform und der Erklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie Zugeständnisse an die Unterzeichner der Erklärung gemacht werden?

Schulz: Ich sehe da natürlich außerordentliche Schwierigkeiten auf uns zukommen, das ist unbestritten. Ich kann mir zur Zeit nicht vorstellen, daß eine Mehrheit sich findet, die das Saarbrücker Programm kippt.

Ich glaube, daß wir da sehr hart am Wind segeln werden, mit außerordentlichen Schwierigkeiten auch ringen werden; daß man vielleicht von der Optik her da einige Dinge herausnimmt, daß es aber in der Substanz nicht angetastet wird.

AK: Was würde das konkret heißen?

Schulz: Das heißt, daß man die vielleicht massivste Aussage von der 35-Stunden-Woche interpretiert. Bahro hat das ja schon in seinen Vorträgen in der Wahlkampfkampagne gemacht und hat das etwas relativiert – daß aber die Substanz des verabschiedeten Programms nicht angetastet wird. Wie diejenigen sich verhalten, die diese Erklärung unterschreiben haben, das muß man einfach abwarten. Ich gehe nicht von einer Spaltung aus, weil ich glaube, daß der Konsens bei den Grünen dann doch überwiegen wird. Es wird aber sicher nicht leichter werden als in Saarbrücken, sondern eher schwerer.

AK: Besteht nicht bei Teilen der Linken ungeachtet der massiven Ermahnungen die Gefahr des Umklippens, die eine Mehrheit für die Verteidigung des Saarbrücker Programms doch noch gefährden könnte?

Schulz: Die Linke hat sich bisher als außerordentlich flexibel erwiesen, hat oft das Ertrüglige gerade zugestanden, ohne das Gesicht zu verlieren. Ich glaube, man wird faktisch bereit sein, von der Optik her, das sagt ich eben, zu glätten, aber man wird nicht an die Substanz gehen, und ich sehe auch nicht die Möglichkeit, daß es dazu kommen wird.

AK: Gibt es gemeinsame Vorbereitungen der Grünen in NRW auf den Dortmunder Parteitag – das NRW.

Wahlergebnis ist ja von Gruhl so interpretiert worden, daß dort die ökologische Komponente im Wahlkampf verloren gegangen sei?

Schulz: Um das letzte mal zuerst aufzugreifen: das ist so überhaupt nicht richtig, die ökologische Komponente ist sehr wohl herausgestrichen worden. Wir haben da einen sehr unterschiedlichen Wahlkampf hinter uns, je nachdem, ob das in den Ruhrballungsgebieten und den Großstädten geschehen ist oder ob das ländliche Wahlkreise gewesen sind. Wir haben eine ganze Reihe von Wahlkreisen, wo unabhängig vom NRW-Programm, von den umstrittenen Punkten des NRW-Programms oder auch des Bundesprogramms Wahlkampf gemacht wurde. Die haben das einfach ausgeklammert, und wir haben sie auch gelassen, weil wir mehr daran interessiert waren, daß überhaupt etwas geschehen ist. Da ist auch von der Analyse her nicht zu sehen, daß das irgendetwas gebracht hätte, weder positiv noch negativ. Der Ausgang der Wahl ist davon wohl sehr unabhängig zu sehen.

Aber jetzt zur Frage der Vorbereitungen, da laufen natürlich eine ganze Reihe von Vorbereitungen. Einmal wird der Landesverband NRW selber in Bielefeld eine Landesdelegiertenversammlung abhalten, wo auch die Vorbereitung auf Dortmund auf dem Programm steht, auch die Frage der Beteiligung der Partei an der Bundestagswahl. Unabhängig davon werden sich Linke in Dortmund treffen Ende Mai, das ist eine Initiative von Einzelpersonen, so wie das auch früher stattgefunden hat. Dann gibt es noch Initiativen von Kreisverbänden. Wir sind gerade vom Ascheener Kreisverband angesprochen worden, die wollen eine offene Versammlung fortschrittlicher Kreisverbände zustandbringen. Was dabei herauskommt, muß man sehen. Da werden sicher auch noch Fragen in Bezug auf die weitere Wahl des Bundesvorstands, der ja auch eine gewisse Relevanz hat, besprochen, wie das auch früher in Bielefeld schon geschehen ist.

AK: Wie wird in NRW die Frage der Beteiligung an der Bundestagswahl gesehen – nach dem 3%-Ergebnis bei der NRW-Wahl ist ein Überspringen der 5% bei der Bundestagswahl ja ziemlich unwahrscheinlich.

Schulz: Wir haben eine Reihe von Probeabstimmungen gehabt, und wenn ich da richtig unterrichtet bin, überwiegt zur Zeit deutlich die

Stimmung für eine Kandidatur bei der Bundestagswahl, wobei die Einschätzung, daß man die 5% in jedem Fall schaffen wird, natürlich nicht in gleichem Maße vorhanden ist.

Man argumentiert, wenn wir nicht kandidieren, und wir vom Fenster weg, die Öffentlichkeit geht verloren, und in jedem Fall ist es besser – wenn auch mit einem anderen geführten Wahlkampf, da gibt es viel Kritik – sich zu beteiligen. Wir haben natürlich auch Stimmen – für mich gilt das auch in etwa – wenn wir erheblich weniger Bemühungen im Wahlkampf gehabt hätten, dann hätten wir wahrscheinlich dasselbe Wahlergebnis erreicht, vielleicht mit anderen Wählern, aber die 3% wären ja eh die Vorgabe, von der aus wir operieren wollten, und die haben wir ja knapp überhaupt erreicht, wenn auch mit absolutem Stimmenzuwachs (gegenüber der Europawahl, Anm. AK), aber was soll's?

Die Frage, wie sich der Bundesvorstand komplettieren wird, ist natürlich zur Zeit Astrologie, da gibt es natürlich viele Gespräche rechts und links. Es ist auch diskutiert worden, ob der jetzige Vorstand, also die fünf Leute noch einmal zurücktreten, um neuen Platz zu machen. In Saarbrücken haben wir ja einen wahnsinnigen Zeitdruck gehabt. Die ganze Haußleiter-Affäre wäre da noch zu nennen. Das hat sich ja jetzt etwas beruhigt, weil es im Augenblick keinen Anlaß gibt. Ich würde es persönlich bedauern, wenn Haußleiter in dieser Form gehen würde, wie das teilweise gefordert worden ist. Das ist eine Sache, die ist völlig unausdiskutiert, das muß man einfach abwarten. Zur Frage der Gruhl-Initiative noch einmal: Ich habe gerade den Gruhl-Vortrag von Hannover noch einmal sehr aufmerksam gelesen, und ich bin außerordentlich erstaunt gewesen, wie einfach es sich Gruhl in Bezug auf die Einschätzung des radikal-demokratischen Komplexes bei den Grünen macht. Das ist für mich sehr, sehr schwer verständlich. Ich halte das alles für sehr rückwärtig, was dort formuliert worden ist. Das geht manchmal doch ein bißchen stark in die Heim-und-Herd-Ideologie, die ja auch zum Teil in seinem Buch manifest war. Das alles einfach abzutun als geringe Forderungen, was die Linke fordert – so einfach kann man sich das heute nicht machen.

## Interview mit Kay Hoffmeister

(Grüne Niedersachsens)

AK: Wird in Dortmund das Saarbrücker Programm bestätigt werden, d.h. werden die Beschlüsse von Saarbrücken auch in die Wahlplattform und die Erklärung zum Verhältnis von Ökologie und Ökonomie eingehen?

Hoffmeister: Ich würde davon ausgehen, daß man nach Möglichkeit von den verschiedenen Seiten gewisse Kompromisse machen sollte, daß man versucht, auf der Basis der Wahlplattform eine Einigung zu erreichen. Das Programm kann ja wohl nur mit 2/3-Mehrheit abgeändert werden. Man sollte also die Programmdiskussion wirklich zurückstellen und sie dann nach den Bundestagswahlen weiterführen. Eine Aufgabe des Programms kann es nach meinen Vorstellungen nicht geben, es sei denn, daß sie mit 2/3-Mehrheit beschlossen wird.

AK: Wie sehen Sie die von Gruhl, Dinné, Hoss und anderen unterschriebene Erklärung, in der doch eine sehr weitgehende Revision des Saarbrücker Programms gefordert wird?

Hoffmeister: Die Erklärung finde ich sehr schlecht, weil sie versucht, mit einem gewissen Druck zu arbeiten, und weil sie doch wohl von falschen Voraussetzungen ausgeht. Wenn die Unterzeichner sozusagen eine Garantie geben könnten, daß die Grünen mit dem, was sie vorschlagen, über die 5%-Grenze kommen bei der Bundestagswahl, dann könnte man darüber reden. Aber die Erklärung zeigt eine gewisse Hilflosigkeit: es ist eher zu vermuten, daß man damit weiter unter die 5% abrutschen würde, weil man die Verbindung zu den Jungwählern in Frage stellt und weil man den Arbeitnehmern praktisch nichts anbietet, man bleibt völlig im Mittelstandsbereich stecken. Daß die Wähler mit einem reinen Ökologieprogramm nicht zu erreichen sein werden, scheint mir bei den Wahlen in NRW deutlich geworden zu sein: wenn der DGB-Bezirksvorsitzende Bleicher erklärt, daß dort der DGB gerade die Grünen abgeblockt hätte, wenn durch den DGB das relativ schlechte Ergebnis zustande gekommen ist, dann widerspricht das dem, was Gruhl behauptet, der noch weiter von den Arbeitnehmerforderun-

gen sich abgrenzen will und davon bessere Ergebnisse erwartet. Ich glaube, Gruhl ist seiner Mittelstandspolitik in diesem Sinne und hat keinerlei Vorstellung, wie man die Verbindung zur Arbeitnehmerschaft ausbauen kann.

AK: Wird angesichts der sehr massiven Forderungen der Unterzeichner der Erklärung in Dortmund eine Spaltung zu vermeiden sein?

Hoffmeister: Daß es in Dortmund zu einer Spaltung kommt, kann ich mir nicht vorstellen; es sei denn, daß sie vom Kreise um Baldur Springmann etwa bewußt mit einer Vernichtungsstrategie gegen alle Andersdenkenden provoziert wird. Ich glaube, daß es keine Spaltung geben wird, daß aber ein Auseinanderleben für die Zukunft möglich ist, aber das ist ein monatelanger Prozeß, und man sollte erst einmal nach der Bundestagswahl eine Art Bestandsaufnahme machen.

AK: Eine Beteiligung der Grünen an der Bundestagswahl ist für Sie selbstverständlich?

Hoffmeister: Die Beteiligung an der Bundestagswahl halte ich für notwendig, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß die halbherzige Friedenspolitik der SPD ausreicht, um den Frieden in der Welt und in Europa wirklich zu sichern, und weil wir dahin kommen müssen, daß die Protestwähler und die, die eine Alternative wollen, nicht enttäuscht werden. Wir müssen antreten, auch wenn wir nur 3% erreichen, und müssen sehen, daß wir mit diesem Ergebnis dann hinterher Politik machen.

AK: Die Betonung der Friedensproblematik würde ja bedeuten, daß von den dazu in Saarbrücken gefaßten Beschlüssen keine Abstriche gemacht werden und daß mit diesen Beschlüssen noch sehr viel stärker in der Öffentlichkeit gearbeitet wird.

Hoffmeister: Ja, da ist für mich – bei aller Problematik – Haußleiter der Garant für eine unabhängige und Neutralitätspolitik, und ich halte es für notwendig, daß das Programm ausgebaut und konkretisiert wird und daß das im Grundsatz Sinne nicht ein Abstrich gemacht wird. Das muß voll bestehen bleiben und muß im Gegenteil noch akzentuiert werden.

## Hamburger Landesvorstand der Grünen

# Erklärung zu einigen unerfreulichen Vorgängen in der Bundespartei

Zwei Vorgänge, die auch in der Öffentlichkeit zitiert wurden, fordern derzeit die Einheit der Grünen Partei auf unerfreuliche Weise heraus.

– Zum einen handelt es sich um eine „Erklärung zur Lage der Grünen“ mit Datum vom 13. Mai, die von 24 überwiegend namhaft bekannten Mitgliedern unterzeichnet ist. Diese Erklärung stellt die Behauptung auf, „daß die grundsätzlichen Positionen ökologischer Politik bei den Grünen in der letzten Zeit nicht deutlich genug vertreten worden sind“. Mit Blick auf den Dortmunder Parteitag am 21./22. Juni und auf eine dort zu fallende Entscheidung über eine Beteiligung der GRÜNEN an der Bundestagswahl wird gefordert:

1. daß eine Bundestagswahl-Plattform „mit ökologischem Schwerpunkt“ zu verabschieden“ sei;
2. daß die auf dem Saarbrücker Parteitag beschlossenen Programm-Kapitel „Wirtschaft und Arbeitswelt“ und „Mensch und Gesellschaft“, die in dieser Erklärung als „umstritten“ bezeichnet werden, „zur Diskussion an die Basis bis nach den Bundestagswahlen zurück zu verweisen“ seien – d.h. außer Kraft gesetzt und zumindest vorläufig für ungültig erklärt werden sollen;
3. daß die GRÜNEN „sich in ihrem Bekenntnis zur Gewaltfreiheit nachdrücklich von kommunistischer, kapitalistischer und faschistischer Politik distanzieren“ sollen.

Das Unterzeichner-Spektrum dieser Erklärung reicht von Baldur Springmann über Herbert Gruhl und Olaf Dinné bis zu Carl Amery, Heinz Hoffmeister und Willi Hoss. Aus dem Hamburger Landesverband der GRÜNEN hat Holger Strohm diese Erklärung mitunterzeichnet.

Zum anderen hat der Parteitag der GAZ am 15. Mai die Auflösung der GAZ aufgeschoben und an die Erhaltung der Bedingungen geknüpft, die so

der erwähnten Erklärung vom 13. Mai erhoben werden. Andernfalls „sollen der Bundes- und die Landesverbände der GAZ zu Gesprächen mit grünen Gruppierungen und Organisationen zur Gründung einer neuen ökologischen Bewegung ermächtigt werden“ (dpa-Meldung vom 16. Mai).

Die Grüne Partei ist also mit einer offenen Spaltungsdrohung konfrontiert, wie sie interessierte Kräfte außerhalb dieser Partei als Reaktion auf den Saarbrücker Parteitag und die dort erfolgte ökologische und radikal-demokratische Profilierung der GRÜNEN herbeigeseht haben. Beispielsweise sei hier nur an den Kommentar in der SPD/FDP-verpflichteten Frankfurter Rundschau vom 24. März erinnert: „Die Dominanz der Linken wird von jenen, die sich als die wahren Ökologen ausgeben, nicht akzeptiert. In Saarbrücken waren das etwa 12 Prozent – vorwiegend die „Bürgerlichen“. Wenn verlassen sie das Bündnis?“. Dieser Ruf hat nun also innerhalb der GRÜNEN auch bei jenen ein Echo erreicht, die etwa wie Herbert Gruhl noch unmittelbar nach dem Saarbrücker Parteitag in einem Interview mit der Neuen Presse (Hannover) erklärten, daß sie eine substantielle Änderung des beschlossenen Programms realistischweise auch vom nächsten Parteitag im Juni nicht erwarten würden. Aber mit entsprechenden Drohungen, so ist jetzt wohl die gemeinsame Auffassung dieses Kreises, ließe sich dem vielleicht doch etwas nachhelfen.

Die „Erklärung zur Lage der Grünen“ hätte die unmittelbare Funktion, dem nachfolgenden Beschluß des GAZ-Parteitages eine größere Legitimität zu verleihen. Inwieweit allen ihren Unterzeichnern damit auch ihre Funktionalisierung für die offene Spaltungsdrohung der GAZ mit der Gründung einer neuen ökologischen

Bewegung“ gemeint ist, ist vorerst von uns nicht zu beurteilen. Dazu wird es hoffentlich bald aufhellende Stellungnahmen derjenigen Unterzeichner selbst geben, die sich dadurch angesprochen fühlen. Von ihrem Charakter her ist diese Erklärung jedoch ein „Prominenten-Aufstand“ gegen die Basis der Grünen Partei, der sich schon von daher in seiner öffentlichen Verfügbarmachung gegen die Grüne Partei selbst richtet.

Zur inhaltlichen Sache erklärt der Hamburger Landesvorstand folgendes:

Die Behauptung, daß die Grüne Partei keinen ökologischen Schwerpunkt mehr habe, hält weder einer Durchsicht ihres Programms noch einer Beurteilung ihres politischen Auftretens stand. Bezeichnenderweise haben diejenigen, die diese Behauptung aufstellen – und groteskerweise war derartige auch vom SPD-Vorstandssprecher Lothar Schwartz zu hören –, bislang auch keine konkreten und überzeugenden Argumente dafür geliefert. Solche Behauptungen erschöpfen sich regelmäßig in sich selbst. Wenn die Unterzeichner aber mal ihre konkreten Argumente auf den Tisch legen würden, wozu wir sie hiermit auffordern, würden wir uns sehr gern mit ihnen inhaltlich darüber streiten.

So wie die Sache sich jetzt darstellt, handelt es sich hier aber nicht um Unzufriedenheit mit angeblicher Armut an ökologischen Gedanken in der grünen Programmatik, sondern um Unzufriedenheit mit dem Reichtum demokratischer Gedanken darin. Mit dem Saarbrücker Parteitag hat die Grüne Partei, gestützt auf den Mehrheitswillen ihrer Mitglieder demonstriert, daß sie nicht nur eine Partei des radikalen Umweltschutzes und der radikalen Rücksichtnahme auf die bedrohten Lebensgrundlagen der Menschen ist, sondern daß sie mit glei-

chem Gewicht und aus gleicher Überzeugung heraus beansprucht, eine Partei der radikalen sozialen Gerechtigkeit, der Gegnerschaft gegen jede politische Unterdrückung, Diskriminierung und Entmündigung und der Verwirklichung eines solidarischen gesellschaftlichen Lebens zu sein. Es sind gerade diese Überzeugungen, die in denjenigen Programmateilen zum Ausdruck kommen, die die „Erklärung der 24“ und der Beschluß des GAZ-Parteitages wieder außer Kraft setzen wollen. Auf dem Saarbrücker Parteitag selbst ist dieser Versuch bereits unmittelbar nach der Beschlussfassung über diese Programmteile mehrfach unternommen worden – und ebenso oft gescheitert. Er wird nach unserer Überzeugung auch im nachmaligen Anlauf scheitern – oder die Grüne Partei zur bedeutungslosen, von der neuen sozialen Bewegung in der BRD abgekoppelten Sekte zurückentwickeln. Denn die Grüne Partei ist nur dann politisch lebens- und entwicklungsfähig, wenn sie ein Bestandteil und politisches Instrument dieser vielschichtigen Bewegung bleibt und noch mehr wird: der Naturschutz-Bewegung ebenso wie der Frauenbewegung,

der Anti-AKW-Bewegung ebenso wie der Bewegung sozialer Minderheiten, der radikaldemokratischen und antireaktionären Bewegung ebenso wie der auf ein besseres Leben verweisenden Tendenzen in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Dieses Selbstverständnis der Grünen Partei und ihr darauf aufbauendes politisches Engagement schließen aber auch aus, daß sie die in diesem Staat vorherrschenden Doktrinen antikomunistischer Abgrenzung übernimmt.

Wir appellieren darum an diejenigen, die an einem Fruchtbarwerden des grünen Engagements interessiert sind, und auch an diejenigen, die sich trotz einiger Meinungsverschiedenheiten nicht zu Spaltungsversuchen mißbrauchen lassen wollen, die „Erklärung zur Lage der Grünen“ und die Beschlüsse des GAZ-Parteitages gemeinsam mit uns zurückzuziehen.



Beschlossen auf der ersten Sitzung des Landesvorstands der Hamburger Grünen am 20.5.80 bei 11 Anwesenden mit 10 Fürstimmen und 1 Enthaltung.





Mathias Thesen

## »Neutralisten« zur Lage der Grünen

In der westdeutschen „Dritte Weg“-Bewegung, die seit der Nachkriegszeit einen gesamtdeutsch ausgerichteten „Neutralismus“ fordert, gibt es heute neben der sich mehr links gebenden AUD eine Gruppe, die nach rechts außen marschiert ist, als die Erfolglosigkeit ihres Vorhabens (Verhandlungen mit der DDR in den 60er Jahren) sichtbar wurde. Gemeint ist die „Vereinigung Deutsche Nationalversammlung“, einst enger Partner der AUD und der Hamburger Zeitschrift „Neue Politik“ (Aufl. 10.000). Gegründet wurde die VDNV 1961 u.a. von Leserkreisen dieses Organs aller „Nonkonformisten“. Ihr gehörten z.B. heute bekannte Grüns wie Edgar Langer (Landesvorsitzender der „Grünen“ Niedersachsens) an. Noch 1970 warnte Langer vor der „Vermischung und Entartung der Völker“, vor dem „Tiersmenachtum“. In einem Aufsatz „Weltanschauliche Grundlagen der Zukunft“ warnte Langer vor Gefahren für den „Groß-Organismus Nation“, etwa die „allgemeine Vermischung und Nivellierung der Weltbevölkerung“ und die „Auslieferung der ordnungswilligen Kräfte in den Völkern durch angeblich humane Gesetzgebung an das Verbrechertum“. „Gefördert und unterstützt“ wurde dies u.a. durch „Vermischung und Entartung der Völker“ (alle Zitate: „Extra-Dienst“, 24.3.71).

Wie die Grünen will die VDNV „weder rechts noch links“ sein, weil sie diese Begriffe für „überholt“ hält (Zitate aus: VDNV-Broschüre „Wer spricht für Gesamtdeutschland“, S. 71). Trotzdem wüßte sie des öfteren mit lobenden Worten für den neofaschistischen „Bund Heimat-treuer Jugend“ (BHJ), hält Kontakt zur „linksnationalen“ UAP („Unabhängige Arbeiter-Partei“), zur rechtslastigen „Südtiroler Volkspartei“ etc. Auch für neofaschistische Literatur (z.B. „Der Auschwitz-Mythos“ von W. Stäglich) wird geworben. Wie Teile der Grünen fordert die VDNV „einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“.

„Kommunisten“ und „National-treuer Jugend“ (BHJ), hält Kontakt zur „linksnationalen“ UAP („Unabhängige Arbeiter-Partei“), zur rechtslastigen „Südtiroler Volkspartei“ etc. Auch für neofaschistische Literatur (z.B. „Der Auschwitz-Mythos“ von W. Stäglich) wird geworben. Wie Teile der Grünen fordert die VDNV „einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“ (VDNV-Organ „Deutschland“ 3-4/80, S. 34) und drückte seitensweise positive Kritiken zum grünen Bestseller „Untergang eines Mythos“ des japanischen rechtsradikalen Monetaristen Otani ab. Dieses Buch wird besonders von den „Freisozialen“ Kräften um Georg Otto innerhalb der Grünen stark verbreitet.

Rechtsradikaler „Neutralismus“ (d.h. ein starkes, vereintes Europa als „dritte Kraft“ zu USA und UdSSR), Deutschumwelt und „Dritter Weg“, gemischt mit Umweltschutzparolen à la NPD („nationalökologisches Ordnungssystem“) ergeben das Weltbild dieser Gruppe.

Bis Saarbrücken setzte auch die VDNV auf die Grünen. In Nr. 1-2/80 von „Deutschland“ schrieb ein S. Roth: „Man sollte diesem schwierigen Versuch der Gründung einer politischen Alternative positiv gegenüberstehen und mithelfen an der Chance der Veränderung arbeiten“. Was auch wohl ein wenig in diesem Sinne geschah: Denn erfreut konnte Roth beim Bundeskongreß in Karlsruhe auch „völkisch eingestellte Mitglieder“ feststellen. Ganz im Sinne rechter Grüns wie Gruhl, Springmann & Co. ist die VDNV „der Überzeugung, daß schon in Karlsruhe die Trennung der logischen von den ideologischen Umweltschützern hätte vollzogen werden müssen“ (ebd.).

Da dies wohl doch nicht so geschah und sich in Saarbrücken ein relativ fortschrittliches Programm vorläufig durchsetzte, schrieb VDNV-Funktionär und „Deutschland“-Chefredakteur F.G. Kögel: „unsere Bedenken wurden in allen Teilen bestätigt“ (Nr. 3-4/80, S. 34).

Besonders angefallen hat es den VDNV-Rechten die Antragskommission, die angeblich „selbstherrlich“ nämlich nach eigenem ideologischen Standpunkt entschieden. Dieser wurde auch gleich ausgemacht:

„Hinter basisdemokratischen Anschein wurde von einer geachteten Gruppe zentralistisch und undemokratisch gesteuert“. Durch dieses „Unterwandern“ von links „profilierter sich die Bundespartei Die Grünen“ als eine Klassenkampfpartei mit grünem Mantelchen, was durch Grünblut Abgabe einen sichtbaren Ausdruck fand.

Gegen die „Linken“ wie gegen teine Ökologie fordernde rechte „Grüne“ gewendet, veränderte Kögel anschließend seine Vorstellungen einer ökologisch orientierten „demokratischen Neuordnung“.

Der „Plan einer neuen Ordnung“ müsse „von der Wirklichkeit ausgehen“. J.h. „von einem realistischen Menschheitsbild“ (z.B. Anwendung angeblicher Erkenntnisse der Verhaltensforschung auf Beurteilung von Menschen und Tieren), „von einem realistischen Weltbild“ (Kampf gegen den „US- und SU-Imperialismus“, ein neues Großdeutschland usw.), „von einem nationalökologischen Ordnungssystem“, „von einer gemeinschaftsgebundenen Eigentumswirtschaft“, „Volksgemeinschaft und kleinbürgerlicher Reformkapitalismus“ und „von einer Neugliederung des Volkstaates nach demokratischen Ordnungsvorstellungen, eingebettet in ein Europa der Völker, deren Vielfalt es zu erhalten gilt“ (sprich: Regionalismus und Nationalismus wie bei den „Nationalrevolutionären“ und gewissen Linken).

## Solidaristen bleiben in der Grünen Partei

Die extrem rechten, sich allerdings meist links gebenden sogenannten „Solidaristen“ (im „Bund Deutscher Solidaristen“) haben in ihrem Blatt „BDS-INFORMATIONEN“ (Nr. 3, 80) angekündigt, nach Saarbrücken trotz eines „Vorstands“, der teils aus Zufallsergebnissen, teils aus Kompromissen hervorgeht, und eines „Programms, das in entscheidenden Teilen von vernünftigen und rechtsbezogenen Nonkonformisten nicht getragen werden kann“, weiter bei den „Grünen“ mitzumischen.

„Zunächst (gelte es) innerhalb dieser Partei weiterzuarbeiten. Von einer Position außerhalb der Partei und die Grundlagen nicht wiederherzustellen“. Was u.a. nicht gemeint sein kann, erscheint klar: ein weiterer Versuch, eigene Positionen zusammen mit den unzufriedenen Vertretern der sogenannten „Ökologen“ (d.h. die rechte Fraktion) durchzusetzen.

MATHIAS THESEN

## Delegiertentreffen bunter und alternativer Listen in Frankfurt

Am 26.4. fand in Frankfurt ein auf dem Münsteraner Beratungskongreß beschlossenes Delegiertentreffen bunter und alternativer Listen statt. Erschienen waren je zwei Vertreter aus NRW (Bunte Liste Köln und GAL Münster), Westberlin (AL), Hessen (GLH) und ein Vertreter der Alternativen Liste Bremen. Aus Hamburg nahmen zwei Beobachter der Mehrheit der Bunten Liste (BULL-Initiativentreffen) teil. Der im März ausgetragene Teil der BULL um die Einbürgerung der Bunten Liste hatte auf eine Teilnahme an diesem Treffen verzichtet — was die Delegierten der AL Westberlin vorübergehend in Gewissensnöte stürzte, ob nicht ihre Zusammenarbeit mit nur einem Teil der Bunten Liste einer Parteilnahme im Hamburger BULL-Streit gleichkomme. Schließlich haben sie dann aber doch mitgemacht.

### Selbstverständnisdebatte

Nach Berichten über den Stand der einzelnen Listen entwickelte sich auf Initiative der AL-Delegierten eine Art „Selbstverständnisdebatte“. Schon eine Woche vorher hatten die AL-Vertreter auf einem Treffen alternativer Listen in NRW die Frage der „Existenzberechtigung“ der autonomen Listen gestellt. Verworfen wurde von ihnen vor allem auf einen möglichen Wahlerfolg der Grünen, auf das Saarbrücker Programm und die im Rahmen der grünen Partei zu realisierende politische Breite von Gruhl bis zu den Linken, die über das Spektrum der meisten alternativen Listen weit hinausgehe. Dem wurde — wie schon auf dem NRW-Treffen — von den übrigen Anwesenden entgegengehalten: Insbesondere sei nach den schmerzlichen Erfahrungen, die die alternativen Listen mit der Ausgrenzungspolitik der Grünen gemacht hätten, die Ent-

wicklung der grünen Partei mit dem Saarbrücker Programm keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Auf keinen Fall solle aktuell die Diskussion über eine Auflösung der Listen in die grüne Partei laufen.

### Die weitere Planung

- Am 7. Juni soll in NRW ein kommunalpolitisches Seminar stattfinden. Hier wollen die in NRW in Stadträten und Bezirksversammlungen vertretenen Listen über die damit verbundenen Probleme diskutieren.
- Das nächste bundesweite Delegiertentreffen der buntten und alternativen Listen soll am 6. September in Bremen stattfinden.
- Unterdessen laufen die Vorbereitungen der in Münster beschlossenen Gefangenenkampagne weiter. (Die sehr lebhaft diskutierte Idee, das Konzept dieser Kampagne — vor allem unter Gefangenen — wurde teilweise im AK dokumentiert). Bis Juni sollen endgültige Festlegungen über die nach der Sommerpause anlaufenden Veranstaltungen getroffen sein.

• Geplant ist des weiteren ein Info zum Thema „Politische Rolle der Listen und ihr Verhältnis zu den Grünen“ sowie „Beitrag der Bunt Alternativen zur Bundestagswahl“. Dieses Projekt hat allerdings durch die inzwischen von der AL Westberlin fertiggestellte Broschüre mit dem Titel „Perspektiven der Grünen, Buntten und Alternativen“ (siehe Anzeige) Konkurrenz bekommen.

### ZUR DISKUSSION

## Perspektiven der Grünen, Buntten und Alternativen

### Herausgeber:

**ALTERNATIVE LISTE  
für Demokratie und Umweltschutz  
BERLIN**

zu bestellen: ALTERNATIVE LISTE für Demokratie  
und Umweltschutz, Pfalzburger Str. 20a/21, 1. Bin 31

## DKP und KBW zur NRW-Wahl — bemerkenswerte Parallelen

Die DKP hat bei der Landtagswahl in NRW 44 % ihrer Stimmen von 1975 verloren; der KBW büßte gegenüber der Bundestagswahl 1976 (bei der Landtagswahl 1975 hatte er noch nicht kandidiert) 40 % seines Stimmenanteils ein. Die unangenehme Aufgabe, dieses Debakel gegenüber der eigenen Basis zu erklären, wurde von den „Wahlanalytikern“ beider Gruppierungen bravoslos gemeistert. Besonders bemerkenswert sind dabei die — natürlich teils zufälligen — Ähnlichkeiten der Argumentation und die völlig fehlende Bereitschaft, den Sinn der eigenen Kandidatur auf dem Hintergrund der gerade erlittenen Schlappe auch nur in Frage zu stellen. Im folgenden zunächst einige besonders schöne Sätze aus der Erklärung der DKP-Bezirksvorstände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen („UZ“, 13.5.): „Der Wahlerfolg der SPD ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Mehrheit der Wähler in einer zugespitzten, komplizierten Weltlage mit ihrer Stimmabgabe für die SPD ihren Willen bekundete. Die Ergebnisse (7) der Entspannungspolitik dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden.“ Auf die Stimmengewinne der SPD darf sich die DKP einiges zugute halten: „Die DKP hat ihren Wahlkampf darauf konzentriert, den Willen der Bürger nach Entspannung, Frieden und Abrüstung zum Ausdruck zu bringen... Sie hat dazu beigetragen,

daß die großen politischen Probleme der Wähler sichtbar wurden. Das äußerte sich jedoch nicht in Stimmengewinnen für die DKP.“ Neben den bekannten Floskeln über das politische Gewicht der DKP im außerparlamentarischen Kampf, den Anti-Kommunismus und die Arbeiterpartei (gemeint ist die DKP), zu der es keine Alternative gebe, wird auch gleich eine Vorab-Rechtfertigung für die aussichtslosen Kandidaturen der kommenden Jahre geliefert: „Mit ihrem Wahlkampf und ihrer Kandidatur hat die DKP deutlich gemacht, daß sie sich im Interesse der arbeitenden Menschen nicht aus den wahlpolitischen Auseinandersetzungen verdrängen läßt.“

Die Wahlauswertung des KBW („KVZ“ vom 19.5.) ist noch um einiges positiver ausgefallen: „Offenbar ist die Bourgeoisie beunruhigt... Das bürgerliche Lager schwärmt“, überschreibt die FAZ ihren kommentar zum Ergebnis der Landtagswahlen in NRW: „Daß dieses Schwärmen des „bürgerlichen Lagers“ (gemeint sind die Stimmengewinne der CDU) fast ausschließlich der SPD zugute gekommen ist und der KBW nicht einmal 0,03 % erreichte, ist kein Grund zur Begegnung, denn: „Es ist fast unermesslich, daß die Sozialdemokratie zunächst den Nutzen aus dem Fortschritt der Arbeiterbewegung zieht.“ Da die Massen bekanntlich

nach links wölft, kann auch für den KBW nichts schiefgehen... Wenn die Kommunisten (— der KBW) vom revolutionären Flügel der Aktions-

einheit der Arbeiterbewegung aufbauen helfen und den Wahlkampf gegen die Herrschaft der kapitalistischen Klassen führen, werden insgesamt mehr Kräfte nach links wehen. Das wird die Millionen Stimmen der SPD erhöhen, und erst einige Tausend werden kommunistisch wählen (wie z.B. jetzt 2.354 in NRW...“). Damit die SPD ihrer Wahlerfolge dennoch nicht froh wird, „nimmt der KBW an den Bundestagswahlen teil“ ein Satz der SPD soll sich nicht für die Bourgeoisie ausziehen, sondern von der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Bourgeoisie genutzt werden können.“

Im Zangengriff von „Arbeiterpartei“ (DKP) und „revolutionärem Flügel der Arbeiterbewegung“ (KBW) geht's der Bourgeoisie an den Kragen, die deswegen auch schon zu Recht „beunruhigt“ („KVZ“) ist. Wichtig ist, sich „nicht aus den wahlpolitischen Auseinandersetzungen verdrängen“ zu lassen („UZ“), sprich: keine Wahlniederlage auszulassen, während die SPD sich zu Tode legt (vgl. „Spiegel“ vom 19.5.: „Wir legen uns noch kaputt“) — ist das am Ende diese ominöse „Dialektik“, die so schwer zu begreifen sein soll?

## CDU gegen Bezirksverordneten der AL Westberlin: »Schlagt ihn doch tot!«

„So aufräumen, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen es keiner mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“, will bekanntlich Franz Josef Strauß. Einem Westberliner Parteifreund, CDU-Bezirksverordneter in Tiergarten, scheint das Mauböckchen als Mittel zur Zerschlagung linker Opposition offenbar zu unsehr zu sein — „Schlagt ihn doch tot!“ forderte er während einer Bezirksversammlung im März, als der Bezirksverordnete Ottwin Zeilinger von der AL zum Mikrophon ging. Weder vom Präsidium noch von sonst irgendeinem Abgeordneten der im Bezirk Tiergarten regierenden Großen Koalition wurde dieser Ausruf zurückgewiesen. Als die AL auf der folgenden Bezirksversammlung eine Distanzierung von dieser „öffentlichen Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ (§ 111 StGB) durchsetzen wollte, wurde ihr Antrag

vom Präsidium gar nicht erst auf die Tagesordnung gesetzt. Ein daraufhin von der AL vorgelegter Mißtrauensantrag gegen das Präsidium wurde von eben diesem Präsidium als „nicht gestellt“ behandelt! Der CDU-Fraktionsvorsitzende Liepeß tritt in seiner Erklärung zu Beginn der Sitzung überhaupt ab, daß der Ausspruch „Schlagt ihn doch tot!“ gefallen sei.

Das aufgrund einer Strafanzeige der AL angestrebte staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren ist nach einigen Wochen „Bedenkzeit“ eingestellt worden. Ergebnis der „Ermittlungen“ ist ein Brief des Oberstaatsanwalts an die Bezirksfraktion der AL: „Der Ausruf „Schlagt ihn doch tot!“ war den Umständen nach eine nicht ernstgemeinte Unmutsäußerung. Der CDU-Bezirksverordnete konnte nicht erwarten und demgemäß nicht billigen in Kauf nehmen, daß die anderen Bezirksverord-

neten oder die Zuhörer diese Äußerung ernstnehmen würden. So ist die Sachlage auch in der Berichterstattung der „Berliner Morgenpost“ beurteilt worden.“ Damit hat der Oberstaatsanwalt dankenswerterweise auch die Quelle preisgegeben, die ihm bei der „Wahrheitsfindung“ behilflich gewesen ist: die „Berliner Morgenpost“ hatte zuerst den Begriff der „Unmutsäußerung“ benutzt, gleichzeitig dem betreffenden CDUler eine „von Natur aus große Kluppe“ attestiert — was soll ein Staatsanwalt da noch ermitteln, wenn ihm die „Beurteilung der Sachlage“ aus der Sicht von Springers „gesundem Volksempfinden“ in gedruckter Form vorliegt?

Nach Berichten eines Westberliner Genossen und der Zeitung der AL für den Bezirk Tiergarten

### Rechtsextremisten

Die „Freunde der Erde“ (Westberlin) haben eine Broschüre zur schnellen Information über „Rechtsextremisten als Umweltschützer“ herausgebracht. Eingeleitet durch zwei Überblicksaufsätze (von Jan Peters und O. Rammstedt) sind — für alle, die's nicht glauben wollen — einige aktuelle Beispiele braun-grüner Propaganda als Dokumente abgedruckt.

Bezugsadresse:  
Freunde der Erde  
D. Witt  
Burgemeisterstr. 74 a  
1000 Berlin 42  
DM 2,60  
(beim Kauf im Laden: 2,- DM)

als Umweltschützer







## Neuer Film zum Thema Strauß-Kandidatur

Weitere Informationen und Kontakt  
Zebrä / G. Borsmann  
Humboldtstr. 21  
3100 Braunschweig  
Tel. 0531/337504

[illegible]







# Rechts-Sprechung gegen das Politische Mandat

Noch haben die Instanzen der bundesdeutschen Justiz zu keiner einheitlichen Linie ihrer Rechts-Sprechung gegen die Wahrnehmung des politischen Mandats durch Organe der Verfaßten Studentenschaft gefunden. Allgemeine Zustimmung der Gerichte und bürgerlichen Politiker findet jedoch die Feststellung, Äußerungen der Verfaßten Studentenschaft zu sogenannten allgemeinspolitischen Themen seien rechtswidrig. Eine klare Definition des „kriminellen Tatbestandes“, um den es hier gehen soll, liegt bisher allerdings nicht vor. Die Trennungslinie zwischen politischen und hochschulpolitischen wird – je nach Richter und Bedingungen – unterschiedlich bezogen. Verständlich diese Schwierigkeiten, ist eine einleuchtende Begründung für eine derartige, zum Zwecke der politischen Unterdrückung konstruierte Grenze doch kaum zu finden. Absehen läßt sich nach den Erfahrungen der bisher stattgefundenen Prozesse eine Hinwendung zur persönlichen Kriminalisierung von Vertretern studentischer Organe. Durch eine Existenzgefährdung einzelner engagierter KommilitonInnen erhofft man sich nun, nachdem andere Mittel nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, das Stillschweigen der Studentenschaft zu erzwingen. Dieser Artikel will einen Überblick über den Stand der heutigen Rechts-Sprechung gegen die politische Meinungsäußerung der Studentenschaft aufzeigen. Doch vorweg:

## ... ein kleiner Rückblick

Erstmals wurde die Verfaßte Studentenschaft als Zwangskörperschaft 1918 nach dem 1. Weltkrieg durch das preussische Kultusministerium eingerichtet. Die Organe der verfaßten Studentenschaft entwickelten sich sehr bald zum alleinigen Terrain der „Schlagenden Verbindungen“. Per Urabstimmung lösten sie sich unter der Herrschaft des Faschismus auf. Die Wiedereinrichtung der Verfaßten Studentenschaft nach dem 2. Weltkrieg war nicht das Ergebnis eines Kampfes der Studenten, sondern die Alliierten führten sie wieder ein, damit sie zur „demokratischen Erneuerung“ beitragen sollten. Zu einer „demokratischen Erneuerung“ im Sinne des Kapitalismus haben die Organe der Verfaßten Studentenschaft denn auch lange Zeit ihren Beitrag geleistet. Sie waren ausschließlich beherrscht von rechten Kräften, die sich darum bemühten, an den Hochschulen die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten. Zu diesem Zweck war es selbstverständlich erlaubt – niemand kam auf den Gedanken, daran Anstoß zu nehmen – das politische Mandat wahrzunehmen. Während der Weimarer Republik wurde es z.B. als wichtige Aufgabe angesehen, die Studentenschaft „für den Fall von Unruhen“ zu bewaffnen, später konnte der RCDSt ungehindert seine Fackelzüge am 17. Juni im Namen der Studentenschaft durchführen. Eine grundlegende Änderung trat Mitte der 60er Jahre ein. Die Verfaßte Studentenschaft wurde zu einem Instrument der linken, demokratischen Studentenschaft und trug durch die Praktizierung des politischen Mandats entscheidend zur Politisierung der Studenten bei. Nun plötzlich wurde das politische Mandat zu einem undemokratischen, kriminellen Element deklariert.

Es gab eine Kriminalisierung in mehreren Stufen, die damit begann, daß ASien gezwungen wurden, aus den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) auszutreten. Als nächstes wurden politische Äußerungen mit immer höheren „Ordnungsgeldern“ beahndelt – dies geschah noch durch Verwaltungsgerichte. Eine finanzielle Austrocknung der ASien war beabsichtigt. Der bisher letzte Schritt ist die persönliche, strafrechtliche Verfolgung der Studentenschaftsmitglieder bzw. ASIA-Mitglieder nach dem Strafgesetzbuch, und zwar wegen Veruntreuung von Geldern der Studentenschaft (nach dem § 266 des StGB wegen Veruntreuung von Geldern).

Bei der Bekämpfung unheimlicher politischer Äußerungen braucht die Justiz sich sehr selten zu bemühen, eigene Ermittlungen anzustellen. Sie kann sich voll und ganz auf den RCDSt verlassen, der jederzeit bereit ist, Strafverfahren gegen ASien einzuleiten und Kommittees zu deinstallieren. Das Schema findet sich bei fast allen Prozessen wieder: ein RCDSt-Mitglied klagt, und die Justiz greift die Anklage begeistert auf.

## Beitragsverweigerung – ein legitimes Mittel?

Das erste Grundsatzurteil zum Politischen Mandat wurde in Hamburg gefällt. Ein RCDSt-Mitglied klagte auf das Recht ein, die Beiträge zur Verfaßten Studentenschaft zu verweigern, wenn der ASIA dieses Geld unter anderem zur „illegalen“ Wahrnehmung allgemeinspolitischer Äußerungen benutzt. In der Urteilsbegründung stellte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg am 18.1.77 folgende Bedingungen für diese Beitragsverweigerung:

Es muß der Nachweis erbracht werden, daß über einen längeren Zeitraum allgemeinspolitische Äußerungen veröffentlicht wurden.

Es muß erwiesen werden, daß andere Zwangsmaßnahmen (z.B. Ordnungsgelder) kein anderes Verhalten des ASIA bewirkt haben.

Es wird ausdrücklich darauf verzichtet, dem Studenten ein generelles Recht einzuräumen, auch in Zukunft keine Beiträge zu zahlen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß im gleichen Jahr vom Bundesverwaltungsgericht ein völlig entgegengesetztes Urteil gesprochen wurde. Einem Mitglied der Handwerkskammer – die juristisch eine mit der Verfaßten Studentenschaft vergleichbare Zwangskörperschaft darstellt – wurde das Beitragsverweigerungsrecht verweigert.

Hier wurde es als ausreichend angesehen, durch die Verhängung von Ordnungsgeldern ein anderes Verhalten zu erzwingen, da sich eine Handwerkskammer voraussichtlich an ein solches Urteil halten würde. Dies sei jedoch von Vertretern der Verfaßten Studentenschaft nicht unbedingt zu erwarten.

Am 29.5.78 beschäftigte sich erneut ein Verwaltungsgerichtshof (VGH) mit der Frage der Beitragsverweigerung und zwar der hessische VGH in Frankfurt. Er kam zu einem Urteil, das der Hamburger Auffassung auf den ersten Blick widersprechen scheint, in zum Teil ein wenig nach „Liberalisierung“ nicht. Einem Studenten (natürlich wieder einer vom RCDSt) wird nun dann das Recht der Beitragsverweigerung eingeräumt, wenn er persönlich vorher mehrfach versucht hat, den ASIA zu verklagen, auf allgemeinspolitische Äußerungen zu verzichten. (In Hamburg genügte die Feststellung des Tatbestandes, und dann konnte jeder Student, der es wünscht, seine Beiträge zurückbehalten.)

Der wesentliche Grund dieser Entscheidung ist jedoch für die Studenten nicht besonders positiv, denn als entscheidend wurde angesehen, daß sich das Hochschulrecht seit dem Hamburger Urteil geändert hat. Im hessischen Hochschulgesetz ist festgelegt, daß der Präsident einer Hochschule berechtigt ist, Ordnungsgelder zu verhängen bzw. die ASIA-Gelder zu sperren. Damit ist der Weg über die Verwaltungsgerichte umgangen worden. Die „Gefahr des Mißbrauchs studentischer Gelder zu allgemeinspolitischen Zwecken“ sei hiermit erheblich eingeschränkt worden, und ein Zusatz des Beitragsverweigerungsrecht für den einzelnen Studenten wurde daher überflüssig. „Das Fehlen derartiger Abhilfemöglichkeiten war eine Voraussetzung in der Entscheidung des OVG Hamburg“ (13).

In diesem Fall hat jetzt auch das Bundesverwaltungsgericht „Recht“ gesprochen. Es lehnte die Beitragsverweigerung ab, da dies die einzige Pflicht eines Studenten gegenüber der Verfaßten Studentenschaft sei, eine Beitragsverweigerung käme so einem Austritt gleich, was nicht möglich sei, außerdem nehme der ASIA mit den Beiträgen auch Dinge wahr, die dem einzelnen Studenten nutzen. Die Beitragsverweigerung sei somit ein unangemessenes Mittel (§ 43 BVerwG 7c 63/78).

Den krönenden Abschluß des Rechtsstreits zur Beitragsverweigerung bildete ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Ein RCDSt-Mitglied hatte sich zu diesem Gremium hinaufgeklagt, weil er erreichen wollte, daß Zwangskörperschaften jeder Art für verfassungswidrig erklärt werden. Das BVerG benutzte am 13.12.79 diese einmalige Gelegenheit, um in aller Breite und Ausführlichkeit darzulegen, was die Verfaßte Studentenschaft seiner Anmacht nach zu tun und zu lassen hatte.

Zuerst wurde betont, daß ein politisches öffentliches Interesse bestehe, daß die Studenten einen Großteil ihrer Angelegenheiten in Selbstverwaltung organisieren. Hierbei wurde als besonders loblich erkannt, daß in jüngerer Zeit wieder

größere Initiativen bei der Entwicklung des Breitensports an den Tag gelegt wurden (so hätten sie es wahrscheinlich gerne!) und ähnliches blaß. Dann bekamen sie aber den Schlenker, wesentliche Aussagen zum politischen Mandat zu treffen.

1. Die Verteidigung wurde in Prozessen zum politischen Mandat stets die unzulässige Begründung benutzen, daß allgemeinspolitische Äußerungen der Studenten in der BRD ein Gewohnheitsrecht seien. Dies sei nicht zulässig, weil kein Gewohnheitsrecht anerkannt werden dürfe, das gegen die Verfassung verstößt.

2. Zwangskörperschaften – wie die VS – haben einen besonders engen Rahmen für ihre Aktivitäten. Sie dürfen nur Dinge vertreten, die ganz offensichtlich im Interesse aller Mitglieder stehen, und daraus folgt keine Allgemeinspolitik! Wäre dieser Rahmen nicht vorgegeben, dann wären Zwangsmittel tatsächlich verfassungswidrig.

3. Die Beweislast, daß das politische Mandat wahrgenommen wurde, liegt beim Kläger (Art. 9 Abs. 2 S. 2 BVerwG 7c 58/78).

## Willkürliche Trennung von Politik und Hochschulpolitik

Betrachtet man die Urteile der letzten Jahre in Fragen des politischen Mandats, so fällt auf, daß dieses Verbot an sich überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird. Dies steht für die Richter stets außerhalb der Diskussion. Wesentlich schwerer tun sie sich allerdings mit dem Problem, klar zu umreißen, was eine politische Aussage im Unterschied zu einer hochschulpolitischen eigentlich ist. Dies hat den besonderen Vorteil, die Studentenvertretungen in einem juristisch sehr diffusen Rahmen zu halten, von dem sie nie wissen können, wie eng oder weit das Gebiet der „Hochschulpolitik“ von ihrem jeweils zuständigen Verwaltungsgericht abgesteckt wird.

Wie willkürlich hier vorgegangen wird, ist anhand von zwei sehr stark differierenden Positionen zu belegen. Die enge Auslegung am Fall der ASIA der Uni Gießen. An einem Artikel über „Krankheit – Gesundheit“ inkriminiert das Verwaltungsgericht (VGH) hiesel am 17.5.79 folgende Zitate: „... was wir aber brauchen, ist nicht ein Studium, das sich den von den Großkonzernen vorgegebenen Kriterien unterwirft“ und „Taktik der Herrschenden der Isolierung der Studenten von der arbeitenden Bevölkerung“. Denn „Ausbildungspunkte werden in diesen ... Artikeln nur zum Anlaß genommen, um allgemeinspolitische Erklärungen abzugeben, insbesondere über bestimmte Industriestaaten, und

zum Kapitalismus Ausführungen zu machen“, so die Urteilsbegründung (1).

Die etwas weitere Auslegung im Prozeß gegen den Frankfurter Frauen-ASIA.

Ein Artikel zur Zusammenarbeit von deutschen Geheimdiensten und der iranischen Savak sei noch hochschulpolitisch, denn: „In diesem Flugblatt ist auch Bezug genommen worden auf die Beapitelung iranischer Studenten in Frankfurt durch den Geheimdienst ihres Landes“, meinte der Vorsitzende der großen Strafkammer des Landesgerichts (2) am 1.2.80.

Diese vergleichsweise großzügige Betrachtungsweise ist aber kein Grund zur Freude, denn in diesem Verfahren ging es der Justiz um ein anderes Ziel. Es sollte ein Grundsatzurteil zur persönlichen Kriminalisierung von ASIA-Mitgliedern gefällt werden (mehr über diesen Prozeß siehe folgenden Absatz „Persönliche Kriminalisierung“).

## Persönliche Kriminalisierung

Es hat sich in der Entwicklung gezeigt, daß die Versuche, ASien durch eine Flut von Klagen und Ordnungsgeldern von der Wahrnehmung des Politischen Mandats abzuhalten, nicht besonders erfolgreich – im Sinne der Herrschenden – gewesen sind. So beklagt sich z.B. der hessische Kultusminister darüber, daß gegen die Studentenschaft der Uni Gießen rechtskräftig in 16 Verfahren insgesamt 50.100 DM an Ordnungsgeldern verhängt wurden, die dann „aus den Mitteln der Studentenschaft bezahlt worden seien“ (4).

Wie nicht anders zu erwarten, sann die Justiz auf neue Wege und Mittel, die unheimlichen Kritiker an den Universitäten mundtot zu machen.

Sie versuchte es nun mit der persönlichen Kriminalisierung von ASIA bzw. Studentenparlamentsmitgliedern. Herausgemacht wurde dazu der § 266 des Strafgesetzbuches (StGB), der die Schädigung des Vermögens einer Körperschaft (oder anderer Institutionen) durch die verantwortlichen Geschäftsführenden unter Strafe stellt. So wird aus der politischen Interessenvertretung ein Delikt der Wirtschaftskriminalität gemacht (was zumindest die Zahl der in Zukunft untersuchten Wirtschaftsverbrechen erhöhen wird). Denn wer studentische Gelder für Dinge „mißbraucht“, für die sie nicht bestimmt sind – z.B. Flugblätter mit allgemeinspolitischem Inhalt –, der verurteilt studentisches Vermögen.

Der erste Prozeß, der mit dieser abenteuerlichsten juristischen Konstruktion eingeleitet wurde, lief in

Göttingen. Dort wurde ein ASIA-Mitglied zu einer Geldstrafe verurteilt, weil vom ASIA Fahrten nach Brokdorf, Grohnde usw. organisiert und zum Teil finanziert wurden. Die Berufungsverhandlung wurde am 11.7.79 wegen geringfügigkeit der verhängten Geldstrafe eingestellt. Dies bedeutet eine grundsätzliche juristische Anerkennung dieser Anklage.

Das Jugendgerichtshofgericht Münster kam kurze Zeit später am 9.8.79 zu einem anderen Ergebnis. Dort lief seit 1977 eine Klage gegen 8 ASIA-Mitglieder, weil sie u.a. einen Aufruf zum 1. Mai veröffentlicht hatten. Das Gericht stellte interessante Überlegungen an, z.B. daß die Klasse der Studentenschaft ja eigentlich erst durch die zuvor verhängten Ordnungsgelder in „vermögensrelevanter Höhe“ geschädigt worden sei, was den Angeklagten schwerlich angelastet werden könnte. Weiter wurden sich Gedanken gemacht, wie sich eine derart konstruierte Anklage in anderen Bereichen der Gesellschaft auswirken würde, wenn die Verantwortlichen von Kapitalgesellschaften z.B. stets verklagt würden, sobald sich die betreffende Gesellschaft eines Wirtschaftsvergehens schuldig macht. Es wurde sehr richtig festgestellt, daß dann kein Aufsichtsratsvorsitzender mehr ohne Vorstrafe dastehen könnte.

Nicht unerheblich dürfte bei diesem Urteil gewesen sein, daß ein Großteil der Angeklagten SPD- bzw. FDP-Mitglieder waren. Außerdem sei angemerkt, daß für 31 andere Münsteraner Kommunisten die Prozesse mit gleicher Anklage noch bevorstehen und sich das Gericht bis dahin evtl. der „gängigen Rechtspraxis“ anpassen wird.

Ein Vorgeschmack könnte das Urteil gegen den Frankfurter Frauen-ASIA sein.

Da die Urteile von Göttingen und Münster (die ersten Versuche einer persönlichen Kriminalisierung nach § 266) ja keine eindeutige Rechtslage geschaffen hatten, legte die Justiz es in Frankfurt darauf an, ein Exempel zu statuieren. Der Staatsanwalt erklärte ziemlich offen, daß er einmal unter dem Druck der Uni Frankfurt stehe und daß es zweitens nicht um die Höhe der Strafe ginge, sondern darum, ein eindeutiges gegebenerfalls vom Bundesgerichtshof abgezeichnetes – Urteil zu fällen (5). Ein Freispruch käme daher nicht in Frage.

Im Urteil der großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt wurde der Frankfurter Frauen-ASIA mit einer Verwarnung bei einem Jahr Bewährung bestraft. Dieses Urteil schafft die Situation, daß in Zukunft jedes Mitglied von Organen der Verfaßten Studentenschaft eine Vorstrafe riskiert, wenn es das politische Mandat wahrnimmt.

In welchem Maße sich diese Rechtslage auf die weiteren Prozesse auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Bisher standen erst 14 Fälle vor Gericht, deren Anklage noch von '76 oder '77 stammen – seitdem gab es so genug „allgemeinspolitische“ Veröffentlichungen unserer studentischen Vertretungsorgane.

Als noch ausstehende Verfahren seien hier beispielhaft einige gegen niedersächsische ASien angeführt. Hier machte sich der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Pestel, (der sich ja schon bei der Amtsenthebung des Göttinger ASIA erfolgreich betätigte) am 27.6.79 eigenhändig die Muße, ein Verfahren gegen die ASien der Uni Göttingen, Hannover, Osnabrück und der Fachhochschule Braunschweig in Gang zu setzen. Er machte die betreffenden Präsidenten darauf aufmerksam, daß „ihre“ ASien auf einer Landesweiten Konferenz beschlossenen Ziel umzusetzen zur Frau Elisabeth van Dyck abzugeben. Da dies eine unzulässige allgemeinspolitische Betätigung sei, hätten die Hochschulleitungen ihre Rechtsaufsicht auszuüben, so wolle das Hochschulgesetz von Niedersachsen und Ordnungsgelder zu verhängen (6).



Seit 10 Jahren ist auf unzähligen Demonstrationen für die Wahrnehmung des Politischen Mandats eingetreten.

## Quellen

- (1) ASIA Info der Uni Gießen vom 6.10.77
- (2) „FR“, 2.2.80, S. 16
- (3) Vgl. „UNI“, Nr. 6/79 S. 30
- (4) Landtagsdrucksache 8.6483 v. 19.78
- (5) „TAZ“, 13.12.79
- (6) Dok. des ASIA Hannover v. 28.6.79

95B Hamburg



# Schüler gegen Rechts

Seit Oktober '79 existiert die Initiative „Schüler gegen Rechts“. Bis heute waren 110 Schüler und Schülerinnen auf den Territorien ca. 50 Schulen in den Jahren 20-10 Jahren arbeiten fast mit der Initiative hat das Ziel, unter Schülern/innen etwas gegen die Rechtsentwicklung in der BRD und aktuell besonders gegen Strauß zu tun. Wöchentlich tritt sich die Initiative zum Plenum, auf dem über Aktuelles diskutiert und informiert wird. Die Plenen sind meist „sehr lebhaft“ und gerade in letzter Zeit beteiligen sich immer mehr an den Diskussionen. Außerdem hat das Plenum den Charakter eines Schülerforums, auf dem die neuesten Schulgesetze und weitergegeben werden.

Für die konkrete Arbeit hat sich die Initiative in Arbeitsgruppen aufgeteilt:

Die AG-Ausland beschäftigt sich mit Straußs Kontakten zu ausländischen Lachschern. Sie hat ein Info zu „Strauß und Süd Afrika“ fertiggestellt.

Die AG-Hayekische Schulverhältnisse befaßt sich mit den besonderen Schulverhältnissen unter Strauß. Es wurde bereits ein Info zu VS-Besprechungen an bayerischen Schulen herausgegeben.

Die AG-NS-Vorgangsbildung hat sich mit Straußs Vorgangsbildung auseinandergesetzt und ein Info erstellt. Die AG-Demagogie verfaßt ein aktuelles Info zu „Ratten und Schmeißfliegen“.

Die AG-frauen Mädchen ist mit 19 Frauen besonders groß. Schwerpunktthemen der nächsten Zeit sind Frauen-Sexualität, § 218 und die Situation der Mädchen an der Schule.

Die AG-Musiker besteht aus 10 Schülerbands und 6 Nicht-Musikern. Sie bestreitet zum Teil den Kulturfest von SgK und arbeitet mit KgK zusammen. Die Musiker-AG organisiert die großen SgK-Konzerte, auf denen hauptsächlich Schülerbands spielen.

Die AG-Theater spielt selbstgedachte Skizzen auf SgK Veranstaltungen und Konzerten, besonders zu Frauen- und Schulleben.

Die AG-Schwarz wird ein Info zur SPD erstellen, das auch gleichzeitig unser Aufruf zum KgK-Festiva in Frankfurt wird.

Die AG-Innenpolitik befaßt sich mit der bisherigen Rechtsentwicklung unter der Politik von Schmidt und Co.

Die AG-Bullen und Jugend Diese AG ist im Entstehen und soll sich mit Aktivitäten der Bullen und des Staates gegen Jugendliche befassen (Rockerkarte etc.). Aktuelles Bezug und die massiven Bundesstützen gegen die Punks (heißer wird ich Punks und nicht „Panker“, wie es in AK 177 hieß).

Die AG-Info soll den Überblick über die Arbeit und Veröffentlichungen der AGs haben und die Arbeit etwas koordinieren.

SgK-Plamen ist die erste Initiative von SgK. Ziel ist es, in allen Hamburger Bezirken solche Initiativen aufzubauen.

Arbeitsgruppen entstehen je nach Interesse der Leute. „Info“ und zweifache Flugblätter, durchnummert und mit festem SgK Kopf, die an ca. 40 Hamburger Schulen mit einer Auflage von 7-10.000 verteilt werden. Die Verbreitung der Flugblätter geht aber weit über Hamburg hinaus, denn wir bekommen aus allen Teilen der BRD Post und Anrufe.

## Aktivitäten

„Schüler gegen Rechts“ machte zwei große Schülerfestivals in der Hamburger Markthalle (eins im November '79 und eins im Mai '80). Es spielten hauptsächlich Schülerbands und zwischendurch wurden Wortbeiträge aus den Arbeitsgruppen gehalten. Die Konzerte waren jeweils zweitägig und es kamen auf beiden mehr als 1.000 Leute. Sogar die Mopo und der NDR berichteten darüber.

Im Februar machte Schüler gegen Rechts eine Veranstaltung, an der alle Schüler/innen von SgK beteiligt waren. Jede AG hielt einen oder mehrere Beiträge. Zwischen den Beiträgen gab's dann einen Sketch der Theater-AG zum Thema: Es herrschte ein ziemliches Chaos, aber es war unheimlich lebendig. Die anwesenden 150 Schüler waren sehr interessiert, es war eben eine Veranstaltung von Schülern für Schüler.

Zum 1. Mal organisierte SgK einen Schülerblock. Der Aufruf wurde von diversen Schülergruppen und Zeitungen, JA (Junge Anarchisten), Vor-

stand der SK-Hamburg und dem SSB Schüler unterschrieben. Der Schülerblock selbst bestand dann zeitweise aus 400 Schülern und war sehr lebendig und sehr kämpferisch.

Zu den Bulleneinsätzen gegen Punks brachte SgK aktuell ein Info heraus, was auch bei den Punks sehr gut ankam (dazu AK 177). In Perspektive haben wir vor, mit anderen Schülergruppen eine Gesamt-Hamburger Schülerzeitung zu machen. Einerseits zu konkreten Schulthemen (Streiks, Lehrermangel, tagliche Nerzereien etc.), andererseits soll den AG's die Möglichkeit gegeben werden, ihre Arbeit zu veröffentlichen. Die Zeitung soll einen besonderen schüler-spezifischen Charakter haben.

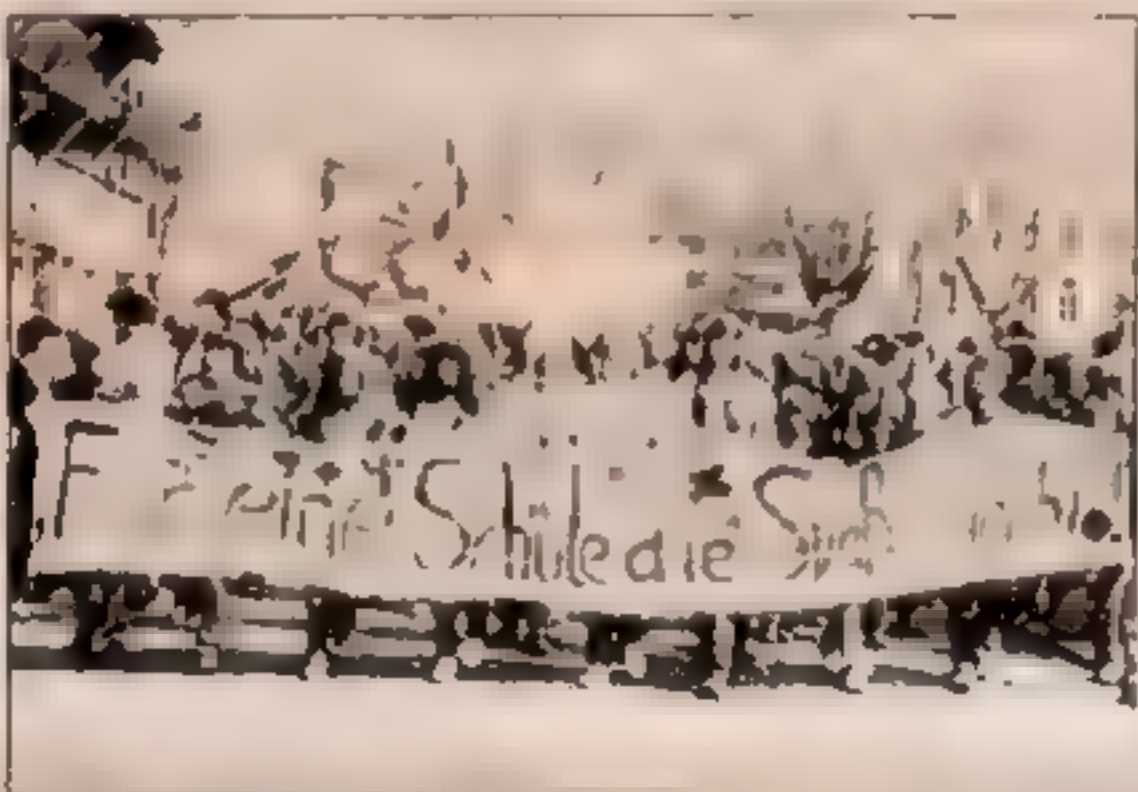
## Zusammenarbeit

Im KB und Gerichte aufgetreten, SgK sei eine KB-Organisation bzw. gleichzusetzen mit dem VSB Schüler. Das Entstehen solcher Gerichte können wir uns nicht erklären und eine weitere Verbreitung könnte sich sehr schädlich auswirken.

In „Schüler gegen Rechts“ arbeiten eifrigerweise sehr verschiedene Gruppen und Einzelpersonen gleichberechtigt mit. Das geht von Anarchisten über Punks bis zu einzelnen SDÄlern und unter anderem auch SSB Schülern.

Insgesamt sehen wir in Schüler gegen Rechts einen sehr erfolgreichen Ansatz für die Jugend- bzw. Schülerarbeit, gerade in so einer trüben Zeit, in der an den einzelnen Schulen nicht so viel oder gar nichts läuft. Die Lebendigkeit in der Arbeit von SgK sollten sich nicht Antia-Initiativen zu eigen machen (auch dem KB würde dies nicht schlecht zu Gesicht stehen).

Genossinnen des SSB-Schüler



## Kontaktadressen des KB

Redaktion des  
**ARBEITERKAMPFES**  
Lärchenstraße 75  
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH  
2000 Hamburg 50  
Redaktion: 040 / 43 54 15  
Abonnement Verwaltung  
040 / 43 53 46

Bochum  
Postleitzahl A 056011  
463 Bochum  
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr  
Kurtumstraße/Innenstadt  
Jeden Di./Mi./Do von 12 - 14 Uhr  
Unik-Mensa

Dortmund  
KB c/o Bucherstraße  
Große Heimerstraße 62  
46 Dortmund 1  
Duisburg  
Postleitzahl 080 190 A  
41 Duisburg

Essen  
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.  
Nahe Kurienplatz  
Den AK gibt's außerdem im Buchh.  
H. Heine, Viachofen Pl. 8 und  
Buchladen Bundschuh, Tiegelstraße 39  
Steppenberger Str. 13-15

Köln  
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr  
und Mittw. von 16-30 18 Uhr  
in der Einkaufsstraße

Monchengladbach 2  
Postleitzahl A 006 745  
4050 Monchengladbach  
Verkauf jeden Sonnabend  
von 11 - 13 Uhr im Rhyndt  
(Fußgängerzone)

## Hessen

Darmstadt  
Hauptpostleitzahl  
Postleitzahl Nr. 018640 B  
61 Darmstadt

Frankfurt  
J. Reents Vertriebsbüro  
5 Loosener  
Rödelheimer Str. 13  
6 Frankfurt 90

Kassel  
Florian Ratz  
Kirchweg 77  
3500 Kassel

## Baden Württemberg

Freiburg  
schriftlich über Buchladen des Fritz  
c/o Kommunistischer Bund  
Wilhelmstraße 15

Heidelberg  
AK Lesekreis jeden Montag und  
Buchmarkt jeden Mittwoch  
(Altstadt/Mensa) Kontakt über  
Postleitzahl 080 845 B  
AK Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr  
Mensa Triplex

Karlsruhe  
Postleitzahl 053599 B  
75 Karlsruhe

Stuttgart  
Postleitzahl 024 B  
7000 Stuttgart 1

## Bayern

Bamberg  
Verkauf jeden Dienstag  
Buchmarkt 11 - 13 Uhr  
Gesamthochschule

München  
P. Trostler  
Postfach 150 472  
85 München

Würzburg  
Postleitzahl 079303 A  
8700 Würzburg  
Verkauf mittwochs nach  
AK Erscheinung, Alte Mensa

## Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag  
Hamburger Satz- und Verlags-  
Kooperative GmbH, Lärchen-  
straße 75, 2000 Hamburg 50  
Fernruf Hamburg 43 53 04 oder  
43 53 20; Redaktion Hamburg  
43 54 15; V.a.S.d.P. H. Eckhoff,  
Verlagsanmeldung, Abonnemen-  
tenspreis jährlich DM 55,- im Abfr.  
sonst PSchA Hamburg 27175  
203 (BLZ 200 100 20) oder  
Dresdner Bank Hamburg  
4810 68580 (BLZ 200 800 00)  
Einzelpreis DM 2,-; erscheint  
14-tägig. Bei Nichterscheinung  
durch höhere Gewalt kein Ent-  
schädigungsanspruch. Auflage  
dieser Ausgabe: 8.600  
Eigentumsvorbehalt. Nach die-  
sem Eigentumsvorbehalt ist die  
Zeitschrift solange Eigentum des  
Abonnenten, bis sie dem Gefan-  
genen persönlich ausgehändigt  
worden ist. „Zur Habe-Nahme“  
ist keine Aushändigung im Sinne  
des Vorbehalts. Wird die Zeit-  
schrift dem Gefangenen nicht  
persönlich ausgehändigt, ist sie  
dem Abonnenten mit dem Grund  
der Nichtauslieferung zurück-  
zusenden.

## Ehrensensoren

Das wird heiß. Nach mehr als zehn Jahren verleiht die Universität Frankfurt erstmals wieder „die Würde eines Ehrensensors an Persönlichkeiten, die sich in hervorragender Weise um die Universität verdient gemacht haben“ („Unireport“). Und um wen handelt es sich bei den Geehrten? Die Namen veröffentlichte der Universitätspräsident, der ASTA informierte sich in Archiven.

- Karl Gustav Ruten  
Vorstandsmitglied der Metallgesellschaft, verheiratet mit Grafus Lambardoff, zwei Söhne, wandert gerne.
- Franz Schmidt-Kneitz  
Vorstandsmitglied der Polytechnischen Gesellschaft, als Hobby gibt er Wandern an.
- Gert Becker  
Vorstandsmitglied bei Degussa, verheiratet, zwei Kinder, im Urlaub wandert er viel.
- Rolf Sammet  
Vorstandsmitglied der Hoechst AG, verheiratet, drei Kinder, Hobby Wandern.

Man sieht schon, stellte der ASTA fest, alles Menschen wie du und ich und unser Bundespräsident, der auch gern wandert. Doch dafür gibts noch keinen Titel. Dafür muß man zahlen. Die Polytechnische Gesellschaft und teils ein Bienenhaus für die Biologen und auch die IHK für die nächst Geld an die Uni-Verwaltung ruher schienen, was man natürlich steuerlich absetzen kann.

Geeht werden also die Hoechst AG, die Degussa, die Metallgesell-

schaft etc. Über die Rolle beispielsweise der Degussa oder des Hoechst Vorläufers IG Farben während des deutschen Faschismus braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Aber auch im Moment sind sie nicht ohne.

Hoechst kann ohne weiteres als der schmutzigste heussche Umweltverschmutzer bezeichnet werden. Die Skandale über Gasunbrüche, Abwasserableitungen in den Main und Bestechungsgeschichten füllen Bände. Die Metallgesellschaft ist als Mitglieb der „Deutsche Urangessellschaft“ ins Gefilde gekommen. Die Urangessellschaft vertreibt in Australien die Arobianes, eine im Norden des Landes ansässige Eingeborenenminderheit. Die Brutalität dabei soll das Vorgehen gegen die Indianer noch in den Schatten stellen.

Man sieht, eine Universität, deren Präsident den ASTA verläßt, weil er gegen Folter und Massenmord protestiert hat, weiß genau, wen sie zu würdigen hat. Die Studenten der Uni werden sich auf ihre Weise an der Preisverleihung am 9. Juni in der Frankfurter Paulskirche beteiligen.

Die Art der Beteiligung wird wieder über das Maß hinausgehen, daß Präsident Keim bei seiner Amtseinführung strahlen mußte. Damals lief durch die Gänge des Saales ein querknochiges Schwein. Wie heiß es doch noch so schön. „Unter dem blauen von den Toren streckt der Kopf von tausend Jahren!“

## SP-Wahlen in Bielefeld

Nachdem im letzten Jahr aufgrund unterschiedlicher Einschätzungen über das Inkrafttreten des Studierendengesetz in NRW keine Basisgruppen-Liste kandidiert hatte, kam diesmal aus verschiedenen Bereichen, Fachschaften und Initiativen eine „Basis-Liste“ zustande. Obwohl die Revis nach der Zusammenlegung von Uni und PH mit einer gewerkschaftlich orientierten Liste von PHlern mächtig Stimmen langen konnten, wurde die Basis-Liste stärkste Einzelkraft (wie schon vor zwei Jahren). Die Sitzverteilung: BL sieben Sitze, Jusos fünf, MSB drei, SHB drei, LHV zwei, PH-GO fünf, „Chaos und Ketchup“ (Sponti-Liste, arbeitet mit BL zusammen) einen, RLDs drei.

Damit wäre, rein theoretisch, die alte ASIA-Koalition von Revis und Jusos/LHV bestätigt. Die Jusos hatten bereits vor der Wahl öffentlich erklärt, daß sie bei ausreichender Mehrheit bereit wären, mit LHV, BL und „Chaos“ den ASTA zu bilden. Nach ihrem mäßigen Wahlergebnis (1971 fünf von 21 Sitzen) schmolzen sie jedoch zunächst und wollen mit keiner der beiden größeren Fraktionen koalieren (Motto: „Weder Dogma noch Chaos“).

Erfreulich noch das miserable Abschneiden des RLDs (1979 fünf von 21, jetzt drei von 29 Sitzen). Dies dürfte nicht nur auf die erneute Basis-Kandidatur zurückzuführen sein, sondern auf das zunehmend schlechte Image des RLDs (gegen politisches Mandat keine Distanzierung von der Strauß-Kandidatur). Nur weiter so!

Unigruppe, KB-Gruppe Frankfurt

Ein Genosse der OC Bielefeld



Niedersachsen:

# Kinderinitiativen mit Trinkgeld abgespeist?

In Treffen von Eltern und Mitarbeitern niedersächsischer Kinderinitiativen im April zeigte erschreckende Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit alternativer Pädagogik auf.

Die Situation der meisten Initiativen sieht wie folgt aus: Kleinitiativen mit 5 - 10 Kindern im Alter von zumeist 1 - 3 Jahren haben sich nach großen Mühen Räume angemietet. Die Räume sind irgendwelche ausgehenden städtischen Einrichtungen, kleine Läden oder Wohnungen. Da gibt es u.a. total feuchte Räume, Häuser, wo im Keller die Ratten haufen, da müssen sich die Kleinkinder auf engem Raum drängen und, und, und. Die pädagogische Betreuung der Kinder wird zumeist von einer hauptamtlichen unterbezahlten Kraft betrieben, durch abwechselnden Elterndienst mehr schlecht als recht gemacht, oder auch wechselweise in verschiedenen Wohnungen betrieben, weil man in diesem kinderfreundlichen Land keine Räume für eine Kinderinitiative finden kann. Finanziell bewegen sich die meisten Initiativen am Rande der Pleite. Die Eltern müssen buchstäblich um jeden Pfennig bei der Behörde betteln. Sie werden als Eltern, Kinderinitiativen zumeist mit „Taschengeldern“ von 35 DM pro Kind und Monat abgespeist, wenn sie Glück haben, bekommen sie dann noch zwischen 3.000 und 8.000 DM Zuschuß im Jahr.

In Braunschweig sind z.B. sage und schreibe 36.000 DM zur Förderung aller 7 Initiativen im Haushaltsplan jährlich vorgesehen. Die Vergabe dieser Mittel geschieht nach dem Prinzip der totalen Willkür. So müssen die Eltern erst einmal aus eigenen Mitteln eine Initiative aufbauen, Räume besorgen, renovieren, Erzieher einstellen, bevor sie überhaupt daran denken können, einen Antrag auf Zuschuß zu stellen. Dann wissen sie natürlich immer noch nicht, ob der Antrag nicht mit irgendwelchen Winkeln, vielleicht weil das Klo nicht maßgerecht gebaut wurde, abgelehnt wird.

## Folgen der staatlichen Kinderfeindlichkeit.

Neben den räumlichen Problemen haben die finanziellen Probleme natürlich verheerende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Kinder in der Initiative. Da muß ein Spielzeug gespart werden, im krassesten Fall wurden die Kinder mit kleinen Plastiktierchen aus Wundertüten beglückt. Da kommt es dann vor, daß die Kinder statt einer Kuschelecke, einem Märchenbaum, einer Turnecke, nackten Betonfußboden vorfinden, statt eines Nebenraumes fast die ganze Initiative feucht ist usw. Außerdem müssen sich die Kinder mit überarbeiteten und genervten Erziehern rumachlagen, oder sie müssen wechselweise verschiedene Eltern dabei erleben, wie die ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Pädagogik machen. Bei allgemeinem Mangel an Spielzeug, bei räumlicher Enge gehen natürlich die individuellen Wünsche und Bedürfnisse der Kinder ziemlich verloren, und es ist Stress um die zwei Dreiräder angesagt, die paar Bauklötzer und das zerfledderte Bilderbuch.

Insgesamt also eine Finanzpolitik der Städte und des Landes, die darauf angelegt ist, eine alternative Pädagogik unmöglich zu machen. Trotzdem ist es den Städten nicht gelungen, den Eltern den Mut zu nehmen. Im Gegenteil: immer mehr Eltern zeigen Interesse am Aufbau alternativer Kinderinitiativen. Fast jede Kinderinitiative berichtet von langen Wartelisten, häufigen Anfragen und vielen Nachfragen. Vielfach sind die Initiativen schwerer im städtischen Bedarfsplan mit aufgeführt, obwohl sie nur einen Bruchteil der Förderung bekommen, die an staatliche Initiativen geht. Das heißt, daß die Städte eigene, wesentlich teurere Einrichtungen einsparen können. Auf dem Rücken der Kinder und auf der Grundlage der Eigeninitiative ziehen die Städte ein Billigprogramm zur Abdeckung der Kleinkinderbetreuung durch, mit dem sie sich dann auch noch von Fall zu Fall als kinderfreundliche Stadt hinstellen. Sie gibt Hilfestellung z.B. damit an, die

„kinderfreundliche Stadt der BRD“ zu sein, obwohl eine Initiative dort eine Erzieherin mangels Geld einstellen mußte, für die kinderfreundlichkeit mußte aber wohl die noch recht saubere Luft herhalten von der offensichtlich auch diese Erzieherin bezahlt werden sollte.

Sind es erstmal die Kinder, die direkt die Folgen städtischer Sparpolitik zu spüren bekommen, so sind es auch die Eltern und Erzieher, die zumeist doch mit dem politischen Anspruch, eine alternative Erziehung der bürgerlichen Unterdrückungspädagogik entgegenzusetzen, angezogen sind. Statt sich um eine fortschrittliche Pädagogik auseinanderzusetzen zu können, werden ihre Aktivitäten weitgehend vom Kampf ums Überleben der Initiative bestimmt. Da muß der Lohn für Erzieherinnen beschafft werden, die Eltern müssen Dienst machen, Essen kochen, Spielzeug, renovieren, um wenigstens die grundlegenden Mängel zu beheben. Häufig bleibt bei diesen Schwierigkeiten dann auch ein weiteres politisches Ziel einer emanzipatorischen Erziehung, diese auch nach außen zu propagieren, in den Anfängen stecken bzw. auf der Strecke. Man ist froh, den Kinderladen gerade so über die Runden zu retten.

In krasen Fällen kann die Stadt dann doch als „Erfolg“ für sich verbuchen, daß man sich fragt, ob die Bedingungen für die Kinder wirklich besser als in einem städtischen Kindergarten sind (was nicht für städtische Kindergärten aber gegen die Zustände in manchen Kinderinitiativen spricht).

Man sich fragt, ob die Bedingungen für die Kinder wirklich besser als in einem städtischen Kindergarten sind (was nicht für städtische Kindergärten aber gegen die Zustände in manchen Kinderinitiativen spricht).

## Die Ideologie des Mangels

Wie wird nun der Kampf gegen die Diskriminierung von Elterninitiativen geführt? Die Grundlage, mit der die meisten Städte Elterninitiativen mit Brotkrumen abspeisen, ist (noch) nicht in den Gesetzen zu finden. Nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) haben Eltern ein Recht darauf, die Erziehungsrichtung für ihr Kind zu bestimmen. Nach dem JWG mußten die Städte Elterninitiativen genauso unterstützen wie ihre eigenen oder kuschliche Einrichtungen. Es wird von Seiten der Initiativen je doch kaum ernsthaft der Versuch gemacht, diesen Skandal auch grundsätzlich aufzudecken und sich in einen Rechtsstreit mit der Stadt oder dem Land zu begeben. Die Initiativen tun sich bisher nicht zusammen, um sich gemeinsam einen Anwalt zu nehmen. Sie gehen nur sehr bescheiden und vereinzelt an die Öffentlichkeit. Fast könnte man meinen, die Eltern schamen sich, für ihre Kinder etwas zu fordern. Es finden sich zwar hin und wieder Berichte über die Initiativen (vornehmlich in linken Stadtzeitschriften, wo auch was von der Ungerechtigkeit der Städte geschrieben steht, nicht aber von der Unmöglichkeit, diese Vorgehensweise zu ändern). Es gibt zwar Diskussionskreise, an denen sich eine Vielzahl der örtlichen Kinderinitiativen beteiligen, aber die Diskussion, wie konkret die Verhältnisse im einzelnen aussehen und wie sie gemeinsam verändert werden können, wie tragfähige und stabile Grundlagen für eine alternative Pädagogik geschaffen werden können, findet kaum statt, obwohl es ein Problem für jede Initiative ist. Ganz zu schweigen von einer fruchtbaren Auseinandersetzung darüber, was unter alternativer Erziehung verstanden wird. Die Bescheidenheit, mit der viele Initiativen für die Rechte ihrer Kinder eintreten, hat offensichtlich neben den Schwierigkeiten, sich überhaupt durchzusetzen, auch noch einige andere Ursachen, die nicht direkt vom Staat freigesetzt werden.

So gibt es unter den Linken zwei unterschiedliche Wege, die im Endeffekt darauf hinauslaufen, sich mit dem einzurichten, was von der Stadt gehalten wird. Die eine Argumentation geht von dem kleinkindlichen Bedürfnis aus, daß es das eigene Kind besser haben soll. Eigentlich erst einmal eine ehrenwerte Einstellung, denn warum soll nicht auch das eigene Kind es gut haben. Im weiteren wird dann aber das Ideal einer plucklichen Kindheit unabhängig von der gesellschaftlichen Verhältnisse

gefragt. Das wird oft Elterninitiativen, vom Lehrer aufwärts, die sich den „Luxus“ leisten können, einen unterbezahlten Erzieher einzustellen, sich die Räume anzumieten, und deren Hauptforderung an das pädagogische Konzept darin besteht, daß die Kinder ordentlich viel lernen, damit sie gut durch die Schule kommen.

Da werden dann auch vorsichtshalber keine politischen Forderungen gestellt, um nicht in den Geruch von „Linksein“ zu kommen. Und was der Staat nicht bezahlt, trägt man eben selbst, nach dem Motto: es war schon immer etwas teuer ... Die andere Argumentation trifft man häufiger in Initiativen an, die sich nicht scheuen, ihre gesellschaftspolitischen Forderungen auch nach außen zu tragen, die auch am 1. Mai auf der Straße sind und bei Antifa-Bundnissen oder Anti-AKW-Aktivitäten nicht fehlen. Hier findet man denn häufiger eine sehr „spartanische“ Vorstellung davon, was ein Kind braucht, um „solidarische und demokratische Verhaltensweisen“ zu lernen, oder sich ganz simpel und profan wohlzufühlen.

Von dieser Seite wird Eltern, die versuchen wollen, doch vom Staat kostendeckende Mittel zu erhalten, viel entgegengehalten.

Man wolle sich vom Staat nicht abhängig machen, die Kinder sollen nicht in einer „privilegierten Situation“ aufwachsen, den Kindern gehe es doch so auch ganz gut, das Geld sollte lieber nach Kambodscha gespendet werden, da haben es die Kinder noch schwerer.

Mit den gleichen Argumenten wird auch versucht, dringend anstehende Renovierungen oder Neuschaffungen von Spielzeug zu verhindern. Einher mit dieser Argumentation wird sich dann häufig auf die Arbeiterklas-

se berufen, deren Kindern es auch nicht besser gehe.

Der Mangel, der in vielen Kinderinitiativen durch die nicht vorhandene staatliche Förderung angesagt ist, wird durch eine besonders „linksdikate“ Argumentation damit argumentiert. Man enthebt sich der schier massiven Aufgabe, für ausreichende Mittel zu streiten, indem die gesellschaftlich beschriebene Situation gerade der Arbeiterkinder idealisiert wird. Verschleierte wird mit allerlei „linken“ Schnacka, wo auch Hoernle und Makarenko nicht fehlen, daß es hier letztlich um eine Erziehung zur Anpassung an bestehende Verhältnisse gehe, nach dem Motto: gelobt sei, was hart macht. Dahinter steht dann wohl mehr das idealistisch verklärte Bild des stahlharten Klassenkämpfers aus den proletarischen Romanen der 20iger Jahre.

Heide Argumentationen laufen darauf hinaus, daß vom Staat nicht gefordert wird, was den Kindern zusteht. Oft ungewollt, wird dadurch eine privilegierte Situation geschaffen. D.h. für normale Werktätige ist der Kinderladen nicht offen, weil er z.B. durch die knappen Mittel nur in der Lage ist, von 9 - 12.00 Uhr zu öffnen, wechselweisen Elterndienst zu fördern usw.

## Nicht den Pfennig, die Mark holen

Es ist an der Zeit, daß die Initiativen sich darauf besinnen, weswegen sie eigentlich angetreten sind. Eine Initiative muß letztlich für alle Eltern, egal wieviel Geld sie haben, ob sie tagüber arbeiten oder studieren, zugänglich sein. Eine Erziehung, in Opposition zur gängigen bürgerlichen Pädagogik der Unterdrückung nähert sich nicht von Liebe und Lust, sondern braucht Mittel, logischerweise eigentlich mehr als die knappen, zarten städtischen KTH's.

Die Initiativen und zumeist auch gegründet worden, um an der poli-

tisch beschriebenen Situation für die Kinder in der BRD zu knacken, und um durch Beispielsetzung auf die öffentliche Erziehung einzuwirken.

Diese politischen Zielsetzungen lassen sich jedoch nur einlösen, wenn die Elterninitiativen sich nicht vom Staat zum Vollstrecker der Sparpolitik im Kinderbereich degradieren lassen.

Es ist an der Zeit, in den Kinderinitiativen ernsthafte Anstengungen zu unternehmen, um aus dem Zustand der Nebeneinanderherwurschteln Kleinitiativen herauszukommen. Gerade bei dem „Babyboom“ unter Linken in den letzten Jahren stehen viele Eltern jetzt vor der Frage, was sie machen sollten, wenn ihre Kinder ins Schulalter kommen. In einigen Städten schreibt die Situation förmlich nach einem größeren Zusammenschluß zu einem Kinderhaus, in dem Kleinkinder und Schulkinder gemeinsam betreut werden können.

In diesem Zusammenhang sollten sich die Kräfte, die mehr im Kopf haben als nur eine bessere Kinderaufzucht, sich sehr viel. Hinsichtlich mit dem Staat aber auch mit den „Genüßbaren“ unter den Linken auszusenden. Das Projekt um ein Kinderhaus in Frankfurt hat ebenso gezeigt, wie die langjährige Auseinandersetzung des Kinderhauses in Hamburg, daß sich für ein „großes“ Projekt ganz andere Kräfte gewinnen lassen, daß die Eltern unter ganz anderen Bedingungen kämpfen, wenn sie 40 oder 70 sind, als wenn 5 - 10 Eltern sich zusammen tun.

In einer Situation, wo der Staat für Kinder immer weniger Pfennige übrig hat, wird es Zeit, sich die Mark zu holen.

Kinderkommission Hamburg

Hamburg:

## Kinderhaus Heinrichstrasse

Hamburg:

## Kinderhaus Heinrichstrasse

# Immer noch Ärger mit den Behörden

Die Jugendbehörde mit der das Kinderhaus Heinrichstrasse in Hamburg seit fast vier Jahren unfreiwillig im Streit liegt, versucht mal wieder mit Sturheit den Konflikt mit dem Kinderhaus zu „lösen“. Nachdem sie im letzten Jahr dem Kinderhaus Gleichbehandlung mit anderen kindertagesstätten und damit die Zahlung von Zuschüssen zu den Kindertagesplatzkosten zugestehen mußte, geht der Streit jetzt um die fällige Nachzahlung für die fast drei Jahre von 1976 bis 1979, in denen der Senat diese Zuschüsse verweigert hatte.

In dem darüber geführten Rechtsstreit hat sich das Kinderhaus bereits erklärt, einen Vergleich zu schließen, weil „wie das Kinderhaus schreibt wir nicht jahrelang auf eine rechtskräftige Entscheidung des Prozesses warten wollen, wir es nicht darauf anlegen, jahrelang mit der Behörde im Streit zu liegen, wir uns endlich auf unsere eigene Arbeit konzentrieren wollen“.

Dabei hat das Kinderhaus einen Vergleichsvorschlag des Gerichts zu gestimmt, bei dem es auf nachträgliche Zuschüsse für 17 Monate verzichtet für 15 Monate sollte die Stadt Hamburg Zuschüsse nachzahlen.

## Hanseatische Kaufleute

Der Senat zeigt jedoch vorerst keine Einsicht. Statt 500.000 DM, die beim vom Kinderhaus akzeptierten Vergleich herauskommen würden, bot die Behörde zunächst nur 300.000 an. Rechengrundlage für dieses „Angebot“ waren die Plankosten des Kinderhauses von 1976, die die Behörde auch für 1978 anwenden wollte. Als ob die 1978 in ihren Kindertagesstätten mit dem Geld von 1976 ausgekommen sind! Nächstes „Angebot“ der Behörde nachdem das Kinderhaus abgelehnt hatte: 350.000. Dafür wollte sie dann dem Kinderhaus diktiert, wofür das Geld ausgegeben werden darf. Das Kinderhaus will sich z.B. nur mit Zustimmung der Behörde vergrößern dürfen, in Kantinen einkaufen u.ä. Damit verbietet die Behörde gegen das bestehende Jugendwohlfahrtsgesetz das freie Tragen der Jugendhilfe Selbstständigkeits gegenüber dem Jugendamt.

Geendet wird dieser Verhandlungsversuch damit, daß im Herbst 1979 das Kinderhaus, obwohl es noch technisch Schulden hat, einen Teil des Lebens des Solidaritätskonzerts an

die Kaufleute in Frankfurt weiterleitete. Offenbar steckt den Behördenwokraten die Angst im Nacken, das Kinderhaus, das jahrelang zügigende DM an Spenden bekommen hat, würde jetzt seinerseits anderen in Not befindlichen Projekten helfen. Das Kinderhaus hat dazu erklärt: „Wir haben unmißverständlich klar gestellt, daß wir zu keinem weiteren Handel bereit sind. Wir haben dem Vorschlag des Gerichts zugestimmt. Dieses Angebot wird aufrechterhalten, obwohl sich viele im Kinderhaus langam fragen, ob mit dieser Behörde ein faires Verfahren und ein fairer Vergleich überhaupt möglich sind.“ (Kinderhaus-Nachrichten-Extra)

In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, daß die meisten Angebote der Behörde in argem Mißverhältnis zur Großzügigkeit in anderen Bereichen stehen, z.B. der für 50 Millionen DM großkassig geplanten Kathismarkt-Ken-Werbung. In einem Brief an den Bürgermeister Klose hat das Kinderhaus deshalb ein sonderliches Angebot gemacht: „Sie wollen roten Granit kaufen, 400 DM pro qm (zur Replasterung des Rathausmarktes). Am 1.1. insgesamt für acht Millionen DM. Wir schlagen vor: Lassen Sie ein Stück frei, sagen wir 50m x 50m. Das ist weniger als ein Fußballfeld. Damit sparen Sie eine Million DM und können dem Kinderhaus einen vernünftigen Ausgleich für die Zeit, in der Sie uns gegen uns hatten, zahlen. Dann bleibt vielleicht noch einiges übrig. Wir helfen Ihnen dann gerne, mit dem restlichen Geld auf dem freien Markt Rathausmarkt einen hübschen Kinderstreu zu kaufen, einzuweichen. Wir wissen, das Jahr der Kinder ist vorbei, aber vielleicht denken Sie ja auch, dem mal drüber nach.“

## Behördenargumentation am Zusammenbrechen

Während die Behörde so nun unter feuchter, weist das Kinderhaus darauf hin, daß die „Sachargumente“, mit der die Behörde dann als Zuschüsse verweigert hat, dem Zusammenbruch nahe sind. So argumentiert die Behörde immer noch, das Kinderhaus betreibe keine „besondere Grundrichtung der Erziehung“ (die Eltern gesetzlich garantieren wählen dürfen), während vor mehr als einem Jahr der damals zuständige Senator schon erklärt hatte: „daß die Arbeit des Kinderhauses in mancher Hinsicht von der Kindergartenpädagogik der meisten anderen Tagesheime abweicht. Dies gilt sowohl für die Form der Elternarbeit wie für die Beziehung zwischen Erziehern und Kindern.“ Von ihrem zweiten „gewichtigen Argument“, nämlich mangelndem Bedarf für das Kinderhaus im städtischen Zeitraum, sagt die Behörde selbst nicht mehr so eindeutig reden. Immerhin hatte sie schon 1977 gegenüber der Bürgerschaft das Kinderhaus als bedarfsdeckende Einrichtung angepriesen.

Dafür versucht sie neuerdings, dem Gericht und dem Kinderhaus wegzumachen, der Staat brauche Tagesstätten auch dann nicht zu bezuschussen, wenn Bedarf da sei, wenn man das Geld für andere Sachen (Jugendstiftungsbauwerke z.B.) braucht. Dann können eben nicht alle Kinder die einen Kindertagesplatz brauchen, einen bekommen. So einfach ist das!

Kinderkommission des KB Hamburg

Adresse: Kinderhaus, Heinrichstrasse 14a, 2000 Hamburg. Tel. 040 4110439





## Proteste gegen Waffen-SS-Treffen in Malente

Wie in allen letzten Jahren besuchte die Waffen-SS auch in diesem Jahr wieder, ihr Treffen in Malente (Hilseweg-Holstein) am ersten Sonntag im Mai durchzuführen. Wie alljährlich gab es Protest gegen das Treffen.

Auf einer gut besuchten Protestveranstaltung wurde eine Demonstration in Form für den 3. 5. beschlossen. Am 4. 5. sollte ein SS-Treffen in Malente (Hilseweg-Holstein) am ersten Sonntag im Mai durchzuführen. Wie alljährlich gab es Protest gegen das Treffen.

Auf einer gut besuchten Protestveranstaltung wurde eine Demonstration in Form für den 3. 5. beschlossen. Am 4. 5. sollte ein SS-Treffen in Malente (Hilseweg-Holstein) am ersten Sonntag im Mai durchzuführen. Wie alljährlich gab es Protest gegen das Treffen.

nicht als rund 70 Antifaschisten zu sammeln. Die Polizei war vorwiegend mit mehreren VW-Bussen erschienen und hatte offensichtlich die SSler zu einer Verschiebung ihres Treffens bewogen. Das SS-Geschehen bemerkenswerte Weise ein Kranz der Ereignisse in Malente. Ein Großteil der Antifaschisten zog anschließend noch zum „Deutschen Haus“ in dem die Waffen SS am 1. und 4. 5. tagte.

Das „Deutsche Haus“ war kurz vorher von „Unbekannten“ mit antifaistischen Parolen beschmierelt worden.

Wie in all der Jahren vorher waren auch in diesem Jahr wieder SS-Leute

aus dem Ausland vertreten. Das war, das offensichtlich zur Absicherung etwa fünf bis sechs Neonazis in schwarzen Drehs auf dem Parkplatz Wache hielten. Sie waren in einem grauen VW-Geländewagen (VW-AW 192) mit Funkprüfgeräten erschienen.

Verhindert werden konnte alles zum 1. Nachmittag nicht mehr das Treffen der SS-Leute am Grab. Hier erschienen etwa 80 Waffen-SS-Leute. Auf dieses Ausweichmanöver mußten die Antifaschisten im nächsten Jahr entsprechend vorbereitet sein.

Ein kühner Antifaschist

## Flüchtiger Neonazi in England untergetaucht?

Seit 1979 wird der aus München stammende ehemalige Bundeswehr-Unteroffizier Willi (bald) Kraussteck häufig genannt. Bereits 1978 hatte er wegen Kollern von „NSDAP“-Plakaten vor Gericht gestanden, danach war er als Chef einer Nazi-Bande mehrfach aufgeflogen. Seine Kontakte zur „NSDAP/AO“ des G. Lauck in den USA sind ebenso bekannt, wie seine Verbindung zur „Volkssozialistischen Bewegung Deutschland (VSD)“, die im Januar 1980 in Frankfurt einen brutalen Schlägerüberfall durchführte (siehe AK 170, S. 33 f.). Die VSD-Truppe arbeitete eng mit dem Nazi-Kreis um den NS-Aktivisten Schön-

born zusammen. Kontakte zur (mittlerweile verbotenen) „Wehrsportgruppe Hoffmann“ bestehen ebenfalls. Noch im Januar wurden VSD-Flugblätter verteilt, auf denen der flüchtige W. Kraus als presserechtlich Verantwortlicher angegeben war. Nach Informationen der britischen antifaschistischen Zeitschrift „Searchlight“ (39, Mai 80) ist Kraus inzwischen zumindest zeitweilig in Großbritannien untergetaucht. Nachdem er bereits früher schon, mit gefälschtem Paß, dort eingereist war, wurde er Ende März 80 von Mitgliedern der britischen „Nazi-Hetze“ „British Movement“ aufgegriffen - wahr-

scheinlich in einem Hotel der Nazis in Wales - und, zur weiteren Unterstützung, nach Brighton gebracht, wo Anlaufstelle eine andere, ebenfalls dem militant-paranationalistischen Sektor der britischen Nazi-Szene angehörende Organisation, „Column 88“ war.

Über britische Kontakteleute war es zuvor schon dem ebenfalls flüchtigen Nazi-Propagandisten Manfred Roder gelungen, nach Aufenthalten in Brasilien, USA und Kanada, wieder in Europa Fuß zu fassen, um anschließend im Iran Asyl zu beantragen.

Antifakommision, KB/Hamburg

## „NSDAP“-Führer verurteilt

Frankfurt. Henry Beier und Wolfgang Koch, die beiden Führer der hessischen Neonazigruppe „NSDAP“ (AO-Filiale und gleichbedeutend mit der „Kampfgruppe Großdeutschland“) standen am 13. 5. - knapp 15 Monate nach Anklageerhebung - wegen Herausgabe des verbotenen Organs „Das Neue Batallion“ (Festschüsse für Juden), „Ausrottung ist erstrebenswert“ u.ä.m.) zusammen mit einem Helfer - Hans-Günther Nisch aus Ingelheim/Rhein - vor Gericht. Ohne Bewährung wurden Beier zu 18 und Koch zu 13 Monaten verurteilt. Nach aber von den Urteilsrunden Volksverhetzung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes, freigesprochen, da er nur dem „Bekannten“ Koch einen Platz für die Druckmaschine gestellt hatte. Bei den niedrigen Strafen und einschlägigen Vorstrafen praktisch unberücksichtigt geblieben, z.B. bei Beier eine Strafe wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz von 1976 und bei Koch wegen Teilnahme an der berüchtigten Schlager im „Carlsplatz“ von 1969 sowie wegen eines Molotow-Cocktail-Anschlages gegen den „Libretto“-Buchladen vor einigen Jahren.

Proteste zum Prozessablauf gab es auch seitens der Presse, weil aus der Meute der Nazizuhörer Polizisten u.ä. als „Sozi-Schweine“ bezeichnet wurden und dem Staatsanwalt empfohlen wurde, sich aus Tel-Aviv „das verdiente Geld abzuholen“.

Koch (49) selbst erklärte seinen Stolz als Nationalsozialist, der er auch „unsterblich“ werde, und Beier (51) wolle nur seine angeblichen Turtelide auf Hitler beziehen.

Die unter Einschluss des aufgetretenen Verteidigers RA Tischbirek, '79 von Beier gegründete „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ wird sich seiner hoffentlich bald als „Martyrer“ annehmen können.

Führungslücken werden im Frankfurter Nazilager möglicherweise verstärkt auch direkt durch NPD-Aktivisten ausgeglichen, u.a. durch den Landrat Karl Philipp - vor kurzem noch bei der NPD - und den Kreisvorsitzenden Graefe, der der Gründer der „Meute Ulrich v. Hutten“ ist einem Jarvein für WSGler VSDler u.ä.

Mal sehen, wie lange der Mantel „demokratischen“ Partes schützt.

Achtung. In Frankfurt probieren einzelne Nazis, Antifaschisten mit einer Geschichte über ihren angeblichen „Ausstieg“ zu täuschen.

Die VSD will sich an den kommenden Kommunalwahlen in Hessen und Bayern beteiligen (f. „Bild“, 19. 5.)

Antifakommision, KB/Gruppe Frankfurt

Antifakommision, KB/Gruppe Frankfurt

Antifakommision, KB/Gruppe Frankfurt

## Die »TAZ«, das weiche Herz Die »TAZ«, das weiche Herz und ein Neonazi

Zuletzt der Vorgang über den die „TAZ“ am 29. 5. 80 berichtet. In West Berlin ist nach vorgeschlagenem Gerichts-Vergleich ein Mitglied der „Wiking Jugend“, Jürgen II., der Auszubildende, an einem Krankenhaus gekündigt worden. Ursprünglich sollte er freigesetzt werden, nun hört er nach fristgerechter Kündigung auf. Ansb war seine Auberung. „Ich wurde die Juden pflegen.“ Der „Wiking“-Nazi dazu vor Gericht. Er habe menschlich nichts gegen Juden, nur politisch. Und zwar deshalb, weil die Bundesregierung und überhaupt die ganze Welt vom Judentum, in Verbindung mit den Kommunisten, beherrscht wurde. Vor Gericht präsentiert er sich als „starker, harter“ Nazi, der es bedauerte, daß es um seine politischen Ansichten keine inhaltliche Auseinandersetzung gäbe.

Das war offenbar der Ton, der bestimmt. Seiten der „TAZ“ zum Schwimmen bringt. Die nämlich rechts den Bericht in ihre Spalte „Rechtsstaat“ ein, wo sonst Berufsverbotsfälle u.ä. gegen Linke - behandelt werden, sprach folgerichtig von einem „Auszubildungsverbot“ und zog obendrein, damit auch niemandem die Parallelen entgehen sollte, aus-

drücklich den Vergleich: „Die Art der Verhandlung erinnerte an die bekannten Auszubildungs- und Berufsverbotsprozesse gegen Linke und solche, die dazu gerechnet wurden.“ Und so ist dann der Auszubildende Jürgen II. laut „TAZ“ ein von Senat und Behörden bedrängter, der genötigt wurde, seiner Kündigung zuzustimmen. Jürgen II. erklärte nach dem Prozeß, dieser Vergleich sei seine einzige Chance gewesen, vielleicht später doch noch einen Ausbildungsplatz als Krankenschwester zu bekommen“; und auch der ihm beifolgende Vater, für den die „Wiking“-Aktivitäten seines Sohnes „Jugendabenteuer“ und, kann der „TAZ“, Sympathie sicher sein, da er von der Rechtmäßigkeit der bundesrepublikanischen Demokratie „zweifelte“.

Vor allem aber kommt die TAZ das Schicksal des „Auszubildenden“ Der Prozeßbericht im Originalton: „Eine Krankenschwester ein Freund des Angeklagten (wie gut, daß es noch wahre Freundschaft gibt, nicht?) AKI und ein taz-Mitarbeiter - das war alles. War die Solidarität der Genossen und Genossinnen meist der einzige Halt, der überfüllte Zuschauerraum die einzige Gewißheit hier war letzte Woche das Gefühl

der Solidarität unbekannt“.

Da fragt sich doch, was der „TAZ“-Schreiber („jo“) als Schlussfolgerung seines allumfassenden Humanismus nahelegt. Sollten etwa demnach Linke massenhaft in den Prozeßsaal strömen, um angeklagten Nazis den nötigen „Halt“ und die ideologische „Gewährung“ zu vermitteln? Oder will „jo“, daß solche Nazi-Prozesse wie ja durchaus schon gehabt - zum Beispiel im fröhlich lärmenden Nazi-Banden im Zuschauerraum werden?

Gerade die „Wiking“-Jugend in West Berlin hat übrigens vorerzählt, daß sie auch auf unliebsame Journalisten losgeht (so geschah vor dem den oben aufgemachten Antifaschisten Treff (Café Vaterland) für die TAZ damals auch viel Verständnis entwickelt).

Es fragt sich schließlich auch, ob der „TAZ“-Schreiber sich ernsthaft wünschen kann, von einem Nazi „gepflegt“ zu werden, sollte er einmal ins Krankenhaus müssen, ob er es einem Juden zumuten will oder z.B. einer Frau, die eine Abtreibung hinter sich hat, oder irgendeinem beliebigen Patienten, der seine TAZ auf dem Nachtschiff liegen hat.

Antifakommision, KB/Hamburg

## Polizeiüberfall auf Kommunikationszentrum

Samstag, 17. Mai 1980. Im selbstverwalteten Kommunikationszentrum Bambule spielt die Hamburger Punkband „Buttrock“ schon zu Beginn des Konzerts tauchen vier Polizisten auf, weil Scherben auf der Straße liegen. Als diese beseitigt werden, gehen sie wieder. Nach Beendigung des Konzerts wollen zwei Polizisten den Verantwortlichen für eine angeblich abgebrochene Autoantenne finden. Sie werden aber nicht in die Bambule gelassen und nach einem Hausdurchsuchungsbefehl gefragt, doch die Bullen nehmen prompt die Personalien des Fräuleins auf. Die Herren werden aufgeföhrt, ein Telefonat mit einem Anwalt abzuwarten, aber sie hören der Frau, die telefoniert hat, nicht im geringsten zu.

Zwischendurch rufen die mittlerweile vier Polizisten Verstärkung und die gesamte (1) Einsatzbelegschaft des Polizeipräsidiums (30 Bullen) rückt an, so daß die Bullen nicht mal mehr einen Streifenwagen zu einem Unfall in der Nähe schicken können! Die Frau, die mit dem Anwalt telefoniert hat, wird abgeführt, weil sie das einseitige „Gespräch“ mit den Polizisten mit den Worten: „Nun, verpass dich mal endlich!“ beendet hat. Mehrere Leute versuchen, den Wagen, in den sie gerast wird, aufzuhalten. Unter

Einsatz der Chemischen Keule und Knuppeln werden die Leute abgedrängt. Gleichzeitig stürmen mit der Chemischen Keule um sich spritzende Bullen die Bambule und nehmen einen „Buttrock“-Fest, der gerade verdächtigweise sein Schlagzeug abbaut. Ein paar andere Polizisten verfolgen durch den Hinterausgang einige in die über der Bambule gelegene Wohnung. Erst als jemand sagt, daß Kinder im Haus sind, hören sie auf zu sprühen und verlassen das Haus. Auf der Straße verpassen sie einem auf dem Boden Liegenden noch eine zusätzliche Ladung CN unter die Augen. Beim Abmarsch greifen sie noch wahllos einen Punk raus - dann ab zur Wache. Nach ca. einer Stunde kommen die drei Polizeigenossen wieder frei.

Das Bambule hat sofort mit Flugblättern auf diesen Polizeiüberfall aufmerksam gemacht. Weil sich dieser Vorfall in eine Serie ähnlicher Polizeiübergriffe (z.B. Geköbelndemo auf dem Kohlmarkt) in Braunschweig einreicht, wird es am Samstag, dem 7. Juni, eine Demonstration mit Abschlusßkundgebung geben, die sich gegen den Polizeiterror, Einschüchterung und Unterdrückung richten soll.

KB/Gruppe Braunschweig

## Einige wichtige Erfahrungen

Die Berichtserstattung in AK 177 über die antifaschistischen Aktionen gegen die Demo der „Grauen Wölfe“ in Hamburg am 17. Mai ist für uns Anlaß zu einer kleinen „Nachlese“.

1. Wir haben von nicht wenigen Teilnehmern der Gegendemo teilweise recht mutige Kritiken an denjenigen Freunden, die immer wieder versuchten, den Demo-Zug zu ordnen, darauf hinzuweisen, überschüssliche Reihen und Ketten zu bilden; einen zeitlichen Schutz für die Demo zu organisieren usw. Sprüche wie: „Was soll das denn?“ „Das ist doch nur Panikmache“, „Nicht mit diesen Leuten!“ und dementsprechendes buntes Durcheinanderlaufen war immer wieder an der Tagesordnung. Wir finden dies Verhalten sehr unsolidarisch gegenüber unseren türkischen Freunden (die sich am meisten benachteiligen - vor allem durch Vormachen - Ordnung in den Reihen zu kriegen), weil es den Schutz der Demo gegenüber Provokationen der Faschisten und der Polizei untergräbt. Dies Verhalten negiert auch alle Erfahrungen, die wir bei antifaschistischen Aktionen aus ähnlichem Anlaß bisher gemacht haben. Da taucht doch die Frage auf: Wer hält denn den Kopf hin, wenn Faschisten oder Bullen unsere mangelnde Geschlossenheit zu Überfallen nutzen? Doch wohl nicht diejenigen, denen es der „Inizi“ zu viele sind. Übrigens erfolgte die Festnahme am Dammtor just zu dem Zeitpunkt, als unsere Disziplin sich weitgehend gelockert hatte.

2. Es gibt hervorragende Beispiele dafür, wie gut es ist, wenn Antifaschisten die Augen offenhalten. Dies führte zur Enttarnung

einiger „Zivilen“ in unseren Reihen. Noch auch hier kennt der vielen Genossinnen die Liberalität kaum Grenzen. Sie empfinden es als unangenehm, ruhestörend und übertriebene Heftigkeit, wenn andere auf die Anwesenheit von Spitzeln aufmerksam machen. Man möchte die Gelegenheit schließlich nutzen, um sich bei dem und dem da und da zum nächsten Zellen- oder Waschwah-Termin zu verabreden. Tatsache ist aber, das wissen wir doch nun lang und schlapp (spätestens seit Brokdorf), daß die Bullen meist von „innen“ und „ausen“ kombiniert arbeiten und ihre Spitzel „drinnen“ die wichtigsten Bausteine für die Angriffstaktik liefern (und dann nicht selten auch selber mit loslaufen!). So war's denn auch am Dammtor, als plötzlich die Zivil Bullen unter den abziehenden Demonstranten loszögen und nur nichts-da-nichts Leute in der Zange hatten, der Bullenwagen mit noch anderen Zivilen stand nicht zufällig genau da, wo's dann folgende Beobachtungen haben ergeben, daß sie diese Taktik schon auf der Mönckebergstraße angewandt und nur dadurch, daß dies eben beobachtet wurde, weitere Provokationen verhindert werden konnten.

3. Da flogen doch aus der „fünften oder sechsten Reihe“ ein paar Flaschen mitten in das Getümmel, als sich die Antifaschisten gegen die Bullenprovokationen wehrten. Klasse - „Gottlosen“ Mitten in die eigenen Reihen; einem Genossen an den Däts. Wir meinen Entweder war es ein Bulle, der da warf, oder jemand von uns, der feige und nicht ganz dicht ist!

4. Eine Genossin, die von den Bullen über mißhandelt worden war, sagt hinterher: „Die Genossinnen, die mich kannten, waren alle sehr lieb um mich besorgt - eine unheimlich wichtige Rolle in so einer Situation. Auch wichtig, daß sie mich eingeholt hatten, weil ich noch so im Schock war, daß ich nicht garantieren konnte, vielleicht was Unbedachtes - wie Weglaufen oder Hinlegen oder nur Heulen oder was auch immer anderes Blödes zu machen... Die Schweine schlagen ja nur gezielt auf Kopf und Gesicht!“

Wir haben auch gesehen, wie ein Genosse, der ebenfalls gerade voll war von den Bullen abgekrigelt hatte, dasand und im verzweifelter Empörung die Bullen beschimpfte, bis die wieder auf ihn losgingen. Irgendjemand legte aber vorher den Arm um den Genossen und zog ihn erstmal aus der Gefahrenzone.

5. Jemand hat sofort einen Anwalt angerufen, eine Gruppe von Antifaschisten kriegte heraus, wo die Verhafteten gelandet waren, sie führten hin und ließen die drinne wissen. Hier draußen warten welche, wir wissen, daß ihr da seid. Wenn sie dich um 1 Uhr nachts laufen lassen, dann ist es gut, wenn du ein paar und, die dich abholen.

6. Von einigen Antifaschisten wurden nach den Vorfällen freiwillig Augenzeugenberichte gemacht und einige andere brauchen nur noch eine einzige Aufforderung... Die Solidarität mit denen, die eventuell wegen unserer gemeinsamen demokratischen Widerstände vor Gericht stehen werden. (Antifakommision, KB/Hamburg)



Die Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür verteilt den Kleeber gegen Vorkasse in Briefmarken oder auf Konto der Initiative Sparkasse Krefeld Konto 337 422 BLZ 330 501 30 unter 10 pro Stück 1,00 DM, ab 10 pro Stück 0,80 DM - inkl. Porto Kontakt: Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür, c/o Hans Böckel, Geldmische Straße 63, 4150 Krefeld 1



## NPD & Co.:

# ...mit Rassismus in die achtziger Jahre!

3.000 Unterschriften benötigt die „BI Ausländerstopp“ um ihre „Volksbegehren“ ordnungsgemäß beantragen zu können (das „Volksbegehren“ ist ein dem in der NRW-Landesverfassung verankertes „Volksentscheid“ vorgelagertes öffentliches Abstimmungsverfahren, bei genügend großer Beteiligung an einem „Volksbegehren“ kann dann ein „Volksentscheid“ durchgesetzt werden). Wie die NPD-nahe Zeitschrift „Nation Europa“ in ihrer Mai-Ausgabe meldet, konnte die erforderliche Zahl an Unterzeichnern mittlerweile aufgebracht werden, so „daß in NRW die Voraussetzungen zur Einleitung des Volksbegehrens bereits erfüllt sind“ (nach „Nation Europa“, N.E. 5/80).

Von etwaigen Maßnahmen der Landesregierung oder der ihr unterstellten Behörden, gegen das geplante „Volksbegehren“ ist demgegenüber nichts bekannt. Dabei hatte immerhin der DGB-Landesvorsitzende Siegfried Blecher persönlich bereits im April Strafanzeige gegen die „BI Ausländerstopp“ bei der Bochumer Staatsanwaltschaft erstattet. „Nach Auffassung der DGB-Vorsitzenden erfüllt es den Teilbestand der Volksverhetzung, daß die Aktion mit einem Volksbegehren die weitere Integration ausländischer Arbeitnehmer verhindern will“ („Die Neue“, 29.4.80).

Offenkundig ist außerdem, daß die „Ausländer raus“-Kampagne der „BI Ausländerstopp“ alles andere ist, als eine neonazistische „Einflugschleife“. Allein die angestrebte Dimension dieser Kampagne („Volksbegehren“) müßte schon vom Gegenteil überzeugen. Darüberhinaus ist entsprechenden Beschlüssen und Veröffentlichungen der NPD unzweifelhaft zu entnehmen, daß die Faschisten ihre Aktivitäten in Richtung „Ausländerproblem“, als d. h. Schwerpunkt ihrer zukünftigen Politik begreifen. Bernd Dröse, Mitglied des NPD-Parteivorstandes und daselbst „Experte“ in Sachen „Ausländer“, sieht angesichts „dieser ungeheuren Bedrohung in unserm Volk“ gar „sämtliche anderen Probleme und Fragen“ verblasen: „Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte kaum je eine derartig gewaltige Bedrohung erlebt“ (Dröse in „profil“ - Nationaldemokratische Schriftenreihe, Heft 10/1979). Und in der von NPD und „BI Ausländerstopp“ vertriebenen Hetzbrochure „Chicago droht heißt es: „Das Ausländerproblem wird das Problem der späten 80er und der 90er Jahre. An der Schwelle zum nächsten Jahrzehnt muß dann die Entscheidung fallen. Soll das deutsche Volk, soll Europa im Schmelztiegel der Völker endgültig und für alle Zeit untergehen - oder sollen die Völker Europas in einer großen Kraftanstrengung überleben?“ Diesen Ausführungen entspricht auch eine Entscheidung des letzten NPD-Bundesparteitages in Ketsch, in der u. a. behauptet wird: „Die Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer führt in letzter Konsequenz zur Zerstörung der europäischen Kulturnationen. Das deutsche Volk in der Bundesrepublik wird dabei als erstes zum Grunde gehen“ (zit. n. „Deutsche Stimme“, 1/80). Verwiesen wird schließlich noch auf die Tatsache, daß die NPD zu den diesjährigen Bundestagswahlen unter der zentralen Parole „Ausländerstopp - Bewachung des Deutschen“ antreten wird.

Die NPD-Ausländerpropaganda ist in ihrem Kern offen rassistisch. Nach Auffassung der Nazis gibt es nämlich „nicht zu leugnende angeborene Unterschiede zwischen den Menschen und zwischen den menschlichen Großgruppen“ („Chicago droht“).

Daher sei die „Vernichtung unterschiedlicher Völker und Rassen“ von „höchster Bedeutung“ nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern geradezu gemeingefährlich. „Das Durcheinanderwerfen von Menschen verschiedener, grundlegend unterschiedlicher Kultur und Mentalität brachte in der Geschichte immer wieder furchtbare Auseinandersetzungen“ (zit. aus der Hetzbrochure „Völkerchaos in Deutschland“, die ebenfalls durch die „BI Ausländerstopp“ vertrieben wird). „Es wird früher oder später zu einer gewaltigen Explosion, einem ungeheuren Rassenkampf kommen“, meint die NPD, und Dröse befürchtet, daß die „Ausländerinvasion“ den „Deutschen in der Bundesrepublik“ das „Genick brechen“ könne. „Bei Fortsetzung dieser Entwicklung sind die Deutschen in der Bundesrepublik innerhalb weniger Generationen zur Minderheit geworden. Ja, der Zeitpunkt läßt sich absehen, an dem die Deutschen hier ausgelöscht (!) werden“ (aus „profil“).

Drahtzieher und Nutznießer dieser schrecklichen Verschwörung gegen „die Deutschen“ sind - so weiß die NPD zu berichten - die „internationalen Konten im Kreml und der Wall Street“, denen es darum gehe, „Europa rassistisch das Genick zu brechen“. Sie wollen einen „mehrfachen Einheitsbrei der Völker schaffen, der sich leicht beherrschen läßt. Es soll keine selbstbewußten Völker, keine Nationen mehr geben, die sich gegen kapitalistische Profitgier und kommunistischen Panzerimperialismus wehren“. Gegen diese „Bedrohung“ gelte es nun endlich Front zu machen, denn „uns Nationaldemokraten ist es nicht egal, daß das deutsche Volk als geschichtliche, kulturelle und auch biologische Gemeinschaft verschwindet und einem unbegrenzt manipulierbaren Einheitsbrei der Völker Platz macht“. Deutlicher noch Dröse: „Es lohnt sich nicht mehr, ein deutsches Volk zu sein. Einheitsbrei der Völker macht Deutlicher noch Dröse: „Es lohnt sich nicht mehr, für Deutschlands Einheit zu kämpfen, wenn es hier nur noch Yustufs und Alts gibt, alle Lüste aus „profil“).

Die Ähnlichkeit derartiger Tiraden mit der seinerzeit durch die NSDAP verbreiteten Rassenhetze ist geradezu verblüffend. Zum Vergleich einmal Originalton Hitler: „Doch ist die Gefahr sehr groß, daß der einmal blind gewordene Mensch die Rassenrechnungen immer mehr einreißt, bis endlich auch der letzte Rest seines besten Teils verloren ist. Dann bleibt wirklich nur mehr ein Einheitsbrei übrig wie er den famosen Weltverbesserern unserer Tage vorschwebt. Wer nicht will, daß die Erde diesem Zustand entgegengeht, muß sich zur Aufgabe vor allem der germanischen Staaten in, in erster Linie dafür zu sorgen, daß einer weiteren Bastardisierung grundsätzlich Einhalt geboten wird (aus „Mein Kampf“).

Neben rassistischen Erwägungen dieser Qualität, die zuvorderst die Zerstörung der „biologischen“ und „kulturellen“ Substanz des „deutschen Volkes“ als Schreckensphantasie an die Wand malen, versuchen die Nazis auch, die verbreitete Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit für ihre „Ausländer raus“-Propaganda zu instrumentalisieren. „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeiter“ lautet einer der bekanntesten NPD-Slogans. „man braucht nur italienische Kellner, portugiesische Fußballspieler, marokkanische Taxifahrer, nigerianische Tramschaffner, ägyptische Apotheker, libanonesische Politikumstände, pakistanische Würstchenhändler, perische Teppichhändler, syrische Frauenärzte, türkische Friseurkünstler, griechische Schlagersänger, ja Konzertmusiker, jugoslawische Bauingenieure“, heißt es in „Chicago droht“ (siehe auch oben).

und Studenten sowie gegen die „sozialen Folgekosten der Ausländerinvasion“ im allgemeinen.

## Rassisten im Aufwind

Inwieweit speziell der NPD mit ihrer „Ausländer raus“-Kampagne Erfolge beschieden sein werden, ist derzeit natürlich nicht abzusehen. Nach wie vor gilt, daß die politische Breitenwirkung der NPD-Propaganda seit Beginn der 70er Jahre kontinuierlich abgenommen hat. Andererseits haben auch die Nazis mit dem „Ausländerproblem“ einer Frage angenommen, zu der reaktionäre Auffassungen und Forderungen nach Art der NPD in breiten Kreisen der Bevölkerung präsent sind. Im Gegensatz z. B. zum neonazistischen Propagandaschwerpunkt „Vergangenheitsbewältigung“ („Kriegsschuldfrage“, „6-Millionen-Lüge“, „Laßt Heß frei“ u. a.), dessen Ausstrahlungskraft recht begrenzt ist und der auch in Teilen der „Szene“ als „rückwärtsgerichtet“ und eher „belastend“ begrüßt wird, ist die NPD-Ausländerhetze auf ein durchaus brennendes Problem der Zukunft gerichtet. Immerhin kann sich die „BI Ausländerstopp“ hinsichtlich ihrer Aktivitäten auf das Ergebnis einer „Meinungsumfrage“ berufen, die der damalige NRW-Innenminister Hirsch Anfang 1979 der Öffentlichkeit präsentierte. „19 Prozent der Bürger an Rhein und Ruhr wollen den Ausländern die Möglichkeit der Einbürgerung verweigern, 50 Prozent plädieren für eine Rückkehr dieser Ausländer in ihre Heimat. Nur eine kleine Gruppe von 13 Prozent der Bevölkerung tritt dafür ein, diese Menschen die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben und als Deutsche

mit uns leben zu lassen...“ („Bürgerinitiative Ausländerstoppinformiert“). Desweiteren kann auf einen Großteil der bürgerlichen Medien verwiesen werden, die die „Ausländerfrage“ ebenfalls in diesem Sinne „problematisieren“. Die „Frankfurter Allgemeine“ z. B. brachte am 12.4.80 auf der Titelseite einen Kommentar („Zu viele Türken“). In dem es u. a. hieß: „Für ein Land gibt es nicht nur Grenzen der Integrationsfähigkeit, es gibt auch Grenzen der Toleranz. Liberalität muß da ihre Grenzen haben, wo das Zusammenleben der Gesellschaft in Frage gestellt wird. Der Bogen wird überspannt, wenn in unserer Mitte immer mehr Menschen leben, die wir nicht verstehen, die uns nicht verstehen und die mit uns nicht wirklich zusammenleben wollen - oder können“.

In diesem Artikel wollen wir uns nun eingehender mit der von NPD und „BI Ausländerstopp“ verbreiteten Ausländerhetze befassen, mögliche Konsequenzen aufzeigen und schließlich auf einen Aspekt hinweisen, der in der öffentlichen Diskussion bislang kaum präsent ist, wohl aber eine erhebliche Brisanz besitzt: Daß nämlich westdeutsche und ausländische Faschisten in dieser Angelegenheit gleichermaßen aktiv sind und - so widersprüchlich dies zunächst auch klingen mag - dabei sogar zusammenarbeiten!

Wie wir bereits in AK 174 berichteten, wurde zu Jahresbeginn in NRW eine „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ gegründet. Träger dieses Vereins ist die NPD, auch die zentrale Adresse der Rassisteninitiative ist identisch mit der der NPD Landeszentrale in Bochum-Wettenscheid. Die Nazis versprechen sich von dieser BI nicht nur eine spürbare Ausweitung ihrer ausländerfeindlichen Hetze, sondern peilen sogar direkt greifbare Ergebnisse an: Ziel ist die Durchsetzung eines „Volksbegehrens“ in Nordrhein-Westfalen, um „eine Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer herbeizuführen“.

Aufwind für rassistische und biologische Theorien und Publizistik konstatiert auch M. Buchholz der in der Tageszeitung „Die Neue“ gerade eine lesenswerte Artikelserie zu diesem Thema veröffentlicht. Er zitiert dort u. a. auch einen sehr beachtenden Leserbrief, den Prof. Dr. Irrenhaus Eibl-Elbsfeld von der „Forschungsstelle für Humanevolution am Max-Planck-Institut für Verhaltensforschung“ an die Wochenzeitung „Die Zeit“ sandte. Eibl-Elbsfeld bedankt sich dort für die in der „Zeit“ unter dem Titel „Wir, die Ungleichartigen“ erschienenen Aufsätze eines Dieter L. Zimmer und meint u. a. „Bei uns wird so viel die Frage diskutiert, ob wir unser Land zum Einwanderungsland machen wollen und Flüchtlinge aus aller Welt (Afrika eingeschlossen) aufnehmen sollen. Denkt man an die Belastung künftiger Generationen, dann muß man wohl auch mit der Begabung der neu aufgenommenen Bevölkerungsgruppen berücksichtigen, sonst handelt man unseren Enkeln gegenüber verantwortungslos“.

(zit. nach „Die Neue“, 13.5.80). Eibl-Elbsfeld ist, was deutscher noch als der Herr Professor vom „Max-Planck-Institut“ hat, unlängst der hessische Landrat (!) Dr. Siegfried Sorge in der „Oberhessischen Presse“ verurteilt worden, was Sachverhalt. Sorge schrieb dort u. a. „Die Anhänger des Islams sind nicht gewillt, sich in die deutsche Volksgemeinschaft einzufügen, sondern wollen ihre nationalen und religiösen Eigenarten bewahren. Wie das aussieht, kann jeder erfahren, wenn er einmal Kreuzberger Nächte an Ort und Stelle erlebt. Der Islam ist erwacht und birgt eine Chance, das in den letzten 1250 Jahren verlorene Terrain in Europa wiederzugewinnen“.

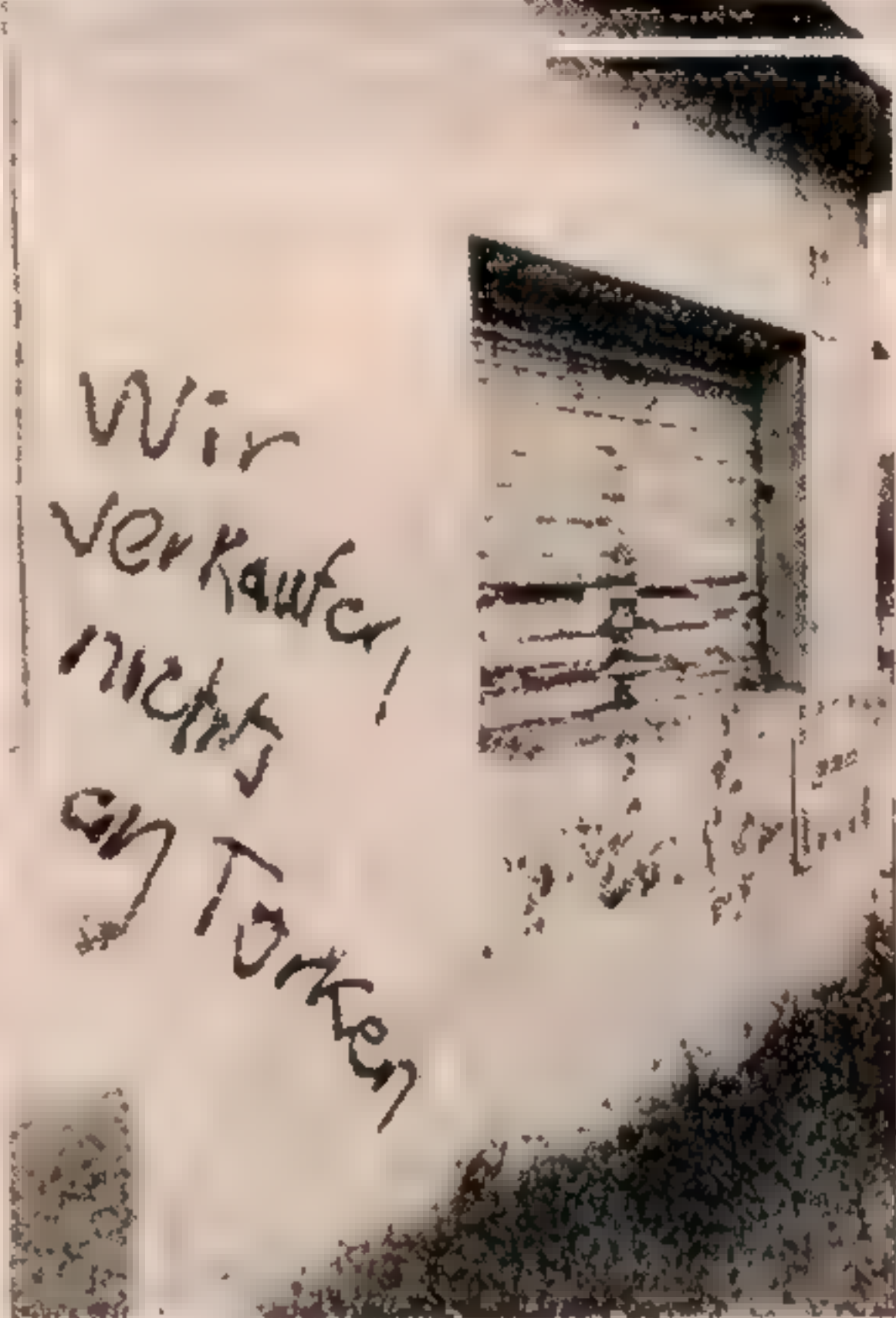
Wir werden dann möglicherweise wieder erleben, was es heißt, wenn religiöse oder weltanschauliche Macht und Staatsmacht in einer Hand sind. Dann gute Nacht 2000 Jahre hinduistisch-christliche Kultur, dann gute Nacht demokratische Freiheit und Menschenrechte. Dann war es umsonst, daß Karl Martell die Araber vor 1200 Jahren bei Tours und Poltars geschlagen hat, dann war die Mongolenschlacht bei Legnits 500 Jahre später umsonst, und dann hat Johann Subierski vor 300 Jahren umsonst das von den Türken belagerte Wien befreit...!

„Die Grenze für die Aufnahme von Ausländern ist erreicht, nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, sondern auch aus staatsrechtlichen Gründen, wenn wir nicht die eigenen Interessen der deutschen Bevölkerung aufs Spiel setzen wollen. Wir brauchen also einen Einreisestopp für Ausländer asiatischer Herkunft und eine zahlenmäßige Begrenzung der Asylbewerber... Es ist höchste Zeit zum Handeln. Die Türken stehen nicht mehr vor Wien, sie sitzen bereits in Berlin und Stadthagen“ (zit. aus „FR“, 14.5.80).

Wir wollen es mit dieser Dokumentation rassistischer, ausländerfeindlicher Strömungen und Außerungen bewenden lassen. Deutlich dürfte dabei geworden sein, daß die Nazis mit ihrer „Ausländer raus“-Propaganda bereits nicht alleine dastehen, selbst bei der zuletzt zitierten wüsten Pöbelerei des Landrats Sorge sollte beachtet werden, daß dieser Vogel immerhin als Landesvorsitzender der hessischen „freien Wählergemeinschaft“ fungiert...!

Daneben kann die NPD darauf vertrauen, daß der in der „Ausländerfrage“ enthaltene „soziale Sprengstoff“ zukünftig noch erheblich anwachsen und damit ausreißende Anlaufpunkte für rassistische Bestrebungen begeben wird. Es sei an dieser Stelle nur auf das Problem der sog. „2. Ausländergeneration“ verwiesen, also auf die hunderttausende hier geborenen oder hier aufgewachsenen Ausländerkinder, die in diesem Jahrzehnt volljährig werden. Sie sind in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, Bildungsstand usw. betroffen, haben Sprachschwierigkeiten, sind z. T. Analphabeten sozial ausgegrenzt und politisch entrechtet, ist ihrer „Heimat“ (nämlich der BRD) fremd und in der Heimat ihrer Eltern (Türkei, Griechenland, Jugoslawien usw.) ebenso. Auf dem Hintergrund dieser Verelendung und Diskriminierung prognostiziert die NPD nicht ganz zu Unrecht Zustände, wie sie in den USA bereits seit langer Zeit an der Tagesordnung sind (Slums, Kriminalität, Bandenbildung u. a. soziale Konflikte dieser Art).

Es liegt auf der Hand, daß diese Situation Ergebnis einer Politik der Nichtintegration, der bewußten Ausgrenzung, Ghettouisierung, der politischen und sozialen Diskriminierung ist, wie sie die westdeutschen Imperialisten den Ausländern gegenüber vom Anfang an betrieben haben und



Kiosk im Dortmunder Turkenviertel



Ausländerpolitik in Westberlin:

## Was heißt denn da »Integration«?

Der sozialistische Senat der Stadt erhebt den Anspruch, mit diesem Programm „bei der Vorbereitung von Schritten für eine verbesserte Eingliederung von Ausländern in unsere Gesellschaft ganz vorn“ zu stehen (Kfz, Bürgermeister + Stöbbe, 19.3.80). Interessanter werden soll dieser Anspruch etwa damit, daß auf einem SPD-Landesparteitag sogar mal ein Parteimitglied halten darf, daß der Senat sich mehrere Tage zur Ausländerfrage in Kausur begibt und dort 70-seitige „Leitlinien und Maßnahmen zur Ausländerintegration“ ausbrütet.

Es ist gut, angesichts großer Kosten und Programmen sich auch etwas um das Materielle zu kümmern. Und da findet frau, man, daß der Senat mit der erstaunlichen Summe von 14,4 Mio DM zwei Jahre lang für „die soziale Frage, die dieses Jahrzehnt

prägt“ (so Innenminister Ulrich auf dem SPD-Landesparteitag am 27.1.80), auskommen will. Erstaunlich, weil schon der Umbau eines der verkommenen - Mittelstufenzentren mehr und beispielsweise der Bau des Verkehrsmuseums das Zehnfache kostet. Kaum denkbar, kann sich die zur Schau gestellte Absicht, endlich mal etwas für die ausländische Bevölkerung zu tun, als hohles Gekloppe entlarven.

Die einzelnen anvisierten Maßnahmen verstärken diesen Eindruck. Als „einen wesentlichen Schwerpunkt“ seiner Bemühungen zur Ausländerintegration gibt der Senat „Erziehung und Bildung der jungen Generation“ an (S. 25). Daß auf diesem Gebiet tatsächlich erhebliches unternehmen werden mußte, beweist die traurige Bilanz bisheriger Schulpolitik. So erhielten im letzten Schuljahr

über 70 % der ausländischen Hauptschulabgänger in Westberlin keinen Schulabschluß, so wurde bundesweit ermittelt, daß ausländische Jugendliche dreimal seltener als deutsche Jugendliche eine Lehrstelle bekommen und zu 60 % ungelern und zu weiteren 16 % angelernte Arbeiter werden („Tagesspiegel“, 14.3.80). Die Konsequenz, die der Senat daraus zieht: Novellierung des Westberliner Schulgesetzes mit dem Ziel, ausländische Jugendliche, die beim Zugang 14 oder 15 Jahre alt sind, von

25 Jahre, nachdem die ersten ausländischen Arbeiter in die BRD und Westberlin geholt wurden, stellen Bundes- und Landesregierungen die Sorge „um die Eingliederung besonders der jungen Ausländer in die Gesellschaft und Arbeitswelt“ zur Schau und legen dazu Programme und Konzepte vor (so zeitgleich am 19.3.80 die Bundesregierung und der Westberliner Senat). „Integration“ heißt die Devise, um den „sozialen Frieden“ zu bewahren.

Im folgenden soll auf das Ausländerprogramm des Westberliner Senats eingegangen werden, dem besondere Bedeutung zukommt, denn in Westberlin leben und arbeiten mehr Ausländer als in irgendeiner westdeutschen Stadt.

senator Ulrich bestätigt, daß die Bereitschaft der Türken zur Eingliederung „durch sehr geringe ist“ („Berliner Stimme“, 29.3.80). So besteht der begründete Verdacht, daß das Winken mit dem „Anspruch auf Eingliederung“ nur als Legitimation dafür herhalten soll, der überproportionalen Mehrheit der Ausländer in der BRD und Westberlin als angeblich „integrationsunwillig“ den Anspruch auf Gleichberechtigung weiterhin zu verweigern. Zwar wird an zwei Stellen der Senatsverlinien die Rechtmäßigkeit der Ausländer etwas entschärft. So sollen Ausländer, die genötigt zurückgeführt wurden, nicht mehr unter allen Umständen abgeschoben werden (S. 18). Außerdem soll nachgezogene Ehegatten „schon“ nach 1/2 bis 2 Jahren eine Arbeitserlaubnis gegeben werden. Letzteres nicht aus prinzipiellen, sondern derzeitigen ökonomischen Gründen, da dies „der Arbeitsmarktlage mit personellen Engpässen in einzelnen Wirtschaftsbereichen“ entspricht (S. 8). Das es auch hier wiederum um nichtqualifizierte (d.h. beschissene) Arbeitsplätze dreht, läßt sich leicht erraten. Insgesamt werden in den Leitlinien die die Ausländer diskriminierenden (Un)Rechtsbestimmungen bestätigt. Weiterhin wird ihnen das Wahlrecht, selbst im kommunalen Bereich, verweigert, weiterhin wird die diskriminierende Zugangsperze für Ausländer zu den Westberliner Bezirken Torgaren, Wedding und Kreuzberg (mit geringen, durch ein Gerichts Urteil erzwungenen Änderungen - „Gestattung des Familiennachzugs“) aufrechterhalten. Als eklatantes Beispiel, die Ausländer rechtlos zu halten, sticht aus der jüngsten Zeit die Forderung der Westberliner Polizei hervor, die Mitglieder türkischer Arbeitsvereine namentlich zu registrieren.

Was ist also dran an dem Integrationskonzept? Sicherlich wird unter dem Senats-Motto „Vom Gastarbeiter zum Mitbürger“ (Stöbbe, 19.3.80) weniger offener Rassismus verbreitet als von der CDU, deren Westberliner Fraktionsvorsitzender Lummer im rechten Frontstadion zur Ausländer-

politik erklärte: „Berlin ist eine Stadt, die ihren Bürgern aufgrund der besonderen Lage ein besonders hohes Maß an Identifizierungsbereitschaft abverlangt. Dies ist nur möglich, wenn der deutsche Charakter der Stadt nicht zu stark dadurch belastet wird, daß ihr in zu kurzer Zeit zu große Integrationsprobleme zugeworfen werden“ („Berl. Rundschau“, 21.2.80). Trotz schöner Worte bleiben die Ausländer auch für den Senat Menschen 2. Klasse. Ständig ist die Rede davon, daß durch die Ausländer Schulen, andere Institutionen, ganze Bezirke überlastet „belastet“ oder „überlastet“ werden. Als „Belastung“ werden also letztlich die Ausländer selbst hingestellt. Entsprechend beschränkt sich ein Großteil der Senatsmaßnahmen darauf, die Ausländer durch Zugangsperze, Zuwanderungsstop, verschärfte Asylverfahren hin- und her- und abzuwickeln, um sie zu „entballen“ und für die „Integration“ bessere „Mischungsverhältnisse“ zu erreichen. Probleme entstehen aber nicht durch die Ausländer und auch nicht durch ihre hohe Anzahl, sondern durch eine jahrzehntelange Politik, die die Arbeitskraft der Ausländer ausbeutet, sich aber über deren Bedürfnisse und Ansprüche arrogant hinwegsetzt. Das Integrationskonzept des Senats ist in seiner lächerlichen finanziellen Ausstattung und der Fortschreibung der rechtlichen Diskriminierung der ausländischen Bevölkerung kann von dieser kaum als gutgemeinter Kurswechsel in der Ausländerpolitik, sondern eher als Zumutung angesehen werden.

Hoffen wir, daß sich die Regierungen wenigstens nicht ganz zu Unrecht um die Erhaltung des „sozialen Friedens“ Sorgen machen müssen.

Ein Westberliner Genosse

Anmerkung: Die Angabe der Seitenzahlen bezieht sich auf „Leitlinien und neue Maßnahmen zur Ausländerintegration in Berlin und deren Durchführung“, Landespressediens Berlin.



Ausländer in Abschiebehaft

der allgemeinen Schulpflicht und ausländische Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr von der Berufsschulpflicht zu „befreien“ und in Sonderlehrgänge („Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer“) abzuschicken (S. 29 u. 44).

Ein Hohn, diese Abschiebung, die diese ausländischen Jugendlichen für die „Abwanderung“ (Abschiebung) ist, diese ausländischen Jugendlichen für die schlechtesten Arbeitsplätze geradezu prädestiniert, als Integrationsmaßnahme zu bezeichnen!

Die übrigen Maßnahmen beschränken sich auf Flickschusterei: Ein paar Frequenzsenkungen in Klassen mit hohem Ausländeranteil, fachliche Qualifizierung von 90 Lehrern für den Unterricht mit Ausländern bei 30.000 ausländischen Schülern (d.h. 1 qualifizierter Lehrer auf über 300 Schüler) (S. 30), ein „Modellversuch Türkisch als 1. Fremdsprache“ der diesen Namen nicht einmal verdient (s. Artikel im AK 174, S. 23). Volkshochschulkurse zur Sprachförderung und zum Nachholen von Schulabschlüssen, bei denen am bemerkenswertesten ist, daß sie von den beantragten 1,1 Mio. auf 375.000 DM runter eingestrichen wurden. Besten „Krisenmanagement“ beweist der Senat mit dem für die Zukunft verstärkt vorgesehenen Transport ausländischer Schüler zu Schulen in Bezirken mit geringem Ausländeranteil. Damit wird zwar kein Problem für die ausländischen Schüler gelöst (sie werden vielmehr wiederum aus ihrer Umgebung herausgerissen und isoliert), aber optisch läßt sich so die chaotische Situation an den Schulen in Bezirken mit hohem Ausländeranteil für kurze Zeit entzuckern.

Als ähnlich hohl erweisen sich die „Integrationsmaßnahmen“ auf rechtlichem Gebiet. Hier wird als Kernstück die „Schaffung eines Eingliederungsanspruchs“ für die „jungen Integrationswilligen Ausländer“ angegeben. Doch der Haken folgt sogleich, denn um von Westberlin unterstützen des bezuglichen Gesetzentwurf von Nordrhein-Westfalen wird dieser Rechtsanspruch daran gekoppelt, daß „der junge Ausländer ... sich um die Entlassung oder Aufgabe seiner bisherigen Staatsangehörigkeit bemüht“ (S. 11). Doch ist es nicht vermerkt, bzw. unvermerkt, zu erwarten, daß ein junger Ausländer die Hoffnung, in seine Heimat zurückkehren zu können, verkauft gegen die zweifelhafte „Ehre“ der Staatsbürgerschaft in einem Land, das ihn und seine Landsleute Diskriminierung und Fremdschaff tagtäglich spüren läßt? Der Senat weiß das auch genau, denn Innen-

## ... mit Rassismus

Fortsetzung von Seite 18

weiter betreiben. Demgegenüber stellen die Faschisten die realen Verhältnisse geradezu auf den Kopf, wenn sie das heutige und zukünftige „Ausländerproblem“ ausgerechnet als Folge einer „menschenverachtenden Integrationspolitik“ angreifen. Es liegt freilich in der Logik ihrer Politik die beschriebenen Mißstände durch die davon umschatteten Betroffenen ausbaden zu lassen. Entsprechend verteilt die NPD Positionen, die auf eine noch schärfere Diskriminierung der Ausländer abzielen. Neben ihrer Hauptforderung - „Rückwanderung der Ausländer in ihre Heimat“ - propagieren die Nazis u.a.

Beschränkung der Verdienstmöglichkeiten, Zugangsverbot in Ballungsräume, Einmieten des Familiennachzugs, schrittweiser und systematischer Abbau ausländischer Arbeitskräfte, Ausgliederung der Ausländer aus der westdeutschen Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Verlassen des Landes nach einer Arbeitslosigkeit von zwei Monaten und Rentenversicherung. Verlassen des Landes nach einer Arbeitslosigkeit von zwei Monaten, Kindergeld nur für Deutsche usw. (Angabennach „profil“).

Auch hierbei ist zu berücksichtigen, daß die etablierte „Ausländerpolitik“ von tendenziell ähnlichen Überlegungen und Vorurteilen gekennzeichnet ist. So schreibt denn auch die bereits zitierte Nazi-Zeitschrift „Nation Europa“, „Als erste Erfolge sind zu verzeichnen, daß namhafte Politiker wie Alfred Dregger konkrete Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung - Grenzrichter zur Abwehr von Scheinreisenden - fordern und ARW-Arbeitsminister Farthmann keine weiteren ausländischen Arbeitnehmer mehr ins Land lassen will.“ („NB“ 5.8.80).

## NPD und ausländische Faschisten: Identische Interessen

Eine potentielle Gefahr ist nicht nur die von der NPD anvisierte Formierung eines aktiv rassistischen Potentials unter der „einheimischen“ westdeutschen Bevölkerung. Ebenso besteht die vorhandene Ausländerdiskriminierung auch ausländischen Faschisten einen fruchtbaren Nährboden für ihre politischen Ziele. So hat die rassistisch-kommunistische Blödsinntruppe MHP (bekannt unter der Bezeichnung „Graue Wölfe“), deren Mitgliederstärke allein in der BRD auf bis zu 50.000 (!) geschätzt wird, einer möglichen Integration ihrer in der BRD lebenden Landsleute ebenfalls den Kampf angewiesen. Propagiert wird stattdessen ein „großdeutscher Nationalismus, die Überlegenheit der „türkischen Rasse“ und der Kampf gegen „jüdische Blutschuld“, „griechische Läuse“ und „rote Ungeheuer“. Nationalistischerneuerung wird bei den „Grauen Wölfen“ großgeschrieben, w. soll auch die Erziehung der hier aufwachsenden türkischen Kinder ausschließlich Institutionen wie den

rechten islamischen „Koran-Schulen“ vorbehalten bleiben, um „wie die türkischen Nazis es nennen, den in Deutschland aufwachsenden türkischen Kindern die türkische Kultur und Tradition“ beizubringen. Was darunter u.a. zu verstehen ist, beschrieb ein Verein der Koranschulen in einem Flugblatt zu „Die türkischen Kinder, die ohne nationale und religiöse Kultur aufwachsen müssen aus den Händen kommunistischer Lehrer und Priesterzweier gerettet werden. Denn der Feind nähert sich in hinterhältiger Verkleidung.“ Subtil: Da die freundliche Maske heruntergerissen, taucht dahinter ein häßliches kommunistisches Gesicht auf, ein christlicher Missionar oder ein jüdischer Agent“ (zit. aus „Neofaschismus. Die Rechten im Aufwind“, Westberlin 1979, S. 234).

Im übrigen setzen sich auch die türkischen Faschisten „für die schnelle Rückführung unserer Landsleute in die ihnen angestammte Heimat“ (Rückführung unserer Landsleute in die ihnen angestammte Heimat ein (Erklärung des türkischen „Ideasten-Vereins“ München, zit. aus „profil“).

So sind denn alle Voraussetzungen für die Zusammenarbeit westdeutscher und ausländischer Nazis auch in der „Ausländerfrage“ gegeben. Dafür, daß eine solche Zusammenarbeit von beiden Seiten gewünscht wird, dafür, daß es sie bereits gibt, existieren Belege. Bereits 1977 sprach sich der ehemalige Gestapo-Verbindungsmann und heutige Führer der „Grauen Wölfe“, Alpargül Türke, in einem Brief an die NPD „für die Aktionsgemeinschaft unserer Partei und der NPD“ aus. Die NPD selbst meint, „Wir Nationalideologen kämpfen gemeinsam mit unseren nationalrassistischen Kameraden anderer Völker für die Erhaltung der Eigenarten...“ (ebenda). In ihrer Hetzbrochure „Chicago droht wut die NPD, „Bl Ausländerstopp“ sogar für die „Koran-Schulen“, die sie rechtsgemäß als „den Willen der Ausländer“ interpretiert, „ihre eigene Kultur, ihr eigenes Volkstum zu bewahren“. Und aus ihrer Praxis weiß die „Bl Ausländerstopp“ zu berichten: „Kontakte zu Ausländern, die sich gegen die Vernichtung ihrer Kultur und Nationalität wenden, könnten geknüpft werden“ („Bürgerinitiative Ausländerstopp informiert“).

Soweit dazu. Die nordrhein-westfälische „Landeskonferenz antifaschistischer Arbeitskreise“ hat mittlerweile mehrere Treffen durchgeführt, auf denen ein konkretes Vorgehen gegen die „Bl Ausländerstopp“ und ihr geplantes „Volksbegehren“ erörtert wurde. Über erste Aktivitäten dazu werden wir demnächst berichten. Darüber hinaus hat die Beschäftigung mit diesem Thema gezeigt, daß wir im großen und ganzen mit der „Bl Ausländerstopp“ in Richtung auf Entwicklung einer positiven Perspektive zu beantworten und zum Gegenstand unserer politischen Praxis zu machen. Als Beitrag zu dieser u.E. notwendigen Debatte werden wir in einem der nächsten AKs zur Frage der „Integration“ Stellung nehmen.

Antifa-Kommission NRW

## Anschlag auf türkische Faschisten Kampagne gegen türkische Linke wird verschärft

Hamburg. Am Nachmittag des 28.5. wird der türkische Faschist Yusuf Kaya in der Eimsbütteler Osterstraße durch vier PistolenSchüsse schwer verletzt. Die Polizei verdächtigt den türkischen Antifaschisten Ozkan Bektas der Tat. Nach ihm wird seit her gefahndet. Der Verdacht gründet sich offensichtlich darauf, daß Kaya angeblich gleich nach dem Überfall den Namen Bektas genannt haben soll was jedoch durch einen Augenzeugenbericht zumindest in Zweifel gezogen wird. Ozkan Bektas war das Opfer eines faschistischen Mordanschlags vom 24.3. am gleichen Ort, bei dem er nur mit knapper Not mit dem Leben davonkam (s. AK 175). Unter den festgenommenen Faschisten, die an dem Überfall beteiligt waren, befanden sich auch Yusuf Kaya und sein Bruder Mehmet Emin Kaya, beide bekannte Mitglieder der Hamburger „Graue Wölfe“. Von der Polizei erhalt Bektas nach dem Überfall keinerlei Unterstützung, im Gegenteil. Die festgenommenen Faschisten wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen, und Bektas mußte sich noch höhnische Sprüche der Bullen anhören. Seitdem war Bektas ununterbrochen erneuten Morddrohungen ausgesetzt. So drohten die „Grauen Wölfe“ schon während der Gegenüberstellung nach dem Mordanschlag vom 24.3. „Wenn wir hier rauskommen, werden wir dich ermorden“.

Bektas muß die letzten zwei Monate unter ungeheurer Anspannung gestanden haben, mit der ständigen Gewißheit, daß die Faschisten einen erneuten Mordanschlag auf ihn verüben werden. Wenn Bektas nun seinerseits die Schüsse auf den Faschisten abgegeben hätte, müßte das vor dem Hintergrund dieser Ereignisse gesehen

werden. Unbeachtet bleiben diese Ereignisse natürlich bei den Scharfmachern gegen die türkische Linke, die schon seit längerem Verbotforderungen gegen türkische demokratische Vereine vorbereiten. Nachdem nun einmal ein Faschist das Opfer eines Überfalls wurde, überbietet sich Springer „Bild“ und „Hamburger Abendblatt“ gegenseitig mit Hetzartikeln gegen die türkischen Vereine. Das „Abendblatt“ läßt sogar den Vorsitzenden des Graue Wölfe Zentrums „Türk Ocagi“ Hassan Sayu Wort kommen. Die Grauen Wölfe wurden ständig für Terrorakte verantwortlich gemacht, die in Wahrheit aber von Kommunisten begangen worden seien. Die Namen der in Wahrheit Schulungen und Sprengungen auch schon bekannt. Aus Mitleid der dieser Terrororgane werden der „Verein der fortschrittlichen Arbeiter aus der Türkei“ und das „Komitee gegen türkische Faschisten“ genannt. P. Zet und Presse haben dem Anschein nach einen neuen Anlaß gefunden, ein Klima zu verbreiten, in dem mit verschärften Repressionen und Verboten gegen die türkischen antifaschistischen und demokratischen Vereine vorgegangen werden kann.

Letzte Meldung

Die türkische Tageszeitung „Hurriyet“ vom 31.5.80 meldet, daß der türkische Antifaschist nicht unbekannter Polizeioffizier Neumann die Faschisten der „Türk Ocagi“ aufgerufen hat, Bektas zu jagen und ihn der Polizei zu übergeben. Die Polizei scheint sich also mit der schon bekannten Zusammenarbeit mit den Faschisten nicht mehr zufrieden zu geben, sie fordert nun auch zur Selbstjustiz auf!



Fortsetzung von Seite 1

So faßte ich September 75 den russischen Plan, meine Trumpfkarte (Alibi) möglichst lange unentdeckt auf der Hand zu behalten, um sie in einem günstigen Moment auszuspielen... Es ging mir je darum und dies war die Chance, überzeugend die Methoden der Staatschutzes und der ersten Biographisten, Angesichts ihres zweischnittendes in Städtigerilaprozessen - das ist die Regel und nicht die Ausnahme - genügen vorgefunden und keine Konstruktionen, um den zu verurteilen, der seine Unschuld nicht beweisen kann oder mag

In der Westberliner Sonne Zeitung  
J hieß es bei Teufels erstem Pro-  
b sinnermäßig „Laßt den Fritz raus,  
er brauchen ihn noch“ Dem wolk-  
er uns heute bruchstießen Laßt den  
titz (und die anderen) raus, wir  
brauchen sie noch  
berliner Antirepressionskommis-  
sion des KB

Damit ist die Anlage völlig in sich zusammengefallen. Die einzige tatsächlich belastende Aussage wird von schweizer höchstzuständlichem

Telefongruppe Frankfurt

Damit ist die Anklage völlig in sich zusammengebrochen. Die einzige tatsächlich belastende Aussage wird von schweizer höchst offizieller Seite

**KM Frauengruppe Frankfurt**



# amnesty international zur Anwendung von Isolation

— Auszüge aus der  
Presseerklärung von ai  
am Mittwoch den 22.5.80 —

„amnesty international erklärt heute (Mittwoch, 20. Mai 1980), daß Haftlinge, die in der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang mit politisch motivierten Verbrechen inhaftiert sind, Haftbedingungen unterworfen sind, die schwerwiegende körperliche und geistige Schäden verursachen können und in Einzelfällen verursacht haben.

Personen, die politisch motivierter Verbrechen verdächtigt wurden oder deswegen verurteilt sind, waren jahrelang in Isolationshaft oder Kleingruppen-Isolation inhaftiert. Amnesty international veröffentlicht den Wortlaut eines Memorandums an die Behörden der Bundesrepublik, das die Ergebnisse ihrer mehr als zweijährigen Untersuchung zusammenfaßt und medizinische Befunde zitiert, die die Probleme illustrieren. Die Behörden haben amnesty international's Empfehlungen zur Frage der Haftbedingungen zurückgewiesen, deren eine vorsah, ärztliche Untersuchungen zu gestatten, die von unabhängiger Seite angeordnet sind. Der Briefwechsel, in dem diese Empfehlungen abgelehnt wurden, ist Bestandteil des Dokuments, das die Organisation heute veröffentlicht.

Das Memorandum macht keine Angaben über die geschätzte Zahl der Personen, die unter den dort beschriebenen Bedingungen inhaftiert waren, doch erklärt es, daß mehr als einhundert Personen im Lauf der Zeit einer solchen Behandlung unterworfen wurden. Die Untersuchung der Organisation befaßte sich vor allem mit den Haftbedingungen der Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“, der „Bewegung 2. Juni“ sowie der „Revolutionären Zellen“. (...) In ihrem Memorandum, das den Behörden 1979 vorgelegt wurde, wies ai darauf hin, daß Gefangene, die der Beteiligung an politisch motivierten Verbrechen verdächtigt werden, immer zumindest einen Teil ihrer Untersuchungshaft — die Zeit zwischen Verhaftung und rechtskräftiger Verurteilung — in Isolationshaft verbringen müssen. Die Untersuchungshaft ist für solche Gefangene immer lang — selten kürzer als zwei Jahre und manchmal bis zu fünf Jahren. In einigen Fällen hat Isolationshaft drei Jahre betragen. (...)

Diesen Maßnahmen waren nicht nur Haftlinge unterworfen, die wegen Gewalttaten angeklagt waren, sondern auch solche, die gewaltloser Straftaten beschuldigt wurden.

Das Memorandum zitiert Material der Europäischen Menschenrechtskommission, des Europarats sowie aus der medizinischen Forschung, um zu unterstreichen, daß Isolation die Gesundheit schwer schädigen kann. (...) Experimente mit sensorischer Deprivation, bei denen optische und akustische Sinnesreize ausgeschaltet werden, bringen sehr schnell Symptome ähnlich denen der Geisteskrankheit hervor, einschließlich der Unfähigkeit, klar zu denken, emotionaler Störungen und Halluzinationen. ai stellt fest, daß in einigen Fällen Haftlinge, die Isolationshaft und Kleingruppen-Isolation unterworfen waren, unter Symptomen litten, die an die Auswirkungen dieser Experimente erinnerten. (...)

ai ... appellierte an die Behörden in der Bundesrepublik, nach Alternativen zu Isolationshaft und Kleingruppen-Isolation als regulären Haftformen zu suchen. Die Organisation erkennt die durch die Frage aufgeworfenen Probleme an, ist aber aufgrund der Diskussionen mit Experten der Überzeugung, daß eine humane Lösung möglich sei. (...) ai erklärt, sie veröffentliche das Dossier, da die dort beschriebenen Bedingungen ein Anliegen für die Organisation seien gemäß ihrer Verpflichtung, sich gegen „Folterung oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung“ von Gefangenen zu wenden, und weil sie hoffe, daß das Dossier zur Schaffung internationaler Normen beitrage.

Insgesamt geht es in dieser Presseerklärung noch ausführlicher auf die Auswirkungen der Isolationshaft ein, nennt die Beispiele Ingrid Schubert und Werner Hoppe und erwähnt die Toten Trakle, „denen die Haftbedingungen in den neu errichteten Hochsicherheitstrakten in mancher Hinsicht ähneln sollen“.

Erklärung der „Initiativgruppe Rudolf Raabe“

# Rudolf Raabe in Lebensgefahr!

„Schöne Grüße an den Staatsanwalt“

Rudolf Raabe und Wilhelm Stamm schreien beladen sich in der Republik Irland. Gegen beide liegen Haftbefehle westdeutscher Justizbehörden vor. Damit sind die Ähnlichkeiten zwischen ihnen allerdings auch erschöpft.

Den einen, Stammschneider, kann man mühelos besuchen und kann alltäglich erleben, wie sein Kolts Royce steht vor dem feudalen Landhauspark, das ihm in der Grafschaft Meath gehört. Das Brownstown House. Trotz eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft Bielefeld hat Herr Stammschneider keine Probleme mit dem Bundeskriminalamt (BKA) sondern hat Zeit und genug Geld, um ein 1,8 Millionen teures Landgut zu bewirtschaften. Eines der größten und ertragreichsten der Grafschaft, deren einheimische Bevölkerung durchweg mit kleinen Parzellen auskommen muß. Er unterhält 1.500 Kühe und eine eigene Molkerei, deren Produkte er in Kabinen rechtzeitiger Lieferverträge in einen der BKA transportiert, die ihn eigentlich verfolgen müßte.

Denn gegen Wilhelm Stammschneider besteht der „Dringende Verdacht der Steuerhinterziehung in Höhe von 6 Millionen DM“ ein Delikt, das mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft wird. Herr Stammschneider besitzt außerdem eine florierende Möbelfabrik in Bad Lipppringe mit einem Jahresumsatz von 50 Mio DM, dessen Geschäfte er von Irland aus ungehindert lenkt. Seine Familie zitiert allwöchentlich zum Besuch nach Irland, um dort überhört nicht nur Privates zu besprechen, sie erwartet kein Beamter des BKA bei ihrer Rückkehr. Etwas wegen des Verdachtes auf Verdunkelung oder Mithaterschaft.

Herr Stammschneider sitzt sicher, was angeblich unanfechtbar ist, weil es zwischen der BKA und der Republik Irland bis dato kein Auslieferungsabkommen gibt. Eine Tatsache, die jedoch, was wir sehen werden, für den Rudolf Raabe keinesfalls gilt. Und selbst dann, wenn Stammschneider (lt. „Irish Times“), gelegentlich die Grüne Insel verläßt, um von Frankreich oder der Schweiz aus seine Geschäfte intensiver zu betreiben, folgt ihm mit Sicherheit keine Zielfahndungsgruppe des BKA, die dort, wo Auslieferungsabkommen existieren, ohne weiteres seine Verhaftung betreiben könnte.

Nun gilt Wirtschaftskriminalität, also Kapitalismus, weiterhin als „Kavaliersdelikt“, so möchte man meinen, also Kapitalismus weiterhin als Kavaliersdelikt, so möchte man meinen, einwenden und damit meinen, daß die „politischen Delikte“ eben einhalteter Verfolgung durch BKA und Bundesanwaltschaft bedürfen. Nichts! Der ebenfalls per Haftbefehl gesuchte Nazi-Minister Roeder, Mitherausgeber einer Broschüre über die sogenannte „Auschwitz-Lüge“, wird am 11. Oktober 1979 in Luzern von der dortigen Polizei eindeutig identifiziert und festgenommen. Es erscheint jedoch kein sonst binnen Stunden verfügbares Team des BKA, und als endlich ein verspätetes staatsanwaltschaftliches Auslieferungsgesuchen eintrifft, hat Roeder die Schweiz bereits ungehindert verlassen.

Hier jedenfalls beweist westdeutsche Polizei Anzeichen unverkennbarer Liberalität!

Der lange Arm des Bundeskriminalamtes

Im Falle des Rudolf Raabe sieht das jedenfalls ganz anders aus. Mitte Januar 80 findet in Dublin eine großflächige Durchsuchungsaktion statt. Heimgekehrt werden Büros und Wohnungen von Mitgliedern und Anhängern der legalen Irish Republican Socialist Party (IRSP). Um welche Polizei handelt es sich, wenn man sucht eigentlich nichts, was sich auf gleiche Verhältnisse bezieht, was aber den Rudolf Raabe, weil die deutsche Bundesanwaltschaft das so wollte. Und die vermutet den Raabe, der dort nicht gefunden wird, nun einmal in der Nähe der IRSP, weil sie ihn selber, durch gezielte Presselancierung, dort untergebracht hat.

Da gegen den Rudolf Raabe, anders als im Falle Stammschneider, kaum sichere Beweise vorliegen dürften, muß man tun, was man kann, um den politisch mißliebigen zu identifizieren, den man sich als „internatio-

nen Terroristen“ erhalten möchte, weil man selber ihn aufbaute.

Da Raabe, wieder anders als bei Stammschneider, freiwillig zurückkehren will, sobald seine medizinische Versorgung gesichert ist, muß man ihm entweder zuvorkommen, oder besser noch — ihn so verschrecken, daß er von seiner Absicht abläßt.

Seit Juni letzten Jahres wird die Republik Irland von Zielfahndungskommandos des BKA auf der Suche nach Rudolf Raabe durchstreift, ob in Städten wie Dublin, ob in der Küstengegend von Bray und besonders werden Ärzte und Röntgenabteilungen von Hospitälern befragt und belästigt. Denn das BKA, das ansonsten werden Ärzte und Röntgenabteilungen von Hospitälern befragt und belästigt, ist sich der Zustände Bundesanwaltschaft, ein Herr Harms, ganz sicher, daß das nicht funktioniert, sondern daß die offenbar präparierte irische Polizei Raabe binnen Stunden in die BRD abschieben würde — Im einen Fall ist der lange Arm des BKA mächtig genug, um normale rechtliche Bestimmungen und Asylgarantien anderer Länder außer Kraft zu setzen, im anderen Fall kann man nichts tun, weil man bestehendes „Recht und Gesetz“ eben zu beachten hat.

Schließlich hat das BKA 1979 einiges unterkommen, um den seit langem ausstehenden Prozeß der Anpassung und Erfassung der irischen Polizei und Justiz im Rahmen des Modells Deutschland voranzutreiben. Unter großzügiger technischer Amtshilfe wurde ein umfangreicher Datenaustausch beschlossen, sowie die Übernahme westdeutscher Fahndungsgeräte und technischer Geräte und die Ausbildung irischer Beamter bei deutschen Spezialgruppen in München vereinbart. Dem BKA brichte dies nicht nur die langgewünschte Synchronisation und Kompatibilität zwischen irischen Behörden und irischer Technologie, sondern auch einen umfassenden Datenbestand über die republikanische Bewegung Irlands. Den Iren wurde dafür die rechtlich fragwürdige Kategorie des „german terrorist“ aufgetrieben, die etwa dann an irischen Grenzen zur unbegrenzten Verhaftung, Abschiebung, dann an irischen Grenzen zur unbegrenzten Verhaftung, Abschiebung führt, wenn nur Mitglieder der ehemaligen westdeutschen Studentenbewegung dort auftauchen. So auch der Bochumer Autor eines Buches über die „Kinder von Belfast“, der seinen Fall, mit Hilfe irischer Bürgerrechtsorganisationen, demnächst dem Straßburger Gerichtshof vorträgt.

Dort sollte bemerkt werden, daß in allen Fällen die irischen Behörden völlig hilflos sind und nicht erklären können, warum sie fahnden oder ausweisen, sondern sich stets auf Wünsche und Anweisungen der westdeutschen Behörden berufen, die dem souveränen über die intimsten Bedingungen und Handlungsweisen anderer Länder bestimmen.

Wie das Bundeskriminalamt den Rudolf Raabe als Carlos II entdeckt

I. Akt  
Rudolf Raabe lebt und studiert in Bochum. Er ist Linker und arbeitet mit in einem politischen Buchladen, besucht Veranstaltungen an der Uni und betreibt sich vornehmlich an antirassistischen Gruppen.

Er lernt Leute kennen und bezieht nach einiger Zeit wie viele andere außer ihm nach Frankfurt überzuwechseln in eine Stadt, die von manchem für das Zentrum umwälzender Ideen gehalten wird. Schließlich verläßt er, 27 Jahre alt, nach kurzem Aufenthalt Frankfurt, um aus wesentlich privaten Gründen nach Mainz zu gehen, sucht Anschluss dort und fängt Cola aus. Er will später hier sein Studium fortsetzen. Es fehlt ihm an Geld.

Sein Pech ist er hat in Frankfurt andere Ex-Bochumer getroffen, die es hier bekanntlich zu Dutzenden gibt, nur, daß einige von ihnen zwischenzeitlich als angebliche Mitglieder der

„Revolutionären Zellen“ (RZ) verlegt werden.

II. Akt

Rudolf Raabe erfährt davon aus den Zeitungen. Er ist besorgt. Der andere wegen, seiner selbst wegen. Man weiß schließlich, was aus solchen Sachen werden kann. Die bekannten Fälle von Kontaktschuld können dreistellig ausgedrückt werden. Rudolf Raabe beschließt, sich mit einigen Freunden zu besprechen, er will nicht voreilig sein und keinen Fehler begehen. Er verschwindet nicht! Fahrt weiter Cola aus und konsultiert Ärzte, denn er ist seit langem ein nierenkranker Mensch. Er denkt an eine riskante und langwierige Operation, die er zu verschieben sucht. Hinzu kommt, daß einer seiner Lendenwirbel zerstört ist, weswegen er unter akuten Bewegungsschwierigkeiten leidet. Eine „terroristische Perspektive“ steht ihm von daher objektiv kaum zur Verfügung!

Raabe merkt bald, daß er von morgens bis abends observiert wird. Das BKA begleitet ihn beim Colatransport, beim Einkaufen, bei der Müllentfernung, beim Treffen mit Freunden. Kein Wunder, daß Raabe der an Paranoia nicht mehr glauben mag, selber konspiratives Verhalten entwickelt. Rudolf beschließt endlich, vorübergehend ins Ausland zu fahren, nach Irland. Ein längeres Fernbleiben, ein Verschwinden gar, kann ihm nicht verschweben. Er weiß gut genug, daß seine progressive Nierenkrankheit ihn zur Behandlung bei einigen wenigen Spezialisten in entsprechend eingerichteten Kliniken zwingt. Im Ausland wäre das unnötig, nicht nur der immensen Kosten wegen, sondern seine Nieren sind im schlimmsten Sinne überfordert, nämlich in medizinische Fachliteratur eingegangen röntgenmäßig exakt beschrieben und erfaßt, und somit wäre er überall besser identifizierbar als selbst mittels einschlägiger daktyloskopischer Methoden.

Im Befund einer Mainzer Arztvorstellung sagt dazu „Zystennummern beiderseits (am Nierenkapsel) Wucherungen“, rez. schwere Harnwegsinfekte“. Die Krankheit wird als „erblich“ beschrieben, als „eine sehr schwerwiegende Störung, die rasch z.B. bei dauernd unbehandelten Infekten zu einem Funktionsausfall der Nieren führen und somit akut lebensbedrohlich sein kann.“ Rudolf's Schwester ist ebenfalls an Zystennummern und mußte operiert werden.

Derart unter Druck, erfährt Rudolf die alltägliche Observation als „totalen Überwachungsapparat“, daß die alltägliche Observation als zusätzliche schwere seelische Belastung Observationen, die teilweise derart dreist und offen durchgeführt werden, daß sein Fortgang offensichtlich provoziert werden soll. Später weiß die Bundesanwaltschaft, im „Spiegel“, dazu zu sagen, daß es eben der Sinn des abgeübten „Fahndungsdrucks“ (einer rechtlichen Grauzonenkategorie) sei, die davon

betroffenen Personen ins Ausland zu drängen!

Nach längerem Überlegen beschließt Rudolf die Fahrt nach Irland. Will aber zuvor noch seine Familie sprechen, diese mindestens Benachrichtigen, damit niemand sich Sorgen macht. Da erfährt er schon am Telefon von seiner Schwägerin im ersten Satz, das BKA habe bereits zugeschlagen. Er hängt verwirrt den Hörer auf und verschwindet in Pank-Hall über Kopf!

III. Akt

Rudolf Raabe reist ordnungsgemäß nach Irland ein. Füllt die obligatorische Immigration Card aus, bewegt sich offen und lebt bei Freunden, die er anlässlich einer Irlandveranstaltung in Bochum kennenlernte, die damals bei ihm wohnten.

Zwischenzeitlich dürfte er erfahren haben, daß seine Mainzer Wohnung durchsucht wurde, ohne daß dort — was Raabe allerdings nicht erfährt — irgendwelche ihn belastenden Spuren gefunden wurden. Er vermutet wohl, daß man es ernst mit ihm meint und denkt, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt und geht daran, auf amateurhafte Weise Identitätspapiere zu verfälschen, was aus vorliegenden Zeitungsberichten geschlossen werden kann.

Anfang Mai 79 wird Rudolf Raabe in Dublin beim Verlassen einer Gaststätte verhaftet. Ein Kontakt mit dem BKA wird sofort aufgenommen. Das Ergebnis ist negativ! Es gibt keinen Haftbefehl gegen Rudolf Raabe, der folglich am nächsten Tag ohne Auflage entlassen wird. Er muß aufgeatmet haben und denkt nun gewiß an die baldige Rückkehr nach Deutschland. Da taucht plötzlich — einige Zeit darauf — ein Haftbefehl auf die Entlassung Raabes wird zur „Fahndungsphase“ erklärt. An deren Harmlosigkeit und Zufallsbedingtheit niemand geringeres als der britische Nordlandminister Atkins öffentlich zweifelt. Er verlangt von Dublin und Karlsruhe eine sofortige Begründung in der Art eines diplomatischen Donnerschlags.

In der Folge weht sich der kranke Raabe, der sich gegen nichts wehren kann, zu einem Carlos II aufgebaut.

So ein verspäteter Haftbefehl, der erst gar nicht existierte, sondern der in den Köpfen fahndungssüchtiger Pözzler entstand, braucht allerdings eine deutliche Grundlage.

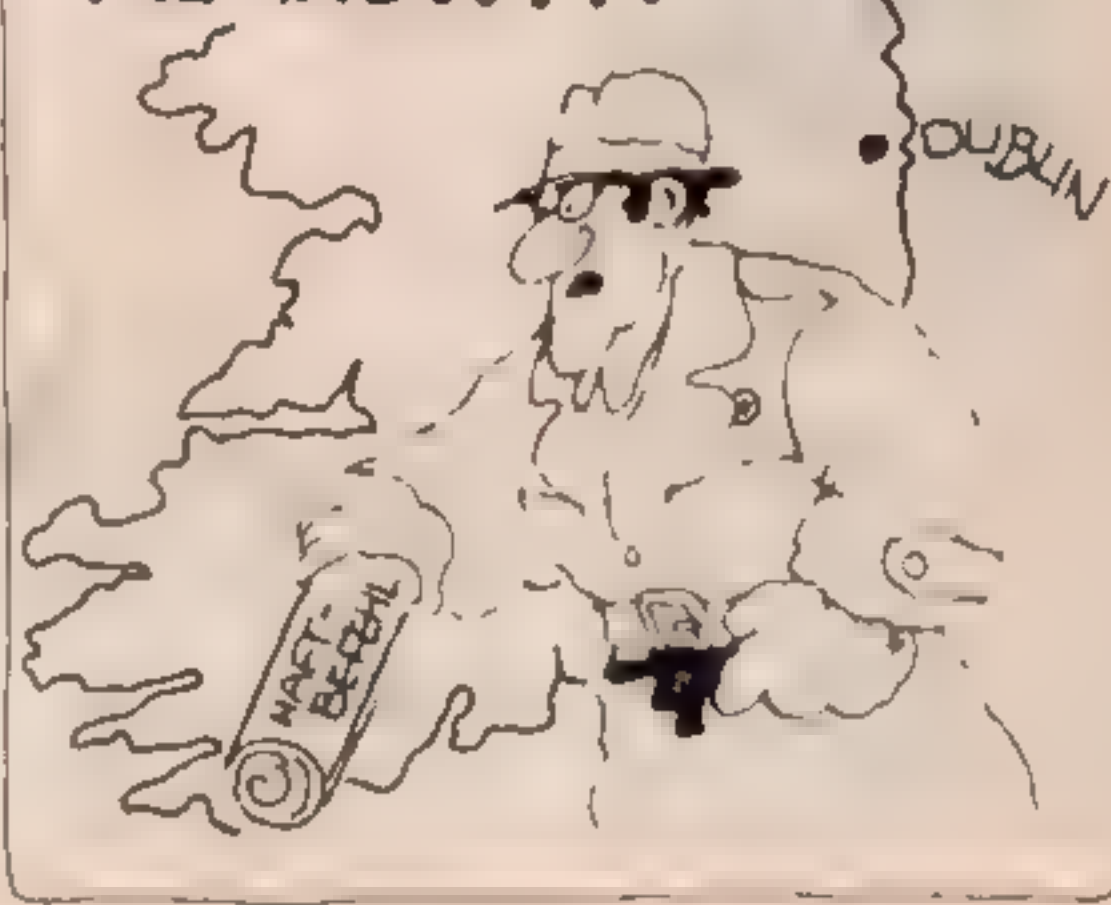
Die schafft man hierzulande spielend dadurch, daß man an eine offenbar willige Presse vieldenkbare Spielmaterial lanciert.

Das Material lautet:

„Bild am Sonntag“ (2.9.79) warb (vom wem?), daß der schmerzgeplagte Raabe zu Beginn des Jahres 79 in Wiesbaden in der Taunusstraße gewesen sei, um dort „mit norddeutschen Terroristen“ nicht nur den Anschluss auf Lord Mountbatten vorzubereiten (was die Iren bekanntlich selber nicht

Fortsetzung nächste Seite

# DER LANGE ARM DES BKA REICHT BIS NACH IRLAND.....





können, sondern was unbedingt in Wiesbaden zu arrangieren ist), von Jern um nebenbei auch noch den Warrenpoint Anschlag der IRA durchzusetzen, der 18 britischen Soldaten das Leben kostete.

Für den „Spiegel“ (20.8.79), der sich bis heute weigert, Raabes schriftliche Dementis abzuordnen, war gleichseitig ganz klar, daß Raabe nicht nur die IRA eigens anrufen muß, sondern zusätzlich die INLA, eine bewaffnete Formation der IRSP. Was wiederum zu dem (von wem lancierten?) Verdacht führt, daß nun ermüdete Raabe sei auch beim Bombenanschlag auf den britischen Konservativen Airey Neave zugegen gewesen. Bekanntlich erfährt man auch der Rudolf Raabe habe per Brandsatz in Mainz das Wolkenmeer des dortigen Sozialdemokraten demoliert.

Und last not least weiß die „Bildzeitung“ (21.9.79) eindrucksvoll darzustellen, daß Rudolf und die INLA feste dabei seien, die Einführung des Puptes in Irland vorzubereiten, während der „Spiegel“ als eine verurteilte Publikation lediglich andeutet, daß auch das Haag Attentat in Richtung Raabe weist.

S p i e g e l bittet die Karlsruher Bundesanwaltschaft, die offenbar nicht damit rechnet, daß Raabe sich zu Wort meldet, dessen Anwalt, er möge seinem Mandanten doch mitteilen, daß man „diese internationalen Dinge“ so ernst nicht nehmen.

Zunächst aber – und darum ging es nach der „Fahndungsphase“ – waren darauf die „konkreten Verdachtsmomente“ überzeugend geschaffen, und die Bundesanwaltschaft kann nun daran gehen, den Raabe zur „Zielperson bei der Vorrangfahndung“ zu erklären, jenen den man in Mainz lange genug hatte verhaften können und den man auch in Dublin erstmalig laufen ließ.

Wurde Rudolf Raabe nun verhaftet, so war sichergestellt, daß man in jedem Fall einen „hochkarigen internationalen Terroristen“ ausfindig gemacht hätte, was dem BKA einen bedeutenden Fahndungserfolg einbrachte. Den „Täter“ hätte man auf die „Tat“ könnte man sich dann einigen. So findet man jedenfalls die Osterleier, die man zuvor selber versteckt hat!

Die Rechnung des BKA's könnte gelaufen haben: wir haben gegen einen so gut wie nichts in der Hand nicht einmal einen Haftbefehl, aber wenn wir diesen zu einem neuen Carlos aufbauen, dem wir so ziemlich alles anhängen, was in Europa „politisch passiert ist, der sich hoffentlich gegen nichts wehren wird oder kann dann sind wir am Ende unseres Erfolges sicher, denn wir wissen ja genau, der Mann ist schwerkrank – und muß am Ende zurück!

Doch Rudolf Raabe meldet sich sofort! In Erklärungen an die ihn beschuldigende Presse, die ihn natürlich nicht abdruckt, dementiert er entschieden jegliche Beteiligung an den ephemeren Vorwürfen – er hat nichts mit der IRA oder der INLA zu tun, war zur Zeit des Neave Attentates mit der IRA oder der INLA zu tun war zur Zeit des Neave Attentates bittlerweise, erfährt vom Tod des Lord Mountbatten aus der Presse und weiß auch von General Haigs Liebenissen gar nichts.

## Wie das BKA sich den frischgeschöpften Carlos zu erhalten sucht

### IV. Akt

Rudolf Raabe beauftragt einen Frankfurter Anwalt mit seiner Sache und erklärt unmißverständlich seine Bereitschaft zur freiwilligen Rückkehr, nimmt ein Gerichtsverfahren gegen sich in Kauf – Die unmittelbare Reaktion der Bundesanwaltschaft – die so offenbar nicht gespielt wissen will – ist höchst bemerkenswert: Raabes Anwalt wird vom zuständigen Bundesanwalt Harms mitgeteilt, daß nun zunächst einmal mit erhöhter „Fahndungsintensität“ zu rechnen sei, was sofort auch gegenüber jenen praktiziert wird, die Rudolf in der BRD helfen wollten.

Beiläufig wird Raabes Anwalt in vager Form mitgeteilt, man könne seinen Mandanten evtl. auch noch von München 72 (Olympus) bis hin zu OPEC belasten, der möglicherweise ein „Radelführer“ sei und Autor diverser bombenlegerischer Schriften. Diese, wie Raabe dazu schreibt, „nicht wahrhaftige“ Aufzählung sei nur offenbar als gigantisch eingetragener Energie, wird jeweils in der art vager Form vorgetragen, daß man darin nur einen Akt der gezielten Abschreckung gegen eine freiwillige Rückkehr Raabes sehen kann.

Man muß sich vorstellen, eine Behörde wie das BKA, die von sich behauptet, mit einem gewissen Raffinement zu arbeiten, behält solche Vorwürfe nicht für sich, um den Inquisiten erst dann zu konfrontieren,



Rudolf Raabe auf einem Fahndungsfoto des BKA (Stern 3/80)

ren, wenn er freiwillig auftaucht, sondern teilt dem Willigen vorab mit, daß es, wenn er nur erscheint, ihm schrecklich ergeht. Man kann diesen Akt der Abschreckung wohl als Initiative zur Arbeitsplatzsicherung der betreffenden Behörde interpretieren. Tatsächlich existiert gegen Rudolf Raabe ein simpler Haftbefehl wegen des „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“, der offenbar mit solchem Inhalt auf Raabes vermutete Illegalitätsbereitschaft so wenig positiven Einfluß hatte, daß er bereit war, sich diesem Vorwurf zu stellen. Und was zu verhindern war, was im übrigen die Vermutung nahelegt, daß ein zu frühes Erscheinen Raabes den Vorwürfen von Mountbatten bis Haig et al. ein zu schnelles Ende bereitet hätte.

Der im Haftbefehl erhobene Vorwurf gegen Raabe basiert – die Bundesanwaltschaft gesteht dies zu – einzig auf der „Aussage“ des Heidelberger Hermann Feilung. Feilung wurde durch eine vorzeitig explodierte Bombe lebensgefährlich verletzt. Er ist blind und seine beiden Beine mußten amputiert werden. Unmittelbar nach der Operation befand sich der vollkommen wahrnehmungsunfähige Feilung für Wochen und Monate ohne freigesprochenen Anwalt und ohne Besuch. Dafür war er in seiner hilflosen Lage am Krankenbett von den Humanisten des BKA umgeben, die er als Polizisten wahrscheinlich nicht einmal zu identifizieren vermochte. Durch seine Amputation in elende Lage und von Schmerzen gepeinigt, durch seine Blindheit furchtbar traumatisiert, in strikter Isolation gehalten, durch wirkungsstarke Psychopharmaka und Medikamente gegen den Schmerz außerhalb starker Psychopharmaka und Medikamente gegen den Schmerz außerhalb jeder normalen Aussagefähigkeit gebracht, entstand im Rahmen einer intensiven „Pflege“ durch das BKA eine insgesamt 1300 Seiten umfassende „Aussage“, deren Systematik und Chronologie nicht einmal ein Gevatter derart präzis hätte produzieren können.

Abgesehen davon, daß der so schlimm getroffene Herr von Feilung heute klaren Bewußtseins erkräft, den Rudolf Raabe weder je gesehen noch gekannt zu haben, hat er ihn auch in seinen angeblichen „Ausagen“ nie mal belastet.

In dieser „Aussage“ ist lediglich die Rede davon, daß Feilung aus zweiter Hand erfahren habe, daß zu einem unbestimmten Zeitpunkt ein namentlich unbekannter und auch sonst nicht beschreibbarer Mann von Frankfurt nach Mainz gegangen sei, um sich dort an einer „Revolutionären Zelle“ zu beteiligen.

Und ob selbst dieser dürftige Hinweis auf einen Unbekannten, der allein aus dem Horenagen entstanden ist, so stehen bleibt, dürfte fraglich sein, da bei dem bevorstehenden Prozeß gegen Feilung gewiß gütlichlicher zu prüfen sein wird, inwieweit dieser überhaupt aussagefähig war.

Es aber ist die ganze Substanz, welche die Bundesanwaltschaft gegen Rudolf Raabe vorzubringen hat, die einzige schütterte „Evidenz“, die seine Verfolgung, seinen kunstvollen Aufbau, seine Illegalisierung bis heute begründet. Einschließlich der nicht zu vergebenden Erschütterung, die seine Familie getroffen hat.

## Wie es dem Rudolf Raabe nun ergeht

krankheit wegen ans Bett gefesselt. In den letzten zwei Wochen bildeten sich in seinen Beinen lauter Wasserödeme, waren seine Füße derart geschwollen, daß er keine Schuhe mehr tragen konnte und nun fast bewegungsunfähig ist. Auch für einen medizinischen Laien ist unschwer zu erkennen, daß die normale Ausscheidungsfunktion der Nieren drastisch reduziert sein muß, sodaß sich Wasser in den Extremitäten staut. Die unabänderliche Folge dürften zusätzliche Harnwegsinfekte sein sowie eine Erhöhung des Blutdrucks und eine Blutvergiftung. Das sichere Ergebnis ist tödliches Nierenversagen. RUDOLF RAABE SCHWELBT AB JETZT IN LEBENSGEFAHR! Nur durch die Einnahme von Breitbandantibiotika kann ein solches Schicksal vorgebeugt werden, und auch das nur, wenn die Bakterien sich nicht als resistent erweisen.

Rudolf mußte daher schleunigst ohne jeden Verzug in einer urologischen Klinik behandelt werden. Zur selben Zeit aber seine ersten Ödeme feststellte, zu Weihnachten schrieb er eine Karte an seine Eltern: „Macht euch keine Sorgen, mir geht's ganz gut!“ Diese Mitteilung an die ersten Verwandten ist die Grundlage einer wohl kaum hippokratischen, dafür aber zirkulären Ferndiagnose der Bundesanwaltschaft: „Was wollen Sie denn, der schreibt doch, daß es ihm gut geht!“

Rudolf Raabe möchte sich einer solchen – vom BKA organisierten – Medizin nicht überlassen. Er sucht eine tiefe menschliche Entwürdigung, fürchtet Zwang und Drohung zusätzlich zu seiner Krankheit. Er kann sich gewiß auf ein Katharina Hammerich erinnern, die sich freiwillig in Begleitung von Schulsteltte die dann an Krebs elend umkam, der zu spät und nicht ausreichend behandelt wurde, an Siegfried Hauser, dem schwedische Ärzte Transportunfähigkeit attestierten und der nach dem Transport prompt auch starb, an Holger Weiss, an Werner Hoppe, an Herbert Soffel, und an die Behandlung, die jenem Hermann Feilung zuteil wurde, der ihn angelich belastet haben soll.

Die einzige Forderung Rudolfs, der nach wie vor zur sofortigen Rückkehr bereit ist, zielt auf eine freiwillige medizinische Versorgung in einer entsprechenden Einrichtung und die damit verbundene kurzfristige Außervollziehung (nicht Aufhebung!) des Haftbefehls.

Diese minimale Forderung wäre ohne jede „Großzügigkeit“, nämlich im Rahmen der wohl noch geltenden StPO (Strafprozeßordnung), erfüllbar, da Raabe freiwillig zurück kommt, kann Fluchtgefahr ausgeschlossen werden, und er nicht fliehen kann, da er krank ist. Verurteilungsgelahr ist ebenfalls nicht gegeben, da auch die Bundesanwaltschaft davon ausgeht, daß er krank ist, und er Freunden in der BRD hat, die er es etwas zu „verdunkeln“ dies längst besorgt haben könnten.

Derart verlangt Rudolf keinen außergewöhnlichen Bonus, sondern er strapaziert eine antworten ebenso häufige wie selbstverständliche rechtliche Möglichkeit. Die aber wird ihm von dem Bundesanwalt Harms nach drücklich verweigert.

## Aus einem Brief Rudolf Raabes

„Die Bundesanwaltschaft will von mir nichts hören über eine vermutete Beteiligung an tausendundneinzigem Anschlag, sie weiß selber am besten, daß ich daran nie beteiligt war. Sie benutzt diese informell geäußerten Anschuldigungen, um von mir Aussagen über Personen, über Gruppen, über meine politische Tätigkeit zu erhalten, die angeblich zur „Entlastung“ der oben genannten Vorwürfe dienen können und erst dann ist sie bereit, über meine medizinische Versorgung „nachzudenken“. Die eigentlichen Anschuldigungen werden somit letztlich zur Nebensache weiß – wie sie weiß – es um sie nicht gehen kann.“

Nach all diesen von der Bundesanwaltschaft aufgestellten Behauptungen, im Anbetracht des Preises, den sie von mir verlangt, den ich weder erfüllen will noch kann, und den gemachten Erfahrungen, wie deutsche Behörden mit Genossen umgehen, die krank sind, wäre es wohl eher ratsam, sich den Gedanken aus dem Kopf zu schlagen, in die BRD zurückkehren zu können. Das Problem – und das weiß die Bundesanwaltschaft sehr genau und versucht es in expressischer Weise auszunutzen – liegt aber darin, daß mir wegen meiner Krankheit wahrscheinlich früher oder später nichts anderes übrig bleibt.“

In meinem konkreten Fall weiß sie, daß ich früher oder später zurückkommen muß. Sie weiß ebenso, daß bei den Anschuldigungen normalerweise keiner zurückkommen kann, der die Verhältnisse in der BRD kennt, versucht er nicht, sich Vergünstigungen zu erkaufen. Die Anschuldigungen dienen in diesem Fall nur dazu, das Zurückkommen so lange hinauszuzögern, bis ich „auf Händen und Füßen angekröchen komme“. Sie somit erstmal das leidige Problem der Haftverrechnung und die Frage der medizinischen Versorgung umgehen hat, gleichzeitig einen „großen Fang“ feiern kann und sich aus der dann entstandenen Situation erhofft, einen leichten Erfolg beim Zerbrechen der politischen Identität zu haben. (...)

Abhängig ist meine Rückkehr – wie schon im Brief an den „Pflasterstrand“ mitgeteilt – einzig von der garantierten Öffentlichkeit in der BRD und nicht – wie von der Bundesanwaltschaft gewünscht – von sogenannten „deals“.

Ist diese Öffentlichkeit entsprechend hergestellt, d.h. ist neben einer Verteidigung gegen die Anschuldigungen eine angemessene ärztliche Behandlung durch öffentlichen Druck garantiert, steht der Rückkehr nichts im Wege.“

gez. Rudolf Raabe

Wie weiter?

Bundesinnenminister Baum hat unter dem extremen Druck der

prestigebedrohten Bundesanwaltschaft Rudolf Raabes Forderungen (zunächst?) zurückgewiesen.

Dies zu einem Zeitpunkt, wo Rudolf gesundheitliche Lage sich gravierend verschlechtert hat. In einem Moment, wo an die 10.000 Protestbriefe im Ministerium eintrafen. Wo der Stern auch in Irland von unseren Berichtern zu Rudolf's Lage überreicht. In einer Situation, wo führende Beamte sowohl im Innenministerium als im BKA die Vorwürfe gegen Raabe als „unseriös“ erklären und davon reden, daß der Staatsanwalt „ist gebaut“, habe, der den Haftbefehl gegen Rudolf zum menschenscheitern („Stern“, 20.1.80).

Die Bundesanwaltschaft – oberster exekutiver Vollstrecker des Modells Deutschland – will von seinem wohlpraktisierten Opfer nicht ablassen. Es geht nicht mehr um Rudolf Raabe, sondern um Kompetenz und Machtvollkommenheit von Behörden.

Das kann nicht hingenommen werden. Rudolf Raabe darf nicht sterben. Rudolf Raabe soll unter menschenwürdigen Bedingungen zurückkommen und mit uns leben.

Dafür werden wir weiter kämpfen. Und Rudolf Raabe benötigt in seiner ständig lebensbedrohlichen Lage das ganze Engagement von allen von uns daraus muß werden ein unüberhöbbarer und vielfältiger Protest als breite Kampagne einer demokratischen Bewegung, an deren Forderungen letztlich auch ein Minister unbeachtet nicht vorbeikommen darf. Wir wachsen dem Rudolf, der nur auf uns hofft. Tüten von Proteste graminen, öffentliche Aufmerksamkeit, streikende Schriftsteller und Prominente in Bonner Vorzimmern Hungerstreiks draußen davor Plakate, Dokumentationen Aufkleber und Unterschriftenlisten, die Dokumentation jetzt auch in englisch, halten wir bereit.

Wir suchen Prominente, die sich nicht scheuen, für Rudolf Raabe eine soziale Burgschaft (wie bei Astrid Troll) zu übernehmen. Wir suchen einen Job für Rudolf Raabe. Um der Bundesanwaltschaft die Aufrechterhaltung des Haftbefehls so schwer wie möglich zu machen.

Wir bitten alle, Ihre Kontakte zu Publikationen, Gewerkschaften, Organisationen und Abgeordneten für Rudolf einzusetzen.

Wir brauchen ganz dringend Geld! Leider sehr viel für die Fortsetzung der teuren Kampagne, für Anwalte, für Rudolfs Versorgung, für seine medizinische Behandlung, für eine geplante Rundschau, für Gutachter.

Kontaktadresse:  
Initiativgruppe Rudolf Raabe  
c/o Cornelia Branscheidt  
6370 Oberursel 5  
Postfach 35  
Tel. 06171/73212  
Spenden:  
Postcheck Ffm. 1990 61  
C Branscheidt

## Für eine freigeordnete medizinische

## Für eine freigeordnete medizinische Behandlung und Ausservollzugsetzung des Haftbefehls

Bernadette Devlin – Peter Chotjewitz – Andreus Buro – Klaus Vack – Arbeitsgemeinschaft Sozialistisches Büro – Erich Fried – H.M. Enzenberger – Jürgen Roth – John McGuffin – Karl Heinz Roth – Claus Peymann – J.P. Faye – Hans Werner Henze – Trikont – F.K. Wachter – Aste Um Film – P.P. Zahl – RA Bernd Koch – Perikles Korowos – Henning Rudolf – Prof. E. Lucas – Klaus Thewissen – Prof. Flechtner – Ingeborg Drewitz – Jugendzentrum Bockenheim – Ludwig Fels – Autorenenverlag – Volker Schlöndorff – Luise Rainer – Alexander Schubert – Angela Töpfer – Waldemar Grütz – Eberhard Delius – Zo Frankfurter Ärzte – Niels Kadetzke – Uta Ruge – Ingrid Kassunke – Manfred Neber – Marius Janz – Prof. Richter – Henner Voss – H.P. Piwitt – Christiane Klose – Beate Lokalisierung – Jungdemokraten Baden-Württemberg – OGB Kremgundenschau Pforzheim – Prof. Gerhard Buch – Ensemble Schauspielhaus Bochum – RA Gisela Fredwiking – Insidw, Kulturzeitschrift – Dirk Fluke – Ulrich Austel – Anwaltskollektiv Berlin – Rothuch Kollektiv – Prof. Dr. Georg von Rauch – Hilde Zahl – Sarah Kersch – RA Henning Pahn – RA Ingeborg Eisels – RA Joachim Rollhäuser – RA Lotta Wiethoff – RA Klaus Peter Meier – Dr. Dieter Dahm (Larryn) – DKP Ortsgruppe Olpe – Dario Fo – Frances Rama – Paddy O'Looney – Brigitte Heinrich – Jugendzentrum „Komm“, Nürnberg – Werner Schlegel – 4 Ärzte aus Wien – Jan van de Loo – Alma Biler – Dr. med. H. Becker – Prof. Buckner – F.C. Delius – Hubert Fichte – Henning Vanske – Michael Schneider – Peter Schneider – Günther Welker – Ruarai O'Shaughnessy – RADIKAL, Berlin – AGAV – Autoren – Jean Paul Satre – Gunnar Myrdal – Dr. Peter Stein – Peter Lilienthal – 5 Alternativzeitungen – Peter Weiss – Club Voltaire – Prof. G. Schneider – Thomas Muntzer – Alton Kospaui – Biene Moya und sehr viele andere.

Weitere Unterschriften bitte an die Kontaktadresse: Initiativgruppe Raabe – c/o Cornelia Branscheidt, 6370 Oberursel 5, PF 35

Die Arbeiterkampf Redaktion schließt sich den Forderungen der Initiativgruppe selbstverständlich an.



## Böser Brief an Borvin Wulf

Ich habe mich über Deinen Artikel zur Magna Charta für alle Inhaftierten sehr geärgert, denn aus ihm spricht ein super echtes, arrogantes Bewußtsein für Dich und die „sozialen Leistungen“ offensichtlich keine Mundzuspinner, mehr noch, Du hast es wohl für „Abschluß“ oder so was über wie wohl dürfen solche Passagen in Deinem Artikel verstanden werden.

„Gefangenen an den nicht zu trennen Interessen der absoluten Mehrheit der „normalen“ (Unterschieds)Gefangenen nämlich ihre eigene gewöhnliche kriminelle Identität bzw. das ihnen vorgeworfene Faktum sowohl im Laizismus als auch vor Gericht spüren abstrahierend möglich zu leugnen, d.h. sich anzupassen, mitzuspielen, sich vollzogen und prozeßkonform zu verhalten, zu kollaborieren oder um Gnade zu betteln und gemäß diesen Interessen auch Disziplin bzw. Wahlvereinfacher zu instrumentalisieren, geschah geschieht im Zusammenhang politischer Gefangener noch bekanntlich regelmäßig qualitativ etwas völlig anderes, dem das gegenüber ist.“

Du sagst bei Dir im Text, daß die „sozialen Gefangenen sich zu (1) Taktiken und (2) dem Prozeß als Tribunal nutzen. Also mit anderen Worten: das Interesse der meisten „sozialen Gefangenen“ ist es

- zu kollaborieren
- um Gnade zu betteln
- eine ganz gewöhnliche kriminelle Identität zu leugnen“ (was nicht, Du eigentlich mit „ganz gewöhnliche kriminelle Identität“ wenn nicht, daß vorange Gefangene eben von Grund auf schlecht sind?) Das hatte auch gerade ein Springer Blatt nicht besser schreiben können als Du, das ist aber die Dankbarkeit.

Das setzt sich fort in dem barten Entropf, was die Gefangenen den Du zusammenfassen, um zu beweisen, daß es für einen gewissen Kampf mit ihnen keine Basis gibt. Der Entropf reicht von Faschisten, Rassen, Mördern über Zuhälter bis zu Raubkittledern und Kaskadisten und agent provocateurs, die alle eins gemeinsam haben: Ihren Grund auf schlechten Charakter. Zur Verdeutlichung ein Zitat aus Deinem Entropf: „Du fragst Dich, was politische mit sozialen Gefangenen gemeinsam haben,

„die — en gras und en detail — „draußens“ Raubkittledern waren und die es hier im Ansat — qua Überzeugung (!) — nach wie vor sind, und die dafür (mit)verantwortlich sind, daß zahlreiche Mitgefänger hier nicht nur suchtsuchung werden, sondern daß es — im Ergebnis der Suchtsuchung — hier bereits zu den wirtschaftlichen Exzessen, Verletzungen usw. gekommen ist.“

Borvin, hast Du Dich mal gefragt, warum Menschen Raubkittledern? In der Regel doch wohl, weil sie selbst abhängig sind und die nötige Kraft für ihren Stoff brauchen. Und hast Du Dich mal gefragt, warum Menschen drogenabhängig werden? Wohl kommt Stattdessen runderst Du das Bild vom oblen Charakter des sozialen Gefangenen wie in jedem Beispiel so auch hier ab. Er ist eben Raubkittledern „qua Überzeugung (!)“. Was auch immer Du damit genau meinst, Quatsch ist es auf alle Fälle. Aber so wie in diesem Beispiel läuft Deine ganze Beschreibung sozialer Gefangener ab. Allein über die Auswahl der Gefangenen, die Du überhaupt für erwachsenwert hältst, zeichnest Du schon ein Bild von „Abschluß der Menschheit“. Das spricht Du zwar nicht aus, aber wie sonst kommst Du zu folgender Schlußfolgerung: Du hast „zum mindesten großes Verständnis für den Wunsch politischer Gefangener, in interaktionsfähigen Gruppen unter sich bleiben zu wollen.“

Viel mehr als das, auch wenn ich Schögen: „Therapieform der Delinquenz“ (Ak. 174) lesen, wo viel Kauges zur Funktion von Knästen und Knästen für diese Gesellschaft drin steht. Denn kommt Du zu „schlechten“, woher in der Regel die Knästen kommen aus „einer Welt der Sonder-schulen, Erziehungsheime, Ausbreiterheime, der Markushen Viertel, Berufskritikpraxis, 3 Zimmer Wohnkittledern (genormt, wie die spätere Knästzelle), Obdachlosenquartiere, Wohnheime (...)“. Nicht aus den Bußtag zersetzten Wohnungsgemeinschaften mit — früher zumindest noch Studienplatzgarantie. Und? Keine Menschen der Welt?“

Also, nicht wie bei Dir der Kriminelle mit dem schlechten Charakter, sondern die Knäste sind für die Menschen aus der untersten sozialen Schicht gebaut, deren Lebensweg

schon von der Stunde ihrer Geburt so gut wie vorgezeichnet ist durch die Bedingungen, aus denen sie kommen. Aus dem vollsten Du. Die auch noch mal klarmachen, wofür das Knästestem funktioniert. „Aus der Masse der in jeder auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaftsform existierenden Gesetzwidrigkeiten werden einige her auskristallisiert und sanktioniert“ (Schlegel, Thematisierung...). Wenn Du dazu betrachtest, daß 80 - 85 % aller „Kriminellen“ Einbrecher, Diebe und Betrüger sind, also Menschen, die kein Verbrechen begehen, gleiches aber in Kapitalismus die Ausbeutung anderer und die Bereicherung an ihren Grundlage des Systems ist, müßte doch auch bei Dir die Kategorie „kriminell“ arg ins Wanken kommen. Du kommst bei Schlegel auch noch was kluges zum Verhältnis vieler Linker zur Kriminalität nachlesen, was auch auf Dich zutrifft.

„Welch ein Treppennuß der Klassenkampf, wenn selbst Linke darauf heraufpassen, die Stigmatisierung von Menschen zumindest indirekt zu befürworten, fördern und stützen, durch eigene Versuche, nicht als Kriminelle zu gelten. Welch Trauerspiel, wenn die Unterscheidung, verbal und praktisch vollzogen, in politische und normale Gefangene den institutionalisierten Ausgrenzungsstrategien objektiv zuarbeitet. Und beides nicht nur, wie H. Ortner in „Skizzen zur Sozialstruktur“ schreibt, ungewollt.“ Die Abgrenzung geschieht bewußt, ist gewollt. „Mann will nichts mit den Kriminellen gemein haben, dunkelt sich Besseres, halt diese — das linke Kleinbürgerhum ausgefüllt mit asozialen Werturteilen — in der Tat für Abschaum, für Puck, für Pestilenz und Götterseuchens.“ (Mann gibt's nur ungerne zu, verrät sich aber wieder und wieder mit der Praxis).

Das kommt mir so vor, als wäre es extra für Dich geschrieben, Borvin! Dunkel — Nein Danke!

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß ich es bedauerlich finde, daß Du für so einen Artikel 2 1/2 der teuren Ak-Seiten zur Verfügung gestellt werden. Gute Bewertung Deines Bewußtseins wünscht

M., KB Hamburg-Eimsbüttel

## Was gibt's neues von Somoskooy?

Hamburg Somoskooy, ein Richter von internationalem Ruf, will wie der zuschlagen. In seinem 30. Prozeß gegen seine zahlreichen Kritiker tritt der vorsitzende Richter des Landgerichts Köln, Dr. de Somoskooy jetzt wieder einmal gegen Henrik M. Broder und Hermann L. Gremelitz an. Anlaß ist ein Artikel Broders in der „konkrete“ 11/78 in dem es u.a. heißt: „Der Strafantrag, den Herr de Somoskooy gegen Marianne Liemann und mich gestellt hat (in Somoskooy's 27. Prozeß gegen seine Kritiker, der Verf.) zeichnet sich durch jene Mischung aus Anmaßung und Beschränktheit aus, die man irgendwo in solcher Reinkultur findet wie unter vielen Richtern.“ Und deshalb verbietet sich jedes Mitleid mit dem Richter Dr. Victor Henry de Somoskooy. Er ist ein deutscher Richter, wie er

bei Tucholsky im Buche steht selbstgerecht, groß und unbarmherzig.

Der Prozeß, der schon im den 19. März 1980 angesetzt war, aber wegen Krankheit des Vorsitzenden, Amtsrichter Schmaltz, ausfiel, findet jetzt

am 7. Juli 1980

Interessant ist, daß das Hamburger Amtsgericht in keinem der drei bisher in Hamburg verhandelten Prozesse Somoskooy's dem Kölner Richterkollegen Recht gegeben hat. Dagegen haben in beiden Verfahren, die von Kölner Richtern geleitet wurden, zu seinen Gunsten aus, es sind schon über 20.

## Richter Graue und die Folgen ...

Ca. 140 Leute waren im Oktober letzten Jahres ins Hamburger Landgericht gekommen, um bei dem Prozeß gegen die Frauen dabei zu sein, die der „Verunglimpfung des Staates“ angeklagt waren. Sie hatten ein Jahr vorher ein Flugblatt verteilt, in dem sie die Behauptung des Staates an den RA-Mitgliedern in Stammheim anzeigten. Richter Graue jedoch wollte in einem Gerichtssaal verhandeln mit nur wenigen Sitzbänken trotz der vielen anwesenden Leute. Das Ergebnis war schließlich eine brutale Räumung durch die Bullen und die Folge davon neue Prozesse

gegen Besucher. Bereits im Februar 1980 wurde L.B. der Prozeß gemacht. Anklage: „Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung“. Urteil: 800,- DM Geldstrafe. Mit der gleichen Anklage soll jetzt W.S. der Prozeß gemacht werden.

Ort: Strafjustizgebäude Hamburg, Siebekingsplatz 3

Zeit: 6.6.1980, 13 Uhr, Saal 192

Es wäre schön, wenn auch diesmal ein größerer Raum vorrätig wäre!

IKAH

## Spendenauf Ruf

Vor zwei Monaten ist der sogenannte „Prinz Karl-Prozeß“ in Tübingen zu Ende gegangen. In ihm wurden gleichzeitig gegen den Ex-Führer der inzwischen verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann, und vier weiteren Faschisten und drei Antifaschisten verhandelt. Es ging um die Auseinandersetzungen anlässlich einer Veranstaltung mit Hoffmann, gegen die etwa 200 Personen protestierten. Die Faschisten prügelten damals mit Todschlägern, Knäpeln und anderen Schlagwerkzeugen auf die Antifaschisten ein. Mehrere Antifaschisten mußten schwer verletzt ins Krankenhaus. Während die Nazis mit vergleichsweise geringen Strafen davonkamen, wurden die Antifaschisten wegen Nötigung zu Geldstrafen zwischen 2.000 und 3.000 DM verurteilt. Dazu kommen die Prozeßkosten von mehreren 10.000 DM pro Angeklagten.

Zahlt Spenden bitte auf folgendes Konto ein:

Rechtshilfefond c/o Rainer Kohler  
Münzgasse 13, 7400 Tübingen  
Volksbank Tübingen - Konto Nr. 28 622 - 405

IKAH

... 10.000 DM pro Angeklagten

Zahlt Spenden bitte auf folgendes Konto ein:

Rechtshilfefond c/o Rainer Kohler  
Münzgasse 13, 7400 Tübingen  
Volksbank Tübingen - Konto Nr. 28 622 - 405

IKAH

## »Die Würde des Unternehmens ist unantastbar«

### Zum Prozeß Horten gegen F.C. Delius

Aufgrund von Berichten im „Stern“ schrieb F.C. Delius die „Montat auf Helmut Hortens Angst und Ende“.

lassen mit dem Ziel, Gesetze zu stehen zu bringen, die ihm nützen. Die Freiheit der Kunst rechtfertigt nicht falsche Tatsachenbehauptungen aufzustellen. Auch die Tatsache, daß Horten Ende der sechziger Jahre allen Parteien im Bundestag erhebliche Summen hatte zukommen lassen, lasse einen derartigen Schluß nicht zu.“ („FR“, 194)

preiten dient zudem die juristische Fiktion des „Durchschnittslesers“ bzw. des „verständigen Lesers“ (§ 93 StGB) als Vorwand, um je nach politischen Erfordernissen zu bestimmen, was Kunst und somit gesetzlich geschützt ist und was Tatsachenbehauptung ist und somit verboten werden kann.

## »Die Würde des Unternehmens ist unantastbar«

### Zum Prozeß Horten gegen F.C. Delius

Aufgrund von Berichten im „Stern“ schrieb F.C. Delius die „Montat auf Helmut Hortens Angst und Ende“ erstmals veröffentlicht im „Tinten-fisch“ 1972. Übernahm Delius das Gedicht für den Gedichtband „Ein Bankier auf der Flucht“, der 1975 im Rotbuch-Verlag erschien. 1979 führte Horten von seinem fiktiven Tod in Delius' Satire und klagte wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts. Hatte das Hamburger Landgericht Hortens Klage 1979 noch zurückgewiesen und „seine Entscheidung mit der im Grundgesetz garantierten Freiheit der Kunst“ („FR“, 194) begründet, so entschied das Oberlandesgericht jetzt, daß „das Rotbuch 144 'Ein Bankier auf der Flucht' nicht mehr mit den Zeilen 'schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetz, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen' verdrängt werden dürfte“ („Die Neue“, 194).

In der „Montat“ greift Delius ein Detail aus Bissingers „Stern“-Artikel vom 4.4.71 auf Hortens Trauma, von Schlagen gebissen zu werden. Erklärt den „Kaufhauskönig“ und Steuerhinterzieher in seiner Villa im Tessin an einem Schlangenbiss sterben. Der Witz: Die „böse Schlange“, die Horten „im eigenen Schweizer Haus“ beißt, erweist sich als nicht giftig. In der Satire wird die Angst Hortens zum Symptom für seine „Angst vor den zu feulen Angestellten“, vor „nichtkapitalistischen Welten“ und „vor diesen tausend Kreaturen, die nicht nach seinem Willen spüren“.

Während Horten stirbt, in diesen paar Minuten, die das Herz noch zuckt, verdient er Tausende an jeglichem Produkt, verdient er noch im Tod, verdient er in der Hölle.“

Außerdem — so die inkriminierten Zeilen — „schwitzen die von ihm bezahlten Politiker über Gesetzen, die ihm genehm sind und seine Gegner zerfetzen“.

Das Hamburger Oberlandesgericht vertritt die „Ansicht, mit den beanstandeten Zeilen werde die Persönlichkeit des Klägers verletzt. Der Durchschnittsleser müsse den Eindruck gewinnen, Horten habe Abgeordneten direkt Geld zukommen

lassen mit dem Ziel, Gesetze zu stehen zu bringen, die ihm nützen. Die Freiheit der Kunst rechtfertigt nicht falsche Tatsachenbehauptungen aufzustellen. Auch die Tatsache, daß Horten Ende der sechziger Jahre allen Parteien im Bundestag erhebliche Summen hatte zukommen lassen, lasse einen derartigen Schluß nicht zu.“ („FR“, 194)

Angesichts der Tatsache, daß Horten angestrebt hatte, die Veröffentlichung der gesamten „Montat“ zu verbieten, mag das Urteil auf den ersten Blick als relativ „liberal“ erscheinen.

Stellt allerdings die Zahlung von etwas weniger als der Hälfte der Prozeßkosten — ca. 20.000 DM — für den Rotbuchverlag und den Autor eine erhebliche Belastung dar, so dürfte die gleiche Summe für Horten ein lächerlicher Betrag sein — soll er doch allein dem BRD-Staat 450 Mio. DM an Steuern schuldig geblieben sein.

Das Urteil zielt darauf ab, bei fortschrittlichen Autoren den Mechanismus der Selbstzensur in Gang zu setzen. Die Autoren sollen „die staatlichen Repressionsmaßnahmen wenigstens probeweise gedanklich antizipieren, den Text an möglichen Straftatbeständen ... messen. Wollen sie nicht den ökonomischen Ruin (auch ihres Verlags) riskieren, werden sie vernünftigerweise die drohende Sanktion gedanklich ... vorwegnehmen.“ (Zensur in der BRD, S. 40).

Das Gerichtsurteil macht die Tendenz deutlich, wie auch auf zivilrechtlichem Weg eine fortschrittliche realistische Literatur, „die mit dokumentarischem Material Kapitalismuskritik betreibt“ (Zensur in der BRD, S. 35), verhindert werden soll.

Die staatlichen Textinterpretationen gehen dabei folgendermaßen vor: Ein Gedicht oder ein Text wird „zum Zwecke der Verurteilung in geschützte Kunst einerseits und unerlaubte Meinungsäußerung andererseits“ (Zensur in der BRD, S. 33) zerlegt. Für die auf Meinungsäußerung oder Tatsachenbehauptung reduzierte Textstelle kann dann auch nicht die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Kunst geltend gemacht werden! Den staatlichen Textinter-

preiten dient zudem die juristische Fiktion des „Durchschnittslesers“ bzw. des „verständigen Lesers“ (§ 93 StGB) als Vorwand, um je nach politischen Erfordernissen zu bestimmen, was Kunst und somit gesetzlich geschützt ist und was Tatsachenbehauptung ist und somit verboten werden kann.

Die Freiheit einer realistischen Kunst steht eben „in Konkurrenz mit anderen Freiheiten und Rechten. Auch im freiheitlichsten Staat kann es keine Belästigungsfreiheit geben.“ („FR“, 214). Schließlich darf das Ansehen und die Würde des Unternehmens im Bewußtsein des „Durchschnittslesers“ ja keinen Schaden nehmen!

Das Rotbuch „Ein Bankier auf der Flucht“ wird also in Zukunft wohl mit zwei geschwärzten Textzeilen erscheinen — ebenso übrigens wie Delius' Satire „Unsere Siemenswelt Eine Festschrift zum 125-jährigen Bestehen des Hauses S.“, die eine ganze Reihe — vom Siemens-Konzern gerichtlich erzwungener — Schwarzungen aufweist. Dies würde allerdings, so Delius, der Satire keinen Abbruch tun, der Prozeß habe die „Festschrift“ in der Öffentlichkeit erst richtig bekannt gemacht!

„Für uns“ (gemeint sind der Autor und der Rotbuchverlag), so schreibt Delius, „liegt die Niederlage in der hohen Kostenlast (knapp 37.000 DM) und dem kostenbedingten Prozeßabbruch.“ („Unsere Siemenswelt“, S. 110). Ähnlich dürfte es wohl auch im vorliegenden Fall aussehen. „Der vom Ex-Kaufhausleiter beauftragte, vom Landgericht Hamburg für zulässig erklärte, vom Oberlandesgericht wiederum beanstandete Satz ist mittlerweile so oft zitiert und somit unter Volk gebracht worden, wie F.C. Delius in einem — offenen Brief an Helmut Horten dankbar vermerkt. In der Tat zeigt sich schon daran, wie richtig die Prozeßthesen des H. Horten ist und das Gegenteil der Wirkung erzielt die Beabsichtigt ist.“ („FR“, 214).

Ein Genosse der Kultur-Kommunisten



Tamara hat es geschafft! Nach nunmehr achtjährigem Kampf um ihre Einbürgerung wurde Tamara Tschikowin vier Tage vor der Berufungsverhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg in einem kurzen Schreiben des Landesinnenministeriums aus Kiel lapidar mitgeteilt, daß ihre Einbürgerungsurkunde ihrer zuständigen Ordnungsbehörde zugesandt worden sei.

Zur Erläuterung wurde angeführt, daß sich herausgestellt habe, daß das Bundesinnenministerium in ihrem Verfahren nicht zustimmungspflichtig sei. Auf Anfrage eines Journalisten ergab sich, daß Bonn und Kiel sich gegenseitig die Verantwortung in diesem Skandal zuschieben. Denn nunmehr 8 Jahre hat sich das Innenministerium mit diversen VS „Erkenntnissen“ über Tamara „KB-Mitgliedschaft“ gegen ihre Einbürgerung gewehrt.

Der wahre Grund des jetzigen Rückziehers der Behörden wird so nur schlicht getarnt. Die breite Solidarität aus dem linken und liberalen Lager hat Tamara zu ihrem selbstverständlichen Recht verhelfen müssen. Herzlichen Glückwunsch, Tamara!



## Westberlin: Widerstand gegen den US-Imperialismus

Am 17. Mai dokumentierten aufführende und schöngesputzte Panzer der westlichen „alliierten Schutzkräfte“ mit ihrer alljährlichen Truppenparade in Westberlin anschaulich ihre Funktion.

Mehr Aufsehen erregte dann aber eine Aktion von rund 200 Menschen am berühmten Symbol des US-Imperialismus, dem Amerika-Haus. 14 von ihnen erklimmen das Dach und verbrannten u.a. die amerikanische Fahnen. Auf ihren Transparenten brachten sie ihren Protest gegen die kriegsverherrlichende Politik des US-Imperialismus, gegen die Hochalchtheitstrakte zum Ausdruck und bekundeten ihre Solidarität mit der RAF sowie der Bewegung 2. Juni. Über anderthalb Stunden hielten die Demonstranten das Dach des Amerika-Hauses besetzt, ehe es den rund 300 Bullen – unter ihnen sechs Vertreter des SEK („Sonderinsatzkommando“, vergleichbar mit der GSG-9) gelang mit einer Serie von Tränengas-

bomben und Wasser aus Feuerwehrschläuchen die Besetzung zu beenden. Anschließend kam es dann zu einer mehr als zweistündigen Auseinandersetzung zwischen rund 200 Demonstranten und rund 300 Bullen – Steine flogen und die Bullen gingen brutal gegen die Demonstranten vor. Sechs Schußwunden wurden dabei verletzt – auf der anderen Seite wurden 13 der 14 Dachbesetzer/innen – sieben Frauen und sechs Männer – verhaftet.

Gegen diese 13 wurde inzwischen Haftbefehl erlassen wegen schweren Landfriedensbruchs, unerlaubten Waffenbesitzes und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Inzwischen hat sich auch Bundesanwalt Rehmann eingeschaltet und Haftbefehl wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ (§ 129a) erlassen.

Die Reaktion der in Westberlin mächtigen Springer-Presse war entsprechend. „Terror! Blutige Schläge am Bahnhof Zoo!“ und „Größte Schläge seit den APO-Krawallen“

(„Bild“, 19.5.80) waren die großen Schlagzeilen. Und „natürlich“ handelte es sich bei dem Protest um „Terrorunterstützer“ (so Staatschutz-Chef Kittlaus in „Bild“, 19.5.) oder schlicht um „200 Sympathisanten der Terror-Organisationen Rote Armee Fraktion und Bewegung 2. Juni“ („Welt“, 19.5.). Die bürgerliche Presse zog umgehend „Parallelen“ zu den „Bremer Krawallen“ und heizte so am 19.5. stattgefundene Anti-Sträub-Demonstration entsprechend an. „Militante“ planten auch dort „Ausbreitungen“. „Bild“ kam's ganz düster: „So ähnlich fing auch die APO in den sechziger Jahren an“, läßt sie einen „Verfassungsschutzler“ zu Wort kommen (20.5.).

Wenig „alternativ“ allerdings war die Berichterstattung in der „TAZ“ (19.5.), wo dem Berichterstatter „die Szene ... fremd“ war. „Kino. Die Märtyrer auf dem Dach, mit ihrer wahnsinnigen Militanz, genauso wie die streikförmige am Bahnhof Zoo, die zwischen den bekannten Polit-Kämpfern kräftig mitlagerten“.

Ein Westberliner Genosse

## Totalverweigerer vor Gericht

Am 12. Juni steht der Totalverweigerer Horst Balzer aus Frankfurt vor dem Amtsgericht Kassel. Fahnenflucht wird ihm vorgeworfen.

Im Januar 1975, als ihm die Einberufung zur Bundeswehr angekündigt wurde, stellte er einen Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.

Am 1. April 75 wurde er eingezogen, nachdem der Prüfungsausschuß seinen Antrag abgelehnt hatte. Horst legte Berufung ein.

Nach 6 Wochen Bundeswehrdienst fand am 20. Mai 75 die Berufungsverhandlung über seine Befreiung, den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu dürfen, statt. Erneut wurde Horst abgelehnt.

Damit war der legale Versuch, den

Damit war der legale Versuch, den Kriegsdienst zu verweigern, beendet, und Horst verlor das Vertrauen in die Gerechtigkeit bundesrepublikanischer Justiz: er flüchtete ins Ausland und blieb bis Ostern 1978 in Österreich. Als er zurückkehrte, begann die Staatsanwaltschaft, den Prozeß wegen Fahnenflucht vorzubereiten, der bis jetzt wegen einem neuen KDV-Verfahren zurückgestellt wurde.

Horst hat sich, nachdem er sich wieder im Machtbereich der Bundeswehr befand, zur Totalverweigerung entschlossen: das heißt er wird in Zukunft weder Kriegsdienst noch Ersatzdienst leisten (ihm drohen noch 13 1/2 Monate, die er schon mal verweigert hat) (Flugblatt-Abdruck).

Kommt zum Prozeß am 12.6., Amtsgericht Kassel, Frankfurter Str. 9, im 1. Stock, Raum 109 um 13.30 Uhr.

Kontakt:  
Horst Balzer  
Strahlbacher Weg 24  
4000 Frankfurt/Main 70

Tel. 0611/629508  
Spendenkonto:  
Horst Balzer  
Postcheckkonto Frankfurt/Main  
Konto Nr. 1789 91 608



## Polizeistaat und Rekrutenvereidigungen

Zum vierten Male fand Mitte Mai eine öffentliche Vereidigung von 450 Rekruten in Brake statt, wie zweimal jährlich in Brangstedt die Vereidigung von 350 Wehrpflichtigen.

Obwohl lediglich in Brake während der Feier AKW-Gegner das Lied „We shall overcome“ und „Sag mir, wo die Blumen sind“ als Protest anstimmten, wurden beide Vereidigungen zu einer Demonstration des Polizeistaates.

Kapitän zur See Eberbach sprach vom „Aufbruch der Empörung“ nach den „Gewalttätigkeiten in Bremen“, „organisierte Feinde und fehlgeleitete Mitläufer“ bedrohten zunehmend mit „brutaler Gewalt“ die Freiheit im Innern.

Gegen diese „Gefahr“ waren in Brake gleich ganze Hundertschaften Polizei mit Hundestaffeln, Wasserwerfern und Transportwagen (für Verhaftete) aufgelassen. 2 Polizeihub-

schräuber waren ständig im Einsatz, sämtliche Bahnhöfe auf der Verbindung nach Brake waren mit Polizeiposten besetzt, auch die Bundeswehr hatte dafür Truppen abkommandiert.

„Zahlreiche Polizeibeamten in Zivil, Kripo, Verfassungsschutz und Militärischer Abschirmdienst ergänzten das Sicherheitsaufgebot, zu denen auch Kommandeure auf dem Dach des BBZ gehörten, die von dort aus die Menschenmenge filmten“ („Kreuzzeitung Westermarch“, 16.5.80).

„Polizeiaufgebot schreckte die Krawallmacher ab“, das war dann die Schlagzeile der Regionalpresse, damit kann man es natürlich auch begründen, daß zukünftig mehr Polizeistaat gezeigt werden soll, bzw. eine neue Generation von Demonstranten (nach den Anti-AKW-Demonstrationen) in die Archive des Verfassungsschutzes wandern soll.

## Der Götze wackelt

Unter diesem Motto findet vom 13. - 15.6.80 in Osnabrück ein gemeinsamer Kongreß der Christen gegen die Atomenergie und Atomrüstung statt. Die antimilitaristischen und Anti-AKW-Christen wollen sich dort nicht nur treffen, sondern beide Bewegungen zu einem Bündnis zusammenführen. Ein Ziel, das von der Sache her notwendig ist, kirchengeschichtlich aber ein neues Datum setzen würde.

Gruppen von Christen für die Abrüstung gibt es seit den innerkirchlichen Auseinandersetzungen um die Wiederbewaffnung der BRD, die nach dem spektakulären Rücktritt Heinemanns aus dem Adenauer-Kabinett fast zur Spaltung der Evg. Kirche geführt hätten. Nach 1950 flammte der Streit anlässlich des NATO-Beitritts und des folgenden Militärvertragsvertrages (1957) sowie anlässlich der Stationierung von Atomwaffen auf westdeutschem Boden (1958) immer wieder auf. Diese Tradition der Ostermarschierer stellt

heute eine noch kleinere Minorität dar als damals. Einer ihrer führenden Köpfe war und ist M. Niemöller. Die Bewegung steht parteipolitisch in der Nähe von DPU und DKP.

Gruppen von Christen gegen AKWs begannen sich noch den Brokdorf-Demonstrationen zu sammeln. Es gab neben vielen Aktionen wie z.B. Kirchenbesetzungen im letzten Jahr zwei bundesweite Kongresse in Hannover und Hamburg. Politisch sind die meisten im Lager der politischen und ökologischen AKW-Gegner zu suchen.

Um beide Stränge christlicher Atomgegner zusammenzuführen, wird nun zu einem Kongreß nach Osnabrück eingeladen.

Nach Vortrag und Film am Freitag sollen am Samstag folgende Arbeitsgruppen laufen:  
1. Politökonomische Analyse des Zusammenhangs von Atomrüstung und Atomenergie  
2. Geschichte des innerkirchlichen Widerstands und die Brauch-

barkheit der Theologie

3. Praktische Erfahrungen im Kampf gegen Aufrüstung, Atomwaffen und Atomkraftwerke

4. Politische Optionen und Strategien Parteien, Gewerkschaften und Parlamentarismusfrage

Meinungsverschiedenheiten, die mit der politischen Orientierung zusammenhängen, und für AG 1 schon vorhersehbar. Denn eine vorgegebene Fragestellung lautet: „Ist Atomenergie wertneutral oder erzwingt sie menschenfeindliche Strukturen?“

Die Erfolge der Bündnisbemühungen werden im erheblichem Maße davon abhängen, inwieweit es gelingt, ideologische Vorbehalte zu durchbrechen. Dafür gibt es auch unter den linken Christen bis heute allzu wenig Erfahrungen. Trotzdem läuft am Samstagabend der Film: „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen“.

## Erklärung der Hamburger Kirchenbesetzer



Wir haben in der Nacht vom 8. auf den 9.5. in der Nacht, in der Ulrike (Meinhof) vor vier Jahren von westdeutschen und US Geheimdiensten hingerichtet worden ist, den Turm der evangelischen Kirche in St. Georg (Hamburg) besetzt. Ausgerüstet mit einer 200 Watt-Lautsprecheranlage ging es uns mit der Aktion um zwei Punkte:

• Die Herstellung eines Forums der Auseinandersetzung unter allen Genossen, die nicht warten wollen, bis uns die Bomben auf den Kopf fallen und die AKWs um die Ohren fliegen, was heißt: eines Forums, das wir uns nehmen, und

• die Orientierung auf Möglichkeiten zur Herstellung von Öffentlichkeit, die über die ausgelatschten Formen der Sitzungen von Flugblättern, Veranstaltungen, Zeitungen usw. hinausgehen. Wir meinen damit einfach die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten, die sich an dem orientieren, was wir wollen, und nicht nur daran, was (noch) erlaubt ist.

Und beides ist jetzt dringender nötig als je, jetzt in dieser Situation, wo die Imperialisten sich dranmachen, alles auf eine Karte zu setzen, wo sie mit ihren Overkill-Spezialeinheiten versuchen, Öl und Macht in der Region am Persischen Golf zu sichern, wo die ökonomisch-militärisch ihre „Spielzeuge in der Hand der Amerikaner“ (der ehemalige Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee über Sadat) gegen die arabische Revolution aufrüsten, und wo sie hier im Inneren ihre ganze Propagandamaschine ausfahren, um endlich das zu ändern, was sie trotz 30 Jahren „deutsch-amerikanischer Freundschaft“ nicht geschafft haben, daß immer noch 70 % der BRD-Bevölkerung nicht dafür zu begeistern sind, sich „notfalls“ in den nächsten Krieg schicken zu lassen, und schon gar nicht für die Atomflut geheimer Infratest-Umfrage für die Bundesregierung, „Stern“ vom 30.4.80).

Wir haben diese Aktion von vornherein in den Zusammenhang des Widerstands gegen ihren Krieg gestellt. Das Widerstand, der sich mit Aktionen wie dem Angriff auf das Büro der „pan-am“ am 26.4. in Hamburg (entwickelt aus der spontan angestrichelten Demo gegen den US-Überfall auf den Iran) und der heißen Demonstration am 6.5. in Bremen gegen die in altfaschistischem Gehabe aufgelegte „25-Jahr-Feder“ Bundeswehr in der Nato, schon einen brisanten Ausdruck verschafft hat.

Wir haben ein Aufruf Flugblatt für Bremen und den Fackelaufzug in Hamburg für die Nacht vom 8. auf den 9.5. gemacht, weil wir wußten, daß der Zusammenhang des Kampfes von Ulrike, der RAF (die Angriffe auf die US-Headquarters während des Vietnamkriegs 1972) und gegen den damaligen Oberbefehlshaber der Nato für Europa, Haig, 1979, zu unserem Widerstand in Bremen in der Praxis begriffen wird. Der Staatsschutz reagierte sofort. Am 7.5. wurden in Bremen acht Hamburger Genossen festgenommen und über Zeitungen und Rundfunk etw. als „RAF-Sympathisanten“ deklariert, „die weitere Aktionen planen“. Die Einschüchterungskampagne der psychologischen Kriegsführung setzte sich in der Nacht vom 8.5. in einem Polizeiaufgebot von ungefähr 1.000 Mann fort und da muß man sagen, daß sich sehr viele Genossen davon haben so beeindruckt lassen, daß sie gleich wieder nach Hause gefahren sind. Wdh. und da muß man sagen, daß sich sehr viele Genossen davon haben so beeindruckt lassen, daß sie gleich wieder nach Hause gefahren sind. Während die „innere Sicherheit“ im Amerika-Haus wohl bis unter's Dach gestapelt war, hatten wir inzwischen das Hindernis der Kirchentür mittels einigen Brecheisen, den Turm besetzt und den Zugang verbarrikadiert. Wegen den wenigen verbliebenen Leuten und dem starken Bullenaufgebot wurde der Fackelaufzug abgesetzt und per S-Bahn vom Dammtor zum Hauptbahnhof gefahren, um vielleicht noch die Möglichkeit zu nutzen, mit möglichst vielen Genossen in den Turm zu gelangen, die Besetzung zu verbreitern. Das war nicht möglich, da die Aktion inzwischen bemerkt worden war und wir, weil längerer Warten standlos war, uns mit einem kleinen Einstimmungskonzert gemeldet hatten. Sämtliche Versuche der Bullen, die letzte Barrikade zu knacken, scheiterten.

Im Laufe der Nacht und auch des nächsten Tages stellte sich heraus, daß unter dem Eindruck der Reaktion des Staates auf die Bremer Demonstration nur wenige Genossen dazu bereit waren, sich zu der Besetzung zu verhalten, überhaupt zu der Kirche hinzukommen. Es wurde deutlich, daß in der Linken die politische Seite, die eine so selbstbewußte wie in Bremen und Hamburg aufstrebende antimilitaristische Bewegung gerade jetzt hat, noch nicht voll begriffen ist. Obgleich Umfrageergebnisse keine Lebensversicherung sind, in ihnen schimmert ein für die Herrschenden gefährlicher Loyalitätschwund durch.

Wir haben dann, nach einer Kundgebung am Nachmittag des 9.5., und nachdem uns freier Abzug zugesichert worden war, die Besetzung abgebrochen.

1) weil wir eine breitere Mobilisierung in der Linken kurzfristig nicht für möglich hielten,

2) sich die Tatsache der Besetzung und die Inhalte unserer Erklärung in den Medien, soweit es ging, durchgesetzt hatten.

Während der Kundgebung sind drei Genossen beim Verlesen unserer Erklärung für einige Stunden festgenommen worden und im weiteren Verlauf marschierten die Bullen in aufgepflustertem Gänsemarsch durch die Menge, wagten angesichts der breiten Öffentlichkeit (u. a. massiver Presse) aber keine Eskalation. Genau wie in der Nacht zuvor, stellten ihre Maßnahmen auf nichts als die Verbreitung von Angst und Verunsicherung, was mit zunehmender Dauer der Besetzung aber langsam an Wirksamkeit verlor.

Die Ermittlungen gegen uns drei hat sofort die Bundesanwaltschaft anhängen lassen und sie laufen (natürlich) wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129a).

Zu der Reaktion der Leute in St. Georg selbst ist zu sagen, daß sie dort, wo sie zu Genossen unter direkt gefährdet wurden, fast immer positiv und ermutigend („weitermachen“) war, während die Populärlistekurve der Bullen immer weiter in den Keller ging.

Wir haben mit unserer Aktion eine zentrale Parole von Bremen aufgegriffen. Krieg dem imperialistischen Krieg! und bewußt nicht BRD raus aus der Nato, weil wir meinen, daß nur die erste Parole von dem realen Begriff der Situation ausgeht, die Notwendigkeit ausdrückt, ein revolutionäres Verhältnis zu bewaffnetem Widerstand zu finden, gegen einen Gegner mit der Macht wie die US und das germanisierte Europa, der sich am umfassendsten und brutalsten in der Nato organisiert hat. Und das heißt jetzt erstmal: Eine solche Bewegung kann es sich nicht leisten, sich von den jetzt schon bewaffnet kämpfenden Widerstandsgruppen isolieren zu lassen. Genau das ist in Parolen wie „BRD raus aus der Nato“ aber schon angelegt, weil sich darin vermittelt, daß sich hier noch was „reformieren“ läßt, daß revolutionäre Politik noch nicht auf der Tagesordnung steht, weil sowas die Illusion nährt, diese US-Kolonie hier neutralisieren zu können, ohne die Macht der US-Kolonialherren überall in der Welt zu brechen.

Einfach. Weil wir nicht weiterkommen, wenn wir dem zehnten, alten perzifurtem Antimilitarismus verhaftet bleiben.

„Die Frage ist nur, was wir machen, wie wir – d.h. die Kräfte auf Seiten der Revolution in dieser Phase der Tatsache begreifen, daß der US-Imperialismus nicht aufgehört hat, der Todfeind der Menschheit zu sein“

Kommando Andreas Baader - RAF!





## Diskussion über DER SCHREI aus der Stille

Im AK 177, S. 2a war ein kurzer Hinweis auf den Film „Der Schrei aus der Stille“. Dieser Film, der exemplarisch den Weg einer vergewaltigten Frau zeigt, hat offenbar einiges an Diskussion ausgelöst. Wir veröffentlichen hier vier dazu vorliegende Beiträge.

AK Redaktion

Im letzten AK kündigte ich eine Besprechung dieses Films an.

Dabei sollte zumindest ich einen Artikel im Kopf, der, wie bei anderen Gelegenheiten auch, z.B. die Reaktion in den verschiedenen Presseorganen berücksichtigt, einen Artikel den ich auch im Namen der anderen Genossinnen der AG Frauen hätte schreiben können. Das erschien mir aber, je mehr ich über den Film nachgedacht und mit anderen Frauen darüber gesprochen habe, immer unangenehmer.

Stattdessen möchte ich lieber erzählen, wie es mir mit diesem Film gegangen ist. Zuvor ein kurzer Abriss über den Inhalt.

Suzanne, eine Krankenschwester, wird nach dem Spätdienst kurz vor Mitternacht wenige Schritte von ihrer Arbeitsstelle entfernt von einem Mann überfallen. Er wirft ihr ein Messer an die Kehle und schleppt sie in einen bereitgestellten Lieferwagen.

Während der folgenden zwei oder drei Stunden kotzt der Mann seinen ganzen Frauenhaß auf sie aus. Sie wird beschimpft, gefesselt, ihr werden die Kleider vom Leib geschnitten, sie wird heftig bespuckt, geprügelt, schließlich dringt er in sie ein. Die Frau hat keine Möglichkeit der Gegenwehr. Ihr Versuch, sich durch Schreie aus dem Lieferwagen heraus bemerkbar zu machen, wird brutal unterdrückt.

Fast die ganze Zeit winnert sie. Sie schleppt sich nach Hause, ruft ihren Freund an, bricht zusammen. Sie weint, kotzt, braucht lange, aber fängt schließlich zu kotzen. Noch in der Nacht erstattet sie Anzeige.

Den Medizinem fällt nichts Besseres ein, als Suzanne auf dem gynäkologischen Stuhl mit ausgebreiteten Beinen abzufotografieren. Der Polizist fragt ihren Freund, warum er sie nicht abgeholt habe und baut sich so vor ihr auf, als wollte er sie auch noch mal vergewaltigen. Einige Tage später ist sie äußerlich wiederhergestellt, aber sie findet nicht mehr zu sich ins Leben.

Nach zwei Monaten ist die Geduld ihres Freundes zu Ende. Unter Beibehaltung der Liebe versucht er sie wieder „richtig“ zu bumsen. Suzanne ist gezwungen, sich entscheiden zu wollen, bis er sein Vorhaben aufgibt. Dafür verläßt er aber ihren kullend die Wohnung. Suzanne kotzt wieder, versucht zu schreien, aber sie bringt keinen Ton heraus. Sie schenkt eine Freundin ein Selbstbildnis.

Es folgen drei dieser Dokumente.

tuieren kann, zu benennen. Ich habe das Gefühl, ich bin an die Frage Vergewaltigung bisher zu oberflächlich herangegangen – überhaupt war Unterdrückung, Erniedrigung angeht.

Diskussionen über die Türkei, Verunstaltung, Berichte über Brutalität, über Folter, was spricht über die weiblichen Opfer des Regimes, des häuslichen Unterdrückers? Das Karakonzert – wo finde ich die chilenischen Frauen, ihre Leiden, ihre Kämpfe?

Die Achtung der Folter ist weit verbreitet, und die der Vergewaltigung? Was macht den Unterschied aus? Ich will keinen Unterschied mehr machen.

A. AG Frauen Hamburg

Vielleicht habe ich vorher zu viele Filmgesprächen und begeisterten Urteilen anderer Frauen gehört oder gelesen und hatte deshalb meine Erwartungen zu hoch geschraubt, – jedenfalls hat mich der Film eher enttäuscht. Durch die Besprechungen war ich schon auf ein paar mögliche Kritikpunkte vorbereitet, etwa, daß im Film die Frauen nur als Opfer dargestellt würden oder daß das Ende zu resignativ sei. Diese Kritiken wurde ich allerdings nicht zeden, eine positive Wendung derart, daß Suzanne einen Karatekurs absolviert und den nächsten Vergewaltiger verurteilt wäre doch etwas platt.

Ich finde, der Film stellt die vergewaltigte Frau nicht nur als hilfloses Opfer dar, sondern als Nichts. Da ja gerade gezeigt werden soll, wie die Frau sich nicht (nur) als Körper, sondern als Person angegriffen und vernichtet fühlt, mußte die Frau auch als Person gezeigt werden. Die Veränderung, die mit Suzanne nach der Vergewaltigung geschieht, wird doch erst dadurch erfahrbar, daß man/frau weiß, wie sie vorher war.

Der Objektcharakter von Suzanne wird noch durch die Kommentare der Filmemacherinnen verstärkt:

Vergewaltigung ist eine geradezu schillernde Persönlichkeit, ein Bilderbuch Bösewicht mit differenziertem psychischem Umfeld. Zwar soll die Gerichtsszene wohl darauf aufmerksam machen, daß Vergewaltigungen in der Regel von „normalen“ Bekannten und Verwandten begangen werden. Sie prägt sich aber höchstens durch ihre Fiktionalität ein, an Anschaulichkeit ist sie eher einer Bundesanwaltschaft vergleichbar.

Auch nicht gerade typisch scheint mir die Asexualität dieser Vergewaltigung. Für mein (naives) Empfinden spielen bei der Vergewaltigung 1. A zwei Aspekte eine Rolle: einmal das Verständnis, daß Frauen der sexuellen Befriedigung des Mannes zu dienen haben (was schon Verachtung impliziert), zum anderen die körperliche Überlegenheit des Mannes, mit der er diesen Anspruch gegen den Mann durchzusetzen kann und das daraus resultierende Ohnmachtgefühl der Frau.

Leider wurde kaum darauf eingegangen, wie sich die Möglichkeit der Vergewaltigung auf das Leben von Frauen allgemein auswirkt. Die Schlussszene (in der eine lange Reihe von den typischen einsamen Ostlich keiten gezeigt wird, wo Frau sich gezwungen fühlt, sich dem Mann zu unterwerfen, obwohl sie möglicherweise gar nicht so gedacht war).

Bei der Auseinandersetzung mit diesem Film (wie überhaupt mit Vergewaltigung) stoße ich immer auf das Problem der Distanzierung bzw. der Identifikation.

Jede Frau fühlt sich durch Vergewaltigung bedroht, aber die meisten denken auch: Mir passiert sowas nicht. Die Folge ist, daß vergewaltigte Frauen doch immer ein wenig für ihre Vergewaltigung verantwortlich gemacht werden, daß eine fiktive Trennung besteht zwischen Frauen, die vergewaltigt werden und Frauen, die nicht vergewaltigt werden. Das mag ein Grund für die Scham sein, die Frauen nach einer Vergewaltigung empfinden (über die im Film zwar viel geredet, aber nicht erklärt wurde). Ein Film gegen Vergewaltigung muß also diese Distanz gegen den Willen der Betroffenen zerstören. Das ist offenbar mit der Anfangsszene versucht worden, in dem die Kamera aus dem Blickwinkel der Frau filmt. Bei mir hatte das aber nicht den Effekt, daß ich mich mit Suzanne identifiziere, sondern daß ich lediglich dachte: Aha, jetzt soll durch die Kameraführung die Betrachterin – an Suzannes Stelle – veretzt werden. Aber vielleicht und meine Distanzierungsmechanismen auch besonders effektiv. Im weiteren Verlauf des Films jedenfalls wird eine Distanzierung durch die Stilmittel

(Einblendung von Schwarz-Weiß-Filmen aus Asien/Afrika, Kommentare der Regisseure und Cutteure, theatrale Gerichtszenen) gefördert, vielleicht, um den Film betroffenen Frauen so erträglicher zu machen. Auf mich wirkte der Film dadurch zerstückelt, fragmentarisch.

Auch die Darstellung der Suzanne und des Vergewaltigers fördern Distanzierung (s.o.). Während und nach dem Film hatte ich mit Aggressionen zu kämpfen, die sich nicht etwa gegen Vergewaltiger, Arzt oder Polizisten richteten, sondern gegen Suzanne, ohne daß ich dafür bestimmte Gründe angeben konnte. Bei Gesprächen mit anderen Frauen stellte ich fest, daß diese, obwohl sie den Film i.a. anders empfanden hatten als ich, z.T. ähnliche Gefühle hatten, z.B. wutend waren, daß Suzanne sich nicht stärker wehrte. Das hängt wahrscheinlich mit dem Konflikt zusammen, daß Frau sich mit Suzanne identifizieren soll und (im Besitz eines frauenbewegten Bewusstseins) auch will, daß diese aber kein sonderlich verlockendes Identifikationsobjekt darstellt.

Ich habe den Film mit der Erwartung besucht, mir hinterher besser vorstellen zu können, was eine Vergewaltigung für eine Frau bedeutet, was sie für mich bedeuten würde. In dieser Hinsicht hat der Film bei mir eigentlich nichts geändert. Anders ging es mir z.B. bei dem Film „Messidor“, wo zwei Frauen beim Trampen von zwei Männern überfallen werden und die Vergewaltigung der einen Frau nur dadurch verhindert wird, daß die andere einen der Männer mit einem Stein erschlägt. Dadurch, daß die Frauen schon bekannt sind und Frau sich schon vorher mit ihnen identifiziert, auch durch die Umstände der Vergewaltigung (analogische Bemerkungen der Typen im Auto; beide Männer vergewaltigen die Frau gemeinsam, obwohl sie sich wehrt, haben sie fast Erfolg), ist Frau gezwungen, das auf sich zu beziehen. Auch die spätere Reaktion (auch hier ein langes Bad) war leichter nachzuvollziehen.

Daneben hatte ich gehofft, der Film würde deutlich machen, was Vergewaltigung im Sinne der Frauenbewegung bedeutet, daß es Irrtümer und Vorurteile ausräumt.

Inwieweit er dazu in der Lage ist, kann ich nicht beurteilen, da der Film auf fast alle Frauen und Männer offensichtlich ganz anders gewirkt hat als auf mich. Ein paar Dinge fand ich einprägsam dargestellt, das Verhalten beim Arzt und Polizei, die sofortige Vergewaltigung, die Klitorisbeschneidung. Vieles hat aber auch gefehlt oder war filmisch nicht gut umgesetzt (zu viel geflümmte Sprache). Aber immerhin ist das Thema Vergewaltigung durch diesen Film wesentlich stärker als bisher in die Diskussion gekommen.

Co., AG Frauen Hamburg

Meine erste Reaktion war Sprachlosigkeit. Eine wahre Flut von Gefühlen, Ohnmacht, Betroffenheit, Klob im Hals. Ich konnte nichts sagen.

Ich versuchte die Sprache wiederzufinden. Dabei half mir, daß ich als Anwalt („Offener Brief“, AK 167) dazu einfach etwas sagen wollte.

Zuerst fällt mir zu dem Typ – bestimmt nicht ohne Zufall hat er keinen Namen – ein völlig zerstörter

Charakter, miserable Sozialisation, neurotische Fehlentwicklung schon als Kind. Es könnte eine prima Verteidigungsline abgeben, würden diese „gesellschaftlichen Hintergründe“ als Lesart aufgedeckt.

Aber im gleichen Moment, eher viel unmittelbarer, sehe ich Suzanne, den Lieferwagen, die grenzenlose Bestialität des Aggressors. Was heißt das eigentlich noch „milde Kundhaft gehabt“? Es gibt Dinge, für die gibt es keine annehmbare Erklärung. Sicherheit gibt es überhaupt nicht, aber keine, die mich überzeugen und die ich, wenn auch nicht als eigene, aber immerhin verteidigen könnte. Diese maßlose Erniedrigung, Verachtung. Ich glaube, „Haß“ paßt noch nicht einmal. Haß richtet sich gegen einen Gegner, ein Subjekt, jemanden, den man zumindest als Feind ernst nimmt. Hier ist aber nicht mehr an Menschlichkeit, an Achtung, Respekt, Würde oder was auch immer

Der Zorn über das Unrecht

Mei sagte zu Lai-tu: Du läßt es an Zorn gegen das Unrecht fehlen. Ohne Zorn gegen das Unrecht kann man kein rechter Anhänger der Großen Ordnung sein. Zorn gegen das Unrecht ist mehr als bloße Verurteilung des Unrechtes oder Angst, sich an Unrecht zu beteiligen. Wer nicht fähig ist, über ein privates Unrecht, das ihm geschehen ist, zornig zu werden, der wird schwer kämpfen können. Wer nicht fähig ist, über andere angelegenes Unrecht zornig zu werden, der wird nicht für die Große Ordnung kämpfen können. Und der Zorn muß kein schnell aufklackernder, ohnmächtiger sein, sondern ein langandauernder, der die rechten Mittel zu wählen weiß. Min-eh und Ka-meh haben nicht gerade im Zorn gehandelt, aber sie hatten niemals ohne Zorn gegen das Unrecht gehandelt, wie sie gehandelt haben.

aus Bertolt Brecht: „Mei-tu, Buch der Wandlungen“

Vergewaltigung ist mehr als nur eine kriminelle „Tat“, sie ist als brutale, gewaltsame, körperliche Mißhandlung die Spitze eines ganzen Erbes an menschlicher und gesellschaftlicher Nichtachtung. Auf der stärkeren Seite des Mann, besessen von dem unbedingten Willen zur Unterwerfung „Unter“ das Opfer, ein Nichts an Identität, dem der Aggressor als einziger Wert noch beibehält, sein wehr- und willenloses Objekt zu sein.

Vergewaltigung ist deshalb nicht auf einen Vorgang reduzierbar, der z.B. in einem Strafprozeß einer Rekonstruktion des Geschehens oder einem „Beweis“ zugänglich ist. Auch wenn z.B. dem Angeklagten keine Vergewaltigung selbst nachgewiesen werden kann, so bleibt der Angriff auf die Frau mit allen im Film geschilderten Folgen. Kein Prozeß vor der bürgerlichen Strafrecht kann die ganze Tragweite der Vergewaltigung erfassen, wäre Suzanne weniger erniedrigt, letztendlich in ihrem Selbst vernichtet worden, wenn der Aggressor sie nicht auch noch sexuell mißhandelt hätte? Ich glaube nein. Die Angst, die Scham zwei Stunden vorher, die Schläge, Opfer geblatter Verachtung und völligen Ausbelebenseins.

Fortsetzung nächste Seite





Vorausgesetzt, der Täter wurde ge-  
fäßt, erfüllte er ohne sexuelle Verge-  
wältigung sicherlich eine erheblich  
geringere Strafe. Aber die Vergewal-  
tigung wäre für Suzanne sicher  
nicht erheblich weniger schlimm  
gewesen. Die Vergewaltigung ist  
nicht vorbei, wenn die Mißhandlung  
vorbei und die Wunden verheilt sind  
so wie vielleicht die Folgen einer  
Schlagerei oder eines Verkehrsunfalls  
mit der Zeit verschwinden. Suzanne  
hatte lebenslanglich, zwar kein Knoch-  
en, aber geliebt hat sie nicht mehr.

Wenn es dies ist, der Situation  
des „Kaputt“-Aggressors vergewal-  
tigt, nur ein „objektive“ Sicht der Dinge. Vielleicht ist es  
tatsächlich unter katastrophalen Be-  
dingen aufgewachsen. Aber es  
lebt. Und vor allem: Was interessiert  
das das Opfer? Woher nimmt er das  
Recht, Suzanne dafür bestialisch zu  
foltern?

Es ist eine Frage, welche Interes-  
sen an erster Stelle stehen, die der  
Frau oder die des Aggressors. Einen  
Mittelweg gibt es hier nicht. Wenn in  
der „Gerichtsszene“ des Film jemand  
angeklagt hatte, die „Sozialisation  
des Vergewaltigers und ihre Folgen  
für das Opfer“ (so etwa ein soziologi-  
scher „Arbeitsartikel“) wissenschaftlich  
verneinbar zu analysieren, ich  
hätte es wahrscheinlich kaum ausge-  
halten.

Wenn im Prozeß darüber verhan-  
delt wird, ob die strafrechtlichen  
Vorwürfe gegen den Mann stimmen,  
bzw. „beweisbar“ sind („indem er  
die Zeugin mit Gewalt zwang...“), so  
erfaßt dies mit Sicherheit nur einen  
kleinen Teil dessen, was die Zeugin  
erlebt hat, und worunter die meisten  
noch lange zu leiden haben. Auch  
Nichtstun oder „schonendes Befra-  
gen“ änderte nichts an der gesamten  
Situation. Was im Gerichtssaal übrig  
bleibt, ist ein „Fall“, ein Vorgang,  
der von der Not, der Unterdrückung  
kaum noch etwas widerspiegelt.

Nach dem Strafgesetzbuch ginge es  
wohl auch kaum anders. Wenn der  
Täter gefaßt wurde, würde er sicher  
nicht wegen Mordes verurteilt. Er  
würde deswegen auch nicht verurteilt  
werden können, obwohl er Su-  
zanne umgebracht hat. Wahrscheinlich  
würde Suzannes Tod ihrer eigenen  
Labilität zugeschrieben („vielleicht  
ist sie als Kind zu weich erzogen wor-  
den“), wofollegen die Jugend des  
Angeklagten strafmildernd ins Ge-  
wicht fiel. Zweierlei, Maß! Nein, das  
gleiche Maß derselben Justiz.

Als Anwalt des Angeklagten  
könnte ich hier bestenfalls  
schweigend die nachteiligste Verge-  
wältigung der Zeugin mit ansehen. Ich  
habe mich nach dem Film gefragt, ob  
ich das könnte. Die Antwort war  
nein, danke.

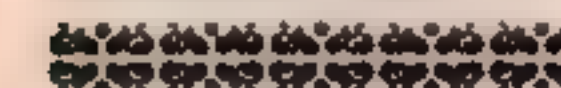
Hartmut Schärmer, 29.5.80



Situation, was im Gerichtssaal übrig  
bleibt, ist ein „Fall“, ein Vorgang,  
der von der Not, der Unterdrückung  
kaum noch etwas widerspiegelt.  
Nach dem Strafgesetzbuch ginge es  
wohl auch kaum anders. Wenn der  
Täter gefaßt wurde, würde er sicher  
nicht wegen Mordes verurteilt. Er  
würde deswegen auch nicht verurteilt  
werden können, obwohl er Su-  
zanne umgebracht hat. Wahrscheinlich  
würde Suzannes Tod ihrer eigenen  
Labilität zugeschrieben („vielleicht  
ist sie als Kind zu weich erzogen wor-  
den“), wofollegen die Jugend des  
Angeklagten strafmildernd ins Ge-  
wicht fiel. Zweierlei, Maß! Nein, das  
gleiche Maß derselben Justiz.

Als Anwalt des Angeklagten  
könnte ich hier bestenfalls  
schweigend die nachteiligste Verge-  
wältigung der Zeugin mit ansehen. Ich  
habe mich nach dem Film gefragt, ob  
ich das könnte. Die Antwort war  
nein, danke.

Hartmut Schärmer, 29.5.80



Obwohl ich den Film an einigen  
Punkten kritisiere (dazu später),  
meine ich doch, daß sich zumindest  
jeder männliche Genosse den Film  
ansehen muß. Aber allein das Anse-  
hen reicht nicht aus. Ich finde es  
schon sehr wichtig, sich darüber Ge-  
danken zu machen, wo man sich  
selbst und eigene Verhaltensweisen  
wiederfindet. Unter diesem Aspekt  
sollte der Film in jeder Einheit der  
Organisation diskutiert werden. So-  
weit erstmal dazu.

In der Vergewaltigungsszene im  
LKW habe ich mich zunächst nicht  
wiedererkannt, wohl weil die Brutali-  
tät, die Verachtung des Typen ihn  
mehr als Tier denn als Mensch erschie-  
nen ließ. Ich fühlte eher, was in der  
Frau vorgeht, wie es der Suzanne da-  
bei erging. Erst als ich den Film das  
zweite Mal gesehen habe, und ich die  
Diskussion der beiden Frauen am  
Schneide Tisch besser verstanden habe  
(beim ersten Sehen war ich noch viel  
zu benommen - geschöckert), erinnerte  
ich mich an Onanierphantasien aus  
frühen Jugendjahren. Die cuttern be-  
zweifelte, daß die Männer sich in der  
LKW-Szene wiedererkennen, worauf  
die Regisseurin von den Reaktionen  
eines Typen bei der Klamottenzer-  
reißerei erzählte.

Da schaltete es bei mir, und ich er-  
innerte mich. Das Klamottenzerreißen  
spielte eine, wenn auch nicht erheb-  
lich, aber immerhin eine Rolle,  
schlimm genug. Möglichst schnell an  
den begehrten Körper heranzukom-  
men, ihn auszuziehen, abzunuckeln.  
Weniger, die direkte Gewalt, als viel-  
mehr die Verfügungsgewalt spielt  
eine Rolle.

Vielleicht interessanter ist aber die Ty-  
pette Suzanne liegt mit ihrem Typen  
im Bett und er versucht, mit ihr zu  
bumsen, sie aber zeigt von vornher-  
ein überhaupt kein Interesse, läßt  
seine Schmusereien über sich ergehen  
und sagt dann, daß sie nicht mit ihm  
schlafen will, als er den Versuch un-  
ternimmt. Er versucht sie zu über-  
reden, sie weicht aber nicht zurück. Er



reagiert mit Liebesentzug, steht auf  
und knallt die Tür zu.

Diese Szene hat mich sehr betrok-  
fen, weil sich doch solche oder ähn-  
liche Szenen noch bis vor kurzem in  
meinen Beziehungen abspielten.

Obwohl ich schon von vornherein  
durch Intuitivlosigkeit merkte, daß  
meine Freundin kein Interesse hatte,  
mit mir zu schmusen, habe ich doch  
immer versucht, sie zumzukneipen,  
ohne jegliche Rücksichtnahme. Ich  
erinnere mich daran, mit welchen  
subtilen Methoden ich es versuchte.  
Da waren Sachen wie, sie durch Trau-  
rig sein betreffen zu machen, ihr et-  
was vorzuheulen. Oder, wie im Film,  
einfach weiter zu streicheln.

Alein das finde ich schon ziemlich  
erschreckend.

Meine Reaktionen, wenn sie dann  
schließlich sagte, daß sie keine Lust  
hat, mit mir zu schmusen, waren  
dann auch Liebesentzug, indem  
ich mich umdrehte, abwandete, sie  
allein ließ. Das hatte dann zur Fol-  
ge, daß sie es gar nicht mehr wagte,  
etwas zu sagen, und sich selbst  
schließlich Frigidität vorwarf.

reagiert mit Liebesentzug, steht auf  
und knallt die Tür zu.

Diese Szene hat mich sehr betrok-  
fen, weil sich doch solche oder ähn-  
liche Szenen noch bis vor kurzem in  
meinen Beziehungen abspielten.

Obwohl ich schon von vornherein  
durch Intuitivlosigkeit merkte, daß  
meine Freundin kein Interesse hatte,  
mit mir zu schmusen, habe ich doch  
immer versucht, sie zumzukneipen,  
ohne jegliche Rücksichtnahme. Ich  
erinnere mich daran, mit welchen  
subtilen Methoden ich es versuchte.  
Da waren Sachen wie, sie durch Trau-  
rig sein betreffen zu machen, ihr et-  
was vorzuheulen. Oder, wie im Film,  
einfach weiter zu streicheln.

Alein das finde ich schon ziemlich  
erschreckend.

Meine Reaktionen, wenn sie dann  
schließlich sagte, daß sie keine Lust  
hat, mit mir zu schmusen, waren  
dann auch Liebesentzug, indem  
ich mich umdrehte, abwandete, sie  
allein ließ. Das hatte dann zur Fol-  
ge, daß sie es gar nicht mehr wagte,  
etwas zu sagen, und sich selbst  
schließlich Frigidität vorwarf.

Ich bin selbst auch immer so dar-  
an gegangen, daß ich meinen Orgas-  
mus als ungeheuer wichtig empfand  
und ohne ihn mich nicht zu befrieden  
gab. Durch ihre Abhängigkeit die ich  
versucht habe, fühlte sie sich dann  
auch gezwungen, mir einen Orgasmus  
zu verschaffen, um mich nicht zu ver-  
lieren.

Das machte die Vergewaltigung  
aus. Ich finde die Bettzene sehr gut,  
weil sie doch einiges deutlich macht.  
Mir wurde noch einmal sehr deutlich  
vor Augen geführt, daß auch ich schon  
vergewaltigt habe. Dadurch, daß ich  
die Gefühle von Suzanne sehr gut  
miterleben konnte, wurde mir auch  
noch einmal sehr deutlich, was das  
für die Frauen bedeutet.

Aber was mich am meisten er-  
schreckt hat, ist die Tatsache, daß die  
Vergewaltigung um Ehebett kein Ein-  
zelfall ist, und sicher jeder Mann  
schon vergewaltigt hat oder immer  
noch vergewaltigt. Besonders in Dis-  
kussionen mit Frauen nach dem Film  
wurde mir das sehr deutlich.

Ich möchte noch einmal jedem  
Mann sehr eindringlich raten, sich  
diesen Film anzusehen und unter  
diesem Aspekt sich darüber Gedan-  
ken zu machen, wie er in Zukunft  
handelt! Das sollte eigentlich ein  
„Muß“ sein!

Die Diskussion der beiden Frauen  
hinterher am Schneide Tisch geht aller-  
dings in eine andere Richtung. Sie sa-  
gen nämlich nicht, daß die Szene  
zeigt, wo sich die meisten Vergewal-  
tigungen abspielen, nämlich im Ehe-  
bett, sondern sagen, daß Suzanne un-  
fähig ist, Liebe zu geben und zu em-  
pfangen. Das mag sicherlich richtig  
sein, in bezug auf die Folgen der bru-  
talen Vergewaltigung im LKW, aber  
das, was der Typ dort abzieht, wird  
total außer Acht gelassen. Ja, er wird  
sogar noch bedauert, beemleidet!  
Somit wird die Vergewaltigung im  
Ehebett überhaupt nicht angespro-  
chen, ein großer Mangel!

M. Metallbereich  
KB/Gruppe Hamburg

## Walpurgisnacht - Nachtrag

Freiburg

Zum alljährlichen Umzug durch die  
Freiburger Innenstadt trafen sich ca.  
150 Frauen (das sind weniger als  
1979), mit Kochlöffeln, Topfen und  
anderen Larminstrumenten bewaff-  
net, um darauf aufmerksam zu ma-  
chen, daß Frauen heute immer noch  
Opfer männlicher Gewalt sind, so-  
fern sie sich ohne den männlichen  
Begleitschutz abends auf die Straße  
begeben.

Der „männliche Begleitschutz“ in  
Form von grünen Ordnungshutern  
hieß es sich nicht nehmen, die Frauen  
auf dem Weg durch die Stadt zu be-  
gleiten. In väterlich-dünner Manier  
gaben sie ihre Kommentare zum Be-  
stehen. „Ja, Mädchen, ihr müßt noch  
ein bißchen lauter singen, sonst hört  
Euch ja niemand.“

Die äußeren Umstände der De-  
monstration (abends in der weite-

volzielten konnte. Im Anschluß an  
die Demo fand ein Frauenfest statt.

KB/Freiburg

Lübeck

Dieses Jahr fand in Lübeck zum er-  
sten Mal eine Walpurgisnachtsdemo-  
stration. Der Vorschlag der Lesbengrup-  
pe wurde, nachdem auf dem Frauen-  
plenum eine Diskussion über Sinn  
und Zweck geführt worden war, von  
der Mehrheit der auf dem Plenum an-  
wesenden Frauen getragen.

Die Frauen trafen sich vorher in  
der Frauenierstube („Alternative“),  
um ihren Transparenten den letzten  
Schiff zu geben, sich anzumalen und  
schon langsam in „Stimmung“ zu  
kommen.

Zu Beginn der Demo waren wir

becker Verhältnisse ein dicker Erfolg!  
Die relativ hohe Beteiligung ist uns  
wohl darauf zurückzuführen, daß am  
Wochenende vorher durch einen In-  
stanz, Flugblätter und Wandtafeln  
dafür mobilisiert wurde und sich die  
Vergewaltigungen im Lübecker Raum  
gerade in der letzten Zeit in er-  
schreckender Weise mehren.

Die Demo war in dieser Großen-  
ordnung eine der parolenfreudig-  
sten und powervollsten, die wir je  
erlebt haben. Als Parolen wurden u.a.  
gerufen und getragen:

„Ausgangspapier bei Dunkelheit,  
das ist das Los der Weiblichkeit.“  
Setzen Frauen...“

Frauen, hört ihr Frauen  
schreien

„Haussein ist kein Haussein“  
„Macker (Männer) verprügel euch,  
kennet sehr viel.“

Letztere führte zu Widersprüchen  
bei einigen Frauen, wie auch bei der

## Walpurgisnacht - Nachtrag

Freiburg

Zum alljährlichen Umzug durch die  
Freiburger Innenstadt trafen sich ca.  
150 Frauen (das sind weniger als  
1979), mit Kochlöffeln, Topfen und  
anderen Larminstrumenten bewaff-  
net, um darauf aufmerksam zu ma-  
chen, daß Frauen heute immer noch  
Opfer männlicher Gewalt sind, so-  
fern sie sich ohne den männlichen  
Begleitschutz abends auf die Straße  
begeben.

Der „männliche Begleitschutz“ in  
Form von grünen Ordnungshutern  
hieß es sich nicht nehmen, die Frauen  
auf dem Weg durch die Stadt zu be-  
gleiten. In väterlich-dünner Manier  
gaben sie ihre Kommentare zum Be-  
stehen. „Ja, Mädchen, ihr müßt noch  
ein bißchen lauter singen, sonst hört  
Euch ja niemand.“

Die äußeren Umstände der De-  
monstration (abends in der weite-

volzielten konnte. Im Anschluß an  
die Demo fand ein Frauenfest statt.

KB/Freiburg

Lübeck

Dieses Jahr fand in Lübeck zum er-  
sten Mal eine Walpurgisnachtsdemo-  
stration. Der Vorschlag der Lesbengrup-  
pe wurde, nachdem auf dem Frauen-  
plenum eine Diskussion über Sinn  
und Zweck geführt worden war, von  
der Mehrheit der auf dem Plenum an-  
wesenden Frauen getragen.

Die Frauen trafen sich vorher in  
der Frauenierstube („Alternative“),  
um ihren Transparenten den letzten  
Schiff zu geben, sich anzumalen und  
schon langsam in „Stimmung“ zu  
kommen.

Zu Beginn der Demo waren wir  
ca. 70 Frauen im Verlauf kreuz und  
quer durch die Innenstadt wuchs der  
Lackelzug auf ca. 120 buntemalte  
parolenfreudige Frauen an. Für Lu-

becker Verhältnisse ein dicker Erfolg!  
Die relativ hohe Beteiligung ist uns  
wohl darauf zurückzuführen, daß am  
Wochenende vorher durch einen In-  
stanz, Flugblätter und Wandtafeln  
dafür mobilisiert wurde und sich die  
Vergewaltigungen im Lübecker Raum  
gerade in der letzten Zeit in er-  
schreckender Weise mehren.

Die Demo war in dieser Großen-  
ordnung eine der parolenfreudig-  
sten und powervollsten, die wir je  
erlebt haben. Als Parolen wurden u.a.  
gerufen und getragen:

„Ausgangspapier bei Dunkelheit,  
das ist das Los der Weiblichkeit.“  
Setzen Frauen...“

Frauen, hört ihr Frauen  
schreien

„Haussein ist kein Haussein“  
„Macker (Männer) verprügel euch,  
kennet sehr viel.“

Letztere führte zu Widersprüchen  
bei einigen Frauen, wie auch bei der  
Bevölkerung. Auf dem nächsten  
Plenum haben wir über die entstan-  
denen Widersprüche diskutiert, ohne  
jedoch Übereinstimmung zu errei-  
chen. Einige waren wir uns dann, daß  
diese Aktionsform sehr öffentlich-  
keitswirksam war und auf großen In-  
teresse stieß. Zu Auseinandersetzun-  
gen mit Mackern und Bullen kam es  
nicht. Zu unser aller Erstaunen und  
im Gegensatz zu anderen Städten,  
versuchten die Bullen, uns sogar vor  
Annäherung zu schützen.

Die Demo endete mit einem  
„Heckentanz“ auf dem Rathausmarkt  
und wurde mit einem gemächlichen  
Brennwein in der Teestube fort-  
gesetzt.

KB-Frauengruppe Lübeck



## Freiburger Frauen demonstrieren gegen Vergewaltigung

Von weitem Tagen wurde in der Frei-  
burger Innenstadt gegen 23 Uhr eine  
Frau vergewaltigt. Obwohl noch viele  
Leute unterwegs waren, hat ihr nie-  
mand geholfen.

Zwei Tage später brachten etwa 50  
Frauen ihre Wut über solche Saurei-  
en zum Ausdruck, indem sie an der  
gleichen Stelle zur gleichen Zeit die  
Kreuzung sperrten, ein Feuer anzu-  
decken und mit Tränengas einen auf das  
Geschehen aufmerksam machte.  
Die Frauen versammelten sich an der  
Autofahrer-Flugblätter, Dabei  
stießen sie vielfach auf Unverständnis.  
Einige Autofahrer führen ein paar  
Frauen fast um, trotzdem eine ge-  
sammte Aktion! Manche Männer bräu-  
chen oben etwas länger, bis sie begrif-  
fen haben, daß die Frauen den Verge-  
wältigern den Kampf angelegt haben.

KB Freiburg

## Mord vorm Frauenhaus

Nuriye Bekir hatte vor neun Wochen  
mit ihrem vier Kindern um 2 Berliner  
Frauenhaus Schutz vor ihrem Ehe-  
mann gesucht. Am 7.5. wurde sie von  
ihm wenige Meter vor dem Frauen-  
haus erschossen.

Nuriye wurde während der Zeit im  
Frauenhaus häufiger von ihrem Mann  
bedroht, u.a. drohte er damit, ihr die  
Hand abzuhacken. Selbst vor Vertre-  
tern des Jugendamtes äußerte er  
Morddrohungen gegenüber seiner  
Frau. Nuriye fürchtete vor allem, daß  
er ihre Kinder entführen würde. Es  
war ihm auch fast einmal gelungen,  
eins der Kinder mitzunehmen, wenn  
nicht Frauen aus dem Frauenhaus  
eingegriffen hätten. Die Polizei, die  
mehrfach um Hilfe gebeten wurde,  
ließ ihn Engländer nicht für nötig. Es  
mußte anscheinend erst das Schlimm-  
ste passieren.

An diesem Tag verließ Nuriye das  
Frauenhaus mit einem Begleitern und  
ihren Kindern zu einem Spaziergang.  
Direkt vor dem Haus wurde sie von  
ihrem Mann niedergestochen. Er be-  
drohte die Umstehenden mit einem  
Wort, sich erst später herausstellte  
Schreckchussrevolver so daß sie nicht  
eingreifen wagten. So mußten Helfer  
aus dem nahegelegenen Krankenhaus  
helfen. Die Polizei hat nach Angaben  
der Frauen eine gute halbe Stunde  
nach der Tat.

Nach Frauenhaus selbst im Frauen-  
haus nicht mehr sicher vor der Gewalt  
ihrer Männer.

In den letzten zwei Jahren hat es 5  
Mordanschläge auf das LKW-Frauen-

haus Frauenhaus gegeben. Zweimal  
sind Mordanschläge auf das Frauen-  
haus, das das Frauenhaus war  
den Frauen, die das Frauenhaus we-  
der verlassen hatten, niedergestochen  
bzw. ermordet.

Trotz dieser Serie von Gewalt ist  
der Senat nicht bereit, das Frauenhaus  
ausreichend zu unterstützen. Nach  
dem endlich ein zweites Frauenhaus  
eingeweiht wurde — das auch schon  
wieder ständig überbelegt ist — ver-  
sucht der Senat an der Zahl der Ar-  
beitsstellen zu sparen. Statt der ge-  
forderten 16 Planstellen pro Haus  
sind die jüngste Senatsvorlage nur  
noch sechs vor. Für die etwa 50  
Kinder sorgen am Tag nur zwei Erzie-  
herinnen! Zwei Planstellen für juristi-  
sche und psychologische Beratung  
wurden gestrichen. Das dringlich  
benötigte Fach für eine Schlichterin, die  
das zweite Frauenhaus in der Stadt  
nicht bewirkt wurden. (Geld für  
Hochschullehrkräfte ist immer ge-  
nug da!)

In einem Flugblatt fordern die  
Frauen — daß die Polizei Frauen  
vor Mißhandlungen schützt und nicht  
erst tätig wird, wenn es zu spät ist.  
Wir fordern gesetzliche Verändere-  
gen dahingehend, daß Polizisten bei  
vermuteten ehelichen (privaten)  
Streitigkeiten zum Eingreifen ver-  
pflichtet werden. In der Konsequenz  
heißt das: Inhaftierung und straf-  
rechtliche Verfolgung des Mißhand-  
lers. — Daß diese „privaten Streit-  
keiten“ nicht als Privatklagen sondern  
als Straftaten behandelt werden.

Frauenkollektiv Westhof



# Bald 900 Millionen Frauen auf der Welt arbeitslos?

Die Studie über Frauenerwerbstätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes in Genf zeigt eine erschreckende Entwicklung der kapitalistischen Krise insbesondere für die arbeitenden Frauen verschlechtert sich die Lage zusehends. 1975 lag die weltweite Arbeitslosigkeit der Frauen bei 600 Millionen, bis zum Jahre 2000 soll sich diese Zahl noch auf 900 Mill. steigern. Diese Untersuchung weist fest, daß von 2 Milliarden Frauen in aller Welt 1975 fast ein Drittel (576 Millionen, 29 Prozent) berufstätig waren. Ein Viertel von ihnen lebt in China, weitere 13 Prozent entfallen auf Indien (77 Millionen). In der UdSSR sind fast doppelt so viele Frauen berufstätig (6,3 Millionen) wie in den USA (3,6 Millionen) bei etwa vergleichbarer Einwohnerzahl. Deutsche Volkszeitung, 15.5.80. Die niedrige Zahl erwerbstätiger Frauen ist in den am meisten ausgebeuteten Ländern Lateinamerikas zu verzeichnen, nur 14 Prozent der weiblichen Bevölkerung (in der BRD 38 Prozent) haben einen Arbeitsplatz. In der Sowjetunion liegt die Erwerbstätigkeit der Frauen bei 40 Prozent, das ist der weltweit höchste Anteil der arbeitenden Frauen.

Kürzlich hat sich der Chef der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Otto Esser, besonders „für“ die Frauen in die Bresche geworfen. Er sieht natürlich keinerlei Schwierigkeiten für die Zukunft der Frauenerwerbstätigkeit. „Wenn es Probleme gebe, so seien diese nicht durch eine Verdrängung der Frauen durch Männer oder Rationalisierung entstanden, sondern durch das verstärkte Drängen der Frauen in einen Beruf ... Beide Aufgaben der Frau — als Berufstätige wie als Hausfrau und Mutter — verdienen gleiche Anerkennung. Deswegen sei eine Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Frau in Ehe und Familie geboten“ („Welt“, 3.5.80).

Frauen zurück an Heim und Herd heißt die Parole der Kapitalisten gegen die Frauenerwerbstätigkeit. Das demagogische Gerede von Kinderfreibeträgen, Verbesserung der Renten für die Frauen, Gesetz zur Gleichberechtigung und Chancengleichheit in der Arbeitswelt stellen sich mehr und mehr als Phrase und Verschleiерungspolitik heraus.

♀ Kommunion Betrieb und Gewerkschaft ♀



## »Frauen wollen aus dem Streß heraus«

Ende letzten Jahres begannen die IG-Metall-Frauenausschüsse mit ihrer Aktion „Frauen sind nicht 2. Klasse“. Eine Untersuchung mit Fragebogen in 20 Metallbetrieben in Heilbronn/Neckarsulm, Schwäbisch Hall und Tauberbischofsheim sollte die Arbeitsplätze von Frauen sowie Verstöße gegen gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen überprüfen. Von den rund 4000 Fragebogen wurden jetzt 900 ausgewertet. „An rund 50 Prozent der Arbeitsplätze besteht beispielsweise Zuluft, und an 44 Prozent werden die Raumtemperatur nicht eingehalten, und die Lärmhöchstwerte werden zum Beispiel innerhalb der Betriebe von Heilbronn/Neckarsulm bei 28 Prozent und in Schwäbisch Hall bei 32 Prozent der Arbeitsplätze überschritten. Bei 22 Prozent gibt es keine vorschriftsmäßigen Pausenräume und analog dazu auch keine entsprechenden Umkleieräume (28 Prozent)“ („Metall“, 7.80).

Wie wenig wert auf die Gesundheit der Frauen an ihren Arbeitsplätzen gelegt wird, zeigen die Verstöße gegen die Hebe- und Tragevorschriften. „19 Prozent der Befragten gaben an, daß die Vorschriften — maximal 15 kg und bei längerer Arbeitsbelastung zwischen 4 und 10 kg Hebe- und Tragearbeiten — nicht eingehalten werden“ (s.o.). Die Folgen sind für die arbeitenden Frauen schwerwiegend. Arbeitsmediziner haben festgestellt, daß dauernd stehende oder stehende Arbeiten — die von den meisten Frauen ausgeführt werden — zu Gesundheitsschäden führen. Die einseitige Körperhaltung bei monotoner Arbeit und ausgeführt werden — zu Gesundheitsschäden führen. Die einseitige Körperhaltung bei monotoner Arbeit und

stellung der Gesundheit genutzt werden kann“ („Die Quele“, 6/79).

keine Seitenhieb ist folgender Vorfall in der Strickwarenfabrik Spedix in Tübingen. „Diejenige Näherin, die in Zukunft die Schlupfer nicht in den gewünschten Beinweiten näht, oder schlecht genähte Ware abliefern, muß von mir mit fristloser Kündigung und eventuellem Schadenersatz rechnen. Aufgrund der ernsthaften und dringenden Angelegenheit verlange ich von jeder Spüßnählerin diesbezügliche Unterschrift. Sollte diese nicht geleistet werden, sehe ich mich gezwungen, diejenigen den Arbeitsplatz zu kündigen“ („FR“, 5.4.80). Die meisten Frauen haben aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, unterschrieben. So ist das: Wer sich nicht dem Streß unterwirft oder wer krank ist, liegt raus. Viele Frauen gehen dann auch noch krank zur Arbeit. Wenn es dann gar nicht mehr geht, bekommen sie Dankschreiben wie beim Bremer Molan-Werk, den Hamburger Jund Werken oder der Dunlop AG in Hanau. Einen echten Hammer in dieser Hinsicht leisteten sich kürzlich die Pei und Putzler Glasbläserwerke in Düren: „Aufgrund der vielen Arbeitsunfähigkeitserreignisse in den letzten beiden Jahren konnten Sie Ihren Arbeitsplatz nicht mehr voll ausfüllen. Wir bitten Sie daher, Ihren behandelnden Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden“ („Gewerkschaftspost“, 1/80).

Darüber hinaus sind vor allem Frauen mit Giftstoffen am Arbeitsplatz konfrontiert. Eine Untersuchung in den Bochumer Gröetz Werken ergab, daß die Reinigungsmittel „ausplatz konfrontiert. Eine Untersuchung in den Bochumer Gröetz Werken ergab, daß die Reinigungsmittel „aus Chlorkohlenwasserstoffen, in der Hauptsache aus Trichloräthylen und dem chemisch ähnlichen Trichloräthan“ bestehen. Die Folgen für die Gesundheit der damit arbeitenden Frauen sind schwer bei geringen Mengen verheerend. „Schädigung des Nervensystems, der Leber und der Nieren manchmal kommen diese Schäden erst Jahre später zum Ausbruch, und man vermutet sogar ein „nennenswertes krebserregendes Potential“ („TAZ“, 20.9.79).

Noch sind die Aktivitäten der betroffenen Frauen in den Betrieben gering. Die Aktion der IG-Metall-Frauen ist vielleicht ein erster Schritt, mehr Öffentlichkeit zum Streß und Gesundheitszustand der arbeitenden Frauen zu leisten. Eine erste Tagung mit über 100 Frauen hat bereits Anfang dieses Jahres stattgefunden zum Thema „Frauen wollen aus dem Streß heraus“. In sechs Arbeitsgruppen entwickelten die Gewerkschaftlerinnen Forderungen gegen den Streß, gegen den Leistungsdruck und Forderungen für die Teilung der Haushaltsführung und Kindererziehung zwischen Mann und Frau. Im Herbst soll eine weitere Tagung durchgeführt werden. Eine Frauenärztin folgte die Situation der Frauen am Arbeitsplatz auf dieser Tagung so zusammen: „Wenn jemand weniger verdient, geringere Chancen hat, eher die Stellung verliert, ihm weniger Verantwortung übertragen wird — er wäre nicht gesund, wenn er nicht häufiger krank wäre. Es kostet in der Tat seinen gesundheitlichen Preis, unter den gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen Frau zu sein“ („Metall“, Februar 80).

♀ Kommunion Betrieb und Gewerkschaft ♀

### BRD: „Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Frau in Ehe und Familie...“

In der Bundesrepublik zeigen die Zahlen der arbeitenden Frauen weiter an. Über 50 Prozent der Arbeitslosen sind Frauen, allein im Jahr 1979 sind eine halbe Millionen Frauen „Nur Hausfrau“ geworden. Diese werden natürlich nicht in den offiziellen Arbeitslosenstatistiken berücksichtigt. Eine Infratest-Untersuchung beweist, daß 90 Prozent arbeitslose Frauen bedürftig sind, wobei trotzdem weder der Staat, weder die Ursachen der Frauenerwerbslosigkeit auf die Frauen selber abgeschoben. „Von den Arbeitnehmern wird seit der Verabschiedung des Mutterschaftsurlaubs immer wieder als Argument der Ausbau der sozialen Errungenschaften angeführt, daß die Firmen bei Einstellung häufig Männer vorziehen läßt“ („Frankfurter Rundschau“, 3.4.80).



Frauenaktion am Gerhart-Hauptmann-Platz in der Hamburger Innenstadt: Die Teilnehmerinnen des Kurs „Frauen in Männerberufen“ demonstrieren für eine finanzielle Absicherung ihrer Ausbildung. Die Frauen, überwiegend alleinstehend und Mutter, erhalten für ihren Unterhalt und den ihrer Kinder zwischen 450,- und 896,- DM, die sie obendrein noch von verschiedenen Behörden erst erkämpfen müssen. Bemessungsgrundlage sind 80 % des vorherigen Nettoeinkommens — eine Regelung, die auf vorher voll berufstätige Männer zugeschnitten ist, aber nicht auf Frauen, die vorher gar nicht oder teilweise „beschäftigt“ gewesen sind. Die Kursfrauen fordern einen Pauschalbetrag von 1.200,- DM und Unterhaltsgeld für ihre Kinder. Damit sollen nicht zuletzt auch Arbeitsamt und Berufshilfswerk auf die frauenspezifischen Schwierigkeiten in der Männerberufswelt aufmerksam gemacht werden (nach „Morgenpost“, 29.5.80).



In „Männerberufen“ demonstrieren die Frauen, die in sog. Männerberufen ausgebildet werden, für ihr Recht auf finanzielle Absicherung.



## Ein schöner Erfolg: 1500 Frauen auf dem Tribunal gegen § 218

Aus allen Teilen der BRD kamen am 31.5. und 1.6.1980 Frauen zusammen, um in einem Tribunal Politiker, Medien, Ärzte, Kirchen, Pharmaindustrie und Krankenhäuser anzuklagen.

Entstanden war die Idee zu diesem Tribunal auf einem Treffen von § 218-Beratungsgruppen im Herbst 1979 in Frankfurt. Innerhalb eines 3/4 Jahres trugen Frauengruppen aus allen Teilen der BRD Material zusammen, um die Boykottierung und Unterwanderung des derzeitigen § 218, die Hetze und Diffamierungen gegen Frauen, fortschrittliche Ärzte und Beraterinnen aufzuzeigen. Alles Material soll als Dokumentation in Buchform baldmöglichst veröffentlicht werden. Bis zum 15.6. können und sollen noch Erfahrungsberichte sowie Eindrücke vom Tribunal (Lob und Tadel) geschickt werden an: Katriin Retzlaff, Topfstr. 8, 6000 Frankfurt/Main.

Während beider Tage verfolgten die anwesenden Frauen die Beiträge mit viel Konzentration und Aufmerksamkeit. Ins Detar, Schneewittchen und die Frauen-Rockband Pimpinella Paprika sorgten mit ihren Liedern für Stimmung beim Frauenfest am Abend und während des Tribunals am Samstagmittag. Aufgelockert wurden die Referate zu den einzelnen Anklagepunkten auch durch viele Spritzige und witzige Theaterstücke der Frauen selbst. Das Auditorium mehrmals zu wahren Begeisterungstürmen hinreißen!

Sie zum Tribunal hatten annähernd 200 Frauengruppen, Organis-

tionen und Parteien ihre Unterstützung zugesagt – eine in dieser Breite und Vielfalt wohl bisher einmalige Veranstaltung der neuen Frauenbewegung im Kampf gegen § 218.

Eine genaue Auswertung des Tribunals sowie eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Meinungen, die es zum § 218 gibt (was während der Vorbereitungen des Tribunals deutlich wurde), wollen wir in einer der nächsten Nummern des AK vornehmen.

### Weg mit dem § 218!



Preis: DM 2,50  
zu beziehen bei Hamburger  
Satz- und Verlagskooperative  
Lerchenstraße 76, 2. HH 50

## Für die Anerkennung des 8. März als Internationalen Frauentag

Der Versuch des DGB-Vorstandes, die Teilnahme des Gewerkschafters am Internationalen Frauentag zu verweigern, ist kläglich gescheitert. Eine kleine Rückschau der gewerkschaftlichen Presse zeigt, daß die Frauenausschüsse besonders der IG Metall, der IG Druck und Papier, der IG Chemie und der ÖTV für nächstes Jahr Beschlüsse auf gewerkschaftlichen Konferenzen zur Anerkennung des Internationalen Frauentages erreichen wollen. Schlagzeilen in der gewerkschaftlichen Presse wie „Der 8. März ist unser Tag, keiner schiebt ihn weg“ (Druck und Papier, 8/80) sollen der DGB-Führung deutlich machen, wie die Einstellung der gewerkschaftlichen Basis ist: Begeisterung und Jubel zeigen die organisierten Frauen über die Aktionen und Veranstaltungen am 8. März dieses Jahres: „Frauentag mit Zukunft“ ermuntert ein Artikel der „Metall“ (März '80). Die ÖTV-Frau-

en haben für ihren Gewerkschaftstag eine Entschließung vorbereitet. Der DGB Bundesvorstand wird darin aufgefordert, am 8. März 1981 eigene Veranstaltungen durchzuführen. Der Frauenausschuß der Hamburger IG Metall hat zum IGM-Gewerkschaftstag in diesem Jahr ebenfalls eine Entschließung verabschiedet: „Der Vorstand der IG Metall wird aufgefordert, die alljährlich zum Internationalen Frauentag von den Gewerkschaften durchgeführten Veranstaltungen zu unterstützen. Der Beschluß der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz 1910, den Internationalen Frauentag durchzuführen, richtet sich gegen die Diskriminierung der Frauen, insbesondere setzte er sich für das Frauenwahlrecht ein. Das Frauenwahlrecht ist verwirklicht, jedoch gibt es nach wie vor die Lohndiskriminierung, schlechte Ausbildungs- und Bildungschancen, den § 218 und damit

allen Grund, unsere geschichtliche Tradition fortzusetzen und den Internationalen Frauentag alljährlich zu begehen. Deshalb wird sich der Vorstand der IG Metall dafür einsetzen, daß der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der 8. März sei unvereinbar mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft, aufgehoben wird.“

Der DGB Vorstand wird wohl kaum darum kommen, sein Verbot für nächstes Jahr aufzuheben. Der Widerstand der gewerkschaftlich organisierten Frauen hätte dies möglich gemacht. Allerdings wäre es gut, wenn die engagierten Gewerkschaften auch für die bislang erfolgreichen Bündnisse mit den Frauen der Frauenbewegung und den Frauen der Linken eintreten.

Kommision  
Betrieb und Gewerkschaft

„Metall“ (März '80). Die ÖTV-Frau

## Die Giftnudeln regen sich

Seit gut einem Jahr treffen sich autonome Frauenreferate und Uni-Frauentag-Gruppen zu einem nationalen Erfahrungsaustausch, das letzte Mal Ende April mit über 30 Frauen aus Kiel, Braunschweig, Bremen, Emden, Bamberg, Münster, Hildesheim, Hamburg, Bochum und Göttingen. Das Treffen entstand in Opposition zum MSB-dominierten Projektbereich (PB) Frauen der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften), der für sich das Alleinvertragsrecht der bundesdeutschen Uni-Frauenbewegung in Anspruch nimmt, in konkreten jedoch MSB-Parteiladenpolitik gemacht hat. Dies bekamen Frauen autonomer Frauenreferate immer dann zu spüren, wenn sie versuchten, ihre Inhalte in die VDS-Frauenpolitik gleichberechtigt einzubringen. Außer strapazierten Nerven mit dem MSB-Frauen ist von einer PB-Tagung nichts übrig geblieben.

Die Frage des Austritts aus dem PB steht daher immer wieder auf der Tagesordnung. Während das Frauenreferat der Uni-Bochum diesen Austritt für sich bereits beschlossen hat, konnten sich die meisten Frauen mangels eigener Erfahrung und nicht stattgefundenen Diskussion in ihren Gruppen noch nicht entscheiden. Eine weitere Gruppe von Frauen hielt einen Austritt aufgrund der in jüngster Zeit von MSBlerinnen gemachten Zugeständnisse (z.B. Unterstützung des Tribunals gegen § 218) für falsch. Finig waren sich alle einmündet darin, sich auf das autonome Treffen zu konzentrieren, weil wir in unserer Arbeit davon am meisten profitieren und weil wir nur dann Aussichten ha-

ben, den PB endlich zur umfassenden Vertretung der Unifrauenbewegung zu machen, wenn wir den MSB mit unserer Stärke unter Druck setzen können.

Um gleich damit anzufangen, beschlossen wir, eine nationale Uni-Frauentag-zeitung herauszugeben, deren Null-Nummer erstmalig der Vorstellung der Arbeit von Frauenreferaten und -gruppen in den verschiedenen Städten dienen soll. Nach einer mit viel Spaß und Gelächter stattgefundenen Namenssuche einigten wir uns schließlich auf „GIFTNUDEL“.

Artikel und Vorbestellung (IDM pro Exemplar muß per Postanweisung vorher bezahlt werden) können geschickt werden an:

PH-Frauenreferat  
ASTA PH Münster  
Scharnhorststraße 103  
4400 Münster  
Tel.: 0251/46838

Das nächste Treffen findet vom 20.-22. Juni 80 in Lemgo statt, dort wollen wir über das § 218-Tribunal, den Selbsthilfekongress und das Leberntreffen (die bis dahin stattgefunden haben werden), unser Autonomie-Verständnis und die Bundestagswahl reden.

Nähere Informationen beim  
Frauenreferat der RUB Bochum  
Lennerholzstraße 60  
4630 Bochum  
Tel. 0234/701855

Zwei Genossinnen des SSB-Hamburg

### Rinnvorlesung Ringvorlesung



von Frauen für Frauen

- 23.4. Warum Forschung zur Geschichte der Frau?
- 7.5. Berufsbiographien und Lebensgeschichte von Frauen
- 21.5. Probleme des 2. Bildungsweges – Frauen an der Hochschule für Wirtschaft und Politik
- 4.6. Projekt Frauenstudium im Bereich Soziologie/Politologie
- 11.6. Frauen und Film
- 18.6. Frauen in der Literatur – Literatur von Frauen
- 25.6. Frauen erziehen?
- 2.7. Von der sprachlichen Überlegenheit der Frau oder warum studiert Frau Fremdsprachen?
- 9.7. Am Beispiel Gewalt gegen Frauen und dem Frauenhaus
- 16.7. Zwischenbilanz mit anschließendem rauschenden Fest

mittwochs, 19 Uhr, PH A

Veranstalter der Vorlesungsreihe sind die Initiative für Frauenforschung und das ASTA-Frauenreferat

Kontaktadresse: Karin Brüdgen  
Lorenstr. 37/58  
Hamburg 70  
Tel. 695 21 37

## Uni-Chefarzt prozessiert gegen Bunte Liste Freiburg

Die Anschuldigungen der Bunte Liste Freiburg gegen den Chefarzt der Uni-Frauenklinik, Hillemanns (wir berichten darüber in AK 173) haben in den letzten Wochen einigen Staub aufgewirbelt.

Ein Redakteur des „Stern“ nahm die Kritik der Bunte Liste (BL) zum Anlaß, um eigene Recherchen über die Zustände an der Klinik anzustellen. Das Ergebnis deckt sich weitgehend mit den Recherchen der BL und war im „Stern“ 13/80 nachzulesen.

Nachdem durch diesen Artikel und durch mehrere Veranstaltungen der BL der Skandal in aller Munde war, sah sich Hillemanns veranlaßt, gemeinsam mit der Univeritätsverwaltung die Gerichte einzuschalten. Die Staatsanwaltschaft stellte einen Antrag auf Beschlagnahme der BL-Zeitung, in der über die Vorfälle an der Uni-Klinik berichtet wurde. Dieser Antrag

wurde zweimal von Freiburger Gerichten abgelehnt. Hillemanns erstattete Anzeige gegen die Bunte Liste und gegen eine der betroffenen Frauen. Die Universität Freiburg erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die Bunte Liste, durch die ihr unter Androhung von 500 000 DM Geldstrafe untersagt wurde, weiterhin zu behaupten, daß das Zustandekommen der Gebärmutteroperationen bei Witwen um die 50 Jahre herum an der Frauenklinik üblich sei.

Gegen diese einstweilige Verfügung legte die Bunte Liste Widerspruch ein, der jedoch zurückgenommen werden mußte, da die BL mit den bisher bekannten Fakten nicht beweisen konnte, daß derartige Praktiken an der Uni-Klinik üblich sind.

KB Freiburg

KB Freiburg

der über die Vorfälle an der Uni-Klinik berichtet wurde. Dieser Antrag

## Offener Brief an einen Genossen

Im AK 174 fand ich einen interessanten Artikel über Frauenreferate, der meines Erachtens das Verständnis vieler Genossen bzw. linker Männer zur „Frauenfrage“ deutlich macht. Eben dieses „Verständnis“ stinkt mir allmählich, und deshalb möchte ich dazu Stellung nehmen und zur weiteren Diskussion auffordern. (Es geht in dem betreffenden Artikel um die negativen Erfahrungen, die ein Genosse beim Verkauf einer Frauenzeitung machte.)

Lieber Genosse!

Ich frage mich, wie du als Mann eigentlich dazu kommt eine Frauenzeitung zu verkaufen. Man dürfte hier wohl erst mal davon ausgehen, daß du eine weitestgehende Betroffenheit an der „Frauenfrage“ entwickelst und das Bedürfnis hast, uns Frauen in unserem Kampf darum zu unterstützen, unsere doppelte Unterdrückung im Kapitalismus deutlich zu machen und unsere Situation zu verändern.

Wie sieht es nun mit deiner Betroffenheit aus? Nun, du selbst schreibst dazu: „Die Erfahrungen (nämlich angenehm zu werden d. Verf.), die ich damit gemacht habe, haben mich doch ziemlich überrascht.“ Keine Frage, Genosse: Wenn du dich schon mal ansatzweise mit dem Zeitungsverkauf auseinandergesetzt hast (und davon gehe ich einmal aus), warum überwachst du dann die Erfahrung, daß du dabei angenehm wirst bzw. auf „Unverständnis“ stößt?

Und daß besonders wir Frauen Schwierigkeiten haben uns gegen diese Annahmen (die auch in erster Linie von Typen kommen) zu wehren bzw. sie für uns zu verarbeiten, dürfte wohl auf der Hand liegen (wenn du davon ausgehst, daß wir in der Regel nicht über das Selbstbewußtsein von auch Typen verfügen, uns ohne viel action darüber hinwegsetzen).

Da ich davon ausgehe, daß du sozusagen bekannt mit diesen Erfahrungen bist, schreibe ich dir vor allem, daß du diesen denn zur Antwort gegeben? (Darüber schreibe ich dir nämlich nichts!)

Ich finde es auch merkwürdig, als Frau z.B. eine Schwulenzzeitung zu verkaufen. Obwohl ich meine, den schuldigen Grund eine grundsätzliche solidarische Einstellung entgegenbringen zu wollen, sind doch auch in meinem Kopf die Relikte unserer bürgerlichen Erziehung und Anpassung vorhanden. Und gerade mit diesen Vorurteilen, bürgerlichen Vorstellungen usw., die ich selbst im Kopf habe, wird doch eine Unter-

So beschreibst du, wie dir gerade von Männern die Frage gestellt wird, warum du als Mann eine Frauenzeitung verkaufst. Lieber Genosse, was ist an dieser Frage eigentlich so übel? Und vor allem: Was hast du dabei denn zur Antwort gegeben? (Darüber schreibe ich dir nämlich nichts!)

Ich finde es auch merkwürdig, als Frau z.B. eine Schwulenzzeitung zu verkaufen. Obwohl ich meine, den schuldigen Grund eine grundsätzliche solidarische Einstellung entgegenbringen zu wollen, sind doch auch in meinem Kopf die Relikte unserer bürgerlichen Erziehung und Anpassung vorhanden. Und gerade mit diesen Vorurteilen, bürgerlichen Vorstellungen usw., die ich selbst im Kopf habe, wird doch eine Unter-



Fortsetzung von Seite 28

drückungssituation den Schwuler gegenüber geschaffen.

Wie kann ich deren Position vertreten, wenn ich selbst noch (zum mindesten punktuell) „auf der anderen Seite“ stehe?

Wie kann denn ich andere Menschen zur Auseinandersetzung mit den Schwulen Positionen bringen, wenn ich selbst von dieser Unterdrückung, gegen die sie sich wehren, nicht betroffen bin?

In diesem Artikel charakterisierte ich die Einstellung der Typen mit dem Satz „Aha, ein Mann, der seine Geschlechtsorgane vertritt“. Ich finde dieses Mißtrauen die gegen über völlig berechtigt und wurde so gar noch weitergetrieben. „Aha, ein Mann, der sich selbst verleugnet!“

Meiner Meinung nach betreibt du mit dem Verkauf einer Frauenzeitung nichts anderes als die Verweigerung ganz elementarer Widersprüche zwischen Frauen und Männern. Und Frauen geht es doch nicht lediglich darum, klarzumachen, daß wir a u c h von diesem System unterdrückt werden, sondern, daß eine z u n i c h t e, z T sogar perfide Unterdrückung gerade von euch Männern übernommen wird.

Indem du deine „Solidarität“ mit uns Frauen in dieser Form kundtut, versuchst du doch, dich selbst als jemand darzustellen, der uns nicht (mehr?) unterdrückt und einschränkt. Und das, lieber Freund, ist doch wohl mehr als fragwürdig! Nicht umsonst machst du dich in deinem Artikel in recht arroganter Weise über die „verständnislosen“ Reaktionen anderer lustig. Vor allem kritisiert du auch die Männer, die offen sagen, daß sie mit einer Frauenzeitung nichts anzufangen wissen. Was ist denn an deren Einstellung übel? Die sagen immerhin ehrlich, was sie dazu in der Hirt haben (nämlich nichts)!

Mit deinem Artikel versuchst du, dich als jemand zu verkaufen, der ein Stück Frauenunterdrückung selbst erfahren hat. Daß das nicht hinreicht, beweist du selbst doch gerade damit, daß du am Schluß auch noch behauptest, es hätte dir Spaß gemacht. Ein Schuldeingeständnis? W a s h a t d i r denn dabei Spaß gemacht? Die „Anzeichen“, die „Verständnislosigkeit“ der anderen, die du in deinem Artikel beschreibst? Du hast ja echt keine Ahnung! Wenn du dich tatsächlich von unserer Situation betroffen fühlen würdest, so hätte das dich doch wohl traurig und wütend machen müssen! Dein „Spaß“ an dieser Sache klingt mir vielmehr nach krankhafter, revolutionärer Heilungsdeologie à la Popow „Als die Nacht verging“ o.ä.

Mit dieser „tollen“ Solidarität uns Frauen gegenüber versuchst du doch im Grunde nur, dich ein Stückchen freizukaufen. Freizukaufen von der Position als Mann und Unterdrückter. Damit erweist du uns Frauen (und dir selbst!) einen denkbar schlechten Dienst!

Was ich als Frau von dir erwarte ist nicht eine formale Solidarität, in schlechten Ideen!

Was ich als Frau von dir erwarte ist nicht eine formale Solidarität, in dem du Frauenzeitschriften verkaufst oder uns in Diskussionen auch mal was sagen läßt, sondern eine offene Auseinandersetzung über das, was du an Mist im Kopf hast. Ich erwarte, daß du diesen Mist offen darlegst und damit deine Position als Macker für uns angreifbar machst. Für mich als Frau ist das die einzige Ebene, auf der ich ein Vertrauen zu euch erst wackeln kann. Und auf dieser Ebene läßt sich leider immer noch kaum ein (linker) Typ ein!

Das beste Beispiel aus der letzten Zeit ist für mich das Verhalten der meisten Genossen auf unserer Demo am 8. März. Immer wieder wurde ihr dazu aufgefordert, am Schluß der Demo einen eigenen „Solidaritätsblock“ zu bilden und uns Frauen ansonsten allein gehen zu lassen. Für die meisten von euch war es allerdings schlichtweg unmöglich, darauf zu verzichten. Eure ewige Unabhängigkeit (die ihr im Kopf habt) zu dem pattern!

Warum bleibt ihr eigentlich nicht wenigstens an diesem Tag zu Hause und bewahrt eure Solidarität lieber praktisch, indem ihr in der Zeit z B schon mal den Abwasch macht, ein kauft oder sonstwas? Mich ärgert dieses opportunistische Verhalten immer wieder und du kannst dich darauf verlassen, daß du sollte ich zufällig in einer linken Kneipe sitzen, wenn du mit deiner Frauenzeitung ankommst, bestimmt nicht ohne Diskussion an meinem Tisch vorbeikommt!

Lieber Genosse, ich bin besonders gespannt auch auf deine Reaktion zu meinem Brief. Ich erwarte eine wahre Auseinandersetzung mit meiner Position und hoffe, daß es dir und den anderen Genossen (trotz gleich auch bestimmten Frauen) mög lich sein wird, ohne das übliche Schulblendenken (siehe, schon wieder diese „Feministinnen“) darauf einzugehen.

Mit solidarischem Grollen!  
B

## Wege der Liebe einer Frauenfreundschaft

Kürzlich hatte ich eine sehr hilfreiche Diskussion mit einigen Genossinnen aus der AG Lesben. Ausgangspunkt war der Artikel im AK „Warum zwöl Leiden in der Frauenleistung“. Dort wird in einer Passage gefordert, daß alle Frauen, die mit Frauen befreundet sind, sich in einer Lesbengruppe organisieren sollten, auch wenn sie aus Zeitgründen aus anderen Arbeits gebieten aussteigen müssen. Ich fand/finde das nicht richtig, weil ich denke, dies muß jede Frau/Lesbe selbst entscheiden.

Diese Differenz besteht zwar weiter, trotzdem wurde mir in der folgenden Diskussion deutlich, wieviele Berührungspunkte ich doch noch gegenüber Lesben habe. Ich fühle mich durch die Passage persönlich angesprochen und sah mich „zwangswise“ mit einem Schild um den Bauch schon in der Öffentlichkeit. Und gerade das war nicht mein Problem, vielmehr bewegte mich meine Freundschaft mit einer Frau, zu der ich auch eine erotische Beziehung habe. Seitdem unsere männlichen Freunde davon wissen, ist unsere Freundschaft eine Gefahr im doppelten Sinne des Wortes. Die offensiv Herangehensweise der lesbischen Genossinnen und einiger anderer Frauen, die ähnliche Probleme andeuten, ermutigte mich zu einer neuen „Offensive“ meiner Freundin gegenüber: Ich schlug ihr vor, einen Artikel zu schreiben, um anderen Frauen Mut zu machen für ihre Freundschaften mit Frauen. Wir haben begleitet eine Gesprächsaufzeichnung über die Wege der Liebe einer Frauenfreundschaft und ihrer Schwierigkeiten für auch nachgezeichnet.

A: „Und wenn du mal 'ne Freundin suchst, so suche dir die rechte denn unter hundert Freundinnen sind 99 schlechte.“ So heißt einer der meistgeschriebenen Sprüche in meinem Nachschub aus der Schulzeit. Kaum besser konnte meine Beziehung auf den Punkt gebracht werden. Kein einziger Spruch warnte mich vor den Männern oder machte auch nur einen Ansatz, mich aufzuklären. So waren auf langer Zeit Frauen für mich diejenigen, die über andere schluderten, die nur ihre Kinder im Kopf haben, die ihre politische Meinung immer mit ihren Männern begründen. Ich wollte anders sein als sie und erzählte auch von, bino, ab Meinung immer mit ihren Männern begründen. Ich wollte anders sein als sie und grenzte mich von ihnen ab, indem ich vorgab, daß ich mit Männern besser zusammenarbeiten konnte. Sie waren eben unkomplizierter.

Erst die Diskussion um die Frauenfrage änderte mein Bewußtsein radikal. Änderte meine Sensibilität gegenüber den Frauenfeindlichkeiten in unserer Gesellschaft änderte meine Haltung gegen das mackerhafte Auftreten unserer Genossen. Ich wurde aktiv in der Frauenfrage und schloß mich mit den Genossinnen zusammen. Heute arbeite ich mit Frauen besser zusammen und, das versteht sich wohl von selbst, habe größere Schwierigkeiten mit Männern. Doch darauf will ich hier nicht näher eingehen. Trotz meiner Beziehung hatte ich schon immer den Wunsch eine richtige Freundin zu haben, mit der ich über alles reden kann. Eine Schulfreundin verlor ich, weil ich so wenig Zeit hatte und zuhause immer die Wohnung reinigen mußte. Eine Freundin, die mit einem Ausländer verheiratet war, verlor ich, weil er eine reaktionäre Auffassung von der Frauenfrage hatte und sie sich unter seinem Druck für ihn entschied. Wir waren nicht sexuell miteinander befreundet, aber ich liebte sie. Mein Kummer war groß und meine Enttäuschung über ihr Verhalten machte mich mißtraulich gegenüber jedem neuen Ansatz einer Freundschaft mit Frauen. Ich konzentrierte mich auf Männerbeziehungen.

B: Seit ich denken kann, habe ich langjährige Freundschaften zu Mädchen und später zu Frauen gehabt. Von dem Zeitpunkt an, wo ich auch mit Männern zusammen war, wurden meine besten Freundinnen für mich lebensnotwendig, weil ich sonst einfach die Freundschaft zu meinem damaligen Freund nicht durchgehalten hätte. Meine Freundin und ich konnten über alles reden, wir haben gegenseitig unsere Seelen gepflegt, viel zu

sammen gelebt. D.h. wir beide haben eigentlich mehr miteinander gelebt als mit unseren jeweiligen Männern.

Wir haben unsere Schule gemeinsam durchgestanden. Die Hände gehalten vor der Abiturprüfung, täglich Stunden telefoniert, um die Examen durchzustehen. Wir haben auch zusammengehockt, um uns Strategien und Taktiken zu überlegen, wie wir unsere Männer erziehen wollten. Die Freundschaften zu Männern waren vom Machbaren, von dem, was an intensiver Zuwendung, an totaler Verleihen unserer geheimen Wünsche und Träume notwendig war, sehr begrenzt. Ohne meine Freundinnen hätte ich es mit keinem Mann lange ausgehalten.

Die Freundschaft zu dir hat mich ganz langsam entwickelt, angefangen vor ca. vier Jahren. Ich mochte dich schon immer gerne, habe dich öfter besucht, dich beobachtet, mit welchen Frauen du so zusammen wart und gedacht, eigentlich möchte ich das auch. Unter Vorwänden, mit dir politisch was Wichtiges besprechen zu müssen, habe ich dich angerufen oder aufgesucht, und dann haben wir auch immer mehr über uns geredet. Irgendwann ist dann bei mir mal 'ne Glühbirne angegangen und ich hab gedacht, daß ich ganz schön in dich verknallt bin. Das habe ich mutig meinem damaligen Freund erzählt. Der fand das toll und hat mich dazu ermuntert, daß ich dir das sagen müsse.

mich längere Zeit als dich in einen desolaten Zustand und die Unfähigkeit, damit fertig zu werden.

Logischerweise war in dieser Zeit unsere Freundschaft von besonderer Bedeutung. Wir ermunterten uns gegenseitig zu neuen Wegen, um die Abhängigkeit von unseren Männern zu überwinden. Bei unseren Beratungen hatten wir mal das Kriegsbeil gegen die Männer ausgegraben und ein anderes Mal im wahrsten Sinne des Wortes Strategie und Taktik für einen neuen Feldzug in unserem Leben entwickelt. Natürlich kam es auch oft anders als wir dachten, aber über unsere Freundschaft konnten wir Enttäuschung, Unsicherheiten und anderes gut auffangen.

Über diese Entwicklung lerntest du einen neuen Genossen kennen, dessen Freundschaft dir viel bedeutet, aber keineswegs im Widerspruch zu unserer Freundschaft stand/steht (?) Ich war nicht eifersüchtig im Gegenteil. Ich konnte mich mit dir freuen und ermunterte dich auch zu dieser Freundschaft. Ich wußte, daß ich dich nicht verlieren, weil unsere Entwicklung uns tief verwurzelt hatte. Diese Freundschaft machte es mir auch möglich, zu anderen Frauen ein offeneres Verhältnis zu haben, sie mal in den Arm zu nehmen, wenn ich das Bedürfnis hatte. Mein Vertrauen in Frauenfreundschaften ist groß geworden.



jetzt oder nie, sowas passiert einem doch nicht alle Tage. Ich habe nichts gesagt, sondern verdrängt.

Unsere Treffen wurden häufiger und in einem Sommer sind wir zu sammen mit unseren Männern in Urlaub gefahren, wo ich mit meinem Freund ein paar Problemchen bekommen habe, weil ich sooft mit dir irgendwas unternommen habe. Er fühlte sich vernachlässigt und um den Erholungsurlaub des Urlaubs betrogen was zu einigen nächtlichen Debatten führte.

A: Als ich mal mehr Schwierigkeiten in meiner Männerbeziehung hatte, als ich allein verkränkt konnte ging ich zu dir. Du hattest mich häufiger angerufen und du warst die einzige Frau, zu der ich Vertrauen hatte. Seitdem entwickelte sich unsere Freundschaft sehr toll, wir redeten stundenlang über alles, was uns bewegte, und freuten uns über die Freundschaft zueinander. Zum ersten Mal konnte ich mit dir alles besprechen, was auch mit meinen Beziehungen zu Männern problematisch war. Beide hatten wir langjährige Beziehungen zu einem Mann, du liebtest immer schon eigenständiger und unabhängiger mit deinem Freund zusammen, während ich in den Fesseln einer eheähnlichen Beziehung hing. Trotzdem brach für uns eine Welt zusammen, als sich unsere Männer mit anderen Frauen anfreundeten. Mein Freund machte es sogar heimlich und es verletzte

Eine andere Freundin erzählte mir dann irgendwann, daß sie Lust hätte zu mir zärtlich zu sein. Natürlich hatte ich allgemein auch mal darüber nachgedacht, aber im Konkreten traute ich mich nicht, das auszusprechen. Ich hatte wahrscheinlich noch vor einiger Zeit einen Schock bekommen, weil das für mich völlig abwegig war. Schon früher hatte ich viele Lesben kennengelernt und Beziehungen mit ihnen angelehnt, weil ich irgend wie dachte, sie wären Opfer ihrer Erziehung und unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Ich konnte mit der Freundin, die zärtlich zu mir sein wollte, ein gutes Gespräch führen und ihr erklären, daß meine Bedürfnisse gegenüber nicht sexuell sind. Trotzdem war ich verunsichert, wie sollte ich mich jetzt verhalten? Kann ich sie jetzt noch spontan in den Arm nehmen, ohne daß sie dies anders interpretiert? Ich versuchte, mich so zu verhalten, wie ich es immer getan hatte. Dann erzählte ich dir davon um mich zu beraten. Es war ganz seltsam, alles ging leicht von den Lippen und irgendwann lag es in der Luft dieses Thema war auch für uns beide bislang tabu. Während des Gesprächs wurde mir klar, daß ich mit dir gern zärtlich sein wollte. Wir redeten ganz offen über unsere Bedürfnisse und waren begeistert.

B: Erst jetzt habe ich mich auch getraut, von meinen Gefühlen dir gegenüber zu sprechen. Da ich deine

Angst vor zärtlichen Beziehungen zu Frauen kannte, hatte ich immer die Befürchtung gehabt, dich mit meinen Wünschen zu verschrecken.

Damit fingen die Schwierigkeiten an ...

Aus unserer Begeisterung heraus erzählten wir unseren eigenen Freunden und Freundinnen über die neue Qualität unserer Freundschaft. Die Reaktionen waren in der Tat sehr unterschiedlich. Alle Frauen fanden es toll und freuten sich darüber. Die Männer dagegen verhielten sich sehr unterschiedlich.

B: Ich erzählte meinem alten Freund und einem anderen Mann aus meinem Freundeskreis von den für mich ganz neuen aufregenden Erfahrungen mit dir. Die beiden fanden unsere Freundschaft interessant oder waren sogar total begeistert, weil sie selbst den Wunsch haben, einen Freund zu haben oder das sexuelle Zusammensein von Frauen ihre eigenen sexuellen Phantasien anregte. Ich fand meine Freundschaft mit dir sehr spannend und erwartete von meinem Freund eine ähnliche Reaktion. Ich brachte darauf es ihm zu erzählen und dachte er freut sich auch. Ganz schön naiv! Die Antwort war: „Naja, wenn ihr euch dabei keinen abkrampft!“ Das war ein Schlag ins Gesicht! Würde ich je so etwas sagen, wenn er mit einer anderen Frau schlüpft? Der Spruch war kein Ausrutscher, er hat ihn am selben Abend noch einmal wiederholt. Ich hätte mir mal einfallen lassen sollen, so abfällig über eine seiner Freundschaften zu sprechen. Von ihm wurde immer gemeinsam mit Männern geplanter Urlaub in Frage gestellt.

A: Mein Freund reagierte zwar nicht so aggressiv, drohte mir aber für den Urlaub an, sich auch seinen Spaß zu machen, wenn ich mal bei dir schlafen wollte. Wir entschlossen uns, ohne die Männer in Urlaub zu fahren. Dieses Jahr war gewissermaßen ein Jahr der Offensive in unserer Freundschaft.

B: Mit der Zeit habe ich immer mehr herausbekommen, daß mein Freund unter der Freundschaft, die ich zu dir habe, leidet. Das hängt, glaub ich, in erster Linie damit zusammen, wie ich an Frauenfreundschaften herangehe. Ich habe immer der Standpunkt vertreten, daß meine

schaften herangehe. Ich habe immer der Standpunkt vertreten, daß meine Beziehungen zu Frauen (bisher) war das mit einer Ausnahme so) irgendwie von vornherein auf „endlos“ eingestellt sind. Männerfreundschaften sind dagegen aus allen meinen und anderer Frauen Erfahrungen her begrenzt, irgendwann ist es aus und ich habe immer Angst, mich in eine Sache zu doll reinfallen zu lassen, weil ich dann nicht kaputt wieder vor dem Nichts stehen will.

Frauen haben da erstmal ganz schön viele „Vorschußlorbeeren“ von mir aus. Mein Freund findet diese Haltung von mir nicht richtig, weil sie an der Wirklichkeit vorbeigeht. Weil Beziehungen zu Frauen, meine Beziehung zu dir, nicht stabil sein müßten, nur weil du eine Frau bist. Es ist bisher immer noch so, daß er (ein Mann) bei mir um Vertrauen hart kämpfen muß, sozusagen sich die „Lorbeeren“ verdienen muß. Es ist nicht gut, wenn er daran arbeitet, daß ich meine positive vertrauensvolle Einstellung dir und anderen Frauen gegenüber verändere.

A: Mein Freund würde nie zustimmen, daß er eifersüchtig auf dich ist, dafür macht er Sprüche, die mich auf den Weg zu dir begleiten. „Na hast du wieder mit deiner Freundin herumgeschmusht?“ „Du hast ja nur sie lieb und mich nicht mehr?“ Oder: „Jetzt läßt du mich wieder ganz allein.“ Für mich erscheint diese moralische Art ein Gespräch mit ihm über unsere Freundschaft. Dies wird er erst, seitdem er weiß, daß wir auch zärtlich zueinander sind. Vorher hat ihn unsere Freundschaft überhaupt nicht beschäftigt.

B: Wie tiefgreifend das Problem ist, kennen der beiden lieben Men



Fortsetzung von Seite 29

schon gegeneinander zu stellen, ist mir unter anderem an einer Frage zu meiner Sexualität klar geworden. Mein Freund fragte mich (und ich bin völlig überzeugt, ohne Hintergedanken) was ich schöner finde: einen Orgasmus zu haben, wenn sein Pimmel bei mir drin ist, oder einen zu haben, ohne daß wir so zusammen schlafen. Sofort klickerte es in meinem Kopf: Das kannst du ja gar nicht beantworten, denn meine Freundin hat ja keinen Pimmel! Ich glaube, ich habe gesagt, daß ich beides ganz toll finde, aber ich habe ihm nicht gesagt, was seine Frage bei mir für Gedanken ausgelöst hat (lieber Freund, viel Spaß bei der Lesung!).

Aber erzählten wir uns diese Vorfälle immer gegenseitig, aber ohne diese Eingriffe in unsere Freundschaft etwas zu unternehmen. Wir legten uns sogar Stillschweigen auf um ja nicht die Freundschaft zu unseren Männern zu gefährden, und aus Angst, wir könnten sie verlieren. Obwohl wir genau wissen, daß unsere Freundschaft, so wie sie bislang verlaufen ist, mit einem Mann gar nicht möglich ist, begaben wir uns in die Defensive, nach dem Motto: „der Feiertag gehört ihm“. Gegenseitige Rückzugsercheinungen in unserer Freundschaft schlugen sich zugunsten unserer Freunde nieder. Das Stillschweigen führte dazu, daß wir mit unseren Problemen allein waren. Mein Freund merkte sehr wohl, daß bei dir und mir irgendetwas nicht stimmte. Ohne den Anspruch, ein Gespräch zu führen, hörte ich ihn mit einem ironischen Unterton fragen: „Ne, triffst du dich nicht mehr mit deiner Freundin?“. Diese ironische Art ärgerte mich, irgendwie von unseren Schwierigkeiten zu erzählen. In diesem Moment hätte ich es als Niederlage oder Bloße empfunden. Demnach Freund gegenüber habe ich inzwischen ein ziemlich distanziertes Verhalten, wir waren mal gut befreundet. Aber dieses Gefühl, daß unsere Freundschaft in Konkurrenz zu einer steht und mit „Kampf“ erwartet, hat mich mehrmals schlucken lassen. Irgendwie hat das alles Spuren hinterlassen, ich denke dann immerzu, daß ich hilflos bin, wenn du oder ich gegenüber Sprüchen und Eingriffen auf unsere Freundschaft nicht ankämpfen. Die Resignation macht sich dann breit.

B Ein Teufelskreis hat eingesetzt. Ich schalt nicht ankommen. Die Resignation macht sich dann breit.

B Ein Teufelskreis hat eingesetzt. Wir beide liefen eine lange Zeit mit all unseren Ansprüchen und Wünschen aneinander herum, ohne darüber zu reden. Es war sogar so weit gekommen, daß ich manchmal gar nicht mehr so recht wollte, was es dir überhaupt in Bezug auf mich geht, was du denkst und fühlst. Es gab Sticheltreiben zwischen uns sinniglos so, ich würde ja wohl bald mit meinem Freund zusammenziehen. Pöbellich konnten wir nicht mehr über alles reden, plötzlich gab es dominierte Berichte über unsere anderen Beziehungen. Trotzdem standen unsere Freundschaftsansprüche aneinander weiter zwischen uns, die wir immer weniger verwirklichten, von denen ich mich irgendwann eingestrichelt fühlte. Ich war sehr unglücklich und unternahm ein paar Versuche, daß wir unsere Widersprüche klären. Das Ergebnis war jedesmal, daß mir eigentlich von dir immer klarer gemacht wurde, daß du dich immer mehr von mir zurückziehst, wenn ich nicht auch das verwirklichte, was früher alles so einfach zwischen uns gelaufen ist. Aber durch all diese Gespräche wurde ich immer müde, fühlte mich auch abgeblockt. Besonders traurig und betroffen war ich über unsere Distanz, da ich ja weiß, wie toll es sein kann.

Innerlich hat diese Situation bei mir zu Einsamkeitsgefühlen geführt. Nicht Hoffnung und Lösung, aber Folge davon war, daß ich mich sehr auf meinen Freund konzentrierte. Auch ihm ist meine Verstoßtheit aufgefallen, wann ich von dir sprach. Er wollte, im Gegensatz zu deinem Freund, mit mir über meine Schwierigkeiten mit dir reden. Ich bin da sehr zurückhaltend, da ich denke, daß wir damit allein fertig werden.

Jede zwischenmenschliche Beziehung hat ihre Schwierigkeiten. Die Auswertung unserer Erfahrungen hat uns klar gemacht, daß ein Teil der Schwierigkeiten in unserer Frauenfreundschaft daher rührt, daß diese Beziehung unter besonderer Beobachtung der Umwelt und unserer Freunde steht und wir immer wieder genötigt sind, dem Druck, der davon ausgeht, aus dem Weg zu gehen und damit unsere eigenen Bedürfnisse unterzubuttern.

Andererseits wirken auch in unseren eigenen Köpfen die gesellschaftlichen Bedingungen so, daß wir ständig besonders gezwungen sind, uns unseren Platz für unsere Frauenfreundschaft zu erkämpfen.

## Schwule Lehrer: Ein neues Selbstbewußtsein

### Zum 'schwulen Pfingsttreffen' von Lehrern und Erziehern in Hannover

Die Homosexualität ist „keinesfalls eine „Form menschlicher Sexualität“, heißt es im Lehrerbegleitheft zu einem weitverbreiteten Biologie Lehrbuch (v. Hagen, „Lebende Sexualität, Fortpflanzung“). „Die wechsellagige ausgeübte Reizung der Geschlechtsorgane, die hin und wieder sowohl unter Knaben als auch unter Mädchen in der Entwicklungszeit vor kommt“ hält derselbe Verfasser im Lehrbuch selbst für eine „Trieberkrankung“ und für „nicht unbedenklich“. „Wir wissen heute“, verkündet von Hagen, alle sexualwissenschaftlichen Erkenntnisse kühn beweise lassend, „daß es sich dabei (bei der Homosexualität - We.) in den wenigsten Fällen um eine angeborene Veranlagung (Hormonstörung), sondern meist um eine Verführung in den Pubertätsjahren handelt“.

Das ist nur eine bescheidene Kostprobe aus dem reichen Schatz schwulenfeindlicher Heiße, die in Lehrbüchern der Bundesrepublik zu finden ist. Nur eine Kostprobe für die alltägliche Beleidigung ihrer Identität, die schwule Lehrer hinnehmen sollen. Aber die Zahl derer, die die besondere Diskriminierung schwuler Lehrer und Erzieher nicht mehr hinnehmen wollen, wächst offenbar. Das zeigte sich in erfreulicher Deutlichkeit auf dem „schwulen Pfingsttreffen für Lehrer und Erzieher“ in Hannover. Über 80 Lehrer, ein gutes Dutzend Erzieher und einige Sozialarbeiter und Schulleiter waren der Einladung zu diesem ersten bundesweiten Erfahrungsaustausch gefolgt. Gut und gern doppelt so viele, wie die Veranstalter Mitglieder der Berliner „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher“ in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) - erwartet hatten.

Und es waren nicht nur die sogenannten „Bewegungsschwulen“, die da aus fast allen Teilen der BRD zusammengeströmt waren, sondern gerade auch viele Kollegen, die man sonst auf Treffen der Schwulenbewegung nicht zu sehen bekommt. Schwerpunkte der Diskussion wa-

ren u.a. der Erfahrungsaustausch über die berufliche und persönliche Situation schwuler Lehrer und Erzieher, die rechtlichen Schwierigkeiten bei offenem schwulen Auftreten, eine Auseinandersetzung mit den für den Unterricht zur Verfügung stehenden Medien zum Thema Homosexualität, die Frage von Pädagogik und Pädagogik und vor allem Überlegungen, wie durch organisiertes Vorgehen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft gegen die Diskriminierung vorgegangen werden kann.

Vor allem die rechtliche Situation schwuler Lehrer ist nach wie vor sehr unklar. Die Schulbehörden der Bundesländer vermeiden tunlichst jede klare Stellungnahme. Wie sich auf der Tagung in Hannover zeigte, wird die Homosexualität eines Lehrers zwar für sich genommen heute - auch in CDU-regierten Ländern - kaum noch disziplinarisch verfolgt. Auf der anderen Seite wird aber sorgfältig darauf geachtet, daß Homosexualität nicht „propagiert“ nicht fälschlich „geworben“ wird. Diese Propaganda kann aber bereits darin bestehen, daß der Lehrer seine Homosexualität nicht verheimlicht und damit ein „schlechtes Vorbild“ ist.

In der Praxis führt das dazu, daß der schwule Lehrer im Unterricht zu seinem heterosexuellen Kollegen, dessen familiäre Situation nicht ausdrücklich versteckt werden muß, zu Unspass wird. Und die Selbstverleugung wird auf die Spitze getrieben, wenn der Lehrer auf schwulenfeindliche Äußerungen von Schülern nicht eingehen kann, ohne seine eigene Homosexualität zu offenbaren. Oder wenn er kommentarlos haarsträubende Positionen in Lehrbüchern, wie die eingangs geschönderte, hinnehmen soll.

Aber die beherrschende Tendenz in Hannover war nicht Wehklagen, sondern ein neues Selbstbewußtsein. Und so standen die Berichte im Vordergrund, in denen gezeigt wurde, wie man trickreich und gewissermaßen „subversiv“ korrekte Positionen zur

Schwulenfrage in allen möglichen Fachern einschmuggeln und die Schuler zur Vorurteilsfreiheit erziehen kann. So im Geschichtsunterricht (Schwule im KZ), in Deutsch (Liebesgedichte, darunter mal eins über Schwule), in Sozialkunde (Normen menschlicher Beziehungen) sogar in Musik (die Homosexualität beeinflusst die Musik und thematisiert, so ist deutlich übergegangen, wenn ihre Biographie abgehandelt wird) usw. usw. Wichtig auch die Erfahrungen, die die doch erstaunlich zahlreichen Kollegen gemacht hatten, die ihr Schwulsein mehr oder weniger offen in der Schule zu erkennen gaben. Wie sie sich rechtzeitig mit ihren heterosexuellen Kollegen auseinanderzusetzen hatten, wie es gelang, die Isolation zu durchbrechen.

Besonders ermutigend wurde das Westfälischer Beispiel empfunden. Seit rund zwei Jahren gibt es dort die „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher“ in der GEW, die seit anderthalb Jahren auch offiziell als Gewerkschaftsgruppe anerkannt ist. Immerhin konnte die Gruppe in zwischen den Schulleitern zu der Erklärung veranlassen, „daß das Bekanntheit der Homosexualität eines Lehrers auch durch ihn selbst (!) gegenüber Schülern, Eltern, Kollegen für den Senator für Schulwesen kein Anlaß für dienstrechtliches Vorgehen ist“.

Außerdem wurde erreicht, daß dem (schwulenfeindlichen) einzigen Aufklärungstext zum Thema Homosexualität, der in den Landesbüchereien zur Verfügung steht, „Christian und sein Briefmarkenfreund“, die Zulassung als Unterrichtsmaterial entzogen wurde.

Im Begleitheft dieses Machwerks wird als Lernziel angegeben, Homosexualität als Triebverbrecher zu erkennen, dessen „bevorzugtes Opfer Jungen (sind), die am Beginn ihrer Pubertät stehen“.

„Ein widerlicheres und von jedem sexualwissenschaftlichen Wissen weniger belecktes Werk ist mir seit Jahren nicht mehr zur Kenntnis gebracht

wurden“, schrieb dazu der Salzburger Sexualwissenschaftler Professor Linas, Horne u.a.

Das Westfälischer Gewerkschaftsbeispiel wurde auf der Tagung in Hannover zum Anlaß genommen, daß es dort eine Gruppe homosexueller Lehrer und Erzieher zu bilden und den Kontakt unter Kollegen zu verbessern und damit Isolation und Angst zu überwinden. Vor allem aber auch, um in der GEW in Zukunft ähnliche Initiativen wie in Westfalen im Gang zu setzen. Dabei wird es auch darauf ankommen, eine von der Westfälischen Gewerkschaft unterstützte Initiative der GEW bei 300 Anwesenden einstimmig verabschiedete Resolution zum Gewerkschaftstag im Oktober zu unterstützen, in der ein Einsatz der GEW gegen die Schwulen Diskriminierung gefordert wird.

Wir werden diese Resolution in nächsten AK veröffentlichen und fordern unsere Hetero-Lehrerkollegen schon jetzt auf, sich in ihren Landesverbänden für diese Initiative stark zu machen und unter ihren Kollegen da für zu werben.

Mit welchen Schwierigkeiten schwule Lehrer auch innergewerkschaftlich noch zu kämpfen haben, machte ein Brief des GEW-Bundesvorsitzenden Erich Fauter zu der Tagung in Hannover deutlich. Fauter schrieb u.a.: „Toleranz ist aber Propaganda oder Desinformation (!) über Homosexualität durch Homosexuelle in der Schule bitte nicht ... Ich glaube auch, daß die homosexuellen Kollegen die Toleranzbereitschaft nicht überspannen sollten. Schließlich üben sie einen Beruf aus, den es nicht geben könnte, wenn ihr Sexualverhalten die Regel wäre ... Ich möchte es dabei belassen, daß das Sexualverhalten Privatsache unserer Mitglieder ist...“

Einen Vertreter des Hauptvorstandes mochte er nicht zum Pfingsttreffen schwuler Lehrer entenden.

Ww., Hamburg/  
Schwulengruppe des KB



## 7 Jahre Knast für homosexuelle Beziehungen mit Jugendlichen

Am 23. April wurde im Prozess gegen Kurt K. vor dem Karlsruher Landgericht das Urteil verkündet. Vorgeworfen wurden ihm in 27 Fällen homosexuelle Beziehungen zu Jugendlichen unter 18 Jahren, wobei zwei dieser Jugendlichen zu Beginn der Beziehung erst 13 Jahre gewesen seien. Im AK 173 berichteten wir ausführlich über den bisherigen Prozessverlauf.

Staatsanwalt Grunbaum leitete sein Plädoyer mit der Feststellung ein: „Bei dem Angeklagten handelt es sich, und das sage ich ihm ganz offen ins Gesicht, um einen homosexuellen Menschen“. Er vertrat die Ansicht, „Nicht die Schädlichkeit der Homosexualität sei die Frage, sondern vielmehr müsse man Kinder und Jugendliche von Homosexuellen und Pädophilen fernhalten, schützen; damit diese nicht später in die Situation kommen können, als Menschen mit homosexuellen Tendenzen von der Gesellschaft verachtet und verfolgt bzw. unter gesellschaftlicher Benachteiligung leiden zu müssen“. Den weitaus größten Raum in seinem Plädoyer nahm die Aufzählung des Strafmaßes ein. Für jede erste „sexuelle Handlung“ beantragte er zehn Monate, für jede weitere je sieben Monate, außerdem eine darüber hinausgehende Strafanfrage aufgrund der §§ 176, 178. Bei seiner Aufzählung kam er schließlich zu einem Strafmaß von 2888 Monaten,

das wären 240 Jahre und 8 Monate. Da die Höchststrafe jedoch „nur“ zehn Jahre beträgt, beantragte er die achtschließliche Gesamtstrafe. Auf die Verbüßung der Sicherungsverwahrung verzichtete er.

Die Verteidigerin von Kurt K., Aune Riehle, brachte in ihrem Plädoyer erneut zum Ausdruck, daß durch die „Taten“ des Angeklagten überhaupt niemand geschädigt worden sei. Vielmehr sei durch die Aussagen der Jugendlichen in der Hauptverhandlung zum Ausdruck gekommen, daß die Beziehungen zwischen Kurt K. und den Jugendlichen auf gegenseitigem Einverständnis beruhten, teilweise echte Liebesbeziehungen waren. Kurt auf die Bedürfnisse Wünsche seiner Partner stets einzugehen. So forderte Aune Riehle auch: „Wo kein Schaden ist, kann auch keine Strafe sein“, Freispruch.

Vom Gericht wurde in der Urteilsbegründung Kurt K. zugestanden, daß seine jungen Freunde nicht nur keinen Schaden durch die Beziehung mit ihm davongetragen hätten sondern des öfteren sogar davon gesprochen werden könne, daß die Jugendlichen aus der Beziehung mit dem Beschuldigten einigen Nutzen gehabt hätten. Dennoch sprach das Gericht eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren aus.

Das Gericht folgte in seiner Urteilsverkündung im wesentlichen der Argumentation des Staatsanwaltes und dividierte die Freundschaften

von Kurt K. in 196 „auf jeweils neugefaßten Willensentschluß vorgenommenen“ Fälle „sexueller Handlungen“. Jede einzelne wurde mit sechs Monaten Freiheitsstrafe geahndet, dazu zwei Fälle von „sexuellem Mißbrauch von Kindern“ (jeweils ein Jahr), einmal „versuchte sexuelle Nötigung“ (1 Jahr), einmal „vollendete sexuelle Nötigung“ (2 Jahre). Zusammengefaßt wurde all das zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 7 Jahren.

Die „versuchte sexuelle Nötigung“ sah nach Schädigung des Zeugen M. in Wirklichkeit so aus: Kurt faßte M. beim Analverkehr von hinten um die Hüfte; M jedoch bekam Schmerzen, löste den Griff von Kurt „ohne Kräfteanstrengung“ und sagte zu Kurt, er solle aufhören, worauf Kurt auch aufhörte.

Die sog. „vollendete sexuelle Nötigung“ geschah ebenfalls beim

ersten Analverkehr, mit dem Zeugen S. Dabei sagte S. zu Kurt, er habe Schmerzen. Ich sagte, es tut weh. Dann hat er aufgehört“. Anschließend blieb er noch eine halbe Stunde bei Kurt. Am nächsten Tag besuchte er ihn wieder.

Rechtsanwältin Aune Riehle hat gegen das Urteil beim Bundesgerichtshof Revision beantragt. Mit der Forderung: „Die Paragraphen müssen weg!“ hat die Gruppe Schwuler Frühling nach der Urteilsverkündung in einer bundesweiten Unterschriften-Aktion dazu aufgerufen, gegen das Karlsruher Urteil zu protestieren und Straffreiheit für alle gewaltfreien sexuellen Beziehungen zu fordern. Auf einer Veranstaltung mit Biermann in Karlsruhe am 14. Mai haben sich 300 Frauen und Männer, u.a. auch Wolf Biermann, mit diesen Forderungen solidarisiert.

## Frauenküsse — das sind die Hochgenüsse...

Rechtzeitig zum Pfingsttreffen der Lesbenbewegung erschien die neue Nummer des „LESBENSTICH“. Die Schwerpunkte und Lesbensexualität und Lesbenbeziehungen. Lesben berichten über ihre Erfahrungen als „jungfräuliche“ Lesben, als Familien, in Mehrfachbeziehungen, in der Kleinstadt und mit ihrer Sexualität. Auch der „Paradeis“ der Alice Schwarzer, eine 19jährige Pädophile,

kommt zu Wort. Außerdem Kulturelles, Gedichte, Musik und Filmbesprechungen. Also den/die nächsten Buchhandlerin/ten, lesbische Genossen schnell nach dem neuen „LESBENSTICH“ fragen!

?? ?? ?? ?? ?? ?? ?? ?? ?? ??

Pyg, Lesbengruppe des KB



# Die Sache mit dem Badeschwamm

Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft kritisiert Günter Amendts Position zur Pädophilie

Wir dokumentieren im folgenden eine Stellungnahme der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP), in der Günter Amendts Position zur Pädophilie kritisiert wird. Zur Verdeutlichung fassen wir die Kernthesen Amendts dazu noch einmal zusammen (nach „konkret“, 5/80).

Amendt meint, kein vernünftiger Mensch könne etwas gegen die Beziehung eines Erwachsenen mit einem geschlechtsreifen Jugendlichen haben. Eine sexuelle Verbindung mit vorpubertären Kindern sei er dagegen sehr kritisch. Die Pädophiliebewegung trenne beides aber nicht, sondern setze Kinder und Jugendliche gleich.

Dass ein Mensch sich pädophil bezieht, sei die Lösung schwerer psychischer Konflikte, ein Alternatives bleibe ihm sonst nur Selbstmord oder Psychose. Die „Tragödie“ der Pädophilie sei, dass ihr Sexualleben auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhe: die Opfer, das heißt die Pädophilen, schaffen neue Opfer.

Es sei eine Art Sexualerwinismus, daß sich viele Pädophile auf historische Beispiele wie Griechenland und das Mittelalter berufen; sie propagierten damit das Recht des Stärkeren über den Schwächeren.

Die homosexuelle Pädophilie sei eine Randerscheinung, die heterosexuelle Beziehung Mann-Mädchen dagegen weit verbreitet, vor allem auch als Vater-Tochter-Verhältnis. Es gebe „nichts, was eine solche Beziehung rechtfertigen könnte“, denn der Schaden für das Mädchen sei ungewöhnlich groß.

Alice Schwarzer habe nachgewiesen, daß es eine Propagandawelle für die Pädophilie gäbe, von der „Quick“.

Alice Schwarzer habe nachgewiesen, daß es eine Propagandawelle für die Pädophilie gäbe, von der „Quick“ bis zu den Szenenzeitungen. Daß die Anarcho-Sponti-Szene sich hätte so mit dem Thema beschäftigt, habe nichts mit ihrem Anspruch zu tun, überholte Tabus zu brechen, dann bei der Pado-Frage sei das schon passiert. Amendt verwirft dabei auf den florierenden Sexualliberalismus, der im wesentlichen auf Kinderhandel beruhe. In Wirklichkeit sei diese Propaganda für Pädophilie ein Zeichen politischer Verwirrung und des Ergebnisses der Geschlechterrollenverunsicherung durch die Frauen- und Schwulenbewegung. Die Szenemänner suchten im Mädchen die perfekte Frau, die es in der Linken immer weniger gebe.

Diese „Pseudo-Pädophilen“ tragen laut Amendt ihre Schwierigkeiten auf Kosten der echten Pädophilen aus. Die Befähigungsformel laute: „Im Grunde sind wir doch alle so...“ So habe man auch versucht, Schwulen die Identität zu rauben.

Pe/Wa, Schwulengruppe des KB



## Stellungnahme der DSAP (gekürzt)

Eine gesellschaftliche Gruppe durchläuft die letzte sexuelle Tabu Sexualität zwischen Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen. Endlich malen sich die Betroffenen selbst zu Wort, die man bisher nur als Angelegte vor Gericht und als „Sexualverbrecher“ aus der Presse kannte. Sie schließen sich in der DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) zusammen.

Die Öffentlichkeit horcht auf Leute, die mit Kindern zu tun haben (etwa Pädagogen, Sozialarbeiter, Wissenschaftler, Vertreter fortschrittlicher Erziehungsrichtungen) merken, daß sie betroffen sind. Haben sie doch wider besseres Wissen lange verdrängt, daß alle Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern letztendlich auch sexuelle sind. Zwar wissen sie das längst, daß auch Kinder „sexuelle Wesen“ sind und manche gestehen den „Kindern“ auch zu, sich untereinander sexual zu betätigen. So sie schreiben sogar „Säbäucher“ und stehen damit unter Land. Dann aber kommen Leute und machen ihnen einen Strich durch die Rechnung. Ein Witzchen und ein Wortwechsel ergibt sich, das das rechte Planchen der Pädosexuellen Bewegung. Und die kann nur noch staunen, was sie da angestrichelt hat.

Gehen wir also diesen Vorwortschwall durch. Doch! Wir O Amendts Pädophilen Photo seine Verallgemeinerung in 2. und 4. Nr. 2. von 1978 als A. Schwarzer und in Konkret 5/80.

## Pädosexualität – was ist das?

Pädophilie geht bis vor einigen Jahren als Unzucht mit Kindern heute als „Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung“ in unbewusster Abwehr dieser Offensivierung entstand in der Pädophiliebewegung das Bild vom fast selbstlosen Kinderfreund der besonders talentierten im Umgang mit Kindern ist und Sexualität vordergründig auf pädagogischen und sozialen Zielen will. Wir emanzipieren uns von dieser Selbstverneinung und stehen dazu, daß wir Kinder und Jugendliche auch sexual anziehen. Deshalb nennen wir uns Pädosexuelle. Dieses Wort umschließt zuerst unsere Forderung. Wir fordern, daß Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen straflos wird.

Dabei bedarf es keines „Kunstgriffs“ zur Verneinung in unserer Argumentation. Pädosexualität ist für uns die Sexualität, die der Gesetzgeber wegen des Alters eines der Partner bestraft. Gegen diese Kriminalisierung kämpfen wir und lassen uns nicht auf irgendwelche „Schutzwehr“ ein. Es geht um die sexuelle Selbstbestimmung aller Menschen unabhängig von Geschlecht und Alter. Deshalb müssen wir die Schutzaltersgrenzen fallen lassen, die nicht schützen sondern unterdrücken. Die autonome Schwulen-, Lesben- und Pädosexuellenbewegung hat das erkannt. Auf dem IGA-Kongress über Ostern 1980 in der Nähe von Barcelona haben die dort erschienenen 160 Vertreter nationaler Schwulen-, Lesben- und Pädosexuellen-Organisationen fast einstimmig einen entsprechenden Beschluss gefasst.

## Was ist an der „Geschlechtsreife“ so magisch?

Amendt braucht Schubladen. Nicht die Strafbarkeit pädosexueller Handlungen ist Ausgangspunkt seiner Überlegungen sondern die „Geschlechtsreife“, auch Pubertät genannt. Die Kinder meiner Schutz zu müssen, nicht die Jugendlichen Warum? Versuchen wir, ihn zu verstehen.

Amendt führt den gesellschaftlichen Status von Kindern an, um Pädosexualität zu bekräftigen. Kinder sind in unserer Gesellschaft „unmündig“, sie haben kaum Rechte, sind ökonomisch abhängig von den Erwachsenen. Nur was untersteht zu bekräftigen Kinder sind in unserer Gesellschaft unmündig, sie haben kaum Rechte, sind ökonomisch abhängig von den Erwachsenen. Nur was untersteht der da darin von den Jugendlichen. Die Amendt Heranwachsende nennt! Bei einem geschlechtsreifen 14-jährigen geht es um die gleichen Erwachsenen gesellschaftlichen Vorbehalte wie bei einem noch nicht geschlechtsreifen Kind. Wird hier nicht deutlich, daß Amendt im Grunde einen biologischen Standpunkt vertritt, den er gesellschaftlich ignoriert?

Was aber ist an der „Geschlechtsreife“ so magisch für Amendt? Sein „Seibuch“ gibt doch auch den recht nicht „Geschlechtsreife“, Warum müssen sie vor den Erwachsenen „geschützt“ werden? Da muß das Bild vom erwachsenen ausgewachsenen Mann her, der mit seinem Prugel ein kleines Mädchen bedrückt. Das ist Gewalt. Wir lehnen Sexualbeziehungen ab, die nicht in gegenseitigem Einverständnis ablaufen, die mit Gewaltanwendung verbunden sind, ab. Wir lehnen Gewalt und Herrschaft in jeder Form. Zusammenhängend ab, auch im Zusammenhang mit der Sexualität. Nur deshalb ist die Sexualität an sich doch nicht zu verurteilen. Hinter Amendts Argumentation verbirgt sich das Bild von der „kindlichen Schuld“, er nennt das „Kindesexualität“.

Wir sind uns darüber klar, daß wir mit unserer Forderung nach Straffreiheit für Pädosexualität an ein Tabu rühren das mit massiven Ängsten besetzt ist und deshalb massive Aggressionen auslöst. Das ist bei normalen Schwulen und Lesben beängstigend. Sie treten ihnen gegenwärtig. Sie lassen die Normen in Ruhe. Wir hingegen haben nicht „unangenehmlichkeiten“, unsere sexuellen Wünsche richten sich auf die Kinder anderer Menschen. Das geht uns Eingeweichte, das greift die Identität fundamental an.

Wir sind aber auch diejenigen, die am meisten in der Lage sind, sexuelle Veränderungen bei uns selbst zu erkennen und zu bearbeiten. Lernen wir doch wenn wir mit Kindern zusammen sind, eine menschliche Eigenschaft die wir längst verloren haben. Im Verlauf unserer Sozialisation zum Erwachsenen spüren und unversinnlichte Aufklärung von Gefühlen. Sehen wir doch wie stark der sexuelle Trieb unserer Frauen, Männer und Freunde ist. Gerade der „intimale Bereich“ ist dabei besonders mit Interesse besetzt, was auch Ausdruck der totalen Tabuisierung dieser Körperzone ist. Sollte etwa Amendt nicht wissen, was Kinder an sexueller Lebensfreude ausstrahlen, die nicht den zensurierenden Augen eines Erwachsenen ausgesetzt sind?

## „Sexualerwinismus“, „Paradise-Now-Vogel“

Es fällt schwer, aber wir wollen versuchen, technisch zu bleiben. Stimmt das, setzen wir unsere Bedürfnisse ohne Rücksicht auf andere durch? Verweigern wir das Recht des Stärkeren gegenüber den Schwächeren?

Tatsache ist, daß bei uns Pädosexuellen Wünsche und Realität besonders weit auseinanderklaffen. Wir wollen unsere Bedürfnisse ausleben. Das setzt aber voraus, daß wir die bei uns Angst und Sicherheitsverweigerung, gekränkeltliche Eingriffe und chemische Kastration bedrohen unter Leiden. Sie führen dazu, daß wir unsere Sexualität entweder überhaupt nicht leben oder aber extrem enthemmt. Alkoholismus und Selbstmord sind oft Begleiterscheinung und Folge.

Amendt meint aber wohl auch, wir seien bezeugen von Natur aus „Sexual darwinisten“. Das ist in der Tat falsch. Wir sind Menschen wie andere auch und lassen uns nicht in den Bereich von Psychismus und Pathologie rufen. Unser Leiden ist ein gesellschaftliches. Wir wünschen uns und den Kindern und Jugendlichen, die wir mögen, gleichberechtigte, emanzipierte sexuelle Beziehungen. Und wir arbeiten mit daran, die gesellschaftliche Unmündigkeit von Kindern und Jugendlichen aufzuheben. Wir sind uns auch sehr klar darüber, daß das mit einer Aufhebung der Sexualstrafrechtsparagrafen nicht getan ist. Nur das ist ein integraler Bestandteil des Kampfes um die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Jugendlichen und Kinder. Diesen Kampf müssen wir gemeinsam führen.

Amendt Sexualitätsbegriff ist hingegen genitalisiert. Für ihn degeneriert Sexualität zu einem repressiven Bewegungstakt, denn sie „kommt erst durch das Sexuelle hindurch zu sich“. Logisch ist es bei dieser Definition dann ja auch, daß Amendt Sexualität die Menschen nur zubilligt, die „geschlechtsreif“ sind, also zeugungsfähig. Hier scheint durch, was Amendt natürlich nie zugeben wird. Seine Vorstellung von Sexualität ist an die Fortpflanzungsfunktion des Menschen gebunden, also alles andere als emanzipiert. Wir hingegen sagen: Es gibt keine Kinder- und es gibt keine Erwachsenensexualität. Sexualität ist unteilbar.

## „Sexualität ist mehr“

Wir lehnen eine jeweils spezifische Definition von Sexualität nach Geschlechterrolle und Alter ab. Diese Definitionen sind gesellschaftlicher Art und in ihnen kommt die Unterdrückung der Frauen, Kinder und Jugendlichen zum Ausdruck. Wir fordern, daß endlich erkannt wird, daß Sexualität den ganzen Menschen angeht und seinen Teil von ihm ausmacht. „Sexualität ist mehr“.

Amendts Sexualitätsbegriff ist hingegen genitalisiert. Für ihn degeneriert Sexualität zu einem repressiven Bewegungstakt, denn sie „kommt erst durch das Sexuelle hindurch zu sich“. Logisch ist es bei dieser Definition dann ja auch, daß Amendt Sexualität die Menschen nur zubilligt, die „geschlechtsreif“ sind, also zeugungsfähig. Hier scheint durch, was Amendt natürlich nie zugeben wird. Seine Vorstellung von Sexualität ist an die Fortpflanzungsfunktion des Menschen gebunden, also alles andere als emanzipiert. Wir hingegen sagen: Es gibt keine Kinder- und es gibt keine Erwachsenensexualität. Sexualität ist unteilbar.

## „Zwanghafte Fixierung auf ein kindliches Sexualobjekt“

## „Zwanghafte Fixierung auf ein kindliches Sexualobjekt“

Amendts Schreibstil gibt dem Leser nicht die Möglichkeit zur sachlichen Information. Das ist auch wohl nicht seine Absicht. Ein Beispiel: Der Autor muß zugeben, daß von „Verführung“ wohl nicht gesprochen werden kann. Er stellt nämlich Pädosexualität die darauf hinweisen, daß ihre ehemaligen Schützlinge (Amendts) früher oder später heterosexuelle Beziehungen aufgenommen hätten. „Das fast ständige will zum Bewußtsein dafür beitragen, daß der Erwachsene sich nicht an den kindlichen Gefühlen stößt und ihm Entzettelung und Mangelhaftigkeiten stellt. Mit dem Argument wirft Amendt sich nicht aus der Verantwortung. Man muß dafür halten, eine zwanghafte Fixierung auf ein kindliches Sexualobjekt“ und eine „Tragödie der pädophilen Objektwahl“ zu konstatieren und uns damit in den Bereich der Psychiatrie zu verweisen.

Wir gehen zu, daß auch wir in unserer sexuellen Objektwahl mehr oder weniger zwanghaft sind. Nur das unterscheidet uns von jedem Menschen in dieser Gesellschaft. Ob hetero oder lesbisch. Unsere Fixierung ist allerdings ungewöhnlich und entspricht nicht der gesellschaftlichen Norm. Sie entspricht allerdings in Spiegelung der zwanghaften Ausgrenzung der sexuellen Komponenten in allen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern auch durch Herrn Amendt.

Was ist daran schlecht oder gar verwerflich, daß wir Kinder mögen und daß diese Kinder uns mögen? Unsere Beziehungen sind vergänglich. Die Intensität und Gestaltung einer pädosexuellen Beziehung wird nicht allein vom „Erwachsenen“ bestimmt sondern genauso von dem Kind oder Jugendlichen her geprägt. Zu unterstellen, daß solche Beziehungen immer von Erwachsenen her bestimmt werden ist eine unzulässige Diskriminierung sowohl dem Erwachsenen als auch dem Kind gegenüber. Hinter Amendts Argumentation steckt die Gleichsetzung von langfristigen und verbindlichen Beziehungen, das ist falsch. Die Intensität und Gestaltung einer Beziehung wird nicht durch die Zeitdauer allein bestimmt.

## „Opfer emotionaler Zuwendung“

Wie kann Amendt sich zu einer solchen Formulierung hinreißen lassen? Er braucht ein Feindbild, das ihn und alle seine Leser und Zuhörer erschauern läßt und das Tabu, das angeblich lange gebrochen ist, aufrecht erhält und zementiert. Dazu gehört folgerichtig auch, daß Amendt uns als Neurotiker und psychisch Kranke definiert und uns damit der Psychiatrie und Justiz überantwortet. Wir sind für ihn zwar langweilig, bedauerlicherweise „Opfer“ unserer angeblichen Neurose, aber die angeblichen „Opfer“ unserer Sexualität rechtfertigen es für ihn, uns einzuschließen, entweder in den Knast oder die Psychiatrie. WIR NEHMEN DEN KAMPF AUF PÄDOSEXUALITÄT IST EINE ANDERE SACHE.

DSAP Regionalgruppe Berlin



Das sind Bilder, die die schwulenfeindliche Gruppe in der KB-Lesung nicht gerne sieht!

## Schwulen-Verfolgung im KB

## Ein Volksmärchen in zwei Akten

Es zerreißt einem schier das Herz, zu sehen, welche verheerende Folgen die verwerfliche Tätigkeit einer schwulenfeindlichen Gruppe“ gehabt hat, die heute die Mehrheit des KB repräsentiert. Denn es dauerte fast zwei Jahre, bis sich die Opfer der brutalen Schwulen-Unterdrückung im KB von ihren Leiden so weit erholt hatten, daß sie diese jetzt erstmals einer erschütterten schwulen Öffentlichkeit schildern konnten.

Es ist die Rede von einem Fortsetzungsmärchen, das die frühere AG Schwule im KB/ZL-Fraktion (AGS/ZL) in der „Homosexuellen Emanzipation“, Heft 2 (März/April) und Heft 3 (Mai/Juni) ausgeteilt hat. Titel: „Zum Ausschluß der AG Schwule aus dem KB“.

Der geneigte Leser wird allerdings vergeblich darauf lauern, die Gründe dafür zu erfahren, warum der KB ausgerechnet seine Schwulen vor die Tür gesetzt hat. Dazu in der „Manipulation“ kein Wort.

Wie auch? Tatsächlich wurde die AG Schwule ja gar nicht ausgeschlossen, sondern folgte ihren Ideolen von der ZL-Fraktion, als KB Mehrheit und ZL-Fraktion sich voneinander trennten. Wenn man überhaupt von Ausschluß im strengen Sinne reden will (dabei gehen ja bekanntlich die Auffassungen auseinander), dann ging die AGS/ZL als Teil der ZL-Fraktion über den Jordan, nicht aber als Schwule oder etwa wegen der SM Debatte.

Rechenenderweise waren die von den „Heterochauvinisten“ so heftig geknechteten AGS Schwulen so sehr am Boden zerstört, daß sie sich an den monatlichen öffentlichen Debatten über die Differenzen zwischen ZL-Fraktion und KB-Mehrheit im AK nicht mit einem Stierbrennwortchen beteiligten.

So blieb es denn auch bis heute ihr arglistig gehütetes Geheimnis, was eigentlich – außer persönlichen Sympathien/Antipathien – ausgerechnet Schwule dazu veranlassen konnte, sich mit der „Keimform“ feindlichen ZL-Fraktion, bis das der Tod sie scheide, zu verfeinden.

Wir wollen nun niemandem den Spaß an den wildwuchernden Phantasiefiguren des AGS/ZL-Autors in der „Emanzipation“ durch kleinliches Beharren auf der Wahrheit vermissen. Die „Emanzipation“ ist eine recht informative und wichtige Zeitung. Vier

Mark sind da allemal gut angelegt. Der Fan möge sich einmal selbst in formieren.

Ein kleiner Hinweis aber sei gestattet, um die nunmehr eingeleitete Legendenbildung der Schwulenfeinde im KB (= ZL-Fraktion), die Schwulenfeinde (= KB Mehrheit) nicht völlig überschwappen zu lassen.

Im November 1978, so die AGS/ZL, wurde in einer Diskussion mit Vertretern des IG „die schwulenfeindliche Gruppe“, mit der wir es bisher zu tun gehabt hatten, erstmalig auf Distanz gebracht. Dabei erfolgte die Gründung der AGS.

Der wichtigste Vertreter dieser „schwulenfeindlichen Gruppe“, der AK-Redakteur Kt., von der AGS/ZL jetzt als „homophob“, „repressiv tolerant“, „inkompetent“ etc. qualifiziert hatte, freilich bereits in einem Diskussionspapier vom September 1978 geschrieben.

„Ich gebe zu (hier stand der Name des Ober-Curus der AGS/ZL – We) insoweit recht, daß für die Entwicklung einer Schwulen-Arbeit im KB bessere Bedingungen geschaffen werden müssen, vor allem, was die Wertschätzung einer solchen Arbeit angeht. Das gilt im Prinzip für die Frauenarbeit genauso. Meine These war und ist allerdings, daß die Befreiung der Schwulen im KB in erster Linie das Werk der schwulen Genossen selbst sein muß. Die Genossen haben doch tatsächlich alle Möglichkeiten, endlich einmal mehr und konkreteres im AK über ihre Situation in der Gesellschaft und im KB zu schreiben! (Hervorhebungen im Original – We) Wenn du dich im KB als Schwuler nicht akzeptiert fühlst, dann hau doch im AK auf den Tisch, verdammt noch mal! Und spiel nicht stattdessen die gekränkte Leberwurst angesichts der Schwierigkeiten schwuler Arbeit, die ja tatsächlich sehr, sehr groß sind.“

In einem dritten Teil ihres Fortsetzungsmärchens könnte die AGS/ZL ja erklären, warum sie diese förmliche Einladung im AK das Treiben der „schwulenfeindlichen Gruppe“ offensichtlich zu machen, damals angeschlagen hat.

We., Hamburg  
Schwulengruppe des KB  
Leiter: der „im KB hinterlassenen“  
Bert/Anke Madels.)





Von ungefähr 5.000 Teilnehmern/Innen waren die Initiatoren des Gesundheitstages, einige Ärzte und Ärztinnen aus dem Gesundheitsladen Westberlin, ursprünglich mal ausgegangen. Aber dann kamen über 10.000 um an fünf Tagen, vom 14. - 18. Mai, an den Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen und vielen kulturellen Attraktionen teilzuhaben. Dieser enorme Mobilisierungserfolg ist wohl ein deutliches Zeichen des Protestes gegen die offizielle Gesundheitspolitik, deren ärztliche Repräsentanten sich parallel zum Gesundheitstag auf dem „83. Deutschen Ärztetag“ trafen. Ihrem Auftrag wurden diese Ständemediziner voll und ganz gerecht, als sie die Ursachen für die Zunahme von Krankheiten diskutierten und dafür Rauchen, Trinken usw., also „individuelles Fehlverhalten“ verantwortlich machten. Deshalb forderten sie eine noch stärkere Beteiligung der Kranken an den Kosten! Gastgeber dieser Illustration Runda war übrigens der westberliner Ärztekammer-Präsident, Wilhelm Heim – ein Altnazi und NS-Mediziner. Diese ungebrochene Tradition und weitgehend tabuisierte Vergangenheit machte unter dem Thema „Medizin und Nationalsozialismus“ den ersten inhaltlichen Schwerpunkt des Gesundheitstages aus.

Weitere Themen waren in Stichworten

- Gesundheit und Politik
- Gesundheit – Umwelt – Arbeitsplatz
- die Situation der Frau im Gesundheitswesen
- Kinder
- Alternative Methoden
- das Elend der herrschenden Psychiatrie, Ansätze seiner Überwindung
- Ansätze einer besseren Gesundheitsversorgung und
- Gesundheit in der Dritten Welt

An allen Tagen gab es zur Entspannung und zum Mitmachen Musik, Theater, Film. Am zweiten Tag wurde eine Nicaragua-Solidaritätsfeier mit rund 2.000 Leuten gefeiert. Überraschend war der nicaraguanische Gesundheitsminister Kuhl von der Konferenz der Welt-Gesundheits-Organisation in Genf zum Gesundheitstag gekommen, um damit seine Verbundenheit mit der westdeutschen und westberliner Solidaritätsbewegung zu zeigen. Spontan kam auch der ehemalige Gesundheitsminister der Unidad Popular (Chile), Dr. Carlos Concha.

Die über 300 (!) Veranstaltungen waren von morgens bis abends gut besucht. Überall Leute, die ihre Erfahrungen austauschen, sich auseinandersetzen oder sich einfach nur informieren wollten, oder die gemeinsam Yoga, Massage usw. lernten. Aus allen Teilen der Bundesrepublik waren hauptsächlich Gesundheitsarbeiter/Innen, aber auch Leute mit anderen Berufen, bzw. einfach „nur“ Patienten gekommen.

Schließlich rundeten Gruppen aus Italien, Frankreich, Österreich und der Schweiz das insgesamt bunte Bild ab. Unter den über 10.000 Teilnehmern/Innen waren auch einige „Prominente“ wie Basaglia, Carpenter, Hackethal, R. Jungk, K.H. Roth, u.a., deren Veranstaltungen überfüllt waren.

Obwohl der Gesundheitstag eine Mammut-Veranstaltung gewesen ist, war alles toll organisiert: vom 50-seitigen Zeitplan, dazu rund 200 Seiten „Erläuterungen zum Programm“, über das „Mittlungsblatt des Gesundheitstages Berlin“ mit dem Namen „Gesundheit am Morgen“ (Auflage: erst 10.000, dann 7.000 !). Überall gab es Info-Stände des Westberliner Gesundheitsladens, aber auch Sperr- und Frank.

Das Konzept der Initiatoren hatte darin bestanden, allen Interessierten die Möglichkeit zu einem Beitrag/ einer Veranstaltung zu bieten. Zusätzlich wurde zu den meisten Schwerpunkten ein Rahmen von großen Podiumsdiskussionen angeboten. So fand sich ein breites politisches Spektrum an Kritikern des herrschenden Krankheitswesens zu sammeln – es gab keine Abgrenzungs- oder Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Wie sagten doch die Veranstalter

„Der Gesundheitstag ist kein Kongress im herkömmlichen Sinn. Seine Vorbereitung beschränkte sich auf die Informationen über und die Koordination von vorhandenen Ansätzen. Die Eigeninitiative vieler und des Interesse Tausender haben ihm seine eigene Dynamik gegeben.“ („Gesundheit am Morgen“, 1. Ausgabe)

Dieses offene Klima war wohl die wesentliche Voraussetzung dafür, daß sich die meisten Teilnehmer trotz Streß wohlfühlten.

Gleichzeitig gab damit der Gesundheitstag ein getreues Spiegelbild über die Opposition gegen das herrschende Krankheitswesen wieder – im Positiven wie im Negativen. Die Vielfalt der kritischen Ansätze, die Diskussionsbereitschaft, die Aufgaben, die noch vor uns liegen, gleichzeitig wurden die Schwierigkeiten deutlich, die Medizin praktisch anders zu machen, die Ratlosigkeit, was überhaupt anders gemacht werden kann.

Ermutigend und belebend wird sich hoffentlich bald auswirken, daß auf dem Gesundheitstag die Breite und zahlenmäßige Stärke der Opposition im Krankheitswesen erstmals derartig deutlich demonstriert wurde. Die Zersplitterung vieler einzelner Aktivitäten wurde für diese Tage aufgehoben, die Unzufriedenheit wurde gemeinsam deutlich kundgetan. Man/frau sah viele „alte“ Freunde wieder, auch viele, die irgendwann früher das Handtuch geworfen haben. Doch damit wird auch ein Teil der Schwierigkeiten deutlich: Die Zersplitterung wird bei vielen wieder im Alltag einsetzen; ebenso für viele die frustrierende Hilflosigkeit in der konkreten Patienten-

Viele sind auf den Gesundheitstag gekommen, um praktische Anregungen für die Überwindung der eigenen Schwierigkeiten zu erhalten – im wesentlichen hat der Gesundheitstag aber Fragen und zu bewältigende Aufgaben genannt, und einiges getan, um auch das Selbstverständnis der linken Mediziner tiefgreifend in Frage zu stellen. Es wird viel davon abhängen, ob genügend Energie da sein wird, in absehbarer Zeit die aufgeworfenen Fragen und Probleme zu bearbeiten.

„Konkrete“ Ergebnisse des Gesundheitstages sind nach unserer Kenntnis ein neugegründeter Krankenplügeverband, die Einrichtung eines Nachrichtenpools von zwölf fortschrittlichen Mediziner-Zeitungen, eine neue Arbeitsgruppe, die sich im Anschluß an eine Veranstaltung der Patientenselbsthilfegruppe Zürich bildete, und die die Forderung nach uneingeschränkter Einsichtnahme in Patientenakten unterstützen will. Dann müssen noch „Nachbereitungs“-Treffen in verschiedenen Städten der BRD (z.T. mit dem Ziel, einen Gesundheitstagen zu bilden) genannt werden und eine ausführliche Broschüre bzw. ein Buch über den Gesundheitstag.

Nicht verschwiegen werden soll, daß der Gesundheitstag in einer Arbeitsgruppe „Perspektiven“, z.T. aber auch bei Teilnehmern/Innen des KB durchaus unterschiedlich eingeschätzt wurde. Die negativen Stimmen „warnten“ vor einer Übersättigung der Masse der Besucher/Innen mit der Begabung, über die Hälfte seien Studenten/Innen gewesen. Außerdem seien Veranstaltungen zur Medizin in der 3. Welt und zu alternativen Heilmethoden überfüllt, Themenbereiche wie „Gesundheit und Politik“ dagegen weniger gut besucht gewesen. Dies könnte ein Hinweis für eine zunehmende „Fluchtbewegung“, hinein in alternative Modelle, sein.

Die nachfolgend abgedruckten Berichte können – bei über 300 Veranstaltungen! – keineswegs als repräsentativer Überblick über das bunte Treiben auf dem Gesundheitstag gesehen werden. Wir wollen auch niemanden beunruhigen, sondern haben das genommen, was vorlag, bzw. drucken aus Platzgründen in der nächsten Ausgabe des AK einige weitere Berichte sowie ein Interview mit einem Initiator des Gesundheitstages.

Gesundheitsarbeiter/Innen erhebt auch und ihr erlebt

## »Medizin und Nationalsozialismus: Tabuisierte Vergangenheit – ungebrochene Tradition?«

Eröffnungsveranstaltung des Gesundheitstages

Das Thema dieser Veranstaltung ist ganz bewußt gewählt worden, da eine Auseinandersetzung damit seit der Mitscherlich-Studie „Medizin ohne Menschlichkeit“ (1948) in der Öffentlichkeit kaum noch geführt wurde. Diese Dokumentation von Mitscherlich beweist die breite Beteiligung von Ärzten an Menschenversuchen in KZs und ihre aktive Mitarbeit am Euthanasieprogramm der Nazis.

Ein anschauliches Beispiel der ungebrochenen Tradition in der Diskriminierung von Minderheiten lieferte zu Beginn der Veranstaltung die Arbeitsgemeinschaft schwuler Ärzte und Therapeuten Berlin. Ihre Veranstaltung war als einzige des Gesundheitstages als Bildungsveranstaltung vom Westberliner Senat abgelehnt worden. Jugendliche durften nicht auf einer solchen „Randgruppe der Gesellschaft“ in Berührung kommen! Eine Resolution zur Verurteilung der sexuellen Diskriminierung wurde unter starkem Beifall angenommen.

Ein Anzeichen für eine ganz bestimmte Kontinuität in der Ärztschaft ist die Tatsache, daß mit Prof. Heim ein ehemals aktives SA-Mitglied an der Spitze der Westberliner Ärztschaft steht. Heim ist Gastgeber des parallel zum Gesundheitstag stattfindenden 83. Deutschen Ärztetages.

Anschließend stellten sich die Referenten auf dem Podium vor und erzählten kurz ihren persönlichen Zugang zu dieser Problematik. So berichtete der Historiker Kadlitz über haarsträubende Äußerungen von Ärzten in den fünfziger Jahren, in denen sie eine Auseinandersetzung mit der Begründung ablehnten, das Dritte Reich liege erst so kurz zurück, daß eine Befassung mit diesem Thema in wissenschaftlicher Hinsicht unmöglich sei.

Der Medizinhistoriker Baader wies auf die Funktion des Sozialdarwinismus (die Lehre, daß die Mischung der Rassen den gesellschaftlichen Unter- gang bedeute) hin.

Mausbach erwähnte den Fall Heide-Savade. Der Euthanasie-Arzt Heide konnte noch bis 1959 unter dem Namen Savade in Schleswig-Holstein als Oberärztin der Landesversicherungsanstalt tätig sein.

Prof. Leibfried aus Bremen stellte die These auf, die Mitscherlich-Studie sei ein indirekter Grund für die Tabuierung der Vergangenheit, da sie in der Dokumentation der „extremen Brutalität“ in den KZs die „alltägliche Brutalität“ in den Hintergrund gestellt hätte und dazu verwendet worden sei, die „normalen“ Praktiken der Ärzte damals unter den Tisch zu wischen.

Stenografische Schwarzberg nannte ein anderes Beispiel von Tradition im Umgang mit Andersdenkenden: „In der Nazizeit hieß es: Juden sind anfälliger für Infektionen, also sind Krankenhäuser für jüdische Höherwertige zu reservieren. Heute gesteht der Ausspruch herum: Ratten und

Schneefliegen für politisch Andersdenkende“.

Dörner von der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie erinnerte nachdrücklich daran, „Andersartigkeiten“ nicht nur auszuwählen oder gar abzuschaffen, sondern sie zu akzeptieren. Hier kontinuierlich wurden wir eigene Konzepte entgegenzusetzen, es müßte die Zukunft erkannt und geschaffen werden. Wir müßten eigene Initiativen ergreifen und uns nicht an den zu bekämpfenden Strukturen orientieren.

In der anschließenden Diskussion wurde zu Recht von Frauen bemerkt, daß die spezifische Situation der Frauen von den Referenten (hauptsächlich Männer bis auf Diskussionsleiterin Luc Jochimsen) kaum untersucht und dargestellt worden war.

Mehrere Diskussionsbeiträge zogen eine Parallele von den Menschenversuchen in KZs zu den heute üblichen Medikamenten-Tests an Patienten in den Krankenhäusern. Hier handelt es sich allenfalls um graduelle, nicht aber um inhaltliche Unterschiede. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei vielen Medikamenten allein die Nebenwirkungen zu dauerhaften Schäden führen. In diesem Zusammenhang wurde auch die heikle Frage nach den Naturheilverfahren angeschnitten, derer sich auch der Faschismus bedient hat (Stichwort Ganzheitsmedizin). Karl Heinz Roth wandte sich dagegen, Begriffe wie Ganzheitsmedizin kritisch zu übernehmen, sondern immer zu hinterfragen. In wessen Interesse solche Naturheilverfahren benutzt werden? Im Laufanruf steckt auch die Ideologie des „Völkischen“ dahinter.

Auf die Frage, was war der Kontinuität entgegenzusetzen können, erklärte Karl Heinz Roth als Ziel, die Ärztekammern abzuschaffen sowie die psychiatrischen Großkliniken aufzulösen. Schwarzberg („Stier“) zielte dazu auf, sich zu organisieren, um den Missständen wirksamer begegnen zu können und betonte, daß dies nicht allein Sache der Ärzte sein könne.

Eine Resolution zur Unterstützung politischer Gefangener in der BRD in ihrer Forderung nach freier Arztwahl zeigte noch einmal deutlich, wie schwierig der Umgang mit ungebrochenen Traditionen ist. Angesichts der Schikanen, denen sich Gefangene im KZs in Bezug auf ihre ärztliche Versorgung auch heute wieder gegenübersehen und einer Intervention von Roth, der ja selbst innerhalb Jahre der Isolationshaft und mangelhafter ärztlicher Versorgung ausgesetzt war, wurde die Resolution dann doch mit großer Mehrheit angenommen.

Nach „Gesundheit am Morgen“, Mitteilungsblatt des Gesundheitstages Westberlin, Nr. 3)

Ein Genosse der Gesundheitszelle in Hamburg





## Gesundheitspolitik unterm Hakenkreuz

K. H. Roth und S. Graessner berichten von über 200 TeilnehmerInnen ihre Untersuchungen zu einem Thema, das bisher kaum erforscht ist: Die NS-Medizin und Sozialpolitik in ihren alltäglichen Auswirkungen außerhalb der KZ-Medizin. In der Familien-Politik (Frauen als Gebärmutter) und der Gesundheitspolitik (optimale Ausnutzung aller Reserven für Krieg und Produktion) wurde ein totalitärer Gesundheitsbegriff in die Praxis umgesetzt: „Deine Gesundheit gehört nicht Dir, sondern Deinem Volk“. Ziel war es, die Krankheit durch Ausrottung der Kranken zu beseitigen. Neben der Ausmerzung von Kranken, Schwachen, sozial nicht Angepaßten, „rassisch Minderwertigen“ durch lebensvernichtende Arbeitseinsatz stand die Austeuerung. Dies geschah unter rasenbiologischen Vorstellungen des Sozialdarwinismus, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts große Teile der deutschen Ärzteschaft beherrschte. Nach dem Sozialdarwinismus haben nur die Stärksten ein „moralisches Recht“ zum Überleben.

Unter diesen Vorstellungen wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ geschaffen, mit einem Katalog angeblich erblicher Krankheiten (etwa Geisteskrankheiten oder Epilepsie); in der Folge wurden Hunderttausende von Kranken zwangssterilisiert. Träger dieser faschistischen Medizin war die deutsche Ärzteschaft, die brutal ihre jüdischen, sozialistischen und kommunistischen Kollegen verfolgte und zu zwei Dritteln in der NSDAP war. Gleichzeitig entwickelte die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) ein Konzept der Milliarisierung der Arbeit. Unter Ausnutzung von Armer-Musterungen wurden Massenuntersuchungen zur Feststellung des Gesundheitsstandes durchgeführt. Mit Betriebsarzt, Kontrollen, Auslese, Ausmerze, jährlichen „Überholungen“ der Arbeiter sollte der „Leistungsknick“ bei 40 Jahren in die Nähe des physischen Todes gerückt werden. Mit der datenmäßigen Erfassung der Gesundheit der ganzen Bevölkerung wurde begonnen.

Gleichzeitig wurden die Kontrollinstrumente verfeinert. Über ein System von Betriebsärzten, Vertrauens-

ärzten, Arbeitszeitsatzrätinnen (bei den Arbeitsämtern) wurde der „Krankheitsfreiheits“ zu Leibe gerückt. Den niedergelassenen Ärzten wurde das Recht zur Krankenschreibung genommen - aus Verdacht, sie würden „zu gefällig“ krankschreiben. Statt der „Arbeitsfähigkeit“ wurde der Begriff „Arbeitszeitsatzfähigkeit“ geschaffen, um die letzten Reserven zu mobilisieren. Kommandos aus Gestapo und Betriebsärzten machten Jagd auf Kranke und schrieben sie gesund. Betriebsärzte meldeten „Simulanten“ der Gestapo, usw. Die Betriebsärzte wurden zu den begehrtesten Nazis (Chirgen).

Hunderttausende von Geisteskranken wurden ermordet, um Platz für große Kriegslazarette zu schaffen. Erschreckend war an der Darstellung, daß die NS-Politik ihres Irrationalismus entkleidet wurde, mit dem die Nazi-Zeit sonst immer gern geschmückt wird. Zum Vorschein kam eine hochmoderne Medizin-Politik, die auf der unbedingten Leistungs-ideologie beruhte, die Krankheit sollte nicht durch Beseitigung der krankmachenden Faktoren beseitigt werden, sondern durch Unterdrückung der Krankheit, Ausmerzung der Kranken.

Dieselben Ziele beherrschen auch heute die Gesundheitspolitik. Bei Mercedes-Benz wird ein Gesundheitsfragebogen zur Einspeicherung in einen Computer verwendet, der wörtlich von der DAF (Deutschen Arbeitsfront) übernommen ist. Die Arbeitsleistung steht im Zentrum der Gesundheitspolitik, die optimale Ausnutzung der Leistung. Das Werkarzt-system zur Kontrolle der Arbeiter wird ausgebaut, die Kontrolle der Krankenschreibung nimmt zu, über die Datenerfassungen ist die „Gesundheitsüberwachung“ weiter gediehen als bei den Nazis.

Die Ärzteschaft wurde nahezu ungebremst aus dem Faschismus übernommen, an Medikamentenversuchen, in der Psychiatrie, im Kastral. Im Betrieb zeigen sie ihre alte bestialische Bereitschaft, gegen die Menschen vorzugehen.

Ein Genom der Gesundheitszelle in Hamburg

## NS-Medizin gestern — Menschenversuche heute

Ein Arzt der Arbeitsgruppe „Kritische Medizin“ aus Wien berichtete vor 300 bis 400 TeilnehmerInnen über die ungeheuerlichen Verbrechen des Dr. Heinrich Gross, der das Tötungsprogramm an hundert von behinderten Kindern im KZ „Am Spiegelgrund“ mit durchführte.

Dr. Gross, damals NSDAP-Mitglied, ist heute im Vorstand einer psychiatrischen Abteilung und mit ca. 20.000 Gutschriften der meistbeschäftigsten Gerichtsgutachter Österreichs und damit eine unantastbare Persönlichkeit.

Dr. Gross beschäftigte sich 1940-1941 mit der Beobachtung „psychopathischer und erbkranker Kinder“. Die Kinder „Am Spiegelgrund“ erhielten Luminal (ein Schlaf- bzw. Narkosemittel) in das spärliche Essen. Sie magerien ab, litten an Durchfällen, begannen zu fiebern, wurden mit Luminalinjektionen beruhigt, weitervergiftet, lagen bei offenem Fenster im kaltesten Winter halbnackt in den Betten und verstarben an Lungenerkrankungen.

Todesbeschleunigung oder Euthanasie nannte der Berliner Reichsausschuß diesen Massenmord. Vier Jahre später kam Dr. Gross vor das Volksgericht. Er wurde zu zwei Jahren schwerem Kerker verurteilt. Kurz darauf wurde das Verfahren in der Berufungsinstanz der Staatsanwaltschaft eingestellt oder getilgt. Seit Oktober 1953 ist Gross Mitglied der SPÖ.

Mit Elan startete er nach dem Krieg eine wissenschaftliche Karriere — mit den Kindern im Glase, einer weltweit unerreichten Präparatesammlung aus jener schrecklichen Zeit. Er wird der Pharmaindustrie bekannt. 1969 leiht er an 139 „Schizophrenen“ das Medikament HF 1854, ein Mittel, das sich einen sicheren Platz in der Reihe der für die „Schizophrenen“-Behandlung brauchbaren Stoffe erobern wird. Die Opfer dürfen über die Brauchbarkeit anderer Meinung sein. Sie werden aber nicht gefragt, und ahnungslos, warum sie müde und warum schlafen, warum ihnen das Herz rast, der Blutdruck sinkt, warum sie zusammenbrechen, ihnen der Mund speit und trocken wird oder vor Speichel überquillt, warum sie verwirrt sind. Sie glauben es sei ihre Krankheit, wenn unverhofft ein epileptischer Anfall auftritt: ein Lungenemphysem. Dabei und das alles die Nebenwirkungen des „brauchbaren“

HF 1854, aus einer Testserie des Dr. Heinrich Gross.

An seine Vergangenheit wird Gross nur durch einen lästigen Gerichtsprozeß erinnert, in den ihn die AG Kritische Medizin verwickelt hat. Aber Gross ist auch nicht unaktiv: Er hat gegen einen Satz in einem Flugblatt klage erhoben: „Nun also macht sich Dr. Gross, der selbst an der Tötung Hunderter angeblich geisteskranker Kinder mitbeteiligt war, über die Tötungsdelikte Geisteskranker her“ (in seinen Gerichtsgutachten).

Der unterzeichnende Arzt ist zu einer Geldstrafe in der Höhe von 32.000 Schilling verurteilt worden, ferner muß er Gross 10.000 Schilling Geldbuße zahlen. Der Arzt legt Berufung ein.

### Menschenversuche heute

Den antifaschistischen Ärzten geht es darum, aufzuzeigen, daß „solche Strukturen, wie bei der Euthanasieaktion in der Nazizeit in heutigen Spitälern ebenso gebräuchlich“ seien.

Krasse und unglaubliche Vorkommnisse werden aus der Salzburger Nervenklinik berichtet. Der dortige Vorstand prof. Gerhard Harter (ein guter Kollege von Gross), wollte die Verträglichkeit zweier Präparate testen. Er selbst schilderte bei einem Arzte Kongreß, daß die getestete Patientin zuerst negative Auswirkungen zeigte und schließlich starb.

An der Wiener Kinderklinik der Universität werden unter Leitung des Chefarztes Dr. Zweimüller an Säuglingen medizinische Versuche durchgeführt. Es handelt sich um völlig gesunde Kinder von Gastarbeitern und Bauern aus einem Waldviertel. Das jüngste Kind war 12 Tage alt. Die Eltern sind nicht über die Versuche informiert worden, geschweige denn erklärten sie sich einverstanden. Die Eltern verklagen jetzt Dr. Zweimüller.

Zur Rachitisforschung (Knochenerweichung) wird den Babys radioaktives Kalzium in den Zwölffingerdarm gespritzt. Das Kalzium wird mit einem 80 cm langen Plastikschlauch durch die Nase, Speiseröhre, den Magen eingeführt. Die Prozedur dauert zwei Stunden und dann werden die Babys geröntgt. Es soll festgestellt werden, wie schnell das Kalzium vom Körper aufgenommen wird. Die Ärzte haben deutlich gemacht, daß die

Krankheit Rachitis nicht in erster Linie ein medizinisches Problem ist, sondern ein sozialpolitisches, da die Krankheit bei schlecht ernährten Kindern, die selten in der Sonne sind, auftritt. Es handelt sich also nicht um ein Problem, wie das Kalzium vom Darm aufgenommen wird. Laut Strahlenschutzgesetz und dergleichen Versuche verboten!

Die Berichte der Wiener Ärzte haben die Zuhörer sehr aufgewühlt und dazu gebracht, von eigenen Ergebnissen mit Menschenversuchen zu berichten. Die Ärzte/innen und medizinischen Assistenten berichteten, daß die Pharmaindustrie Prämien an die testenden Ärzte vergibt. Menschenversuche seien heute „menschenverachtende Normalität“ an jedem Krankenhaus, die nicht veröffentlicht werden: aus Angst, wegen der Schweigepflicht, aus Resignation und Gleichgültigkeit.

Ein Arzt berichtete von einem Forschungsprojekt, bei dem Versuche an Frühgeborenen durchgeführt wurden. Die Babys wurden in Halterien gehängt und auf Laufbändern gehalten, um Gehirneffekte zu beobachten. Sie wurden an einen Gehirnstrommesser (EEG) angeschlossen und mit akustischen Reizen (Lärm) traktiert, mit Photoblitzern belichtet und mehreren Stoßschlägen pro Minute gefolgt, um ihre Reaktionen zu testen. Die Kinder schreien und die Ärzte sagen, es sei alles in Ordnung.

An Frühgeborenen werden Versuche mit künstlicher Ernährung gemacht, um die optimale künstliche Ernährung herauszufinden.

Ein Freiburger Arzt berichtete von einer Patientenvorstellung im medizinischen Hörsaal: Eine Frau wird heringebracht, der gerade eine Brust abgenommen wurde. Die Krebsbrust wird in einer Schale durch die Reihen der Studenten gegeben, während der Arzt in Anwesenheit der Frau die Krankengeschichte erzählt. WIE SO IST SO ETWAS MÖGLICH???

Ein Journalist schlug zum Abschluß der Veranstaltung vor, eine Sammelstelle zu bilden, in der Ärzte, Juristen und Journalisten zusammenarbeiten, damit diese heutigen Verbrechen aufgedeckt werden können!

Ein Genom der AG Frauen Hamburg

## Die Situation der Frau im Gesundheitswesen

Unter diesem Thema wurde vor allem auf die Probleme Abtreibung und Verhütung eingegangen.

**Pro Familia Beratungsstellen**  
Die MitarbeiterInnen der Pro Familia Bremen stellten ausführlich ihr Konzept eines Beratungszentrums vor. Das Zentrum wurde auf eigene Kosten der Pro Familia Bremen gegründet und erhielt erst hinterher Unterstützung von Senat und Senat. Bekannt geworden ist das Zentrum vor allem dadurch, daß dort Beratung und ambulanter Schwangerschaftsabbruch unter einem Dach durchgeführt wurden. Die Pro Familia Bremen verwahrt sich allerdings dagegen, ihr Zentrum als reine „Abtreibungsklinik“ anzusehen. Neben Familien- und Verhütungsberatung, Durchführung von Veranstaltungen zur Sexualpädagogik ist bei ihnen der Schwangerschaftsabbruch integriert, da sie meinen, daß der Schwangerschaftsabbruch nicht als rein medizinisches Problem gesehen werden darf und ihn als Teil ihrer Familienpolitik begreifen.

Ausdruck ihres Konzepts ist ebenfalls eine andere Einstellung zur Beratung: Sie bezeichnen die vom Gesetz vorgeschriebene soziale Beratung als „Zwangsbegleitung“, weil sie wissen, daß der größte Teil der Frauen sich vorher schon entschieden hat, kein Kind zu bekommen und die Beratung von anonymen Personen darauf kaum Einfluß hat. Außerdem grenzen sie sich von den Vorstellungen ab, daß von anonymen Konflikttherapeuten aus evangelischer, katholischer und psychoanalytischer Sicht ab, die da von ausgehen, daß es zu den „natürlichen“ Bedürfnissen einer Frau gehört, Kinder zu wollen und ein Schwangerschaftsabbruch auf jeden Fall zu einem Konflikt für die Frau wird.

Bei Finanzierung und Zulassung können Beratungsstellen eine Menge Steine in den Weg gelegt werden.

Während die Zulassung für kirchliche Beratungsstellen im Rahmen der Familienaufgaben abgedeckt ist, müssen Pro-Familia-Beratungsstellen ihre Zulassung als offizielle Beratungsstellen genehmigen lassen. In der Bremer

Kommission stimmten die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche gegen die Zulassung der Pro Familia Bremen.

Bis zum Jahresende ist die finanzielle Unterstützung der Pro Familia Bremen durch ein Modellprogramm der Bundesregierung gesichert. Anwohner Pro-Familia-Stellen (wie z. B. in Rheinland-Pfalz) erhalten überhaupt keine finanzielle Unterstützung und müssen von Spenden leben.

Die finanzielle Unterstützung von Ärzten, die bei Pro Familia arbeiten, hängt von der Anerkennung der kasensärztlichen Vereinigung ab und wird mit einem Bedarf begründet. In Westfalen soll jetzt den Ärzten der Pro Familia die Teilerkennung gestrichen werden.

In einer Veranstaltung berichteten Frauen über die Abtreibungssituation in der BRD und Westberlin. Die Berichte bestätigten, daß die Praxis des § 218 zunehmend verschärft wird, auch in Städten, die den Ruf einer liberalen Handhabung besitzen.

Erschreckend deutlich wurde die Rolle der (heißt) am Beispiel zweier Kliniken der Frauenklinik in Gießen und der Uniklinik Poliklinik in Westberlin, wo der Wechsel des Chefarztes einen schlagartigen Rückgang der Abtreibungen bewirkte. Aus Hamburg und Westberlin wurden Fälle von Zwangssterilisation berichtet, d.h. die Frauen erhalten nur dann ein Heil, wenn sie der Sterilisation zustimmen. Immer noch wird in den meisten Krankenhäusern hartnäckig an der Ausschabmethode festgehalten, auch in den Fällen, wo abgekauft wird, ist nicht nachprüfbar, ob nicht auch nachkretiert wird. In der Regel müssen Frauen auch das zusätzliche Risiko einer Vollnarkose auf sich nehmen, häufig allein aus Kostengründen, damit Arzt und Krankenhaus mehr Geld kassieren können. Speziell von Belegkliniken wurde berichtet, daß Ärzte dort Narkose anwenden müssen, damit die Klinik mehr Tagesätze abrechnen kann, weil die Frauen mit Narkose längere Liegezeiten haben. Sofern nicht durch die Ausführungsbestimmungen der Landesambulante Abtreibungen über-

haupt verboten sind (wie in Bayern und Baden-Württemberg) und es Ärzte gibt, die sie durchführen, müssen die Frauen 150-500 DM auf den Tisch legen — zusätzlich zum Krankengeld.

Interessant waren auch die Erfahrungen von Frauen, die Beratung machen. So berichtete einerseits eine Frau, die in einer stockkatholischen Gegend bei Pro Familia arbeitet und dort auch den Druck ständiger Diskriminierung aushalten muß, andererseits berichteten Frauen der Westberliner FZ-Beratungsgruppe, die keine staatliche Zulassung haben und auch nicht wollen, sondern die versuchen, durch Gruppenberatung und Gespräche über Sexualität und Verhütung nicht nur kostenlose Sozialarbeit zu leisten, sondern den Frauen zu vermitteln, wie der § 218 als Herrschaftsinstrument unmittelbar in ihr Leben hineinwirkt.

In der anschließenden Diskussion wurden die Nachteile der meisten Verhütungsmittel besprochen, die Rolle, die die traditionelle Sexualität bei ungewollten Schwangerschaften hat, angesprochen und Ansätze von Alternativen diskutiert. Schon unter heutigen medizinischen und gesellschaftlichen Bedingungen könnte die Abtreibungssituation für uns Frauen besser aussehen und unsere vordringliche Aufgabe ist sicherlich, uns dafür einzusetzen. Kurzfristig ist es deshalb auch wichtig, die Forderung der Pro Familia nach Norddiensten, die den Frauen die „Pille danach“ geben können, zu unterstützen. Langfristig werden wir unseren Kampf gegen den § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper, d.h. für Bedingungen, wo z.B. „natürliche Verhütung“ (Temperaturmethode - und Schleimbeobachtung) nicht mehr nur Angelegenheit einer einzelnen Minderheit sein können. Zu verfolgen müssen mit dem Kampf für eine andere Sexualität, für ein anderes Verhältnis zu unserem Körper, d.h. für Bedingungen, wo z.B. „natürliche Verhütung“ (Temperaturmethode - und Schleimbeobachtung) nicht mehr nur Angelegenheit einer einzelnen Minderheit sein können. Zu verfolgen müssen mit dem Kampf für eine andere Sexualität, für ein anderes Verhältnis zu unserem Körper, d.h. für Bedingungen, wo z.B. „natürliche Verhütung“ (Temperaturmethode - und Schleimbeobachtung) nicht mehr nur Angelegenheit einer einzelnen Minderheit sein können. Zu verfolgen müssen mit dem Kampf für eine andere Sexualität, für ein anderes Verhältnis zu unserem Körper, d.h. für Bedingungen, wo z.B. „natürliche Verhütung“ (Temperaturmethode - und Schleimbeobachtung) nicht mehr nur Angelegenheit einer einzelnen Minderheit sein können.

Verhütungs- und Abtreibungsmitteln geforscht wird, aber andere Ansätze nicht wahrgenommen und verfolgt werden, wird deutlich, wie auch die scheinbar „technische Frage“ der Verhütung mit den gesellschaftlichen Bedingungen zusammenhängt.

In einer gesonderten Veranstaltung wurde mehr lebhaft zum Thema Prostaglandine diskutiert. Einigkeit bestand darüber, daß die Versuche an Frauen, die fehlende Aufklärung und das Ausnutzen der Notlage zu verurteilen sind. Differenzen traten dann jedoch auf, ob generell das Verbot von Prostaglandinen vor der 12. Schwangerschaftswoche gefordert werden sollte und Prostaglandin-Forschung für das Gebiet der Abtreibung völlig überflüssig sei, oder ob die Forschung über den Einsatz von Prostaglandinen zur Weitung des Muttermundes und zur Auslösung der Menstruation (Frühabtreibung) nützlich sei.

In weiteren AG's und Veranstaltungen beschäftigten sich die TeilnehmerInnen mit den politischen Hintergründen des § 218, indem die historische Entwicklung der Bevölkerungspolitik aufgezeigt wurde, mit den Erfahrungen bei Hausgeburten, mit der Anti-Baby-Pille und den Interessen der Pharma-Industrie an den Frauen. Dabei trat z.B. der Widerspruch auf, daß in der Veranstaltung der Zeitung „Dr. med. Nahuse“ genau aufgezeigt wurde, daß die Pille nicht ausreichend erforscht ist und zahlreiche schädliche Nebenwirkungen hat, in einer Veranstaltung des „Komitees für die Rechte der Frau“ die Pille nach wie vor als bestes Verhütungsmittel propagiert wurde. Insgesamt bestand schon beim Überangebot an Informationen, die dem § 218 fehlen, zumindest für diesen Bereich, was die Berichte von Aktionen, Initiativen und Widerstand. Die günstige Gelegenheit, die der Gesundheitstag bot, auch für Absprachen und den Erfahrungsaustausch der Aktiven genutzt zu werden, wurde leider nicht wahrgenommen.

Zwei Genominnen aus Westberlin





# Klinikgeburt? — Hausgeburt!

Zu diesem Thema wurden zwei Arbeitsgruppen angeboten, eine von Dr. Hegenscheidt, einem Bremer Gynäkologen, der seit 1978 in Bremen und Umgebung ca. 80 Hausgeburten durchgeführt hat, die zweite von westdeutschen Hebammen und Müttern, die Hausgeburten gemacht haben.

Der Andrang war außergewöhnlich groß (bei der zweiten AG füllte sich ein Hörsaal mit ca. 300 Leuten!), einen großen Anteil stellten künftige Mütter und Väter.

Während Dr. Hegenscheidt mehr durch äußere Umstände auf die Idee gebracht wurde, Hausgeburten durchzuführen (er arbeitet in einer anthroposophisch orientierten Gemeinde), resultierte der Entschluß der Hebammen aus ihren praktischen Erfahrungen mit Klinikgeburten (von einer auch als „Häufungsgeburten“ bezeichnet) und ihrer eigenen machtlosen Stellung im Krankenhaus. Z.B. mußte eine Hebamme sich in ihrer 6-jährigen Krankenhauszeit regelmäßig vom Direktorium dafür veranlassen, daß sie Frauen darüber aufgeklärt hat, daß eine künstliche Geburtseinleitung bei Gesundheit von Mutter und Kind völlig unnötig sei. Ihre Versuch, das Kind nach der Geburt an die Brust der Mutter anzulegen, wurde von Ärzten mit den Worten „was soll denn diese Gefühlsduselei“ unterbunden. Das mag als Kostprobe reichen.



Wie groß der Unterschied zwischen einer Klinik- und einer Hausgeburt empfunden wird, berichtet eine Mutter, die beides erlebt hat. Vollgepunkt mit Schmerz- und Betäubungsmitteln war sie bei der Geburt ihres ersten Kindes völlig überfordert, dieses plötzlich neben sich liegen zu sehen, denn sie hatte von einer Geburt nichts gemerkt. Das Erlebnis, ein Kind geboren zu haben, wird den Frauen im Krankenhaus genommen. Dazu kommt die psychische Belastung, plötzlich als „Kranke“ behandelt zu werden, die passiv dazugehen muß.

Während Märschen und Ärzte werden, die passiv dazugehen muß, während Maschinen und Ärzte das Kind gebären. Dagegen ist eine Hausgeburt allein Sache der Frau, sie bestimmt, ob sie liegt, steht, hockt, ba-det usw., und alle anderen richten sich nach ihren Bedürfnissen. Wie positiv ein solches Vorgehen sich auf die Geburt auswirkt, berichten eine Hebamme und eine Ärztin aus dem Kreis-Krankenhaus Dachau (bei München). Sie kommen gänzlich ohne Schmerzmittel aus. In einer bestimmten Phase, in der die meisten Frauen nach Schmerzmitteln verlangen, obwohl sie dieses vorher ablehnten, unterstützen die Hebammen sie durch Massagen und machen ihr Mut, so daß alle Frauen diese 10-15minütige Phase ohne Schmerzmittel überwinden. Sie fordern die Frauen auf, jede Hemmung, jedes Nachdenken zu überwinden, zu schreien, so laut wie sie wollen, damit die Frau sich völlig nach ihrem Körper richten kann. Ist

dieses Ziel erreicht, verläuft eine Geburt wie von selbst.

Keine Frau hat je wieder nach Schmerzmitteln verlangt. Da Hebammen und Ärztinnen sich in allem nach den Frauen richten, lernen sie ganz andere „Geburtspraktiken“ kennen. 80 % der Frauen entbinden in der Höhe, keine von ihnen predt, sondern alle atmen normal weiter. Auch der „obligatorische“ Dammschnitt wird hier abgelehnt, weil er schlichtweg nicht gebraucht wird.

Frau wird sich fragen, wie das in einer Klinik (!) möglich ist? Der Umstand, daß Frau in diesem Krankenhaus ambulant (d.h. ohne Zwang zum anschließenden Krankenhausaufenthalt), sanfte Geburten machen kann, ist ein paar beherzten Hebammen und Ärztinnen zu verdanken, die den Urlaub ihres Chefarztes dazu nutzten, den Kreißsaal auszuräumen und nur ein Doppelbett hineinzustellen, und die das Glück hatten, auf einen aufgeschlossenen Chef zu stoßen. Ein Beispiel, das ruhig Schule machen könnte.

„Argumente“, mit denen die Schamkranke und Technikfreaker versuchen, Hausgeburten als verantwortungslos, mittelalterliche Praktiken abzutun, wurden anhand praktischer Erfahrungen für mich sehr überzeugend entkräftet. Da wären die gefährlichen Komplikationen — schenkt Frau einem Gynäkologiebuch Glauben, und diese bald häufiger als normale Geburten. Doch weder Dr. Hegenscheidt noch die Hebammen wußten von irgendwelchen Komplikationen, die unerwartet während der Geburt auftreten sollen, zu berichten. Für Dr. Hegenscheidt und solche Komplikationen Ausdruck von oberflächlichen Vorsorgeuntersuchungen durch Ärzte, denn etwaige Komplikationen und bereits am Schwangerschaftsverlauf ablesbar. Bei unnormalem Schwangerschaftsverlauf führen er und die Hebammen keine Hausgeburt durch. Es ist auch gar nicht anders zu erwarten, daß bei Hausgeburten unerwartete Komplikationen auftreten, weil diese zuerst erst durch die Eingriffe mit Medikamenten, Wehentropfen, unnatürliche Rückenlage der Frau — damit der Arzt es mit seinem überflüssigen Schnitt leichter hat — v.m., in der Klinik bei der „Häufungsgeburt“ verursacht werden.

Ich glaube, nicht nur ich ging mit dem Gefühl nach Hause, „wenn's irgend geht bloß, nicht ins Krankenhaus“.

Leider sind solche Errungenschaften wie in Dachau oder solche Möglichkeiten wie in Bremen (3 Ärzte und 3 Hebammen machen Hausgeburten) heute eine Ausnahme und werden

3 Hebammen machen Hausgeburten) heute eine Ausnahme und werden durch das neue Hebammengesetz weiter abgebaut. Da eine Hebamme für eine Hausgeburt plus 10 Tage Wochenbettbetreuung ganze 293,- DM brutto bekommt (das sind ein Zehntel der Kosten, die die Krankenkassen berechnen), ist sie auf eine feste Anstellung bei einer Gemeinde mit garantierter Mindestlohn angewiesen. In Westberlin erhielten die Amisärztin vom Senat eine Empfehlung, keine Niederlassungen mehr zuzulassen. Das Hebammengesetz versucht, die Hinzuziehungspflicht einer Hebamme bei Geburten abzuschaffen. So soll Frau auf kaltem Wege in Zukunft zur Klinikgeburt gezwungen werden! Zum Schluß noch ein Tip, der diesmal unverheirateten Frauen Vorteile verschafft: Krankenkassen sind verpflichtet, für die Wochenbettzeit Haushaltszinsen (zwischen 8-10 DM pro Stunde) zu bezahlen.

## Behinderte

### Aktivitäten des Kollegenkreises Alsterdorf

War es erfreulich, daß zum Thema „Elend der herrschenden Psychiatrie“ dem Besucher ein relativ umfangreiches Programm angeboten wurde (großer Star Franco Baccus von den italienischen Reform-Psychiatern) — auf dem Sektor „geistig Behinderte in Großbetriebsanlagen“ tat sich erschreckend wenig. So blieb es dem „Kollegenkreis Alsterdorf Anstalten“ aus Hamburg allein überlassen, zu dieser Thematik einen Bucherlass, eine Wandzeitung und eine Fotowand mit Bildern aus dem Anstaltsalltag zu organisieren. Erfreulicherweise muß aber gesagt werden, daß die Alsterdorfer Kollegen/innen hiermit sehr erfolgreich dastanden: Die Fotowand fand sehr viele Betrachter und der Broschürenverkauf lief.

Der Kollegenkreis Alsterdorf beteiligte sich auch an zwei Veranstaltungen.

lungen „Anstalten als Gesundheitsrisiko“, die von Kolleginnen aus einer Anstalt in Neu-Eckernrode (bei Braunschweig) organisiert wurden. Mageres Resultat: Am Ende der zweiten Versammlung beschlossen die 21 (!) Besucher in Zukunft verstärkt im „Arbeitskreis geistig Behinderte“ der „Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie mitzuarbeiten“.

Es bleibt zu hoffen, daß die vorgeschlagene Großdemonstration im Oktober („Auflösung der Großbetriebsanlagen für Behinderte und Psychisch-Kranke“) unter den Kollegen solcher Großbetriebsanlagen ein breiteres Echo auslöst wird, als es der Gesundheitstag im März Vorbereitung und Beteiligung an dieser Demonstration sei bereits von dieser Stelle her mehrfach aufgefordert!

Martin, Behindertenkommission

## »Bettgeflüster« mit 800 Leuten

Während des Gesundheitstages fand eine Veranstaltung statt mit dem Titel „Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine“. Auf dem Podium saßen Frauen vom Feministischen Frauen Gesundheitszentrum, von Pro Familia, von einer Lesbengruppe, § 218-Gruppe, Ingeborg Dietz u. a. Marie-Luise Janssen Jureit und Luc Jochimsen waren nicht gekommen.

Zu Beginn war der Hörsaal knallvoll mit ca. 800 Frauen und Männern. Die Veranstalterinnen waren sehr souverän und gestatteten den Männern die Anwesenheit, aber nicht das Rederecht, wenn es um unsere Sexualität geht. So ein heikles Thema fällt ja schon unter so einer Riesengruppe schwer und erst recht, wenn Männer dabei sind. Einer konnte sich gar nicht wieder beruhigen und schrie ob des Redeverbots ständig „Faschismus, das ist Faschismus!“ bis sich endlich ein anderer Mann auf ihn stürzte (sinngemäß) und zurück brüllte, er solle lieber verschwinden. Und noch einer folgte auf den Schlipps getreten, riß einer Frau, die gerade sprach, das Mikro weg und forderte alle Männer auf, die „sch auf den Schwanz oder sonstwo hingetreten fühlen“, ihm zu folgen und den Saal demonstrativ zu verlassen. Ein Mann schloß sich an, alle anderen blieben lieber sitzen. Gelächter und Geprüfe. Mein Nachbar bemerkte, es sei schon sehr hart, wenn man nichts sagen dürfe. Daß sie das nicht mal drei Stunden lang aushalten können!

Im späteren Verlauf des Abends ergriff nochmal ein Mann das Mikro, dessen schriftlicher Beitrag nicht vorgelesen wurde. Eine Frau nahm es ihm weg, worauf der Hausmeister mit hochrotem Kopf zum Podium stürzte, sich über Mißbrauch der Technik beklagte und das Mikro abstellen wollte, wenn Männer hier nicht reden dürfen. Der Mann verzichtete auf seinen Beitrag, die Diskussion ging weiter, eine Diskussion, in der es noch oft genug um die lieben Männchen ging!

Die Veranstalterinnen stellten die Diskussionsthemen vor:

1. „Die Gleichsetzung von Lust und Fortpflanzung ist für Frauen nicht naturgegeben, sondern „natürlich“ männlich. In der männlichen Sexualität sind Zeugung und Lust immer eine Einheit. Für Frauen ist diese Einheit nicht zwingend. Wir haben eine Ahtoris und eine Vagina.“

2. Erst durch die unaufgezwungene Gleichsetzung von Lust und Fortpflanzung werden Verhütungsmittel notwendig.

3. Eine ungewollte Schwangerschaft ist Ausdruck sexueller Gewalt in einer Liebesbeziehung. Ein Schwangerschaftsabbruch ist für die Frau nur die gewaltsame Wiederherstellung ihrer Ausgangssituation. Die Verweigerung des Schwangerschaftsabbruchs ist nur die öffentliche Form der herrschenden Sexualität.

Kurzum, Frauen. Hört auf mit der Schwangerschaft, raus mit dem Schwanz! Na, das ist eine Provokation!

Verhaltenes Klatschen von den Frauen. Lange Gesichter bei den Männern. Keine Frau traute sich so recht ans Mikro zu gehen. Die Frau von Pro Familia sprang erst mal ein und berichtete aus ihrer Praxis. Es kamen viele Auslassungen zu ihr in die Beratung und die fragte sie immer auch, wenn es um Sexualität geht, ob sie Spaß im Bett haben. Diese Frage sei oft ein Funke in ein Pulverfaß, die Frauen würden explodieren von dem Bedürfnis über ihre Miere zu reden, da sie sonst niemanden haben und das Thema Sexualität in städtischen Ländern noch viel mehr tabuisiert ist als bei uns.

Es gab Frauen, die sich von der provokativen Forderung angegriffen fühlten, da sie sich die Art der Sexualität nicht vorschreiben lassen wollen und es gern haben, wenn sie einen Schwanz in ihrer Vagina fühlen. Diese Abgrenzerin ging aber ziemlich am eigentlichen Problem vorbei, das die Veranstalterinnen aufgreifen wollten. Sie gehen von der Tatsache aus, daß die „normale“, die männliche Art des sogenannten Geschlechtsaktes — Vor-spiel, Schwanzsein, Bewegung, Action, Turnieren, aus, vorbei — eben nicht die Befriedigung für die große Mehrheit der Frauen bedeutet. Das Märchen vom freudreichen reifen vaginalen Orgasmus stand gar nicht erst zur Debatte.

Die Veranstalterinnen wollten deutlich machen, wenn Frau die schwangerschaftsbedingende Sexualität mal laßt, daß dann eher die Möglichkeit besteht, andere Formen von Zärtlichkeit und Sexualität zu entwickeln, die für Frauen nicht Gewalt bedeuten, nicht schreckliche Verhütungsmittel oder die Gefahr von ungewollter Schwangerschaft, Angst vor Abtreibung usw.

Wo Angst regiert, kann sich keine Lust entwickeln und Entspannung wird nicht möglich.

Die Frauen berichteten davon, wie schwer es ihnen bei und mit ihren Freunden darüber zu reden oder „einfach“ das Herkömmliche nicht mehr mitzumachen, da es ihnen zu großen Konflikten in der Freundschaft kommen kann. Frau möchte gern mit dem Mann etwas verändern und hat Angst davor, da es ja für den Mann leichter ist, viel von der Frau zu sehen, die so bunt ist, wie er das will, an, daß er sich verändert und vielleicht auch mal darüber nachdenkt, was ihm bisher an sexuellen Lustgefühlen verborgen geblieben sein könnte.

Frauen erzählten, daß sie aus Angst, den Typ zu verlieren, die tollkühnsten Unternehmungen im Bett mitgemacht haben, und auch an den für sie gefährlichen Tagen Schwangerschaft in Kauf genommen haben. Aus einigen Frauen sprach Resignation und Aggression, da es so wenige, gutmütige, entwicklungsfähige Männer auf dieser Welt gäbe. Eine Frau bekannte öffentlich, daß sie die Frage von den Typen läßt und froh ist, daß sie Frauen lieb.

Eine andere hat Begeisterungsurme im weiblichen Publikum hervorgerufen. Sie erzählte über ihre Erfahrungen. Bevor sie mit'm Typ in die Kiste stieg, wurde sie erstmal abgecheckt, ob er überhaupt weiß, daß sie eine Aktiön hat, ob er überhaupt weiß, daß es für eine Frau uninteressant ist, wenn er stolz eine Stunde in einem steifen Schwanz im Bett rum sitzt. Und sie würde abhecken, ob er sehr auf seinen Schwanz fixiert ist und unbedingt bei ihr rein will. Trotz „Checkliste“ hat sie noch nicht viele Männer kennengelernt, mit denen es wirklich Spaß macht.

Fosender Beifall! Ich glaube, daß viele Männer sehr erschrocken waren, was sie unter dieser Miene oder einem abfälligen Grinsen verbergen mußten. Es ist gut, daß die Männer zuhören konnten.

Es ist gut, daß endlich öffentlich über die sexuellen und erotischen Wünsche von Frauen gesprochen werden kann. Da gibt es noch viel zu sagen!

Eine Genomin der AG Frauen Hamburg

## Demonstration gegen »Behinderten-Urteil«



(über 3000 Behinderte und „Nicht-behinderte“ aus der ganzen Bundesrepublik demonstrierten am 8. Mai gegen das „Schandurteil von Frankfurt“).

Am 25.2.80 hatte das Frankfurter Landgericht einer Urteilsabteilung, die sich durch die Anwesenheit einer schwedischen Behindertengruppe in ihrem Urlaub gestört gefühlt hatte, einen erheblichen Nachschuß vom Reisepreis zugestanden. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß „eine Gruppe von Schwerbehinderten bei empfindsamem Hinsehen eine Beeinträchtigung des Urlaubs nicht darstellt“ (siehe AK 1/76).

Mit Flugblättern, Transparenten, Schildern und Parolen artikulierten die Behinderten ihre Empörung und ihre Wut über dieses Urteil „Frankfurter Urteil - Rückfall ins 3. Reich!“ oder „Unser Urteil ein Jahr Rollstuhl für den Richter!“ oder „Heute

sind die Rollstuhlfahrer, morgen sind's die Glotzenrigger. Manche Behinderte trugen gelbe Davidsterne mit Rollstuhlsymbol.

Zu der Demonstration war auch Per Olav Kallmann, Direktor der schwedischen Behindertengruppe, deren Mitglieder für die angebliche Urlaubsbeeinträchtigung verantwortlich gemacht worden waren nach Frankfurt gekommen. Er erklärte, daß man in Schweden mit Ungleichheit und Empörung von diesem Urteil gehört hatte und für dessen, das Urteil für ungültig zu erklären. Die Schweden wollen in ihrem Land eine Untersuchungskommission gegen die richterliche Entscheidung stellen.

Sprecher der Behindertengruppe forderten den hessischen Justizminister auf, sich für die Richter bei den Behinderten zu entschuldigen und sie ihres Amtes zu entheben. Sie

KB/Gruppe Frankfurt



## Pille — Nein danke!?

Unter dem Titel „Die Anti Baby Pille“ stellte eine Arbeitsgruppe der Redaktion des „Dr. med. Mabus“ (fortschrittliche Medizinische Zeitung) ihre Arbeitsergebnisse zu o. g. Thema vor, insbesondere zur Frage der Gesundheitsgefährdung der Pille.

Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, darüber Aussagen machen zu können — es gibt so gut wie keine Untersuchungen und Langzeitstudien —, können folgende schädlichen Folgen der Pille mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden:

— Frauen, die die Pille nehmen, haben ein 3-4 mal höheres Risiko, Thrombosen zu bekommen als Frauen ohne Pille. Nach einer bestimmten Zeitspanne, in der die Pille genommen wird, entstehen Schäden an Gefäßwänden (die dann Ursachen für Thrombosen sein können), die trotz Absetzen der Pille nicht wieder rückgängig zu machen sind. Durch das erhöhte Thromboserisiko steigt ebenfalls das Risiko, einen Herzinfarkt oder Hirninfarkt zu bekommen, an 5000 Frauen, die die Pille nehmen, stirbt eine am Herzinfarkt (nach einer englischen Studie an 46000 Frauen von 1968-77).

— Obwohl Fr. Schering (PillenhHersteller) behauptet, es gäbe keine Anzeichen dafür, daß die Pille Krebs erzeuge, ist bei Frauen, die die Pille nehmen, eine gestiegene Rate an Gebärmutterkrebs festgestellt worden (z.B. in der dritten Welt). Ein weiteres Indiz dafür ist das Verbot zweier Pillerpräparate mit einer bestimmten Wirkstoffzusammensetzung bei denen krebserzeugende Wirkung festgestellt wurde.

— Und schließlich die psychischen Auswirkungen (Depressionen). (Die detaillierten Daten und Quellen werden von der Mabus AG in einem Referat zusammengestellt und können bei der Kieler Konföderation, Zastrowstr. 18, 2300 Kiel bestellt werden).

Bereits während der Referat seine Ergebnisse vortrug, wurden immer wieder Stimmen — auch von Frauen — laut, die seine Ausführungen als „übertrieben“ und „Schwarzmalerei“ bezeichneten. Z.B. argumentierte eine Frau mit dem schon in Medizinischen Kreisen abgelehnten Festgelegten „Nutten“ Krebs. Frauen, die häufig schon in jungen Jahren und mit wechselnden Partnern Geschlechtsverkehr hatten (Nutten!) erkrankten viel häufiger an

Gebärmuttermutterkrebs als Frauen, die keinen Geschlechtsverkehr haben (Nutten). Da Frauen, die die Pille nehmen, auch häufiger Geschlechtsverkehr haben, könne die festgestellte erhöhte Rate an Gebärmutterkrebs nicht auf die Pille zurückgeführt werden. Ihrer Meinung nach sollten wir lieber die nach männlichen Bedürfnissen ausgerichtete Sexualität, die der Frau eine für sie unnatürliche Einheit von Sexualität und Fortpflanzung auferlegt, infrage stellen.

Diese Herangehensweise wurde von anderer Seite, besonders praktizierenden Gynäkologen, als zwar langfristig mögliches Ziel, aber ansonsten völlig realitätsfern gekennzeichnet. Ein Gynäkologe schilderte, wie ihm trotz Ablehnung der Pille einfach keine andere Wahl bleibe, als immer wieder auf dieses Verhütungsmittel zurückzugreifen. Wenn Mädchen, die gerade einen Freund haben und ab sofort ein Verhütungsmittel brauchen, zu ihm in die Praxis kommen, kann er ihnen weder großartig etwas von alternativen Formen der Sexualität erzählen, noch sie dazu auffordern, erstmal mindestens einen Monat lang die Körpertemperatur zu messen, ohne sie damit einer ungewollten Schwangerschaft und gesundheitsschädlichen Anstrengung auszusetzen.

Das Problem liegt einfach in fehlenden Alternativen. Einige waren sich aber, daß Frau und Mann ein besseres Wissen über die Vorgänge im Körper der Frau zu vermitteln und sie zu befähigen, selbstständig z.B. mit der Basaltemperaturmethode umzugehen.

Strittig wurde es allerdings wie dem bei der Forderung, daß vor allem die Männer Verhütung mindestens zur Hälfte als ihr Problem begreifen müssen und für sie das Benutzen eines Kondoms oder eine Sterilisation ebenso selbstverständlich wird wie die Pille, Spirale, Pessar, Cerneve etc. für die Frau.

Ein Mann lehnte jegliche „Selbstvermittlung“ (damit meint er die Sterilisation) in Zusammenhang mit Sexualität ab und hält die Sterilisation des Mannes wegen „erhöhter Hodenkrebsgefahr“ selbst dann für keine Alternative, wenn Samenbanken zur Deposition des Spermias für späteren Kinderwunsch zur Verfügung stünden. Da macht sich halt doch bemerkbar, daß man(n) eben nicht h 1 schwanger wird.

mangelndes Selbstbewußtsein, daß in die Resignation führe. Leider entstand am Schluß der Veranstaltung der Eindruck, als ob mit der Schaffung eines Berufsbildes und Zurückweisung ärztlicher Aufgaben die Misere der Pflegeberufe weitgehend behoben sei. Die zum Schluß gebildete Arbeitsgruppe für ein Berufsbild Pflegekraft ist mehr ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines gesellschaftlichen Selbstbewußtseins. Wenn sich das neugewonnene Bewußtsein aber primär darauf richtet, gegen die Ärzte und andere Berufsgruppen im Krankenhaus eine gleichgewichtige Position zu erkämpfen, wird nicht viel gewonnen sein. Richtig ist, daß eine Gleichberechtigung der verschiedenen Gesundheitsberufe vorhanden sein muß, wenn sich die Misere unseres Gesundheitssystems ändern soll. Die entscheidende Auseinandersetzung muß aber mit allen Gruppen gemeinsam gegen das Gesundheits(unt)wesen als Ganzes geführt werden. Die Erörterung dieses Gesichtspunktes fand nur andeutend statt.

Ganz unterschiedlich wurde die Gewerkschaftsfrage dargestellt. Während etliche ihrem Unmut über die schlechten Erfahrungen mit den Gewerkschaftsführern Luft machten und sich z.T. auch aus der aktiven gewerkschaftlichen Arbeit zurückgezogen haben, haben andere wiederum ziemlich allgemein die Bedeutung und Rolle der Gewerkschaften im Kampf um Verbesserungen hervor-

gehoben. Die große Zahl der Veranstaltungsteilnehmer und die Fülle der Aktionen aus allen Teilen der BRD war überraschend erfolgreich. Für die Zukunft ist in diesem Bereich wohl noch einiges zu erwarten, vor allem, wenn ein Informationsaustausch und eine Koordination aufgebaut wird.

Die große Zahl der Veranstaltungsteilnehmer und die Fülle der Aktionen aus allen Teilen der BRD war überraschend erfolgreich. Für die Zukunft ist in diesem Bereich wohl noch einiges zu erwarten, vor allem, wenn ein Informationsaustausch und eine Koordination aufgebaut wird.

Ein Genosse der Gesundheitszeile in Hamburg

## Zur Diskussion über die Freigabe von Hanf

# „Legalize it“?

Seit einem Jahr wird nun auch in der BRD wieder einmal die Frage diskutiert, den Konsum von Hanf (Cannabis - Marihuana und Haschisch) zu entkriminalisieren. Dermal jedoch wird die Forderung organisierter als vor zehn Jahren vorgebracht, als schon einmal eine breite Debatte darüber in der Öffentlichkeit stattfand.

Von Westberlin ausgehend hat sich bundesweit nach amerikanischem Vorbild die „Deutsche Cannabis-Reformgesellschaft InHaLe“ (Initiative Haschisch Legal) gegründet, die „TAZ“ stützt dieser Forderung breiten Raum ein, die Judoas fordern die Legalisierung der Droge, die Judoas lediglich Straffreiheit, und in Hamburg beispielsweise fanden in der letzten Zeit zwei Demonstrationen für die Freigabe statt.

Entkriminalisierung bedeutet, daß der Umgang mit Hanf nicht mehr bestraft wird; Legalisierung heißt darüber hinaus, Hanf vollständig freizugeben und (steuerrechtlich mit den legalen Drogen wie Alkohol und Nikotin gleichzustellen).

Viele Links stehen der „Legalize it“-Diskussion mit gemischten Gefühlen gegenüber: einerseits werden die Drogengesetze und -programme der Regierung aus gutem Grund abgelehnt, andererseits erscheint es auch bei einem eventuellen eigenen Hanfkonsum einigermaßen absurd, sich derzeit ausgerechnet für die Freigabe eines Rauschmittels einzusetzen. Doch das Hanfverbot hat längst die Ebene einer individuellen zu beantwortenden Frage verlassen, es ist ein zentraler Bestandteil der umfassenden staatlichen Rauschgiftpropaganda und Anlaß für eine Vielzahl praktischer Schritte polizeistatistischer Strategien geworden.

### Das Schutzgut „Volksgeundheit“

Das Hanfverbot ist durch internationale und nationale Abkommen bzw. Gesetze geregelt. In der „Single Convention Treaty“ der Vereinten Nationen von 1961 wird Hanf unter die gefährlichen Drogen eingereiht und im internationalen Übereinkommen über psychotrope Stoffe von 1972 zu den „nicht verkehrsfähigen“ Stoffen gerechnet. Ausnahmengeltend lediglich für einige asiatische Länder, in denen Hanf in verschiedener Form zu medizinischen Zwecken verwendet wird. Die BRD gehört zu den Mitunterzeichnern dieser Abkommen und hat die genaue strafrechtliche Fassung im Betäubungsmittelgesetz (BtMG) von 1972 bzw. in der aktuellen Vorlage eines neuen BtMG niedergelegt.

Die „Information“ des Bundesgesundheitsministeriums vom 24. März 1980 heißt es: „Zwar sind Haschisch und Marihuana Drogen, die nach wissenschaftlicher Erkenntnis nicht zwangsläufig zu körperlicher Abhängigkeit führen, Sicher ist aber auch, daß sie häufig psychische Abhängigkeit machen und gesundheitliche Schäden nicht ausgeschlossen werden können. Zwar liegen noch keine gesicherten Langzeituntersuchungen vor“, doch „es gibt eine Verdachtsliste“ von gesundheitlichen Schäden, die von der Veränderung der Wahrnehmung und des Denkens („von Sinneswahrnehmungen über vermindertes Reaktionsvermögen, reduzierte Spermienproduktion bis hin zu Hirnschädigungen und Psychosen reicht. „Erbanlagen im Zellkern können (vererbt) das Abwehrsystem und die Immunitätsreaktionen beträchtlich geschädigt werden; Marihuana kann zeitweilig sogar impotent und unfruchtbar machen“. Nach Auffassung des Ministeriums ist Hanf also ein geradezu teuflisches Gift, das zwar „nicht zwangsläufig zu körperlicher Abhängigkeit“ führt, ansonsten aber schwerste körperliche, geistige und psychische Schäden nach sich zieht. Ein Blick auf die medizinischen Gutachten läßt daran Zweifel aufkommen.

Bis 1968 gab es drei große staatliche Untersuchungen aus Indien, New York und Großbritannien, die übereinstimmend zu dem Schluß kamen, daß „auch der gewohnheitsmäßige Konsum von Cannabis, solange Exzesse vermieden werden, keine schädlichen Wirkungen hat“ (brit. Cannabis Report, 1968). Erst nachdem in den Vereinigten Staaten der Hanfkonsum wieder weit verbreitet war, wurde eine Serie von Gutachten in Auftrag gegeben. Diejenigen mit dem zweifelsvollsten wissenschaftlichen Wert formulierten die oben aufgeführte Verdachtsliste, eine kleinere Anzahl Gutachten kam zu den Ergebnissen, die auch schon die

Verbot anderer Substanzen regeln, also beispielsweise bei Medikamenten oder dem Atomprogramm wird dagegen der Nachweis der Schädlichkeit verlangt bzw. es werden großzügige „Toleranzgrenzen“ eingeräumt. Medikamente beispielsweise benötigen zur Zulassung nur den Nachweis der Wirksamkeit, evtl. Nebenwirkungen müssen dazu „in einem angemessenen Verhältnis“ stehen. Ein Krebsmittel darf als Nebenwirkung also Haarausfall nach sich ziehen, ein Zahnschmerzmittel dagegen nicht. Im gleichen Gesetz findet der Maßstab, nach dem Hanf verboten bleibt, keine Anwendung auf die Produkte der Pharmaindustrie für Betäubungsmittel, die erst im neuen Gesetz als solche aufgeführt worden, wird den Konzernen eine bis zu drei Monate dauernde Schonfrist eingeräumt, in der diese Stoffe weiterhin abgegeben werden dürfen. Auf Antrag wird diese Frist bis zur endgültigen Ablehnung verlängert (§33 u. Begr.). Die IG-Farben-Nachfolger erhalten damit die Gelegenheit, ihre Bestände an inzwischen unter das Gesetz fallenden Betäubungsmitteln zu veräußern, bevor sie verschreibungspflichtig oder nicht mehr verkäuflich werden.

### Die „Umsiegedroge“ Hanf

Zu den am hartnäckigsten strapazierten Argumenten der Hanf-Gegner gehört auch der Hinweis auf die angebliche Schrittmacherfunktion des Hanfes als Einstiegs- bzw. Umsiegedroge für Opium. Der Gesetzesentwurf nennt es: „Hinweis auf die mögliche Schrittmacherfunktion als sogenannte „Einstiegsdroge“. Wahr ist daran, daß selbstverständlich neben Alkohol, Tabletten und Schnüffelsubstanzen (Pattek u.ä.) auch Hanf häufig zu den konsumierten Drogen vor der Entwicklung einer Opiatsucht gehört. Der Umkehrschluß, daß Hanfkonsum zu einer Heroin-Sucht führe, ist dagegen völlig unlogisch. Diesem Argument stehen auch der BKA-Jahresbericht sowie Verlautbarungen des Gesundheitsministeriums entgegen, in denen es heißt, daß Hanf als Einstiegs- bzw. Umsiegedroge zunehmend an Bedeutung verliere, da „immer mehr Jugendliche direkt mit Opiaten ihre Drogenkarriere beginnen“. Ein Umsiegen durch eine Droge an sich gibt es nicht, die Entwicklung einer Sucht ist überwiegend immer noch durch die soziale Lage des einzelnen bedingt.

Zu einem gewissen Teil hat sich aber die verlogene offizielle Argumentation auf tödliche Weise bewährt: sie bewirkt bei vielen Kiffern eine generelle Ungläubigkeit gegenüber den angeblichen Auswirkungen tatsächlicher Suchtdrogen, dieser Irrtum hat das Umsiegen häufig zusätzlich begünstigt und sich dann schrecklich gerächt. Wer glaubte schon noch den Warnungen vor Heroin, wenn sich die vor Hanf nicht bestätigt hatten? Außerdem hat es durch die vom Gesetz

Fortsetzung nächste Seite

## Widerstand am Krankenhaus

Mit ca. 800-1000 Teilnehmern war die Veranstaltung des Arbeitsbereiches Gesundheitswesen der Alternativen Liste Westberlin sehr gut besucht (bei 50% der Anwesenden kamen aus dem Pflegebereich). Zwei im leitenden Referat gaben einen kurzen Überblick über die Aktionen der Beschäftigten im Westberliner Gesundheitswesen in den letzten Jahren und den erfolgreich abgeschlossenen Spritzenstreik am Krankenhaus Neukölln in diesem Jahr. Dann berichteten Schwester und Pfleger aus verschiedenen Krankenhäusern der BRD und Westberlins über erfolgreiche Widerstandskampagnen. Hierzu zählt neben dem Spritzenstreik in Westberlin und Hamburg insbesondere der Versuch, eine bessere Betreuung der Patienten durchzusetzen, so z.B. die unmöglichen, nützlichen Patientenwünsche auf den Tag zu legen und die Verhinderung der größten Kunstfehler von unerfahrenen und arrogantem Ärzten. Dies ist allerdings durch vielfältige und früh einsetzende Repressionen der Ärzteschaft und Krankenhausleitungen (auch gegenüber Ärzten) mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die geschilderten Fälle kamen alle aus dem Pflegebereich und es entstand teilweise eine gedämpfte antizipatorische Stimmung.

Deutsch wurde aber trotzdem, daß nur aus gemeinsamen Vorgehen Aussicht auf Erfolg hat.

Einen wesentlichen Teil der Diskussion nahm die Frage nach den Ursachen der besonderen Belastungen und der Resignation in den Pflegeberufen ein. Genannt wurden das Fehlen eines abgrenzten Berufsbildes und die Übernahme von fremder Arbeit insbesondere von Ärzten aber auch in der Verwaltung. Dadurch kam die eigentliche pflegerische Aufgabe zu kurz. In der Aufgabenteilung zwischen Pflegekräften und Ärzten. Aus allem resultierte ein

mangelndes Selbstbewußtsein, daß in die Resignation führe. Leider entstand am Schluß der Veranstaltung der Eindruck, als ob mit der Schaffung eines Berufsbildes und Zurückweisung ärztlicher Aufgaben die Misere der Pflegeberufe weitgehend behoben sei. Die zum Schluß gebildete Arbeitsgruppe für ein Berufsbild Pflegekraft ist mehr ein wichtiger Schritt zur Schaffung eines gesellschaftlichen Selbstbewußtseins. Wenn sich das neugewonnene Bewußtsein aber primär darauf richtet, gegen die Ärzte und andere Berufsgruppen im Krankenhaus eine gleichgewichtige Position zu erkämpfen, wird nicht viel gewonnen sein. Richtig ist, daß eine Gleichberechtigung der verschiedenen Gesundheitsberufe vorhanden sein muß, wenn sich die Misere unseres Gesundheitssystems ändern soll. Die entscheidende Auseinandersetzung muß aber mit allen Gruppen gemeinsam gegen das Gesundheits(unt)wesen als Ganzes geführt werden. Die Erörterung dieses Gesichtspunktes fand nur andeutend statt.

Ganz unterschiedlich wurde die Gewerkschaftsfrage dargestellt. Während etliche ihrem Unmut über die schlechten Erfahrungen mit den Gewerkschaftsführern Luft machten und sich z.T. auch aus der aktiven gewerkschaftlichen Arbeit zurückgezogen haben, haben andere wiederum ziemlich allgemein die Bedeutung und Rolle der Gewerkschaften im Kampf um Verbesserungen hervor-

gehoben. Die große Zahl der Veranstaltungsteilnehmer und die Fülle der Aktionen aus allen Teilen der BRD war überraschend erfolgreich. Für die Zukunft ist in diesem Bereich wohl noch einiges zu erwarten, vor allem, wenn ein Informationsaustausch und eine Koordination aufgebaut wird.

Die große Zahl der Veranstaltungsteilnehmer und die Fülle der Aktionen aus allen Teilen der BRD war überraschend erfolgreich. Für die Zukunft ist in diesem Bereich wohl noch einiges zu erwarten, vor allem, wenn ein Informationsaustausch und eine Koordination aufgebaut wird.

Ein Genosse der Gesundheitszeile in Hamburg

Hamburg

Jupio-Fe 20.-22.6.

Die Verschlechterung der Lage der Jugendlichen drückt sich gegenwärtig am stärksten in der Drogenproblematik aus. Hilftungs- und Perspektivlosigkeit als Folge von Jugendarbeitslosigkeit und allgemeinen miesen Bedingungen in Schule, Lehre und Studium sowie ein alle Lebensbereiche erfassender politischer und sozialer Druck und einige der wesentlichen Hintergründe für die massenhafte Flucht in Drogen. Viele, die mit Betroffenen zu tun haben oder in anderen Bereichen mit den Auswirkungen des Drogenproblems konfrontiert sind, verfügen nicht über ausreichende Informationen, um isoliert oder resignieren.

Das Jugendpolitische Forum will auf einem Arbeitstreffen die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches und der Diskussion zwischen mittelbar und unmittelbar Betroffenen bieten und so dazu beitragen, weitergehende Aktionen und praktische Ansätze zu entwickeln.

Folgende Arbeitsschwerpunkte sind geplant: Kriminalisierung (BtMG-Gesetze, Drogenkonsum, Ausbau des Polizeiparates, Strafverfolgung, Kneipenarbeit) - Schule und Ausbildung (Aufklärung, Kontaktlehrer, Bespitzelung von Schülern) - Situation der Eltern und Freunde - Selbsthilfegruppen - gesundheitliche Versorgung - Drogenberatung und Therapie - Jugendarbeit (Auswirkung und Vorbeugung, Situation von Jugendlichen) - Heime

Zur Eröffnung findet eine Informationsveranstaltung statt. Näheres zum Programm, Kontakt und Anmeldung über Jupio-Fe, c/o Jugend hilft Jugend, Max-Bräuer-Allee 116, 2000 Hamburg 50. Telefon 040, 340 95 47 (14-16 Uhr).



Fortsetzung von Seite 35

bedingte zeitweilige Verquickung des Marktes verschiedener illegaler Drogen fast zwangsläufig eine Steigerung der Entfaltungsmöglichkeiten gegeben. Wenn von offizieller Seite das Hanfverbot nur mit gewagten Argumenten hinkassiert werden kann, so stellt sich die Frage, warum der Staat diese inzwischen recht weit verbreitete Droge nicht in sein Drogenmonopol mit einbezieht. Bei anderen Drogen hat das aus staatlicher Sicht doch auch Vorteile, da der Staat in Form von Steuern oder beispielsweise Brauereiesteuer am Konsum legaler Drogen kräftig mitverdient.

## Staat und Drogen

Aus der Sicht der Herrschenden haben Drogen, zumal wenn sie im Übermaß konsumiert werden, zwei Aspekte einerseits ist ein betäubtes Volk leichter zu regieren als ein Widerstand leistendes. Andererseits zeigen die breit angelegten Kampagnen gegen Alkohol und Medikamentenmissbrauch, daß der Schaden dieser staatlichen Suchtstrategie dann seine Grenzen findet, wenn z.B. Produktionsziffern oder die Gewinne der Krankenversicherungen gefährdet sind. Der stetig steigende Pro-Kopf-Verbrauch an Alkohol, Zigaretten und Psychopharmaka zeigt, daß die Bevölkerung der BRD zu großen Teilen „taubgesteilt“ ist, die Obergrenze der Suchtverbreitung aber noch nicht erreicht ist. Dabei haben Anti-Drogen-Kampagnen natürlich auch Alibifunktion, um darüber hinwegzutäuschen, daß der Staat mit jährlich über 16 Mrd. DM Steuereinnahmen für Alkohol und Tabakwaren häufig am Drogenverbrauch mitverdient, aber nur einen Bruchteil dieser Gelder für die Rehabilitation der Opfer ausbleibt.

In diesem Zusammenhang wäre eine staatlich genehmigte Droge Hanf durchaus von Vorteil. Der Schaden für die „Volksgeundheit“ wäre vergleichsweise gering und ein staatliches Hanfmonopol könnte das Steueraufkommen zusätzlich erhöhen bzw. an die Drogenindustrie erteilte Lizenzen zur Profitsteigerung beitragen.

Es stellt sich also erst recht die Frage, warum trotz erheblicher Vorteile für den Staat ein vielstimmiger Chor der Entrüstung und Ablehnung gegen alle Forderungen nach Lockerung des Hanfverbots laut wird.

## Ein Mann sieht grün...

### Ein Mann sieht grün...

Eine der lautesten Stimmen in diesem Chor ist die des Bremer LKA-Chefs Herbert Schäfer. In der Fachzeitschrift „DIE POLIZEI“ vom April 80 heißt es in seinem Beitrag „Über die Verharmlosung der Auswirkungen des Cannabis-Problems“: „Aber immer noch wirken die Tendenzen des großen Verweigerers nach, welche zuerst die Studenten vor einem Dutzend Jahren und in ihrem Gefolge dann die Anarchen, schließlich die Spontis und Tumme sowie anderes randeschwärzige Volk als antikapitalistische Lebensform propagierten. Noch immer wird gegen Leistungsansprüche und gegen andere Symptome einer autoritären Gesellschaft aufgebeutelt, durch Aufbläsen reagiert. ... Cannabis paßt in diese Landschaft der Illusionen und Utopien“.

So wüßte ich, hat bisher noch niemand ausgedrückt, worauf das Hanfverbot abzielt. Dabei sollte sich doch auch unter Leitenden Kriminaldirektoren herumgesprochen haben, daß der angeblich gesellschaftsverändernde Aspekt des Hanfkonsums sich inzwischen als Irrtum herausgestellt hat. Andererseits wird das Kraut tatsächlich vorzugsweise von Jugendlichen konsumiert, die eine zumindest latent ablehnende Haltung gegenüber diesem Staat einnehmen. Sollte dabei das Hanfverbot als gegenförmiger Anlaß genommen werden, seine Verbraucher in den Griff der „Erfassungsprogramme“ zu kriegen?

### „Übergreifend operativ“ gegen „jede Entfaltungsmöglichkeit“

Eine der Größen Eminenzen der Terrorismusprogramme, Alfred Stumper, Ministerialdirektor im baden-württembergischen Innenministerium, schrieb im April 1977 über polizeiliche Langzeitprogramme: „Was fehlt, ist eine auf einer umfassenden Forschung beruhende Gesamtkonzeption mit Schwerpunkt einer echten Verbreitungsvermeidung... Nötig ist also eine Verbreitungsvermeidung aus einem Guß, nötig also eine einheitliche kriminalpolitische Strategie... Ihre Schwerpunkte liegen in... den Querverbindungen sowie Beobachtungen des Vorfeldes (der Querziele, Anm. AK) auch mit Mitteln der verdeckten Verbreitungsvermeidung und unter einer in vielfache Bereiche ausgeleg-



Thelblatt eines 1943 in den USA verbreiteten Pamphlets gegen Marihuana. Text: MARIHUANA - Meuchelmörder der Jugend! Dealer (Poddler) füttern den Abgott. (Nach Aufhebung der Prohibition und bald darauf anschließendem Verbot von Marihuana im Interesse der Alkoholindustrie, des staatlichen Prohibitionssystems und des FBI/ wurde in den 30er und 40er Jahren eine gewaltige Anti-Marihuana-Propaganda in Gang gesetzt. Anm. AK)

ten informatischen Ausleuchtung mit dem Ziel der totalen Unterbindung jeder Entfaltungsmöglichkeit von vornherein... Die Aufgabenstellung ist somit zwar sowohl teils repressiv und strafprozessual als auch präventiv und somit vorbeugend polizeirechtlich, im Grunde ist sie jedoch übergeordnet operativ“ (nach Russel-Reihe S. 5. 162) Herr Stumper ist seit vorigem Herbst auch Vorsitzender der „Arbeitsgruppe Rauschgift“ der Innenministerkonferenz und wurde vermutlich nie so isoliert wie sein Bremer Kollege, bei ihm heißt das „randeschwärzige Volk“ sehr viel dezenter „vielfache Bereiche“, die „informatisch ausgeleuchtet“ und deren „Entfaltungsmöglichkeiten“ von vornherein total unterbunden werden sollen. In Gesetzen, die angeblich der Bekämpfung des Rauschgifthandels dienen, werden solche Gedanken entsprechend umgesetzt.

Die Vorlage des neuen „Betäubungsmittel-Gesetzes“ erweitert die bisherigen Straftatbestände, wandelt Ordnungswidrigkeiten in Verbrechenstatbestände um und setzt die Mindeststrafen empfindlich hoch. So soll das gemeinsame Rauchen eines Joints bereits als Bandenkriminalität gelten, und in Zukunft wird auch der Anbau im Balkonkasten oder Hinterhof als Verbrechen gewertet werden und mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft werden können. Zusätzlich werden die Anzeigepflicht bei vermutetem Rauschmittelkonsum, das Kronzeugenprinzip und der Begriff „Verharmlosung des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln“ im Gesetz verankert (§§ 28, 29) u.a.m. Das Strickmuster dürfte gedankliche Parallelen an die Terrorprogramme der Bundesregierung wecken, und es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß vom Vorarbeiter der Paragraphen 88a und 129, dem damaligen Staatssekretär und heutigen Innenminister Baum, auch der Satz stammt: „Die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität hat für mich den gleichen Stellenwert wie die Terrorisusbekämpfung“.

Selbst wenn es es nicht so gemeint haben sollte, was wir es verstehen, die Praxis entspricht diesem Zitat: allein fünf neue Datenerfassungssysteme wurden seit vorigem Sommer aufgebaut, zwei von ihnen dienen der „Ausleuchtung“ des Vorfeldes, nämlich „PIOS-Rauschgift“ (schweizer computer von PIOS 14) und „In soll“, in dem z.B. in die Zollverfahren rückwirkend ab 1975 gespeichert werden tauschfähig darüber in AK 173). Auf unterer Ebene kam es ebenfalls zu einer Verstärkung poli-

zeistatistischer Aktivitäten - eine auf-fällige Steigerung von Razzien gegen selbstverwaltete Jugendzentren, Kneipen und andere Szene Treffpunkte, alle im Namen der Rauschgiftbekämpfung, konnte beobachtet werden. Die Szene wird so natürlich von der Büdnische verschwand; die systematische Abräumung der Frankfurter Haschweie Anfang Februar wurde im nachhinein vom Polizeipräsidenten Knut Müller als „Wendepunkt in der kriminalpolizeilichen Strategie“ abgelehnt („FR“, 16.5.80). Die Hamburger Szenekneipe „Bobbil“, der Polizei im übrigen als opiatefrei bekannt, wurde wegen der lächerlichen Menge von knapp 40 g beschlagnahmten Hanfs geschlossen. Minderjährige werden nach Festnahmen bei Hanf-Geschäften „umgedreht“ und als Spitzel auf die Szene angestellt. Für winzige Mengen (Hanfrückstände in Pfeifenköpfen) werden vierstelligen Geldstrafen verhängt und und und...

Die Auswirkungen dieser staatlichen Strategie zeichnen sich an nach Schätzungen rauchen in der BRD bis zwei Millionen Menschen gelegentlich Hanf, im Gesundheitsministerium geht man von 200.000 „Gesetzesverstößen“ pro Tag aus. Soweit diese Hanfräucher nicht gerade Austeiler, Krupp jun. oder Flick heißen oder gar Staatssekretäre im Bundeskabinett sind, werden sie in ständiger Furcht vor Kriminalisierung, Vorstrafen oder - im Falle von in pädagogischen und medizinischen Bereichen Arbeitenden - Berufsverboten leben. Für sie persönlich bedeutet dieser Druck erstmal keinen großen Unterschied zu den bisherigen Auswirkungen des Hanfverbots. Hanfräucher/innen konnten es sich auch in den letzten Jahren nicht leisten, ihre Gewohnheit öffentlich zu leben. Gesetzes wie das Hanfverbot und die Sexualstraftatparagrafen 174 - 176 - zu deren Begründung auch immer mal wieder der Nazi-Begriff „Volksgeundheit“ herhalten muß - dienen ja gerade in erster Linie der Absicherung umfassender Herrschaftsansprüche auf die Intimsphäre und dem jederzeit möglichen Eingriff in abweichende Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen einer Minderheit. In der Praxis sind sie nie darauf angelegt, alle Verstöße zu ahnden, die individuelle Anpassung reicht als Eingebnis aus, und privilegierte Gruppen sind von ihnen nicht betroffen. Doch im Modell Deutschland von 1980 erfährt dieser Gehalt des Hanfverbots eine erweiterte Qualität. Aus der individuellen Zielrichtung ist die Ausleuchtung und Restierung eines potentiell

unruhigen, sich bisherigen Erfassungssystemen entziehenden Bevölkerungsteils geworden. Tausende werden bei Überprüfungen und Razzien in die Datenbank des Discomp-Horst Herold eingespeichert werden. Der mit Sicherheit überall an Treffpunkten von Jugendlichen und in so mancher linker Wohngemeinschaft zu findende Hanf wird dabei als geringer Deckmantel für die Fortsetzung der Überwachungs- und Identifizierungsprogramme auf anderer Ebene dienen. Eine gutgläubig mit dem perfiden Motto „Therapie statt Strafe“ und der angeblichen Zielumkehrung auf den Großhandel getauchte Öffentlichkeit richtet gegen derartige Aktionen des Staates noch weniger Protest an als bei den vorangehenden Terrorprogrammen.

## Legalisierung oder Entkriminalisierung?

Der immer auftretenden Front der Gegner jeglicher Liberalisierung steht das bunte Gruppen der Befürworter gegenüber. Zwei verschiedene Vorschläge stehen bei ihnen zur Debatte.

Der eine bevorzugt ein Modell nach niederländischem Vorbild. Wie dort und in einigen US-Bundesstaaten sollte der Konsum von Hanf straflos sein und der Besitz bis zu einer gewissen Menge ebenfalls Hanf solle weder Gegenstand strafrechtlicher Verfolgungen noch einer Vermarktung durch Konzerne oder den Staat sein. Dazu wäre die Revidierung einzelner Paragraphen nötig, daß nämlich „aus verwaltungsrechtlichen Gründen“ das Gesetz erst ab einer bestimmten Menge gilt. Sie führen an, daß es nicht angehe sich zu einer unterwühligen PR-Truppe für eine zukünftige Hanf-Industrie oder „Vater Staat als Dealer“ zu machen. Eine Legalisierung halten sie allein schon der internationalen Übereinkommen wegen für unrealistisch. Es gebe schon genug legale Drogen, die sich unter bundesrepublikanischen Verhältnissen zu einem Problem auswachsen, und außerdem würde sich bei einer gesellschaftlichen Anerkennung von Hanf mit ziemlicher Sicherheit eine neue „Proteindroge“ herausbilden, die in jedem Fall gefährlicher als Hanf wäre. Sie meinen, daß eine zwar straflose, aber weiterhin erschwerte Beschaffung des Stoffes überdies den notwendigen Respekt vor der Droge fordere und die dem Hanf zugeschriebene kreative Wirkung auf diese Weise unvollständig ausgeübt werden könne. Hinsichtlich der Frage, ob sich die dem Hanf zugeschriebene kreative Wirkung auf diese Weise unvollständig ausgeübt werden könne, hinsichtlich des Anbaus vertreten sie die Ansicht, daß das Bundesgesundheitsamt, das dafür zuständig ist, erst ab einer bestimmten Quadratmeterzahl Lizenzen erteilen und der grünen Schreberbewegung einen Freiraum gewähren solle.

Der andere Vorschlag fordert die vollständige Legalisierung, das heißt die Gleichstellung mit Alkohol und Tabakwaren. Sie meinen, daß eine Entkriminalisierung nur eine Teil-Entkriminalisierung bedeute, da über der zugelassenen Menge der Staat weiterhin kriminalisierend eingreifen könne. Entkriminalisierung müsse deshalb auch für die Händler gelten, da der Stoff ansonsten außerhalb sei es eine Illusion anzunehmen, daß unter kapitalistischen Bedingungen eine Droge nicht vermarktet werde. Eine spezielle Forderung wird dabei von den Judos erhoben, die ein dem Brandweinmonopol ähnliches Staatsmonopol, Qualitätskontrollen und Abgabe in Apotheken nur an über 18jährige vorschlagen. Das zentrale Argument der Legalisten ist im übrigen, daß nur so eine vollständige Trennung der Märkte illegaler Drogen erreicht werden könne und die Umsetzungsbedingungen verringert werden.

Wir haben diese sonst nur selten im Zusammenhang vorgebrachten verschiedenen Forderungen und Ar-

gumente einmal zusammengetragen, um aufzuzeigen, in welchem Rahmen sich die „Legalisier!“-Diskussion bewegt. Die an ihr beteiligten Gruppen tragen mit durchaus interessanten Interessen und Argumentationswegen zu ihr bei.

Für viele Teile der Alternativszene und Spontis ist Hanf inzwischen zu einer Alltagsdroge und festem Bestandteil ihres Lebens, wie für andere Wein oder Bier, geworden. Die meisten von ihnen bevorzugen die Entkriminalisierung in unbestimmter Höhe. Der Gedanke, eines Tages die Joints aus dem Automaten als Markennartikel gehen zu müssen, läßt sie überwiegend gegen eine Legalisierung zu Gunsten der Industrie und des Staates eingestellt sein. Die Diskussion in der „TAZ“ vom letzten Herbst bot einen anschaulichen Überblick über Eckpunkte der Debatte. Bedauerlich ist allerdings, daß eine politische Durchleuchtung des Verbots und des Drogengesetzes und -programme sowie der Nutznießer einer Legalisierung nur in geringem Maße stattfand.

Die Jungdemokraten (Judos) und die zweitgrößte Gruppe der Hanfverbotgegner, sie standen teilweise schon vor zehn Jahren der Freigabe sympathisierend gegenüber. Zur laufenden Kampagne haben sie sich frühzeitig vor einem Jahr gewellt. Dabei standen die Forderungen „kein Knast für Hanf!“ und der darauf folgende Aufkleber lange ohne ein umfassendes Drogenprogramm da. Auf ihrer Bundesdelegiertenversammlung im März 80 legten die Judos detaillierte beschlossene Linienrichtlinien fest. Sie setzen sich gegen den Mißbrauch jeglicher Art Drogen zur Prohibitivhaltung ein, die Verantwortung dafür aber nicht der einzelne, sondern die gesellschaftlichen Ursachen wie Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit, Streik und Leistungsdruck, zunehmende Anonymität und fehlende Lebensperspektiven. Dem entsprechend fordern sie prophylaktische Maßnahmen gegen den Konsum, wie z.B. ein generelles Werbeverbot für Drogen und Lizenzierung des Drogenverkaufs. Das müsse im Falle einer Freigabe auch für Hanf gelten (s.o.). Hinsichtlich der Maßnahmen gegenüber Opiatsucht legen sie das Schwergewicht auf den Ausbau der Beratungs- und Therapieeinrichtungen anstelle der Erweiterung der Polizei und der Knast. In diese Forderungen sind die Judos in der Öffentlichkeit stark gebeutelt worden, selbst ihre Mutterpartei nahm lediglich den Slogan „kein Knast für Hanf!“ wahr und schalt sie für solche (unerwünschten) Versuche, ihr aus dem Kreise der Hanfräucher Jungwähler zuzuführen. Ungeachtet dessen beglückten die Judos „ausdrücklich die Ansätze von (FDP) Innenminister Baum zur Drogenpolitik“ (18. Pressemitteilung 13/80) und mußten sich deswegen auf ihrem Drogenheating im Mai in Hamburg herbe kritischen lassen ausgerechnet einen der Hauptverantwortlichen für die laufenden Selektionsprogramme zu verteidigen.

Auch die Judos bekamen sofort ministeriellen und parteilichen Zorn zu spüren, als sie sich reichlich verspätet im März für eine Entkriminalisierung aussprachen. Sie meinten, daß auf diese Weise verhindert werden könne, „daß weite Teile der Jugendlichen wegen des Mißbrauchs (?) von Hanf kriminalisiert werden“ (18. 7.80). Ausser ein paar Forderungen nach Erweiterungen der Therapieplätze und der Aussetzung auch längerer Haftstrafen zur Bewährung forderten sie, wie auch die Judos, daß für Drogenhersteller und Sozialarbeiter das Zeugnisverweigerungsrecht eingeführt werden müsse.

Als weitere Gruppe tritt noch die „Deutsche Cannabis Reform gewesellschaft“ - Initiatoren auf den Plan. In ihr treffen sich Kiffer, die dem Hanfverbot nun einmal organisiert





# Interview mit Hans Georg Behr

Autor des Haschischkochbuches



Hans Georg Behr auf der Hamburger Ostermontagedemonstration gegen die Schließung der Szenekneipe „BOBBEL“ durch das Ordnungsamt. Vorher gab es bereits eine Unterschriftensammlung, die von mehreren Sozialarbeiter/innen und u.a. auch Udo Lindenberg unterstützt wurde. Das Verwaltungsgericht bestätigte mittlerweile die antwortliche Schließung. Das „BOBBEL“ wurde von ehemaligen Fixern und Kneipen geführt, die für einen absolut opiumfreien Treffpunkt sorgten. Nach mehreren Razzien und der Beschlagnahme von insgesamt knapp 50 Gramm Hanf hielt die Polizei eine Weiterführung der Kneipe aus „kriminalpolizeilichen Gründen“ für nicht länger tragbar.

zu helfen zu können wollen, und Mitglieder, deren Absichten von handfesten Geschäftsinteressen bestimmt werden. Diese verstehen sich als Marktpioniere eines lukrativen Geschäftszweiges, denn bei ein bis zwei Millionen regelmäßigen Verkäufern ist so manche Mark mit dem Zuhilfenahme (Pfeifen, Zigaretten, Kaffee usw.) zu verdienen. Sie träumen von einer „Head Shop“-Kette amerikanischer Ausmaße (dort wurden bei einer Anzahl von ca. 50 Mio. einmündigen und davon 20 Mio. regelmäßigen Verbrauchern schon 1978 rund 300 Mio. Dhs. allein in den „Head-Shops“ umgesetzt. Ingeborg schätzt das „Time-Magazin“ den jährlichen Gesamtumsatz für Marihuana auf ca. 25 Mrd. Dollar, das sind 1,7 % des Bruttoinlandsproduktes bzw. das Dreifache des Zigarettenumsatzes. Über die politischen Begleiterscheinungen dieses Marktes schweigt denn auch lieber der „Infante-Kaufmann“. In der Öffentlichkeit der amerikanischen Hauptzeitschrift für die Kultur hat die Ausfuhr von Marihuana inzwischen 40% des Gesamtexports erreicht, 80% des Großhandelswertes in den USA streichen ausländische Zölle anfallend ein, der Rest verbleibt im Lande. Dort existieren Gangsterorganisationen, das wirtschaftliche und politische Leben wie die „United Fruit“ in einigen Nachbarländern. Die Handbauer leben vom Gewinn an der auch in Kolonien (legalen Drogen nur waren Hängematten (nach „NEUE“, 10.4.80).

„Legalize it“ and I advertise it (Peter John), „legalisiert es nach die Reklame...“ (und den Reklame) scheint auch das Motto von „Infante“ zu sein. Bei Staatsanwälten in Berlin und Hamburg machten sie sich damit allerdings keine Freunde. In beiden Städten wurde bereits der örtliche Headshop von einem Rudel Beamten des Rauschgiftdezernats heimgesucht und alles, was irgendwie nach „Verhöhnung“ aussah, schon mal im Vorgriff auf noch zu schaffende Gesetze abgeräumt. Zum Opfer fielen diesen Einsätzen zum Schutz der „Volksgeundheit“ nicht nur Anleitungen zum Hanfanbau, Drogenlexika und das Haschischkochbuch, sondern auch Comics wie beispielsweise „Gilbert Sheltons „Freak Brothers“. In dem Beschluss des Landgerichts Hamburg vom 8. April über die Beschlagnahme heißt es dazu, daß sich die für den Vertrieb verantwortlichen der Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen, nämlich gegen das BTMG, ausreichend verdächtig gemacht haben und dies auch weiterhin beabsichtigen. Solcher Art Begründungen können doch irgendwie bekannt sein.

Freiheit und Glück — für alle!

Das gesetzliche Verbot des Hanfkrauts ist schon an sich völlig lächerlich.

Das gesetzliche Verbot des Hanfkrauts ist schon an sich völlig lächerlich, der sich daraus ergebende Anpassungsdruck und die vielfältigen Möglichkeiten der Kriminalisierung sind erst recht abzulehnen. Allein aus diesen Gründen ist die Forderung nach Aufhebung des Hanfverbotes eine Selbstverständlichkeit.

Wir geben jedoch zu bedenken, daß diese Forderung u.E. unzureichend ist. Das Gesetz, das Hanf verbietet, ist gleichzeitig Grundlage staatlicher Selektionsprogramme hinsichtlich der 150.000 Heroinabhängigen. Für sie ist die Kriminalisierung ihres (Sucht-)Drogenverbrauchs häufig eine Frage um Leben oder Tod. In diesem Zusammenhang wäre die alleinige Forderung nach Aufhebung des Hanfverbotes der Ruf nach einer individuellen Sonderregelung. Die Entkriminalisierung — aller — von den Drogengesetzen betroffenen Menschen ist deshalb eine Minimalforderung.

Zusätzlich gilt es, allen unter dem Deckmantel der Rauschgiftbekämpfung schon verurteilten und noch geplanten Erweiterungen des Unterdrückungsapparates entgegenzutreten und sie endlich als gut gekannte, derzeit zentralen Bestandteil des Ausbaus des Polizeistaates zu betrachten.

Schließlich muß unsere Aufmerksamkeit und unser Handeln all denen gelten, die dieses Land nur noch belübt ertragen können. Das betrifft nicht nur die Heroinabhängigen, sondern genauso die rund zwei bis vier Millionen Alkoholabhängigen und die fast ebenso große Zahl Medikamentensüchtiger, die gleichfalls die gesellschaftlichen Ursachen ihrer Sucht zu schuld an individuelle Schuld zu gebildet bekommen und mit Ausgrenzung und sozialer Verelendung bestraft werden.

In dieser Frage sind wir mit unseren anarchistischen Genossen und Genossinnen.

Macht kaputt, was Euch kaputt macht!

Drogenkommission KB Hamburg

AK: Hans-Georg, du hast vor zehn Jahren das Haschischkochbuch geschrieben. Viele Hanffreunde kennen diese Rezepte.

H-G. Behr: Das Buch ist, ehrlich gesagt, mein ungeliebtes Kind. Es entstand vor fünfzehn Jahren aus einer verbotenen Rezeptsammlung. Als dann vor zehn Jahren — Ära Willy das Zeug so in Mode kam, daß es wirklich in jedem Redaktionsheft zum Herzeigen herumlag, habe ich es als Satire veröffentlicht. Heute ist es als Satire für Kiffer können ja auch bei ihrem Vergnügen nicht ohne Vorschriften leben — „Das mußst du so rauchen“ usw. —, und als Verarsche der Schickens-Schnösel entstand das Buch. Mit einem stolzen Preis, der die Szene abschrecken sollte. Aber ich habe die BRD samt ihren Freaks unterschätzt. Da hier nichts zu blödsinnig, ernstgenommen zu werden, kam das Buch in vielen Raubdrucken auch in die Szene. Und ich habe kaum bislang gehört: „Wir sind doch nicht so bescheuert, daß wir auch noch zum Kiffen Verhaltensregeln und Rezepte brauchen“.

AK: Damals war Cannabis „Protestdroge“, d.h. bei vielen war der Verbrauch von Hanf mit gesellschaftlichem Protest verbunden. Wo steht du zum Unterschied zur heutigen Haschisch-Szene?

H-G. Behr: Prinzipiell gibt es wohl keinen Fin-Motiv für den Griff zu verbotenen Drogen. Ich immer das schöne Kindliche, daß sie eben verboten sind — keiner tut das gern, was er tun darf, was verboten ist, das macht uns gerade scharf. Das ist die klassische unbewusste infantile Protest-Grundhaltung, ein Unbehagen, das sich in der Fixierung durch das Unerlaubte festsetzt. Ohne das mit etwas an den Ursachen zu ändern.

Deshalb hat ja auch die Linke mit den Drogenkäufern nie etwas zu tun

haben wollen. Dabei wird allerdings gern übersehen, daß etliche diesen unbewußten Protest auch in einen bewußten umsetzen konnten und aus ihrer selbstgewollten Illegalität weitere Fragen stellten. In der APO-Zeit spiegelte sich das in dem lieben Slogan „High sein, frei sein, Terror muß dabei sein“. So ähnlich läuft das auch heute noch in vielen Fällen, wenn auch der Zeit entsprechend in der Artikulation gedämpft. Zunächst ist also jeder Griff nach dem Verbotenen auch ein Protestausdruck gegen herrschende Ordnung, ob daraus eine Reflexion und ein Protest entsteht, ist eine andere Sache. Eine politische Droge gibt es allerdings nicht.

AK: Das geltende BTMG-Gesetz geht zurück auf das Opiumgesetz von 1929. Cannabis wurde allerdings erst ein paar Jahre später von den Nazis mit in das Gesetz aufgenommen. Inwieweit haben dabei kulturelle Tabus gegenüber diesem „morgenländischen“ Kraut und die damalige politische Situation eine Rolle gespielt?

H-G. Behr: Daß die Nazis den so heißt das damals „indischen Hanf“ verboten, lag an ihrer damaligen Politik, mit den USA auf gutem Fuß zu stehen, und mit ihren Hanfgesetzen waren die Staaten in jener Zeit ganz schön isoliert. Tabus gegen Hanf bestanden keine, denn er wurde in die meisten Bauernpfaffen Mittel-europas gestopft. Knatter hieß das Zeug in Norddeutschland, wohl wegen der Samenkörner, im Süden Knapf und auch Amelutekraut. Daß es tödlich war, war so selbstverständlich, daß man bei der Einstufung zur Droge eine Hilfskonstruktion bemühen mußte, eben die Fiktion, indischer Hanf sei ein anderer als Hanf. Aber das ist er natürlich nicht. Gegen Haschisch allerdings gab es sogar bei Hantrauchern Vorurteile — es galt als fremd und „ein Zeug für intellektuelle und Juden“.

AK: Befürworter und Gegner einer Freigabe von Cannabis berufen sich beide auf wissenschaftliche Untersuchungen über die Gesundheitsschädlichkeit bei regelmäßigem Konsum. Der überwiegende Teil dieser Studien kommt zu dem Ergebnis, daß auch der gewohnheitsmäßige Konsum von Hanf solange Exzesse vermieden werden, keine schädlichen Wirkungen zeigt. Ein anderer Teil besagt, daß sich auf Dauer schwere psychische und körperliche Schäden entwickeln können. Welche Aussage ist inmitten dieses wissenschaftlich-politischen Streits als richtig zu betrachten?

H-G. Behr: Jede und keine. Jede Droge fordert bei Mißbrauch, und dazu gehört auch exzessiver, ihren Preis. Das gilt auch für die erlaubten Drogen Alkohol, Nikotin, Kaffee usw. Da Hanf keine körperliche Toleranz erzeugt, ist er harmloser als Alkohol, da auch er zum Realitätsverlust führen kann, gleich gefährlich, da er keinen Kater hinterläßt, der die reumütige Rückkehr in den Alltag fördert, gefährlicher ist selbst rauchen seit 27 Jahren, ohne an mir das „Korsakowsches Syndrom“ festzustellen, das Antje Huber allen Kiffern androht (Korsakowsches Syndrom, auch Alkoholischer Korsakow genannt, ist ein harter Verfall als Folge des Alkoholumisses, angeblich auch für Hanf geltend, Anm. AK). Und ich halte diese ganze Diskussion für lächerlich, da es keine ungefährliche Droge gibt. Es sind doch Nonsens-Diskussionen. Ob man bei so vielen erlaubten, gefährlichen Drogen noch eine mehr erlauben sollte oder gerade deswegen, geht an der Sache schon vorbei, weil immer von verschiedenen Maßen ausgegangen wird, was den Gebrauch betrifft, und bei der Droge, die man diskriminieren will, ist die Mäßigkeit der Exzesse. Das einzige Problem, daß ich sehe, ist die durch die Verbotszeit verlorene „Rauschmoral“ in Sachen Hanf. Daß viele Kiffer nur ziehen um „stoned“ zu werden so als würden andere nur trinken, um umzufallen. Wo Hanf noch ein traditionelles Rauschmittel ist, gibt es das nicht, und dementsprechend sind aus solchen Ländern auch keine negativen Folgen bekannt. Hanf ist ein Rauschmittel von vielen und erfordert wie jedes respektvolle Umgang und eine klare Selbsterkenntnis des Gebrauchs.

AK: Seit 1970 haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande gewaltig verändert, dazu parallel hat eine tiefgreifende Veränderung in der Drogenzene stattgefunden. Nach unseren Berechnungen konsumieren rund eine bis zwei Millionen Menschen regelmäßig Hanf, eine weitestgehend größere Zahl von ca. 2-4 Millionen Menschen ist schwer alkoholkrank, dazu kommen schätzungsweise noch einmal so viele Psychopharmakabhängige und 150.000 Opiatsüchtige. Dazu kommen schätzungsweise noch einmal so viele Psychopharmakabhängige und 150.000 Opiatsüchtige. Da hat ein aufmerksamer Beobachter dieses gesellschaftlichen Phänomens und hat neben deiner therapeutischen und journalistischen Arbeit auch Untersuchungen über die politischen Bedingungen des Anstiegs der Rauschdrogen- und Suchtverbreitung angestellt. Wo liegen deiner Meinung nach die Kernpunkte des Problems?

H-G. Behr: Wir müssen davon ausgehen, daß Menschen außer der rationalen (Vernunft) und irrationalen (Gefühl) auch eine magische Komponente haben. Neben jeder Mensch hat auch eine Droge und meist mehrere. Die Droge ist das magische Erlebnis individueller Gefühlsveränderung, und das gilt nicht nur für die sogenannten bewußtseinsverändernden Drogen, sondern auch für Tee. Die durch Humanismus und Aufklärung geprägte Gesellschaft verdrängt diese Situation — nur durch Vernunft unterscheidet sich der Mensch vom Tier, Gefühle und zu beherrschen und Drogen am liebsten bald überwundener Übelstand. Daraus entstand auch der Trugschluß der zunehmenden Entfremdung in unserer Gesellschaft zu Fortschritt zu erklären oder mit Fortschritt zu entschuldigen. Zunehmende Entfremdung aber erzeugt zunehmenden Druck, auf die scheinbar letzte Spielweise individuellen Empfindens auszuweichen in die Drogen. Hier zählt die ausschließlich auf Wirtschaftswachstum fixierte Gesellschaft ihren Preis — der Griff zu Drogen als Ersatz für individuelle Entfaltungsmöglichkeiten. Für die Mäcker dieses Zustandes ist das ganz bequem — man kann die Opfer der Politik als Drogenopfer abschreiben, und bekanntlich ist der Griff zur Droge ein individueller Sündenfall.

Die rapide Zunahme der Drogenprobleme und der Selbstmorde sind auch Ausdruck des Gefühls, daß Regierung (Gewerkschaften und Kapital am selben Strang um den Hals der Untertanen ziehen und so schein-

bar keine Alternative gibt. Sich in Drogen „fallen zu lassen“ ist eine veraltete Aufbesserungsform von Verzweiflung, und unsere Gesellschaft ist bei und durch allen runden Mäckeropfermanus eine verzweifelte. Die offizielle Politik ist brutal eindringend, und die Hauptursache der Drogenprobleme charakterisierte unabsichtlich der Minibismark von Langenkorn mit seinem Parleitagsimperativ: „Gefühle sind hier nicht erlaubt, hier zählt nur nüchternes, abwägende Vernunft“. Über die Politik der BRD brauche ich hier wohl nichts zu sagen — es amüsiert mich nur, daß in diesem (Karl) Popper-Staat Individualität und freie Entscheidung dort noch anerkannt wird, wo es um Kriminalität, soziale Erkrankungen und Drogen geht.

AK: Judo, Judo, große Teile der Spontis u.a. fordern die Entkriminalisierung bzw. völlige Freigabe von Cannabis. Du selbst bist nicht gerade ein Gegner von Hanf, warum hast du dich dann trotzdem auf verschiedenen Veranstaltungen zum Drogenproblem sehr kritisch über die Legalisierung geäußert, und welche Lösungsmöglichkeiten schlägst du vor?

H-G. Behr: Zunächst einmal können Legalisierungswünsche mühelos mit dem Hinweis auf zahllose internationale Übereinkommen abgeschmettert werden. Aber weiter: Legale Drogen fallen unter das Drogenmonopol des Staates und werden lizenzweise der Industrie zur Vermarktung überlassen. Man würde also Vater Staat bitten, auch bei Hanf den Dealer zu machen. Und Vater Staat würde bei anderen Staaten einkaufen, die sich natürlich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, ihrverwunssten aus Hanf ein Staatsgeschäft zu machen. Nun sind die Regierungen der infrage kommenden Länder zum Glück nicht weniger beschissen als unsere, von Afghanistan über Bolivien, Kolumbien, Nepal, Pakistan, Thailand bis Zaire. Der legale Hanfhandel würde reichlich Mittel bringen, sich noch besser gegen die Bevdikering rufen zu können. Das Entstehen eines solchen Staatsmarktes wäre aufgrund dieser absehbaren Folgen nicht wünschenswert.

Opiate sind in den meisten Entwicklungsländern ohnehin ein Staatsgeschäft. Hanf, der einfacher zu verarbeiten ist, kam da manchmal auch Befreiungsbewegungen zugute. Ich erinnere mich da noch an den schönen Roten der PLD und an einige columbianische Gräber. Diese Möglichkeit wurde dann auch epifallen da dann die Regierungen den Bauern einfach mehr bieten könnten als Guerilleros.

Abgesehen davon könnte dann die BRD Hanf-Eigenbau und unerlaubten Handel nach wie vor kriminalisieren.

Ich bin daher für eine Entkriminalisierung von Hanf und einigen anderen Drogen — sie sollen kein Gegen-

stand von Straf und sonstigen Gesetzen sein und auch keiner staatlichen Geschäfte.

Denkbar wären verschiedene Lösungen. Die pragmatischste dürfte angesichts der gegenwärtigen Problematik sein, auf dem Verordnungsweg gewisse Quantitäten Hanf als unerheblich im Sinn des Gesetzes einzustufen. Eine bessere Lösung wäre, aus dem chaotisch die verschiedensten Drogen zusammenwürfelnden BTMG Gesetz zwei zu machen, eines für Nutrdrogen und eines für Opium und chemisch aufbereitete. Wobei für Verstöße gegen das erste höchstens bescheidene Bußgelder gelten würden. Aber ich halte gegenwärtig eine solche Diskussion für utopisch, da ja auf gesetzgeberischer Seite ein eindeutiges Interesse besteht, ein immer weitergreifendes Netz immer weiterer Kriminalisierungsmöglichkeiten zu knäulen mit dem Ziel des jederzeit erpressbaren Untertanen Kiffer sollten sich also weniger Gedanken darüber machen, wie sie dem Staat bluten könnten, ihnen was zu erlauben, als darüber, wie sie ihre nun einmal bestehende Kriminalität in weiterführende politische Aktivität ausformen könnten.

## Schimpanse haschte

— Lokal zertrümmert

Einem Schimpansen, Maskottchen einer Bar in Las Palmas (Gran Canaria) haben Gäste aus Spaß eine Haschischglocke ... Da sprang der Affe im Loch herum, zertrümmerte Flaschen und Regale, legte die Gäste — bis die Polizei ihn erschallt!

(siehe „Bild“, 20.3.1980)

Nun hat er ausgekofft — dieser Tuntel!



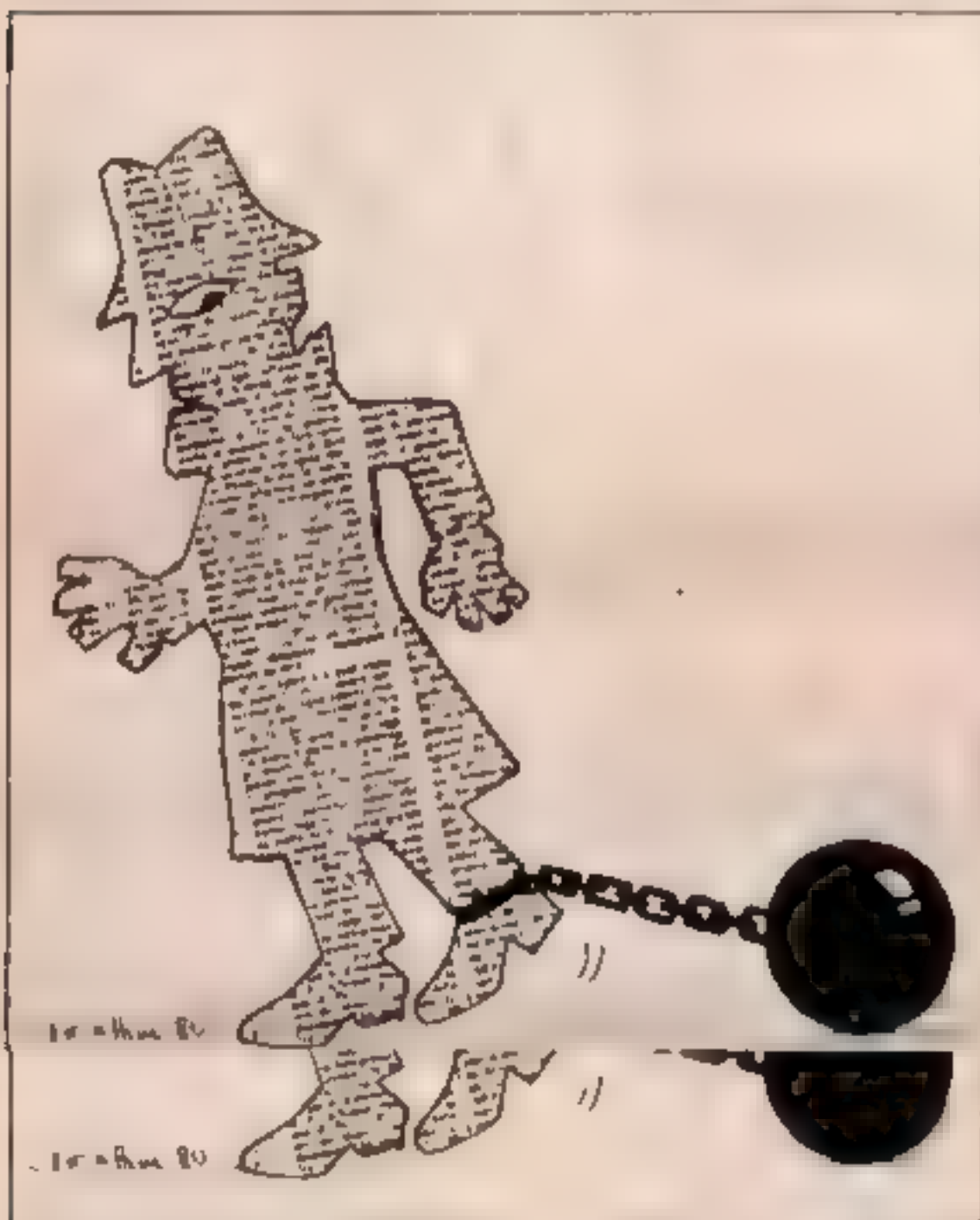
## Streik für die Pressefreiheit in Italien

Am 26.5. wurde Fabio Ismani, Journalist des „messaggero“ (große römische Tageszeitung), zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Das ist die schwerste Strafe gegen einen Journalisten, die in Italien nach der Zeit des Faschismus verhängt wurde.

Ismani wurde am 8. Mai verhaftet, weil er geheime Vernehmungsprotokolle des derzeitigen „Kronzeugen“ der Terroristenzone, Patrizio Peci, veröffentlicht hatte. Entgegen normalen Copflogenheiten wurde er bis zum Prozeßbeginn nicht auf freien Fuß gesetzt, auch ist es ungewöhnlich, daß die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wurde. Ismani hatte die Papiere durch den Vizechef des italienischen Geheimdienstes, Silvano Russomanno, erhalten. Russomanno selbst wurde im gleichen Prozeß zu zwei Jahren und acht Monaten verurteilt.

### Solidaritätsaktionen

Gleich nach der Verhaftung Ismanis protestierte der „messaggero“, indem er die dritte Seite „weiß“ ließ. Mehrere Pressevereinigungen protestierten gegen die Eröffnung eines Verfahrens gegen Ismani wie auch gegen einen Prozeß gegen die Redaktion von „Lotta Continua“. Nach Bekanntwerden des Urteils veröffentlichten mehrere Redaktionskollektive in ihren Zeitungen Protesterkla- rungen. Die Journalistengewerkschaft Snsi, „die seit der Urteilsbegründung permanent tagt, hat eine unmittelbare Unterbrechung mit Ministerpräsident Cossiga gefordert“ („Neue“, 28.5.80).



Hohepunkt der Proteste bildete ein einseitiger Streik am 27.5. Die Italiener waren für diesen Tag nicht nur ohne Zeitungen, auch sämtliche Fernseh- und Rundfunksender brachen an diesem Tag keinerlei Nachrichten.

Laut „TAZ“ vom 27.5. haben die Junizereporter „eine besondere Art von Kampfmaßnahmen angekündigt. Sie drohten mit einer Selbstzensur aller Journalisten, die „Materialien“ von staatlichen Stellen erhalten haben, wobei sie dann natürlich auch die Namen der Informanten preisgeben würden. „Wie viele Richter dabei hochgehen könnten, ist ungewiß, doch handelt es sich nicht (nur) um eine Handvoll“. Man darf also noch gespannt sein.

Dabei muß man bedenken, daß viele Informationen bewußt lanciert werden als ein Mittel interner Machtkämpfe und Intrigen der italienischen Klientelwirtschaft.

Ähnliches ist wohl auch im Fall Russomanno anzunehmen, der als (mittlerweile ehemaliger) Vizechef des Geheimdienstes SISDE und alte Faschist, wohl kaum in den Verdacht kommt, ein besonderer Freund der Pressefreiheit zu sein. Er selbst bezeichnete sich als „Außenminister der italienischen Polizei“ und brüstete sich damit, an einem Geheimtreffen mit BRD-Innenminister Baum teilgenommen zu haben (nach „Repubblica“, 22.5.80).

Über den Hintermann der vom Vize geheimdienstlich produzierten „Indiskretion“ gehen die Spekulationen freilich weit auseinander.

Die Springerpresse z.B. behauptet, daß die Veröffentlichung der geheimen Peci-Protokolle vor allem den Zweck gehabt habe, „den führenden DK-Politiker Donat Cattin fertig zu machen. Sein Sohn wird in den Peci-Protokollen als Terrorist „entlarvt“. Donat Cattin, so die Springerpresse weiter, sei einer der hartnäckigsten Opponenten gegen ein Zusammengehen von Christdemokraten und Kommunisten. Fazit: Die ganze Intrige sei von der PCI inszeniert worden.

Für gegenständig sind die Spekulationen z.B. der „Neuen“. Sie folgt dem allgemeinen bürgerlichen Gemitte, daß durch die Veröffentlichung der Geheimprotokolle andere Terroristen gewarnt worden seien und sich so rechtzeitig dünne machen konnten. Die „Neue“ verweist dann auf Russomannos faschistische Vergangenheit und seine engen Beziehungen zum BRD, um zur Schlußspekulation zu kommen. Die „Indiskretion“ war als Warnung an enttarnte Terroristen gedacht, die bekanntermaßen allesamt Agenten imperialistischer Geheimdienste sind bzw. zumindest „objektiv“ diesen dienen.

Besonders glaubwürdig klingt weder die eine noch die andere dieser Spekulationen.

### Weitere Zensur-Prozesse

Zwei weitere Urteile gegen die italienische Pressefreiheit stehen noch aus.

Auch „Lotta Continua“ hat im Nachhinein das Peci-Protokolle veröffentlicht. Daher werden wir unter anderem auch beschuldigt, in ein schwebendes Verfahren eingegriffen zu haben. Wie auch ihr Kollege Ivan vom „messaggero“ verweigern die vier angeklagten Redakteure die Aussage.

Die Journalistin und Schriftstellerin Camilla Cederna hat ein Buch herausgebracht, das sie jetzt vor den Kadi brachte. Der Titelheld in dem Buch „Giovanni Lenne – Karriere eines Präsidenten“ möchte sich in dem Werk nicht so recht wiedererkennen. Neben den Zivilklagen wurde auch öffentliche Anklage erhoben. Der Staatsanwalt fordert ein Jahr und zwei Monate Haft sowie eine Geldstrafe für Camilla Cederna, ein Jahr und einen Monat für den Verlag, Direktor Brega sowie ebenfalls eine Geldstrafe. „Gnadigerweise soll laut Staatsanwalt der Drucker (!) und die Präsidentin des Feltrinelli Verlags, Inge Schönlitz, freigesprochen werden. Nur ein kleines Beispiel für die so hart zu ahnenden Straftaten. So bezeichnete Frau Cederna den christdemokratischen Parteigenossen Leone, Ignazio Carraro, als Spekulant, dabei hat der arme Mann nur eine Wohnung im Heapel – der ganze Rest läuft auf den Namen seiner Frau. Informationen nach „Repubblica“.

Italienkommission

## »Meinungsfreiheit« in Spanien weiter eingeschränkt Gefängnis für Direktor der größten Tageszeitung

Eine Welle des Protestes und der Solidarität hat die jüngste Verurteilung des Direktors der bürgerlich liberalen Tageszeitung „El País“ zu drei Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 50.000 Peseten durch den Obersten Gerichtshof ausgelöst. Die Vorstände aller oppositionellen Parteien, die Führungen der Gewerkschaften, hunderte von Journalisten und Zeitungsredaktionen sowie Einzelpersonen verurteilten den Richterspruch als eine weitere gravierende Einschränkung der Meinungsfreiheit in Spanien. Die amerikanische Zeitschrift „World Press Review“ (120.000 Auflagen) kündigte an, Juan Luis Cebrian, den Herausgeber von „El País“, zum „Direktor des Jahres“ zu ernennen wegen seines Kampfes für die demokratischen Freiheiten.

Latinoamerikanische Schriftsteller, der italienische „Corriere della Sera“ und die internationale Journalistenorganisation wandten sich gegen das Urteil.

Cebrian war nach einem längeren Instanzenweg jetzt vom Obersten Gerichtshof des Vergehens der „Verunglimpfung von Staatsorganen“ für sechs Jahre bestraft worden. In einem Artikel, der vor zwei Jahren in „El País“ zur Frage „Presse und Demokratie“ erschienen war, war im Zusammenhang einer Kritik an fortwährender Strafverfolgung von Journalisten auch Kritik an einem Urteilsspruch derselben Kammer des Obersten Gerichtshofs geübt worden, von der Cebrian jetzt verurteilt wurde. In dem Artikel hieß es: „Eine andere Journalistin, Maria Mancho, wurde gerade zu einer Strafe verurteilt, die an die besten Nazizeitungen erinnert oder an die gegenwärtigen Zeiten eines Amin Dada. 32 Jahre Berufsverbot, weil sie in einer Zeitschrift geschrieben hatte, die als pornographisch angesehen Fotos veröffentlichte“. Das Gericht fühlte sich durch den Vergleich zu den Nazis und dem Terror Regime des (ehemaligen) ugandischen Staatsoberhaupts Idi Amin in seiner hochstrichterlichen Ehre gekränkt.

Weil Cebrian bisher (zwar mehr fahrig vom „Zensurministerium“ angeklagt) nicht „vorbestraft“ ist, wird er seine Strafe wahrscheinlich zur Bewährung (auf zwei bis fünf Jahre) ausgesetzt bekommen. Doch jedes ähnliche „Vergehen“ (bzw. auch nur ein selbstverschuldeter Verkehrsfall) bringt ihn automatisch hinter Schloß und Riegel.

Die Solidarität ist im Fall Cebrian natürlich deshalb besonders breit, weil „El País“ die meistverkaufte spanische Tageszeitung ist, die auch über die Grenzen Spaniens hinaus bekannt ist. Sie wurde vor vier Jahren gegründet in der Übergangszeit vom Franco-Faschismus zur „Demokratie“ und ist politisch stark der „Sozialistischen Grenzen Spaniens“ (Izquierda Socialista) zugehörig. Sie wurde vor vier Jahren gegründet in der Übergangszeit vom Franco-Faschismus zur „Demokratie“ und ist politisch stark der „Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens“ (Partido de los Trabajadores de España) verpflichtet, läßt aber durchaus und zu besonderen Gelegenheiten auch Stellung

nahmen revolutionärer linker Organisationen im Originalton zu.

### 60 Prozesse allein bis Mai 1980

In vielen Stiel ungenahen zu dem Urteil wird besonders auf eine wieder eingetretene Verschärfung in der Behandlung der Meinungsfreiheit verwiesen. In den ersten fünf Monaten des Jahres wurden gegen 60 Personen (mit 400 Anklagepunkten) Prozesse angestrengt, die unter das Gebiet „Einschränkung der Meinungsfreiheit“ fallen.

Gegen fünf der betroffenen Schriftsteller, Journalisten bzw. Intellektuellen wird vor Militärgerichten verhandelt. In den Anklagen geht es in 6 Fällen um das Delikt „Beleidigung der Streitkräfte“, ansonsten um Bereiche über Folterungen, Zustände in den Gefängnissen, Rechtsprechung, „Erregung öffentlichen Argernisses“.

So wurde ein Journalist im Januar wegen eines Artikels „Sieben Tage aus dem Leben“ zu 6 Jahren Berufsverbot und einer hohen Geldstrafe verurteilt. Auch die Fälle der Beschlagnahme ganzer Ausgaben (zwei Bücher nehmen wieder zu).

Es wird derzeit vor einem Militärgesicht gegen zwei Journalisten von „El Viejo Topo“ verhandelt, weil sie ein C o m i c (?) über das tägliche Leben in Guernica im Jahr 1945 gemacht haben, durch das sich die Guardia Civil beleidigt fühlt.

Gegen zwei Journalisten von „Diario 16“ hat der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis und eine hohe Geldstrafe beantragt, weil sie einen Artikel „Ein Richter mit Verbindungen zur extremen Rechten“ publiziert hatten.

— Garcia Salve, ein Führer der Arbeiterkommissionen und der PCE wurde am 31. März zu drei Jahren und vier Monaten (!) Gefängnis verurteilt (und 500.000 Peseten Geldstrafe) wegen „schwerer Beleidigung der Staatsorgane“ in seinem Buch „Ich glaube an die Arbeiterklasse“. Das Buch, das seit vier Jahren beschlagnahmt ist, hatte sich kritisch mit dem berüchtigten „Tribunal für öffentliche Ordnung“ beschäftigt, das heute übrigens gar nicht mehr existiert.

— Ein Journalist (Xavier Vinader) muß sich derzeit in der Schweiz aufhalten, da gegen ihn ein Haftbefehl besteht. Vinader hatte in zahlreichen Artikeln die Verbindungen zwischen den Ultrarechten und dem Polizeiapparat aufgedeckt, weshalb er eine besondere Gefahr für den spanischen Staat darstellt. Ihm wird nun die „Anstiftung zum Mord“ in zwei Fällen angelastet: ein ETA-Kommando hatte zwei von ihm benannte Spitzel getötet.

— Am 19. April wurde die Regisseurin Pilar Miró zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie zwei Filme angestrichelt, ein ETA-Kommando hatte zwei von ihm benannte Spitzel getötet.

— Am 15. April wurde die Regisseurin Pilar Miró vor dem Militärgesicht (!) angeklagt und ihr Film, der sieben auf den Berliner Filmfestspiele

len viel Beachtung gefunden hatte, beschlagnahmt. Bei dem Film „Das Verbrechen von Cuenca“ geht es um einen authentischen Fall zweier Männer, denen im Jahre 1913 (!) ein Mordgeständnis unter schwerer Folter abgepresst wurde. Die spanische Guardia Civil fühlt sich durch den Film angegriffen.

Bei der linken baskischen Tageszeitung wurde am 26.4. wieder einmal die ganze Ausgabe konfisziert, weil dort ein Teil eines Buches abgedruckt war, das vor kurzem wegen „Erregung öffentlichen Argernisses“ beschlagnahmt worden war. Und so ließe sich die Liste endlos verlängern.

Journalisten bürgerlicher Tageszeitungen erklärten, daß sie sich nach den letzten Ereignissen zum ersten Mal seit der Jalta wieder mit Angst vor der Schreibmaschine setzen und die Selbstzensur in den Redaktionen um sich greift.

### „Billigung des Terrorismus“

Der neue spanische Innenminister Rosón (es gab kürzlich eine Kabinettsumbildung zugunsten der rechten Flügels der Regierungspartei UCD) hat in einer Rede vor dem Parlament ganz neue „Straftatbestände“ erfinden, die sich auf „Billigung des Terrorismus“ beziehen. Es geht um den Terror von ETA im Baskenland im besonderen.

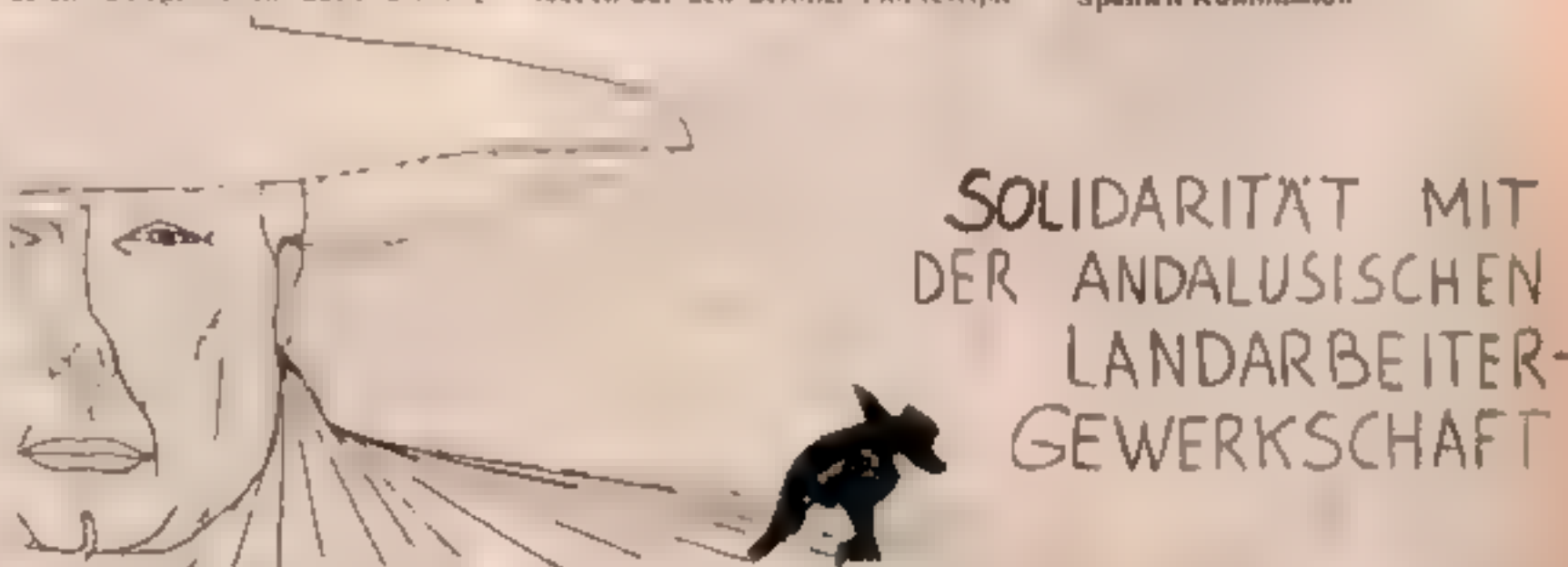
Für den neuen spanischen Innenminister besteht „Billigung des Terrorismus“ (von ETA) in folgenden Handlungen:

„Jedweder Äußerung zugunsten ihrer Aktionen oder Mitglieder, der Organisation von Unterstützungsveranstaltungen für terroristische Organisationen, für deren Mitglieder oder Taten; Straßen oder Plätze nach Terroristen benennen oder Erinnerungspunkten dort anbringen; [...] Kampagnen von Amnestie-Komitees für Mitglieder terroristischer Organisationen zu fördern oder daran teilzunehmen, Demonstrationen oder Protestveranstaltungen zu organisieren wegen der Verhaftung oder des Todes von Terroristen durch die staatlichen Sicherheitskräfte in Erfüllung ihrer Aufgabe.“

[...] Nachrufe für verstorbene Terroristen zu veröffentlichen, und diesen einen unpassenden heroischen Anstrich zu geben, also Mordern, die nicht kämpfen, sondern die mit der Feigheit ihrer numerischen Überlegenheit und wegen der Wehrlosigkeit ihrer Opfer diese ohne Risiko exekutieren.“ (El País, 23.5.80)

Wegen „Billigung des Terrorismus“ hat es gerade im Baskenland bereits zahlreiche Verurteilungen von Journalisten, Zeitungen, Gemeinderäten, geordneten usw. gegeben. Auch hier kündigt sich wieder eine Verschärfung an.

Spanien-Kommission



Seit Anfang März gibt es in den Dörfern Andalusiens, Schuld daran ist nicht nur das Ergebnis des Referendums, mit dem das andalusische Volk um seine Autonomie betrogen wurde, sondern vor allem die anhaltende Arbeitslosigkeit unter den Landarbeitern.

In Andalusien gibt es nach verschiedenen Schätzungen 900.000.000 Landarbeiter – die Mehrzahl von ihnen sind „eventuales“, d.h. Gelegenheitsarbeiter, Tagelöhner. Das Leben dieser Arbeiter und Arbeiterinnen ist geprägt von der ständigen Suche nach Arbeit. Im Frühjahr wandern sie zur Spargelernte nach Navarra, im Frühsommer ins Getreide der Costa del Sol und der Inseln im Herbst zur Wein- und Zuckerrüben-ernte nach Frankreich. In ihrer Heimat finden sie lediglich Arbeit in der Oliven-Landwirtschaft oder Weinrebe oder im Rahmen staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme (Straßenbau und dergleichen).

Auf der anderen Seite ist ein Großteil der – überaus fruchtbaren – Landereien Andalusiens in den Händen weniger Großgrundbesitzer konzentriert. In der Provinz Cadix z.B. gehören den Latifundisten über 200 ha 2/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Kein Wunder also, daß in Andalusien die Arbeitslosigkeit besonders gravierend ist (das umso mehr, seit aufgrund der allgemeinen Wirtschaftskrise die Arbeitsmöglichkeiten in Nordspanien, in Frankreich und in der Bundesrepublik eingeschränkt sind). Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt in Spanien ca. 10 % (11,3 Millionen Beschäftigte), in der andalusischen Provinz Málaga liegt sie bei 18,7 %. Und die Hälfte aller Arbeitslosen (besonders betroffen sind Jugendliche, Frauen und Landarbeiter) erhält keine Arbeitslosenunterstützung.

Gegen diese unhaltbaren Zustände hat jetzt nicht zum ersten Mal

die Landarbeitergewerkschaft Andalusiens, SUC (Sindicato de Obreros del Campo), eine Reihe von Aktionen eingeleitet.

Anfang März marschierten Landarbeiter und Landarbeiterinnen aus dem Kreis Ojuna in die 80 km entfernte Provinzhauptstadt Sevilla, wo sie vor dem Regierungspalast demonstrierten und sich danach in der Kirche Santa Teresa einschlossen. Im Laufe der Monate März und April wurden mehrere große Demonstrationen in Sevilla organisiert. Die immer wiederkehrenden Parolen und „Arbeit, Brot und Freiheit“, „UCD (das ist die regierende Partei) in Ministerpräsident Suarez! wir brauchen zu essen“, „Wir wollen Arbeit (no nos moven)“, „Lebhaftigkeit finden in den Dörfern regelmäßig Versammlungen statt, werden die Kathedralen besetzt, die Straßen blockiert.“

Die Forderungen der in der SUC organisierten Landarbeiter sind: Fortsetzung nachstehe Seite



Fortsetzung von Seite 35

# Europaweit Todesstrafe für Terrorismus?

Aufforstung von 10.000 ha Hugel land im Kreis Osuna.  
Einschaltung von Bewässerungs- und Wirtschaft im Dreieck Osuna-Lera Marín.

produzierende Olivenbäume sollen nicht länger ausgerissen werden, auch soll die wäldermechanische Nutzung der Olivenzweige und anderer Kulturen eingestellt werden (die Großgrundbesitzer gehen immer mehr zur gewinnbringenderen und bequemeren Getreidebaubau über, der ihnen auch den Ärger mit den Landarbeitern erspart).

(Jedenfalls drei Monate garantierter Arbeit im Rahmen der staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme (dieses Programm, der „empleo comunitario“, reicht oft nur für wenige Tage, z.B. bekamen die ganze Provinz Sevilla von Jahresbeginn bis Ende Februar nur 140 Millionen Pesetas, was insgesamt nur für 12 Tage Arbeit reichte). (Ähnliche Forderungen werden auch in den anderen Provinzen Andalusiens aufgestellt.)

Die Forderung der Landarbeiter und Landwirtschaftlichen Arbeiter in den Aktionen der SAH ist zugeeigneter. Weiterhin wird auch von einigen Hungerstreikern der betroffenen Dörfer. So streikten die Bürgermeister von Lebaya, Antonio Torres García, an den Zivilgouverneur in Sevilla. Auf dem Rathaus kommen täglich weinende Mütter, die kein Stück Brot für ihre Kinder haben. Und das ist keine Dramatik. Das können sie jederzeit überprüfen. Wie kann ich dann mit verkränkten Armen in meinem Sessel im Rathaus sitzen bleiben?

Auch die Unterstützung der Arbeiter in der Stadt ist herzlich und großzügig. So erhalten die Landarbeiter, die seit mehr als zwei Monaten mit dem Einverständnis des Pfarrers die Kirche Santa Teresa in einem Arbeiterort von Sevilla besetzt halten, sowohl aus der Nachbarschaft als auch aus Betrieben in ganz Andalusien und Spanien laufend Sach- und Geldspenden. Ein Sevilaner Taxifahrer bringt ihnen z.B. täglich 100 Pesetas, eine Schachtel Zigaretten und eine Schachtel Streichhölzer.

Hingegen beschänkt sich die Reaktion der Regierung auf unverbindliche Erklärungen. Deshalb werden in der Gewerkschaft jetzt Überlegungen angestellt, wie man den Druck auf die Regierung und auf die Großgrundbesitzer verstärken kann.

Druck auf die Regierung und auf die Großgrundbesitzer verstärken kann, denn eines der Probleme arbeitsloser Landarbeiter ist, daß ihnen das Mittel des Streiks nicht zur Verfügung steht. Ende April/Anfang Mai wurden nach ausführlichen Diskussionen in den Dörfern Aktionen eingeleitet, die den Forderungen der Landarbeiter mehr Nachdruck verleihen sollen. In einigen Dörfern wurde bereits das Arbeitsbeschaffungsprogramm gestreikt, weil wiederum nur Geld für wenige Tage Arbeit kam. Darüber hinaus verteilten sich Landarbeiter und Landarbeiterinnen ungefordert auf den Ländereien und nahmen an den zu dieser Jahreszeit anfallenden Arbeiten teil (Verzieren von Zuckerrüben und Sonnenblumen, Bodenbearbeitung in den Olivenhainen). Die Rechnung für diese Arbeiten präsentierten sie dann den Großgrundbesitzern. Natürlich rufen diese dann vielfach die Guardia Civil (paramilitärische Polizei aus der Franco-Zeit) und lassen die nicht autorisierten Arbeiter und Arbeiterinnen verhaften. Aber die Großgrundbesitzer merken, daß die Gewerkschaft Ernst macht und einige haben sich schon zu Verhandlungen bereitgefunden und von sich aus Arbeit angeboten.

Der Gewerkschaft ist vollkommen klar, daß mittelfristig nur eine Agrarreform das Problem der ständigen Arbeitslosigkeit in Andalusien lösen kann (verbunden mit einer regionalen Industriestruktur im politischen Rahmen eines autonomen Andalusien). Als Aktionen wie den geschuldeten bereitet sie ihre Mitglieder bewußtseinsmäßig und organisatorisch auf den Kampf um die Agrarreform vor.

Wir können die Aktionen der Landwirtschaftsgewerkschaft SOC unterstützen. Die Besetzung von Santa Teresa geht weiter und man kann Semiotikstelegramme und -briefe dort einschicken.

Encontrados  
Iglesia Santa Teresa  
Plaza de las Moradas  
Sevilla

(Textbeispiel: Solidaridad internacional con los jornaleros del campo en España. Internationale Solidarität mit den eingeschlossenen Landarbeitern.)

Telegraphen  
L. M. Baumgartner  
Landesgruppe Stuttgart  
IBF 7 600 501 013  
Konto Nr. 6773647

Am Montag, dem 5.5.84, endete die Botschaftsbesetzung in London mit der brutalen Sturmung des Gebäudes durch die britische Küstentruppe SAS („Special Air Service“, eingesetzt im Oman und gegen die IRA!). Das Leben der Geiseln wurde rücksichtslos gefährdet, das der Botschaftsbesetzer als offenbar vom Beginn der ganzen Aktion an nicht als erhaltenswert.

Das „Schauspiel“ wurde dem britischen Volk als Direktübertragung im TV übermittelt. Die letzte öffentliche Hinrichtung ist ja noch nicht so lange her!

Denkenswert ist auch die Bilanz: Vier Botschaftsbesetzer sind tot. Nähere Umstände ihrer Hinrichtung durch die SAS wurden nicht bekanntgegeben und sollen „vorläufig“ geheimgehalten werden.

Zwei Geiseln mußten im Krankenhaus bleiben, da sie Schuß- und Brandwunden davontrugen. Andere mußten sich antihelant behandeln lassen und standen unter Schock. Noch 18 Stunden nach der Ersturmung des Botschaftsgebäudes wurde die ausgebrannte Ruine nach „Vermissten“ abge sucht („FAZ“, 7.5.), obwohl angeblich alle Geiseln „befreit“ waren. Treffend verglich die „Stuttgarter Zeitung“ vom 6.5. diese Aktion mit der GSG-9-Heldentat Mogadischu, vor gleichzeitiger ist sie aber auch mit Stockholm. Anzuführen wäre noch, daß die einschließende Parallele darin besteht, daß ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Geiseln gehandelt und mit den Geiselnern jeweils kurzer Prozeß gemacht wurde.

Eine weitere Parallele besteht darin, daß die Verantwortlichen über diese Ergebnisse jedesmal den Mantel des Schweigens breiteten — der Vorwand, eine politische Tabu gegenüber den Geiselnern nicht preisgeben zu wollen, diente dazu, die unzähligen Widersprüche und Ungereimtheiten vor der Öffentlichkeit zu verdecken, bzw. zu rechtfertigen. So auch diesmal!

## Was die Presse berichtet

Während die „SZ“ am 6.5. noch berichtet, die Hoffnung auf eine friedliche Beendigung der Botschaftsbesetzung sei gewachsen, die fünfte Geisel wäre freigesetzt worden, warfen FAZ und FR schon mit relativ detaillierten Schilderungen auf, die den Hergang der Botschafts ersturmung beschreiben. Am Nachmittag des 5.5. hatte sich die Lage überraschend und dramatisch zugespitzt. Gegen 13.20 Uhr seien Schüsse in der Botschaft gefallen („FAZ“, 6.5.). Die „SZ“ stellt dieselben Schüsse erst um 16.40 Uhr fest.

Während die „SZ“ lediglich berichtet, die Besetzer hätten ihre Forderung nach Freilassung der 91 Häftlinge (aus Khusistan) durch Teheran sowie nach freiem Geleit in ein Land ihrer Wahl praktisch nur wiederholt, weiß die FAZ von neuen unannehmlichen Forderungen zu berichten, die sie freilich nicht näher benennt. Die „FR“ vom 6.5. meint zu wissen, daß es den Besetzern den Botschaft vorwiegend nur noch um freies Geleit gegangen sei.

Inmitten herrscht Übereinstimmung bei der Presse in der „Übernahme“ über die plötzliche Zuspitzung der Lage“. Die Drohung der Geiselnern, alle halbe Stunde eine Geisel zu erschießen, hatte die britischen Behörden zwar vorher nicht beeindruckt, nach fünf Tagen aber ließ diese Drohung ihnen dann doch „keine Wahl“ mehr. Die SAS sollte das Problem auf die bekannte Art lösen.

Übereinstimmung herrscht auch darüber, daß sich das Rätselraten um die Schüsse um 13.20 bzw. 16.40 Uhr — so genau weiß man das bis heute nicht — erst um 19 Uhr (bzw. 20 Uhr MEZ) aufklärte: Als nämlich die erste Leiche auf die Stufe der Botschaft mal geschoben, mal geworfen wurde.

Die berüchtigte SAS schenkte genau 25 Minuten später ein („NZZ“, 8.5.). Die berüchtigten Leuchtgranaten und eine Bombe steckten im Nu die Vorderfront des Hauses in Brand, eine 15-minütige Beschädigung des Gebäudes „Feuerschutz“ ließ ein Bergen von Verletzten nicht zu. Nach Berichten vom 7.5. ist der Sturm schon „in Sekunden“ zum „vollen Erfolg“ gelaufen: 19 Geiseln befreit, zwei Schwerverletzte darunter, vier Geiselnern tot, einer unverletzt festgenommen (wobei sein Glück offenbar einfach nur war, daß er mit

einer Geisel verwechselt worden ist, vgl. FAZ 8.5.).

War die Presse noch am 6.5. davon ausgegangen, daß vermutlich 24 Geiseln ins Haus waren (20 Perser, 4 Briten — nach „FAZ“, 6.5.), tauchen die Fehlenden in der Bilanz des Abends nur noch als „Vermisste“ („FAZ“) und in der „NZZ“ als „drei bis vier in den Trümmern vermutete Leichen“ auf („NZZ“, 7.5.). Aber da „Aschenreste schwer zu identifizieren sind“, hat es die vielleicht doch gar nicht gegeben — jedenfalls ist das alles kein Grund zur Beunruhigung.

Wer Unklarheiten ausgeräumt sehen möchte, möge bitte Verständnis für die erforderliche Geheimhaltung aufbringen, wer kritische Fragen erwartet, kann sich diese gut abshinken — die BRD-Presse ist besonders stolz auf den britischen Einsatz aber nur bis zum 8.5.84! Danach herrscht Schweigen im Bitterwald.

## ... und was es aus dem...

Die britische Regierung hatte sich von vornherein darauf festgelegt, daß eine Nachgiebigkeit gegenüber den Besetzern nicht in Frage käme. Die iran

ischen Machthaber ließen verkünden, die Aktion werde durch den CIA oder den Irak oder beide gesteuert. Für jede geschädigte Geisel werde ein(e) der 91 Häftlinge, deren Freilassung verlangt werde, bestraft. Evil werde auch ein Sturm der Botschaft durch (Khomeini) Gläubige organisiert. Den Geiseln wurde anempfohlen, sich auf den Heldenstod vorzubereiten (vgl. „FAZ“, „SZ“, „NZZ“ und „FR“ vom 2.5. bis 4.5.).

In einem Kommentar der „SZ“ vom 4.5. wird die Hinhalteaktion und das Spekulieren mit der Menschlichkeit der Besetzer (ihre Drohungen nämlich nicht in die Tat umzusetzen!) geradezu als Höhepunkt der Kriegslust gefeiert, das Versäumnissen der ersten beiden Ultimaten (und die ausgebliebenen Folgen!) geradezu als Bestätigung. Es ist — auch wenn jetzt besonders überrascht sein wird, von vornherein in Kauf genommen worden, daß die Geiseln zu Schaden kommen (15-minütige Beschließung des brennenden Hauses!) Systematisch haben die britischen Behörden Friedfertigkeit geschwehelt, um Zeit für den Einsatz ihrer SAS zu bekommen. In der „NZZ“ liest sich das so: „SAS-Leute wurden auch bei

früheren Geiselnkonflikten bereitgestellt, allerdings nicht eingesetzt, weil sich der Konflikt gewaltlos lösen ließ. Eine friedliche Lösung war sicherlich auch jetzt beabsichtigt. Wie bei früheren Fällen wollte man die Terroristen durch andauerndes Verhandeln und Zureden dazu bewegen, sich zu ergeben. Dabei war man sich stets der Gefahr bewußt, daß die Terroristen aus Mangel an kurzschlußhandlungen ausgehen könnten. Das scheint am Montag geschehen zu sein“ (8.5.).

In den Verhandlungen war von vornherein klargemacht worden, daß ihnen keine Straffreiheit gewährt werde, auch keine freie Ausreise aus Großbritannien (ebenda). Was die iranischen Machthaber betrifft, Sie weisen jede Parallele zur Besetzung der amerikanischen Botschaft (die sie für legal halten) zurück. Tatsache ist aber, daß sie die Forderung des Volkes von Khusistan nach Autonomie blutig unterdrücken (vgl. „Iran — Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit“). Dieser Hintergrund beeinflußt eine Entscheidung über Recht und Unrecht mit!

Großbritannienkommission  
KB/Gruppe Frankfurt

## Aktionstag der britischen Gewerkschaften

Am 14.5. wollte der britische Gewerkschaftsverband TUC, dem 113 Einzelgewerkschaften mit etwa 12 Millionen Mitgliedern angehören, einen politischen Generalstreik von 24 Stunden gegen die Regierung Thatcher durchführen. Der Streikaufruf wurde allerdings weitgehend nicht befolgt.

Anlaß für den Aktionstag war, daß es die Regierung Thatcher geschafft hat, die Inflationsrate von etwa 8% auf 20% hochzutreiben, und das binnen einem Jahr. Ein weiterer Grund war, daß es die Regierung für wirtschaftlich opportunistisch hält, daß die Arbeitslosenrate mittlerweile auf 2 Millionen zureicht (nach „Die Neue“, 14.5.84). In den Tagen vor dem 14.5. zeigte die Streikfront erste Risse, es rechnete sich ab, daß einzelne Gewerkschaften, so die der Eisenbahner,

der Postarbeiter und der Krankenhaushausangestellten dem Aufruf nur teilweises Folge leisten würden. Kurz vor dem 14.5. wurde eine Umfrage veröffentlicht, nach der 83% der Wähler und sogar noch 73% der Gewerkschaftsmitglieder gegen den Aktionstag seien (nach „FAZ“ vom 14.5.84). Auf Antrag einiger Zeitungen erklärte die Justiz den Streikaufruf für nicht legal. Margaret Thatcher betonte ebenfalls voll gegen den Streik und drohte, daß die Gewerkschaften und ihre Mitglieder die Folgen, auch die finanziellen, tragen müßten. Die Hitze und die Schikane blieb leider nicht ohne Wirkung.

Eine größere Beteiligung gab es fast nur in Schottland, Wales und Yorkshire. In Schottland fielen 80% der Züge aus, 12 von 16 Kohlegruben

wurden bestreikt, ein Stahlwerk wurde von streikenden Spezialisten lahmgelegt. In Yorkshire wurden 50 von 63 Kohlegruben bestreikt. In Wales wurden 36 Kohlegruben bestreikt. Weiter erschienen am 14.5. keine nationale Zeitung in Großbritannien, darüber hinaus wurden noch einige Betriebe der Stahlindustrie bestreikt. Am meisten war die Beteiligung am Aktionstag sehr gering (nach „FAZ“ und „SZ“ vom 16.5., „Die Neue“ vom 17.5.).

Der Vorsitzende des TUC erklärte, nach dem Aktionstag müsse die Kampagne gegen die Regierung Thatcher mit ähnlich begrenzten Aktionen und Propaganda fortgesetzt werden.

KB/Gruppe Frankfurt

## Straßenkämpfe ...

In Amsterdam, in Bremen und Kopenhagen — die Mutanten der späten sechziger Jahre scheint erneut aufzublühen. Die Bewohner der Kopenhagener Altbauviertels Nørrebro bauten sich vor sechs Jahren auf einem für die Stadteil „sanierung“ vorgesehenen Gelände einen Bauspielplatz. Jetzt sollte ihren Kindern der Spielplatz genommen werden.

Ein Akt Leut aus Helmingen schreibt uns: „... Der beabsichtigte Abruch wurde einen Monat lang von den Bewohnern verhindert, aber am 22. April brach die Polizei die Blockade und entfernte die Spielgeräte. Am selben Abend auch bauten die Nørrebroer ihren Platz wieder auf.“ Am 29. April griff Polizei den Platz erneut an, ein Teil der Spielgeräte wurde zerstört, wer Widerstand leistete wurde mit Hunden und knuppelschlägen vertrieben. In ihrer spontanen Wut blockierten die Bewohner von Nørrebro zwei Hauptstraßen mit Bussen, stürzten eine Baubude quer

über die Straße, ergänzten das Bauwerk mit Abfallfässern. Und am Abend wurde der Spielplatz zum zweiten Mal wieder aufgebaut.

Ein paar Tage später entfernten die Einwohner die Barrikaden von den Hauptstraßen, da ihnen vom Rathaus die Zusage gemacht wurden war, daß erst auf einer Sitzung am 5. Mai über das Schicksal des Platzes entschieden werden soll. Zur Vorsicht aber wurden jetzt die Straßen direkt um den Platz herum verbarrikadiert.

Aber schon zwei Tage vor der Ratssitzung, am 3. Mai, wälzten „Kollern“ Abbrucharbeiter unter Polizeideckung mit LKWs und Bulldozern den Platz platt. Kinder und Erwachsene wurden von Spielgeräten und Hütten heruntergestoßen und wiederum Hunde und Knuppel eingesetzt. Nachher war vom Spielplatz kein Splitter mehr zu sehen.

Die Polizei führte jetzt den Ausnahmezustand ein. Am Nachmittag entwickelten sich reguläre Straßen

kämpfe: Alle Gruppen mit mehr als fünf Personen wurden aufgelöst von knuppelschwingenden, brutelnden Sturmtruppen. Menschen wurden durch die Straßen gejagt, Schwangere, Kinder und Alte wurden überfallen und verprügelt, eine Unzahl von Zivilen griff die Leute von hinten an. Eine genehmigte Demonstration wurde um 22 Uhr brutal zerschlagen.

Gegen Mitternacht ergaben sich die terrorisierten und verschreckten Bewohner Nørrebro. Die Ruhe war wiederhergestellt — und die Straßen waren voll Polizei. ...

Der Mut der Leute aus Nørrebro und ihrer Freunde ist jedoch nicht gebrochen. In einem Zug von 10.000 Menschen demonstrierten sie am 5. Mai vor das Rathaus mit den Forderungen: „Mehr Kindergärten, weniger Polizei!“ und „Hände weg vom Spielplatz!“. Ein Unterstützungsfund wurde gegründet, um das Grundstück für den Wiederaufbau des abemieterten Spielplatzes zu kaufen.





# Black Power

## Neue Militanz gegen weißen Rassismus

Mit schweren Unruhen, militanten Demonstrationen und Angriffen auf die Institutionen der weißen Staatsgewalt hat die schwarze Bevölkerung der USA erneut die Augen der Weltöffentlichkeit auf die Rassendiskriminierung in den USA gelenkt. Ein Schwarzer war von einer Polizeitruppe bestialisch ermordet worden. Die weiße Jury sprach alle Angeklagten frei, obwohl die Beweise drückend waren. Diese zynische Versäufelung gegenüber einem schwarzen Menschen leben brachte das Faß zum Überlaufen, das seit Monaten randvoll ist. Ein schwarzer Lehrer wird in seiner Wohnung von der Polizei überfallen und mißhandelt, die Polizisten gehen straffrei aus. Ein 11-jähriges schwarzes Mädchen wird von einem Weißen vergewaltigt, und der wird freigesprochen, ein Schwarzer pinkelt an eine Mauer und wird von weißen Bullen durch Genickschuß ermordet, die Bullen werden natürlich freigesprochen. Dies sind nur einige Beispiele der Rassendiskriminierung, wie sie täglich ausgeübt wird.

Vor zehn Jahren hatte die Black

Power Bewegung durch den militanten Kampf auf die Lage der Schwarzen aufmerksam gemacht. In den folgenden Jahren wurde sie mit allerlei Versprechungen hingehalten. Verbessert hat sich nichts, im Gegenteil. Die tägliche Diskriminierung ist geblieben und die materiellen Bedingungen haben sich noch verschlechtert, denn mit der Wirtschaftskrise der USA steigt vor allem die Arbeitslosigkeit bei den Schwarzen. Während weiße Kubaner politisches Asyl, Arbeit und Einkommen erhalten, werden die Schwarzen immer weiter ins soziale Elend gedrängt.

Der Freispruch für die Mörder eines Schwarzen war so Provokation und Signal zugleich. Es war der Anlaß für die schwersten Unruhen seit Jahren: mindestens 15 Tote, über 300 Verletzte, 1000 Verhaftete und ein Sachschaden, der in die Hundert Millionen Dollar geht. Es ist die neue Antwort der Schwarzen nach Jahren des Versuchs, die weißen Rassisten friedlich zu überzeugen. Und die Geschichte der Schwarzen hat bewiesen, es gibt keinen anderen Weg.

Polizeikette oder eine schwere Leuchte — bis heute ist diese Frage nicht geklärt — mit solcher Wucht genau zwischen die Augen, daß der Schädel platzt. Um Spuren zu verwischen, zertrümmern die Polizisten das Motorrad. Es soll noch Sturz aussehen“ („stern“, 29.5.80).

Anfang Mai fand der Prozeß gegen fünf von ursprünglich sechs angeklagten Polizisten statt. Gegen einen der fünf wurde eine Mordanklage erhoben, zwei weitere wurden des Totschlags angeklagt und die beiden übrigen der Verursachung eines Verbrechens beschuldigt.

Alex Marrero, der wegen Mordes angeklagt wurde, ist übrigens noch anhängen der Verurteilung eines Verbrechens beschuldigt.

Alex Marrero, der wegen Mordes angeklagt wurde, ist übrigens noch in eine weiteres Verfahren verwickelt. Eine 1 Millionen Dollar Schadenersatzklage wegen Gefangenemißhandlung.

Bis zum Prozeß wurden alle Angeklagten auf freiem Fuß gelassen. Marrero allerdings gegen eine Kaution von 75000 Dollar. Bevor es jedoch zum Prozeß kam, wurde willkürlich der Prozeßort von Miami in das 400 km entfernte, an der Westküste Floridas gelegene Tampa verlegt. Ol

fiziell begründet wurde der Schritt mit der ausführlichen Presseberichterstattung

fiziell begründet wurde der Schritt mit der ausführlichen Presseberichterstattung zum Prozeß — das könnte die Jury beeinflussen. Nahe kam schon die Begründung über die „Vereinigenormenheit“ der Bevölkerung. Die schwarze Bevölkerung Miami wuchs das letzten besser. So meinte Ray Faunt von der Southern Christian Leadership Conference (SCLC, eine Bürgerrechtsorganisation): „Das soll nur verhindern, daß die Leute aus Miami dorthin kommen“ („Guardian“).

Im Prozeß wird der eingangs geschilderte Ablauf von ausagenden Polizisten (die als Kronzeugen von vornherein straffrei blieben) voll bestätigt. Es kann also keinen Zweifel geben: das ist bestialischer Mord aus rassistischen Gründen. Aber die weiße Jury sprach die fünf Angeklagten frei. Ihre Begründung: McDuffie hatte Karatekenntnisse gehabt und das Verhalten der Polizisten sei angemessen und der Tod ein Unglücksfall gewesen.

In der Nacht nach diesem Tag stand Miamis Nordwesten in Flammen. „Man muß nicht schwarz sein“, schrieb der „Miami Herald“ am Tag darauf, „sondern nur ein Mensch, um vor Mord zu klagen über diesen Freispruch. Ist es ein Wunder, daß Schwarze sich unterdrückt und verurteilt fühlen vom weißen Establishment und seiner Justiz?“ (nach „stern“ 29.5.80).

### Black Power gegen weißen Rassismus und Faschismus

Die folgende Schilderung entnehmen wir der amerikanischen linken Zeitschrift „Guardian“.

Am 12. Mai um 17 Uhr fanden sich um 12.000 etwa 7000 wutende Demonstranten vor dem Metro-Justizgebäude versammelt. Das Gebäude ist sowohl das Hauptquartier der Polizei von Dade County, als auch das des Gerichts.

Die Demonstration war kurzfristig vom NAACP, National Association for the Advancement of Colored People — gegründet 1910, kleine Bürgerrechtsorganisation — (Anm. AK) angesetzt worden und die große Anzahl Menschen war durch die Bericht

erstattung zweier schwarzer Radiostationen mobilisiert worden.

Es bestand eine Stimmung der Wut und Spannung, aber es war friedlich, zuerst. Leider gab es keine organisierte Leitung der Demonstration und kein Lautsprecher-System, so daß die Sprecher nicht gehört wurden.

Die Demonstranten, einige trugen schwarze Armbinden, sangen „We shall overcome“ und tiefen Parolen: „Reno must go“ (Reno ist der Staatsanwalt in Miami), „Keine weiße Polizei in schwarzer Nachbarschaft“, „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gerechtigkeit“.

Transparente verkündeten: „America ist eine verdammte Lüge“, „Wir blieben die Gerechtigkeit für den Schwarzen Menschen“, „Verurteilt McDuffie nicht“. Ein Priester rief zum Gehet auf, aber die Demonstranten antworteten: „Wir haben die Schwaizer will mit Beten, Amen“.

Als die Demonstranten zum Polizeihauptquartier und Gericht marschierten, stiegen Helikopter über sie hinweg. Steine und Flaschen wurden geworfen. Die Staatsflagge Floridas wurde zerrissen und durch eine Fahne mit dem Farben der schwarzen Nationalisten ersetzt: schwarz, rot und grün.

Plötzlich fuhr ein Polizeiwagen provozierend durch die Menge. Er überfuhr den Fuß eines jungen Mädchens. Innerhalb weniger Minuten brannte der Wagen. Bald brannten 10 weitere Polizei- und Regierungswagen. Inzwischen hatten Leute die Tür zum Polizeihauptquartier eingetreten. Schüsse fielen. Es schien als ob die Demonstranten das Polizeihauptquartier einnehmen könnten. Dann kam der Gegenangriff der Polizei. Die Bullen nahmen Verhaftungen vor. „Nehmt mich mit und schlagt mich nicht! Tötet mich nicht!“, rief ein Mann, als ihm Handschellen angesetzt wurden.

Mittlerweile wurde das Staatsgebäude, das auf der anderen Straßenseite lag, umringt. Weiße Autos fuhr durch den Wagen. Der 40-10 weißen Unterstützern der Demonstration wurde geraten, die Demonstration zu beenden. Sicherheit zu verlassen.

Immer um Augen, zehn um zehn rief ein junger Mann: „Das Problem

ist, es gibt keine Verantwortlichen“, meinte Marvin Dunn, Universitätspro-

fessor und Kandidat der Schwarzen Demokratischen Partei. „Es kann keinen gehen, der dies teilt. Jetzt ist das Ganze außer Kontrolle. Es wird eine lange Nacht werden“.

Während dieser langen Nacht gingen die Straßenkämpfe weiter. Am Sonntagmorgen, dem 18. Mai, hing eine dicke schwarze Rauchwolke über dem Nordwesten Miamis. Es hatte vier Tote gezeihen und 100 Menschen lagen im Krankenhaus.

Hoh Graham, der Gouverneur Floridas, rief die Nationalgarde zur Hilfe und etwa 1000 Nationalgardisten, bewaffnet mit Schrotflinten und Maschinenengewehren, besetzten und umstellten Miami schwarzen Stadtteil, der ironischerweise „Liberty City“ genannt wird. Eine Ausgangssperre von 20 bis 6 Uhr wurde in den Zentren des Aufstands angeordnet. Die Nationalgarde wurde an zentralen Verkehrsknotenpunkten aufgestellt, und es wurden Auswärtskontrollen durchgeführt. Bis zum Redaktionsschluss des Guardian ist die Polizeitruppe auf siebenhundert Mann angewachsen. Die Schulen von Dade County wurden bis auf Weiteres geschlossen. Die Straßen in Downtown Miami waren am 19. und 20. Mai fast leer. Die Geschäfte hatten geschlossen.

Überall innerhalb der schwarzen Gemeinde waren die Geschäftsfronten eingeschlagen, Gebäude niedergebrannt. Heckenschützen hinderten die Feuerwehr am Löschen. Die Straßen waren mit Steinen und zerbrochenem Glas übersät. Bewaffnete Bullen schwenkten rote Lichter beweis zu kühlen Parolen waren überall in der Stadt an die Wand geschrien worden, sie drückten das aus, was viele dachten. „McDuffie ist von diesen Bullen ermordet worden“, hieß eine. „Weiße Knallköpfe sind zu nichts nützlich“, ein anderer.

Bis zum Redaktionsschluss des Guardian waren an die 1100 Verhaftungen vorgenommen worden. Über 100 davon waren Schwarze. Die meisten waren wegen Diebstahls verhaftet worden, einige wegen Brand der Ausgangssperre. Die Gerichte und Gefängnisse reichten nicht aus, und so

Fortssetzung nächste Seite





## 26 Jahre Ein Überblick

1954 hebt der Oberste Gerichtshof die Segregation (Apartheidsgesetze der USA, Segregation) auf. In den Jahren danach entwickelt sich eine immer stärker werdende Bürgerrechtsbewegung, zu deren führenden Kraft die Southern Christian Leadership Conference wird. Martin Luther King ist einer ihrer bekanntesten Repräsentanten (1960 findet ein Sit-In gegen die praktisch natürlich fortbestehende Segregation in einem Restaurant in Greensboro statt. Innerhalb weniger Tage wird diese erste Aktion in anderen Städten wiederholt, es kommt zu einer Welle von Sit-Ins. Die Jahre danach sehen eine immer breiter werdende Bewegung, Freedom Rides und andere Aktionen finden statt. Aber auch die Reaktion wird stärker. 1964 werden in Birmingham drei Bürgerrechtler vom Ku-Klux-Klan ermordet und verurteilt, ein Jahr später wird Medgarh E. Evers erschossen. In beiden Fällen vermutet man heute eine Mitbeteiligung des FBI, zumal erst im März von 1965 finden in den Ghettos von Watts und Selma Aufstände statt.

Im Juni des Jahres findet in Mississippi eine Bürgerrechtsdemonstration statt, ein Demonstrant wird dabei von weißen Rassistengruppen angegriffen. Unter der Parole „Black Power“ spaltet sich die Militanten von der Bürgerrechtsbewegung ab. Es kommt zu weiteren Aufständen in 20 amerikanischen Städten. Im Oktober wird in Oakland in Kalifornien von Huey Newton und Bobby Seale die Black Panther Party (BPP) gegründet.

Ein Jahr später finden im Juli von Huey Newton und Bobby Seale die Black Panther Party (BPP) gegründet.

Ein Jahr später finden im April die ersten großen Antikriegsdemonstrationen statt. Im Sommer kommt es in über 100 Städten zu Rebellionen in den schwarzen Ghettos. Von Lyndon Johnson wird die „National Commission for Civil Disorders“ einberufen. Das Contingent-Programm des FBI läuft an. Hoover „Entpult, unterbreicht, diskreditiert oder zumindest neutralisiert die Aktivitäten der schwarzen nationalistischen, haßartigen Organisationsformen, deren Führung, Sprecher, Mitglieder oder Sympathisanten...“. Im April 1968 wird Martin Luther King ermordet. In über 100 Städten folgen Aufständen und Straßenschlächen, teilweise unter Führung der BPP. Noch während dieses Jahres laufen die ersten Angriffe auf die Panther: Newton wird verhaftet, Cleaver muß ins Exil gehen. Bei der „Democratic Convention“ in Chicago kommt es zu großen

Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sieben Leute werden angeklagt.

Im folgenden Jahr wird der Polizeiterrort gegen die Black Panther noch mehr eskaliert. Ende 1969 sind schon 28 Panther von der Polizei erschossen worden, die Parteiführung inhaftiert (Newton, Seale) im Exil (Cleaver, Big Man) oder ermordet (Herman Hampton).

1970 Die Rassenverschiedenheit der Arbeiterklasse steigt. Es findet in New York City ein Protest der Unionsarbeiter von Jackson und Kerr insgesamt sechs Tote, 21 Verwundete als die Polizei in die Demonstrationen schießt. Im Oktober wird Angela Davis verhaftet. Sie wird beschuldigt, bei dem Befreiungsversuch von George Jackson geholfen zu haben.

Der immer stärker werdende Polizeiterrort und die mangelnde Führung spaltet die BPP in einen friedlichen und einen militanten Flügel. 500.000 demonstrieren gegen den Krieg in Vietnam.

Die schwarze Bewegung löst sich mehr und mehr auf und integriert sich in Arbeitskämpfe, Antikriegsaktivitäten und verschiedenen Stadtteilprojekten. George Jackson wird im Gefängnis von San Quentin ermordet und in Alaska werden 40 Menschen bei einem Gefangenenaufstand getötet.

Die sechziger Jahre werden eine Zeit der relativen Ruhe. Ähnlich wie in Westdeutschland bilden sich aus der Protestbewegung etliche linke Zirkel, man versucht, auf die „Arbeiterklasse“ zu orientieren. Auch das „Bussing“ von Schulkindern stellt eine linke Zirkel man versucht auf die Arbeiterklasse zu orientieren. Auch das „Bussing“ von Schulkindern steht in diesen Jahren im Mittelpunkt. So kommt es zum Beispiel in Boston häufig zu Auseinandersetzungen, weil weiße Eltern nicht wollen, daß ihre Kinder in Schulen transportiert werden in denen auch Farbige unterrichtet werden. Inspiriert durch die Kämpfe der sechziger Jahre beginnt sich eine Bewegung der Indianer herauszuschälen. Hier nimmt der AIM (American Indian Movement) eine führende Rolle ein.

Erst Ende der sechziger Jahre löst die zunehmende Arbeitslosigkeit, die Energiekrise, die sich verschlechternde Sozialfürsorge und vor allem der wachsende Rassismus zu wachsender Unruhe in der schwarzen Bevölkerung. Der Polizeiterrort in den Großstädten und die Klan-Morde von Greensboro führen zu ersten größeren Protesten.

USA Kommission

was (sie) ihnen schon immer versucht haben zu erzählen...“ („LHT“, 22.5.80).

Auch Ex-Uno-Botschafter Andrew Young jetzte nach Miami, um die Wogen zu glätten. Dann hatte er bereits einige Erfahrungen, schließlich war er vierzehn Jahren in Washington in Watts (siehe Kasten). Doch die alte Masche zog nicht mehr. Als er auf einer Veranstaltung in Miami davon sprach, daß der Fortschritt für die Schwarzen nur durch die Wahlen erkämpft werden könne, wurde er ausgebuht.

Auch die ehrwürdige NAACP reichte sich ein in die Reihen der „Friedensmächte“, worunter hier nur der Frieden für die Weißen verstanden werden kann. Benjamin Hooks, einer ihrer Führer, meinte, daß sie „alles tun wollten, um die Situation in Grenzen zu halten und weitere Ausbrüche in anderen Städten zu verhindern“ („Guardian“, 22.5.80).

Im Anschluß an den Aufstand legte eine Koalition von NAACP und SCLC einen Forderungskatalog vor. Anklageerhebung gegen alle am McDuffie-Mord beteiligten Bullen, Entfernung von Staatsanwalt Reno aus dem Amt, Überprüfung der Amtsgeschäfte der Staatsanwaltschaft, Einsetzung eines zivilen Untersuchungskomitees zur Polizeibrutalität, Beendigung der Benachteiligung von Schwarzen bei der Arbeitsplatzvergabe, Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche, Miami soll Notstandsgebiet werden und massive Finanzunterstützung durch den Bund erhalten, Anerkennung der Hananier als politische Asyl-Suchende, eine gerechtere Zusammensetzung der Jury bei Prozessen und Amnestie für alle bei den Unruhen Verhafteten.

Eine Koalition von 30 weißen und spanischen Gruppen unterstützte diese Forderung, darunter so bekannte Gruppen wie die ACLU (American Civil Liberties Union) und die National Lawyers Guild.

Miami ist nicht Ausnahme, sondern Regel

Miami ist nicht Ausnahme, sondern Regel

Kaum waren die Brände in Miami gelöscht, flammten neue Feuer auf, diesmal in Wrightsville in Georgia, dem Heimatstaat des Erdnölarmers. Am 20. Mai brannten bei Protesten im schwarzen Ghetto der Stadt einige Häuser nieder. Drei Menschen wurden während einer Schießerei verletzt: ein Polizist, ein Feuerwehrmann und eine schwarze Frau. An die 30 Menschen wurden zur Personalienfeststellung verhaftet. Nach Angaben der SCLC war ein Überfall weißer Rassisten auf das Ghetto der Anlaß zu den Auseinandersetzungen. Das allerdings wäre nichts Neues in der Stadt. Bereits am 9. April war ein schwarzes Kind im Wohnwagen seiner Eltern von weißen Rassistendurch Schüsse schwer verletzt worden, auch hier fand wenige Stunden später eine Demonstration statt.

Dieses sind die neuesten Höhepunkte eines schon länger andauernden Konfliktes. Seit langem fordert die schwarze Bevölkerung die Gleichberechtigung bei der Arbeitsplatzvergabe in öffentlichen Betrieben und die Absetzung des Sheriff's Rowland Ataway. Ataway und seine Hilfssheriffs hatten vor einiger Zeit einen Angriff von 100 Weißen auf 75 schwarze Demonstranten angeführt. Diese Vorfälle hatten, so Dearest Davis von der SCLC, „der schwarzen Bevölkerung der Stadt die Augen geöffnet“ (nach „Guardian“, 30.5.80). Mittlerweile hat der Gouverneur von Georgia 2400 Staatspolizisten nach Wrightsville geschickt, um für Unruhe zu sorgen.

Miami und Wrightsville sind nur zwei Beispiele in vielen Städten, wo sich jetzt der schwarzen Bevölkerung Arbeitslosigkeit, schlechte Sozialfürsorge, wachsender Rassismus und nicht zuletzt die Polizeibrutalität haben ein Klima extremer Spannungen geschaffen, das jetzt auch mit brutaler Staatsgewalt nicht mehr vor der Explosion zu bewahren ist. In den schwarzen Stadtteilen wird die Arbeitslosigkeit der schwarzen Jugendlichen auf 80% beziffert. Nach Angaben der Regierung soll die Arbeitslosigkeit der schwarzen Bevölkerung insgesamt 13% betragen, wahrscheinlich ist sie aber doppelt so hoch. Nach Angaben der National Urban League sind ungefähr 77% der schwarzen Familien auf Unterstützung angewiesen, um zu überleben. Das Einkommen einer schwarzen Familie liegt im Durchschnitt bei 59% des Einkommens einer weißen Familie. Die Kindersterblichkeit bei Schwarzen betrug 1977 2,36%, bei Weißen hingegen 1,23%. Von den 435 Mitgliedern des Repräsentantenhauses sind nur 17 Schwarze. Die Rezession tut das Übrige. Bei Preissteigerungsraten von 6% im März sogar 17%, wird es für viele Familien mit geringem Einkommen immer schwieriger, für den Unterhalt zu sorgen. Die Situation in den

Ghettos der großen Städte wird für die Stadtverwaltungen immer unkontrollierbarer. Um überhaupt die Lage Herr zu werden, lassen sie ihren Polizeieinheiten völlig freie Hand. Das führt dazu, daß die Polizeibrutalität immer mehr zunimmt. Ein Beispiel ist Philadelphia.

Hier hatte die Brutalität der Polizeieinheiten solche Ausmaße angenommen, daß im August letzten Jahres vom Justizministerium scheinheilig Klage erhoben wurde. Anklagepunkte waren: Die Verletzung der bürgerlichen Freiheiten, der Verfassungsrechte sowie die weitverbreitete und systematische Brutalität der Polizei. Die Anklage wurde mit dem formalen Argument zurückgewiesen, das Justizministerium dürfe nicht im Namen Dritter sprechen.

Ein anderes Beispiel ist New York. „Unsere Stadt ist voll von Polizeibrutalität... Jeden Sommer wird ein schwarzer oder lateinamerikanischer Jugendlicher erschossen... Vierzig Menschen wurden in den letzten Jahren von Polizeikugeln getötet, die meisten seit 1974. Schwarze Mütter haben Angst, daß ihre Söhne eines Abends nicht mehr zurückkommen, weil sie Opfer einer verirrten Polizeikugel geworden sind...“ („Village Voice“, 1.10.79).

Diese Lage in den großen Städten ist den Behörden nur zu gut bekannt. So der „Community Relations Service“ zu Miami: „Wir sind seit 1970 immer wieder in Miami gewesen. Unsere Leute fühlen, daß das passieren mußte — auf Grund der Zwischenfälle, des Gemisches ethnischer Gruppen und des Gefühls (unter Schwarzen) das die United States Vorurteile gegen Hispaner hatten.“ („International Herald Tribune“, 21.5.80).

Auch der Berater für Minderheitenfragen beim Präsidenten meint, er habe es schon immer gewußt, und er erwarte weitere Aufstände in Philadelphia, New York und Washington.

(ebenda). Mit Leisern wird er wohl recht haben.

Zwei Wege:  
Aufruf zum „Frieden“  
und Aufruf zum Kampf

Die Einschätzungen zu den Unruhen von Miami gehen innerhalb der schwarzen Bevölkerung weit auseinander. Auf der einen Seite die „Alten“: Andrew Young, Jesse Jackson, Benjamin Hooks (NAACP) und Joseph Lowery (SCLC). Sie versuchen schon während der Unruhen zu beschwichtigen.

Auf der anderen Seite die Organisatoren und Aktivisten an den Wurzeln der Bewegung. Ein Aktivist in Miami zu den Beschwichtigungsversuchen: „Die alte Garde muß hergefen, daß wir 1960 haben. Wir brauchen Veränderungen. Die Leute haben erkannt, daß die Führung weniger effektiv geworden ist. Dies ist eine neue Ära“ („Guardian“, 22.5.80).

Michael Ammon von der Black United Front (BUF) in New York: „Wir meinen, daß die Situation sich schon seit langem zusammenbraut. Die Zeit waren ein Jahrzehnt der Desillusion und Frustration, eine Periode des Blends für die Mehrheit der Schwarzen in USA... Was wir in Miami erlebt haben ist, daß die Menschen mit dem Rücken zur Wand standen. Sie beschlossen zu kämpfen und eine Methode zu benutzen, die 1960 sehr effektiv war, um gehört zu werden“ (ebenda).

Florence Walker von der Philadelphia BUF: „Ich bin froh, daß die Menschen etwas tun. Wir werden die Dinge in unsere eigenen Hände nehmen. Die sogenannten Führer, die über Bürgerrechte reden, sollten die Menschen dort nicht verdammen... Wir müssen die Masse unseres Volkes organisieren, um effektiver zu protestieren“ (ebenda).

USA Kommission

## US-Nazis üben fleißig

## US-Nazis üben fleißig



Eine Teilnehmerin des „Hitlerfestes“ der Ku-Klux-Klan zur Unterstützung der Morde von Sozialisten

Mitglieder des Ku-Klux-Klan und Nazis schossen im vergangenen November in Greensboro, North Carolina, in eine Antiklan-Demonstration und ermordeten dabei fünf Menschen. Die fünf waren Mitglieder der dortigen „kommunistischen Arbeiterpartei“. Verschiedene Männer wurden angeklagt. Damals sagte deren Anwalt Harold Covington. Dies sind „heimliche Feinden, die gegen die Kommunisten gekämpft haben... Der Gedanke, daß Kommunisten auf amerikanischem Boden marschieren, ging ihnen gegen den Strich“ („Raleigh News and Observer“, 5.11.79).

Am Sonntag, dem 20. April 1980, wurde zur Unterstützung der Angeklagten ein „Hitlerfest“ organisiert zu dem Faschisten von weither kamen. Die 50 teilweise paramilitärisch ausgerüsteten Faschisten verbrannten am Abend nach Klan-Tradition ein neun Meter hohes Holzkreuz. Trotz Polizei„schutz“ waten sie schwer bewaffnet Covington, die Pistole an der Hüfte. Das ist nur „keine den Abichaum der Erde“ („Buffalo Courier Express“, 20.4.80).

Am selben Abend wurden in Chattanooga, Tennessee, vier schwarze Frauen beim Verlassen eines Lokals von Klan-Mitgliedern angeschossen. Die drei Männer (23, 26 und 30 Jahre alt) konnten unmittelbar darauf verhaftet werden. Die Frauen, zwischen 46 und 66 Jahren alt, wurden in die Klinik getrieben. Zur selben Zeit brannten zwei Boxkys weiter zwei der

bedachtigten Klan-Kreuze („Buffalo Courier Express“, 21.4.80).

Zwei Wochen später nominierte die Republikanische Partei ihren Kandidaten für den Posten eines „Attorney general“ (entspricht ungefähr Justizminister hier) des Bundesstaates North Carolina. Zur Wahl standen Bundesstaatsanwalt Keith Snyder und — Harold Covington! Der sechszwanzigjährige Covington hatte bis dahin schon genug von sich reden gemacht, sollte angenommen werden. Er war als Vorsitzender der „National Socialist Party of America“, einem Teil der „American Nazi Party“ bekannt.

43 % (56.006 Stimmen) entfielen auf Covington! 45 der hundert Landkreise stimmten für ihn. Covington: „In der Republikanischen Partei stecken viele verborgene Nazis. Die meisten Konservativen sind im Grunde Nazis. Wenn man daran kratzt, zeigt sich unter einem konservativen ein Nazi, ganz genauso, wie wenn man an einem Liberalen kratzt, kommt ein Kommunist zum Vorschein.“ Die Republikaner wollten diesen Ergebnis natürlich herunterspielen und behaupteten niemand hätte gewußt, wer es vorgibt. Dazu Covington: „Ich meine, Unwissen spielte da keine große Rolle. Entweder sind 56.000 Leute in diesem Staat Nazis oder Narren“ („International Herald Tribune“, 5.5.80).

USA Kommission

Fortsetzung  
von Seite 40

## Black Power

wurden die meisten kurz nach der Personalienfeststellung wieder entlassen.

Viele der Festgenommenen beschwerten sich über die übermäßige Gewalt und Brutalität der Polizei. Andere wurden einfach ohne Grund von der Polizei verhaftet. „Ein Zusammenstoß war es, nichts weiter“, meinte einer der Verhafteten. In einem Fall wurden Autos auf einem Parkplatz vor einem ausgeraubten Geschäft von der Polizei demoliert. Nach Angaben eines Zeugen zerschlugen die weißen Polizisten die Scheiben der Wagen, zerschlugen die Reifen und sprühten „Dewas“ und „Rauber“ auf die Wagen. „Dieses Verhalten der Polizei muß aufhören“, sagte George Jones Ayers, ein Aktivist, „ich kann den Leuten nicht erzählen, daß sie ruhig bleiben sollen, wenn die Polizei ungerecht solche Sachen machen kann“.

Während einige Weiße getötet wurden, und die regionale Presse sich darauf eingeschossen hat, sind die meisten der Getöteten Schwarze. Einige wurden von der Polizei und Nationalgarde umgebracht, andere wurden durch weiße Rassen getötet, die einfach in schwarze Gruppen hinein schossen.

Am 19. März wurde der 13-jährige Schwarze Allen Mills durch mindestens fünf Schüsse von Polizei und Nationalgarde getötet. Die Polizei behauptet, er hätte ein Messer gezogen. Die Zeugen sind anderer Meinung.

Mills fuhr mit einem Fahrrad an einem Kontrollpunkt vorbei und bekam offensichtlich Streit mit der Poli-

zei. Eine Zeugenaußage: „Er ließ sein Fahrrad fallen, lief auf die Polizei zu und dann über die Straße. Die Polizisten forderten ihn auf stehenzubleiben. Er lief weiter und sie schossen ihm in den Rücken.“ Schnell versammelte sich eine Menschenmenge. „Sie werden unsere Jungen töten“, rief einer. „Sie werden nicht aufhören, bis unsere gesamte Jugend tot ist.“ „Warum erschießen sie uns nicht alle“, rief ein anderer“ („Guardian“, 28.5.80).

Alle Hebel in Bewegung  
für die Befriedung

Am Montag nahen die Auseinandersetzungen langsam ab, nur noch vereinzelt fielen Schüsse. Die Bilanz des Wochenendes: 15 Tote, davon 8 Schwarze, vier Weiße und ein vor Schreck gestorbener Bulle, über 370 Verletzte und weit über 1000 Verhaftungen. Der Brandschaden soll nach Angaben der Versicherungen über 100 Millionen Dollar betragen. Das wäre der größte Brandschaden, den es je bei einem Aufstand gegeben hat (das liegt wohl auch daran, daß diesmal nicht nur Häuser in den Ghettos in Brand gesteckt wurden, wie bei den Aufständen in den Sechziger Jahren).

Noch während der Unruhen bewerte auch die Regierung, die Gemeinderäte von Kahlen Carter entsandte seinen Generalstaatsanwalt Civiletti mit einem Team von etwa 30 Mann nach Miami, um die künftigen Fälle neu aufzurollen. Beamte für „Community Relations“ beim Justizdepartement tauchten am Sonntag die Wochenenden auf, um bei „den örtlichen Behörden Gehör zu finden für das,







Fortsetzung von Seite 42

dringende Forderung, Stützpunkt für die Aserbaidschaner zu sein. Aber das wird zu nächst nichts weiter als leere Versprechungen. Glaubt man sich bei der Kampfansage an „den Kampf um die Freiheit“? (SZ, 16.5.80). Als besondere Gefahr stellt er wieder einmal politisch religiöse Gruppen dar. Muslime und vor allem politische Aserbaidschaner (= Kritik) des koptischen Klerus, der mehrfach gegen eine Diskriminierung der Kopten protestiert hat. „In der Politik ist kein Platz für Religion, und in der Religion ist kein Platz für Politik“ bestimmt Sadat in seiner Regierungserklärung.

(JAH 11, 15.5.80). Der Verdacht ist naheliegend, daß Sadat mit seinen ständigen Beschimpfungen der koptischen Kirche Widersprüche in der koptischen Kirche will, die von den tatsächlichen Problemen ablenken und zu einer Solidarisierung der Bevölkerungsmehrheit, d.h. der muslimischen Ägypter, führen sollen, selbst verständlich unter Führung von Sadat. „Ich regiere als muslimischer Führer eines islamischen Staates. Ägypten ist ein islamisches Land, es hat eine islamische Identität in der islamischen Welt“ (ebenda). Nahostkolumnen

## Solidarität mit dem kurdischen Volk im Iran

Seit Ende April haben sich die Verhältnisse in Kurdistan weiter außerordentlich verschärft. Nach wie vor blockieren die iranische Armee und Revolutionsgardien alle Zufahrtsstraßen in das kurdische Gebiet. Seit Wochen werden wieder Nahrungsmittel noch die dringend benötigten Medikamente durchgelesen. Bombardements durch die Luftwaffe und mit schwerer Artillerie haben viele Städte und Dörfer zerstört, gerade unter der Zivilbevölkerung gab es Tausende Tote und noch mehr Verletzte. Große Teile der Bevölkerung aus den Städten im Süden Kurdistans mußten fliehen. Mitte Mai wurde die wichtigste unkontrollierte Hauptstadt Kurdistans, Sanandaj eingenommen. Allein in dieser Stadt hat es mindestens 2.000 Tote, vor allem unter der Zivilbevölkerung gegeben. Inzwischen soll auch Baneh von Regierungstruppen eingenommen worden sein.

Die Kämpfe haben sich bisher auf den südlichen Teil Kurdistans konzentriert. Hier besitzen vor allem die revolutionären Organisationen „Komeleh“ und „Volkselektat“ Einfluß. Nach der Eroberung von Sanandaj und Baneh sind jetzt Angriffe auf das nördliche Gebiet zu erwarten. Am 16.5. forderte der iranische Staatspräsident Bani Sadr die Armee noch einmal auf, den Kampf gegen die kurdischen Autonomisten bis zum „endgültigen Sieg“ fortzusetzen. Weitere schwere Kämpfe stehen dem kurdischen Volk bevor. Es braucht dringend unsere Solidarität (s. nebenstehenden Spendenaufruf).

Auch das ESC-Auslandszentrum und die Iran-Arbeitsgruppe West-Berlin sammeln Medikamente und Geld für das kurdische Volk. Spendenkonto: Deutsche Bank Berlin, BLZ 100 700 00, Konto-Nr. 430 53 5b, Kennwort: Iran-Solidarität/Medizinische Hilfe für Kurdistan.

Stichtag der Abrechnung: 31.05.80

کمیته ویرایشی کردستان

Bestand: 10.000 + 10.000 + 10.000

Bestand: 10.000 + 10.000 + 10.000

1980/81

Offener Brief

An die Menschenrechtskommission der UN, Geneve, Interpol, Amnesty, Internat. u. andere Organisationen und an alle anderen Hilfsorganisationen der Welt

In Namen des Vereins der Ärzte aus Kurdistan in Europa erlaube ich mir, die Organisation, den Kurden in verschiedenen Ländern zu Hilfe zu kommen.

Seit sieben Tagen, seit dem 20.4.1980 werden die Städte Sanandaj und Baneh und umliegende Dörfer von der iranischen Luftwaffe und Artillerie unter schwerem Beschuss genommen, unter Einsatz von Phosphor- und Hohenbrandbomben. Allein in der Stadt Sanandaj 13.000 sind in diesen Tagen fast 1.000 (eintausendsechshundert) Tote und eine große Zahl von Verletzten unter der Bevölkerung zu beklagen. Eine große Zahl von Kindern und Frauen sind insbesondere in den letzten Tagen in Sanandaj und Baneh ums Leben gekommen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen.

Sprechend, in Sanandaj 13.000 sind in diesen Tagen fast 1.000 (eintausendsechshundert) Tote und eine große Zahl von Verletzten unter der Bevölkerung zu beklagen. Eine große Zahl von Kindern und Frauen sind insbesondere in den letzten Tagen in Sanandaj und Baneh ums Leben gekommen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen.

Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen.

Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen. Die iranische Luftwaffe hat auch in der Nacht zum 21.5.80 die Stadt Sanandaj mit Bomben beschossen.

## Südkorea: Volksaufstand niedergeschlagen



Bewaffnete Aufständische in erbeuteten Armeefahrzeugen kontrollieren Kwangdschu fast eine Woche lang.

Als der seit 1961 herrschende Diktator Park Jung Hi nach militanten Demonstrationen von seinem Geheimdienstchef angelegt worden war, hatten viele Südkoreaner, daß damit auch das Ende der Diktatur und der Unterdrückung gekommen sein würde. Entsprechende Versprechungen wurden auch von den Nachfolgern Parks gemacht. In der Tat wurden einige politische Gefangene freigelassen und die Pressezensur gelockert. Doch im Hintergrund begann im Militär bereits eine Säuberung von „liberalen“ Offizieren, und Militäroberkommandos und Leitung des Geheimdienstes wurden in der Hand des Generals Chon Du Hwan vereinigt. Als die Versprechungen der Politiker keine konkreten Ergebnisse brachten und auch die materiellen Lebensbedingungen sich durch die steigende Inflation und Arbeitslosigkeit immer mehr verschlechterten, kam es im Laufe des April und Mai immer wieder zu militanten Streiks und Demonstrationen. Die in den Universitäten kampferfahrenen Demonstranten wurden mit Panzern und Wasserwerfern daran gehindert, ihren Protest in die Städte zu tragen. Am 13. Mai gelang es erstmals, diesen Ring zu durchbrechen und ins Zentrum der Hauptstadt Seoul vorzustoßen. Die 3.000 Leute starke Demo konnte noch von der Polizei aufgelöst werden.

Am 15. Mai (Donnerstag) zogen dann über 100.000 Demonstranten durch Seoul. Sie forderten die Auflösung des seit Park Jung Hys Tod über 100.000 Demonstranten durch Seoul. Sie forderten die Auflösung des seit Park Jung Hys Tod über 100.000 Demonstranten durch Seoul. Sie forderten die Auflösung des seit Park Jung Hys Tod über 100.000 Demonstranten durch Seoul.

Nach der Großdemo in Seoul sprachen sich die Führer der Demonstration „für die vorläufige Einstellung der Straßendemonstrationen und Rückkehr in die Hörsäle“ aus, da sie ihren Zweck, „den Studentenforderungen Gehör zu verschaffen“, erfüllt hätten (SZ, 17.5.80).

### Das Militär schlägt zu

Am Wochenende holte das Regime dann zum großen Schlag gegen jegliche Opposition aus. Am Abend des Sonnabends wurden in der Souleul Erhua Frauenuniversität die dort tagenden Studentenführer von Sondereinheiten der Polizei verhaftet. Am Sonntagmorgen wurde das Kriegsrecht über das ganze Land ausgedehnt und in Seoul strategische Punkte durch das Militär besetzt. „Außerdem wurden in allen Regierungsämtern, Universitäten, Büros der Parteien und in den Redaktionsräumen der Zeitungen, Sender und Nachrichtenagenturen Militärs einquartiert. Alle Universitäten des Landes wurden bis auf weiteres geschlossen und jegliche politische Aktivität untersagt und Kritik an dem im Herbst letzten Jahres ermordeten Präsidenten Park und dessen politischen System unter Strafe verboten“ (JAH, 19.5.80). Oppositionsführer, Professoren und Intellektuelle wurden verhaftet, aber auch hohe Politiker der regierenden Partei. Die gesamte Verwaltung und Justiz wurde in die Hände der Militärs gelegt, obwohl

nach außen hin der zivile Präsident Choi Kyu Ha im Amt blieb.

Trotz dieser massiven Repressionsmaßnahmen kam es bereits am Montag in Kwangdschu zu Demonstrationen gegen das Kriegsrecht. Als Fallschirmjäger und Polizisten die Häuser der Stadt filzten, um die Anführer der Demos zu finden und Leute sich auf offener Straße nackt auszuziehen mußten und dabei getreten und geschlagen wurden, lief das Faß über. Es kam zum offenen Aufstand. Studenten besetzten einen Rundfunksender und steckten ihn an 200.000 Leute (bei ca. 800.000 Einwohnern) gingen auf die Straße und lieferten sich heftige Schlächten mit etwa 10.000 Fallschirmjägern, die noch durch weitere 2.500 Soldaten aus Seoul verstärkt wurden. Aus den umliegenden Orten strömten Tausende, um die Aufständischen zu unterstützen. Am Mittwoch besetzten diese sämtliche Verwaltungsgebäude, deren Insassen sich nur durch Hubschrauber absetzen konnten. Durch Überfälle auf Polizeistationen hatten die Aufständischen „Handfeuerwaffen, Munition, Handgranaten und ein leichtes Maschinengewehr“ (SZ, 22.5.80) erbeutet. „Anderen Aufständischen gelang es, sich eines Panzerspähwagens zu bemächtigen“ (ebenda).

Mit dieser Bewaffnung wurden die Fallschirmjäger angegriffen. Diese

hatten sich zuvor bestialisch gegen die Bevölkerung verhalten. „Am Morgen des 19. war mein Vater, ein Universitätsprofessor, Augenzeuge, wie die Militärs verwundete von dem Dach eines zweistöckigen Hauses auf die Straße warfen. Zu etwa derselben Zeit sah meine Mutter, wie bei der Jöhung Bank ein junger Demonstrant derartig mit dem Gewehrknulen geschlagen wurde, daß sein Gehirn aus dem gespaltenen Schädel quoll“ berichtete eine Lehrerin aus Kwangdschu (JFR, 27.5.80).

Studentinnen wurden auf offener Straße entkleidet und dann mit Bajonetten erstochen, anderen wurden die Brüste abgeschnitten. Geschlagen wurde auf jeden, auch wenn er schon schreiend am Boden lag“ (JZeit, 30.5.80).

In Südkorea selbst wurde wegen der totalen Pressezensur in den anderen Städten, insbesondere in der Hauptstadt Seoul, nicht bekannt, was sich in Kwangdschu und der ganzen Provinz abgespielt. General Chon hatte eine deutliche Sprache gegenüber der Presse angeschlagen: Er bedingte sich „absolute Liniertreue“ aus. Er habe sich die „unsicheren Kantonisten unter den Pressevertretern genau naufhängen lassen. Mit ihnen werde er abrechnen, sobald die jetzigen Unruhen vorbei seien“ (JFR, 28.5.80).

Fortsetzung nächste Seite



100.000 Studenten ziehen durch die Straßen der Hauptstadt Seoul. Das war der Auftakt des Volkswiderstands.

### Hungerstreik von Koreanern in der BRD und Westberlin

Aus Solidarität mit den Kämpfern und aus Trauer über die Opfer in Südkorea sind in Frankfurt ca. 35 Koreaner aus der BRD in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern die Bundesregierung auf, die diplomatischen Beziehungen mit Südkorea abzubauen und jede Unterstützung des Terrorregimes einzustellen. „Bei den

Teilnehmern der Aktion handelt es sich um koreanische Bergleute, Studenten und Krankenschwestern, die in verschiedenen Städten der Bundesrepublik leben“ (JFR, 30.5.80).

15 KoreanerInnen und Koreaner haben sich in Westberlin ebenfalls mit einem Hungerstreik mit den Kämpfern solidarisiert.

## TRAUER für die GETÖTETEN in KOREA



An die Hamburger Satz und Verlags-Kooperative,

Lercherstraße 75  
2 Hamburg 60

Ich/wir abonniere(n) den Arbeiterkampf.

Der Bezugspreis  
halbjährlich - DM 27,50  
jährlich - DM 55,-  
wird überwiesen auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Postscheckamt Hamburg, BLZ 20010020, Konto Nr. 27175-203.

Bestelladresse:

Straße

Postleitzahl/Ort

## Abonniert!

Einzugs-/machigung

Ich/wir erkläre(n) und damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem/unsrem Konto

bei

Ort

Konto Nr.

Bankleitzahl

abgebucht werden

Datum/Unterschrift

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar



Fortsetzung von Seite 43

Trotzdem griffen die Unruhen auf die gesamte Provinz Cholla Namdo über. Insgesamt 16 der 26 Städte nahmen am Aufstand teil. In Naju wurde ein Gefängnis von Demonstranten erobert, die darauf in mit Maschinengewehr bestückten Kampfzügen die Straßen der Stadt abfuhrten und den größten Teil aller Polizeistationen in Brand steckten" („FR", 23.5.80).

Während die Regierung unter Shin Hyun Hwak zurücktrat und der Chef des Unternehmerverbandes und ehemalige Generalmajor Park Chun Hun dessen Amt übernahm, radikalisierten sich die Kämpfe in Kwangdschu weiter. „Mit Blaulicht rasten gepanzerte Armeefahrzeuge durch die Stadt — sie

gewaltigen Auseinandersetzungen. In einem 9-Punkte-Katalog stellten sie unter anderem folgende Forderungen auf: Rücktritt der Regierung, Hinrichtung des Generals Chon Du Hwan, Freilassung inhaftierter Regimekritiker, Wiedereröffnung der Universitäten und mehr Demokratie" („AZ", 21.4.80).

Während die Militärs mit Vertretern von „Bürgerkomitees" aus Kwangdschu verhandelten, zogen sie ihre Streitkräfte um die Stadt immer enger zusammen. Flugzeuge, die Kwangdschu überflogen, wurden allerdings von den Aufständischen sofort beschossen. Offensichtlich wurde ein Angriff auf die Stadt vorbereitet. Unterdessen war es auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen gekommen. Während „gemein-

ren, aber es gibt vielleicht doch noch Bürger, die dies nicht verdienen", hatte General Chon einige Tage zuvor vor Journalisten getönt („FR", 20.5.80).

Bei dem Angriff der 17.000, unter ihnen trotz gegenteiliger Zusagen auch die berüchtigten Fallschirmjäger, die aus der Stadt vertrieben worden waren, wurden wiederum zahlreiche Menschen getötet und verwundet. Von kleineren Gruppen wurde bewaffneter Widerstand geleistet.

Der Widerstand geht weiter!

Bei der Einnahme der Stadt wurden viele Aufständische verhaftet, laut offiziellen Angaben 295. Selbst vor den Kameras des Fernsehens wurden die aneinandergefügten Gefangenen von Soldaten mit Kolbenhieben auf den Kopf geschlagen, zusammengetrieben und geschlagen. Augenzeugen berichten, daß andere durch den Kopf geschossen wurden, nachdem sie bereits gefangen genommen worden waren. Frauen wurden an den Särgen von gefallenen Angehörigen verhaftet, selbst zehnjährige Kinder festgenommen. Vor dem Sturm auf die Stadt hatte Präsident Choi Kyu Ha noch die „Brutalität der Regierung zur größtmöglichen Großzügigkeit gegenüber den Aufständischen" verkündet („SZ", 27.5.80).

Obwohl das Kriegrecht inzwischen noch weiter verschärft wurde und jede politische Aktivität verboten ist, gingen am selben Tag bereits wieder 40.000 Leute auf die Straße und demonstrierten zwischen den Panzern. Die Solidarität der Bevölkerung ist ungebrochen. Geschäftsleute verteilten kostenlose Lebensmittel. Bauern fuhren auf Schleppwegen in die Stadt und verteilten die mitgebrachten Nahrungsmittel ebenfalls unter den Demonstranten. In den Betrieben wurden Sitzstreiks durchgeführt („NDR II", 27.5.80).

Inzwischen begann auch in Seoul die Wahrheit über die Ereignisse in Kwangdschu durchzuckern. „In einer Kirche wurde am Sonntag eine offene Predigt gehalten, in der die Motivation der Cholla-Landsleute ausführlich dargestellt wurde" („FR", 28.5.80).

In der Hafenstadt Mokpo, Heimat des Oppositionspolitikers Kim Dae Chung, gingen nach der am Dienstag erfolgten Besetzung Kwangdschus durch das Militär „am Mittwochabend und Donnerstagmorgen trotz starker Truppenpräsenz wieder schätzungsweise 20.000 Menschen auf die Straße, um ihrer Forderung nach einer Demokratisierung des Landes Nach-

druck zu verleihen" („FAZ", 30.5.80).

Inzwischen hatten die Militärs durch eine Umwidmung der Regierung ihre Position weiter gefestigt. Die nach wie vor landesweit bestehende Unzufriedenheit und das Beispiel der Kämpfer von Kwangdschu programmierten weitere militante Auseinandersetzungen vor. Die in diesen Tagen erfolgte Verhaftung von 25 Bergarbeitern, die an den militanten Kämpfen in Sabuk beteiligt waren (siehe Ak 177), dürfte auch nicht gerade zur Beruhigung der Bevölkerung beigetragen haben.

Die Rolle der US-Imperialisten

Wenn jetzt Sprecher der US-Regierung die Militärs auffordern, doch zu demokratischen Formen zurückzukehren, sollte man sich von solchen Tönen nicht täuschen lassen. Die gesamte südkoreanische Armee steht unter einem gemeinsamen Oberkommando der USA und Südkoreas. Der Angriff auf Kwangdschu ist mit ausdrücklicher Zustimmung des US-Oberkommandos erfolgt!

Seit Beginn der Auseinandersetzungen waren die US-Imperialisten nicht müde geworden, die koreanische DVR („Nordkorea") zu warnen, militärisch einzugreifen. Für ein solches Eingreifen gab es allerdings selbst nach Aussagen des US-Sicherheitsdienstes keinerlei Anzeichen. (Die angeblichen Beweise für eine Verwicklung der K DVR in den Aufstand muteten schon fast skurril an. So hatte die südkoreanische Polizei die Verhaftung eines an-

geblichen Agenten aus der K DVR bekanntgegeben, „der mit dem Auftrag eingeschleust worden sein soll, einen bewaffneten Aufstand in Kwangdschu anzuzetteln" („FR", 27.5.80). Wiewo es trotzdem zum Aufstand kam, bleibt danach eigentlich unverständlich.)

Die einzigen, die tatsächlich die Waffen spielen ließen, waren außer den südkoreanischen Militärs die US-Imperialisten. Obacht! Mit 39.000 Soldaten im Land verteilten, die auch über Atomwaffen verfügen, wurden zwei Flugzeugträger in Bewegung gesetzt, von denen einer immer noch vor Südkorea kreuzt. Zwei Flugzeuge mit dem Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet, wurden nach Okinawa nach weit entfernt von Korea, verlegt.

Die Haltung der US-Imperialisten wird von ihrem Botschafter in Seoul, Mansfield, ganz offen ausgesprochen. Er bekräftigt die Partnerschaft der USA, „weiterhin das südkoreanische Militärregime zu unterstützen, Washington werde der Regierung in Seoul so teuer wie nötig zur Seite stehen", erklärte Mansfield auf die Frage, wie lange die Vereinigten Staaten noch ein Regime zu stützen gedächten, dem offensichtlich jeder Rückhalt in der Bevölkerung fehle. Südkorea sei ein „straßiger Land", das mehr als sein normales Maß an Sorgen habe, sagte Mansfield weiter. Aber das Land sei ein Freund der Vereinigten Staaten und deshalb würden die Vereinigten Staaten „bis zum Ende zu ihm halten" („LAZ", 23.5.80).

Asien-Australien-Kommunion



waren in den Händen von Demonstranten. Einer Gruppe von Demonstranten war es gelungen, in einen Rüstungsbetrieb einzudringen und mit gepanzerten Fahrzeugen zu entkommen. Barrikaden aus Steinen, Eisenstangen und umgestürzten brennenden Russen blockierten die Straßen in vielen Teilen der Stadt.

Im Gebäude des koreanischen Rundfunks in Kwangdschu ist kaum mehr als eine ausgebrannte Ruine geblieben. Demonstranten berichteten, sie hätten die Häuser vier weiterer Radiostationen in Brand gesetzt. („) Autofahrer, die in die Stadt gelassen wurden, mußten alle 100 Meter anhalten und sich einer neuen Personenkontrolle unterziehen" („SZ", 22.5.80).

Von den Aufständischen wurde immer wieder betont, sie wollten keine

„Rolle" Vertreter damit begannen, die Waffen einzusammeln und auch die Forderungen abschwächen, so forderten sie etwa „Freilassung der verhafteten Studenten, mit Ausnahme jener, die als Kommunisten gelten" („FR", 27.5.80). Wehrten sich die Studenten gegen eine solche Selbstentwaffnung. Teilweise wurde damit begonnen, Waffen aus der Stadt zu schaffen, um bewaffnete Widerstandsgruppen für die Zeit nach dem erwarteten Sturm des Militärs auf Kwangdschu zu bilden. Die Militärs hatten die Verhandlungen offenbar nur be-nutzt, um den Ring um die Stadt weiter zusammenzuziehen.

Im Morgengrauen des 27. Mai begann dann der erwartete Angriff. Was die Aufständischen zu erwarten hatten, war klar. „Ich konnte die Stadt und die Provinz in zwei Stunden ausradie-



Nach der Rückeroberung Kwangdschus durch die Regimstruppen werden zahlreiche Aufständische verhaftet und mißhandelt.

# Die Entwicklung des Widerstandes in Südkorea

Die überaus militanten Aufstände in der südkoreanischen Provinz Cholla Namdo und die tagelange Besetzung von deren Hauptstadt Kwangdschu sind der vorläufige Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen dem faschistischen Militärregime und der Opposition aus der gesamten Bevölkerung. Da Südkorea in der Nach-Vietnam-Strategie der US-Imperialisten eine strategische Schlüsselposition einnimmt, kommt den aktuellen Ereignissen eine besondere Bedeutung zu. Daß allerdings die gesamte Geschichte Koreas in diesem Jahrhundert vom Kampf gegen Besatzung und Kollaboration geprägt ist, dürfte weniger bekannt sein. Wie wollen im folgenden deshalb ausführlich auf die Hintergründe der militanten Aufstände dieses Jahres eingehen.

## Der japanische Imperialismus in Korea

Nachdem in Japan 1868 die Meiji Revolution die Entwicklung des Kapitalismus und das Ende der isolationalistischen Politik eingeleitet hatte, wurde Korea, praktisch vor Japans Haustür gelegen, zum Sprungbrett auf den asiatischen Kontinent. Unter Ausnutzung innerkoreanischer Widersprüche zwangen die Herrschenden in Japan Korea ungleiche Verträge auf, die das Land faktisch unter ihre Kontrolle brachten.

Im Sommer 1910 wurde dann auch die formale Unabhängigkeit Koreas aufgehoben — das Land wurde japanische Kolonie.

Inbesondere im Norden des Landes wurde eine Industrie aufgebaut, die fest in den Händen der japanischen Kolonialisten lag. Große Teile des Ackerlandes wurden den Bauern weggenommen.

Nach der Oktoberrevolution, an der auch zahlreiche in der Sowjetunion lebende Koreaner teilgenommen hatten, wuchs auch in Korea der Widerstand gegen die japanische Besatzung. Eine besondere Rolle spielten die in Japan studierenden koreanischen Studenten.

Nachdem das Land bereits einige Jahre unter der Ausbeutung und Unterdrückung gelitten hatte, entlud sich der Haß des koreanischen Volkes gegen die japanischen Imperialisten 1919 im Samil („1. März")-Aufstand, der auch gerade in den aktuellen Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielt. Obwohl die japanische Polizei mit Maschinengewehren in die Menge feuerte, demonstrierten am 1. März 1919 allein in der Hauptstadt Seoul 100.000 Menschen. Der Aufstand der von Streiks und Demonstrationen sowie bewaffneten Auseinandersetzungen geprägt wurde, breitete sich rasch über das ganze Land aus. Insgesamt beteiligten sich über 2 Millionen Koreaner daran. Nur durch massiven Polizei- und Militäreinsatz gelang es den japanischen Imperialisten, den Aufstand blutig niederzuschlagen. Über 7500 Koreaner wurden getötet, fast 16.000 verletzt und 47.000 eingekerkert.

Nach der Niederschlagung des Aufstandes wurden insbesondere der koreanischen Intelligenz die koreanische Zugeständnisse gemacht. Die Kolonialherrschaft wurde weniger brutal ausgeübt. Das führte zunächst zur Spaltung und Schwächung des Widerstandes.

Anfang der 30er Jahre änderte sich die Situation in Korea stark: In Vorbereitung der Expansionsbestrebungen baute der japanische Imperialismus im Norden Koreas eine umfangreiche Rüstungsindustrie auf, während der Süden mit Hilfe der Großgrundbesitzer zur Reiskammer ausgebaut wurde.

Der Überfall auf China, wo Japan 1931 im Nordosten den Marionettenstaat „Mandschuguo" errichtete, der direkt an Korea gränzte, führte dann zum gemeinsamen Kampf koreanischer und chinesischer Partisanen gegen den japanischen Imperialismus.

## Ein neuer Anfang

Nach der Niederlage der faschistischen Allianz im 2. Weltkrieg schlug

auch für das koreanische Volk die Stunde der Befreiung. Auf und der von den Alliierten getroffenen Vereinbarungen besetzten die Rote Armee der Sowjetunion den Nordteil und die amerikanische Armee den Südtteil des Landes, um die japanischen Organe (soweit noch vorhanden) zu zerstören und die Voraussetzungen zu schaffen, daß das koreanische Volk endlich sein Schicksal selbst bestimmen konnte (das jedenfalls war die verbale Abmachung). In Nordkorea wurde unter dem Schutz der Roten Armee sofort mit der Bildung von Volkskomitees begonnen. Japanisches Land wurde entschädigungslos konfisziert; ebenso das der Klöster und der Großgrundbesitzer, die es nicht selbst bebauten. Industrie, Verkehrswesen, Nachrichtenwesen und Banken wurden nationalisiert, wobei der Kleinbourgeoisie die Bundesprinzipien gegen den japanischen Imperialismus gewahrt war. Privateigentum verblieb.

Im Süden gab es zwischen der Kapitulation der japanischen Okkupanten am 15.8.1945 und der Ankunft der US-Truppen am 8.9.1945 eine ähnliche Bewegung.

„(Bereits in Südkorea entstanden im Verlaufe der Monate August und September 1945 in den Betrieben begannen die Arbeiter die japanischen Direktoren abzusetzen und die Leitung in die Hände der Volkskomitees zu legen" („1).

Allerdings besaß die Bourgeoisie im Süden einen größeren Einfluß auf die Volkskomitees. So konnte es geschehen, daß Li Sing Man, eine Marionette der US-Imperialisten, zum „Präsidenten der Republik" gewählt werden konnte. Trotzdem hatten die progressiven Kräfte auch im Süden den größeren Einfluß. Die Entwicklung wurde allerdings durch die Landung der US-Truppen jäh gestoppt. So lautete der erste Befehl General Mac Arthurs unter anderem:

„Alle Verwaltungsfunktionen auf dem Territorium Koreas, das auf dem 38. Grades nördlicher Breite

liegt, und über die dort lebende Bevölkerung werden von jetzt an vorläufig durch meine Gewalt ausgeübt. Die Bevölkerung hat sich widerspruchslos meinen Befehlen unterzuordnen, die von mir oder in meinem Auftrag erlassen werden. Wer den Okkupationsstruppen Widerstand leistet oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit verletzt, wird nachsichtlos und streng bestraft. Während der Zeit der Militäradministration wird die englische Sprache die amtliche Sprache sein, die zu allen Zwecken verwendet wird" („2).

Bereits am 16.9.45 wurden die japanischen Beamten und die ehemaligen Kollaborateure wieder in die Verwaltung aufgenommen. Gegen die Volkskomitees wurde mit Repressionsmaßnahmen vorgegangen, ihr Kongreß aufgelöst.

Inzwischen begannen die US-Imperialisten wirtschaftlich und in der Verwaltung des Südens Fuß zu fassen. Zahlreiche US-Konzerne begannen mit Investitionen. Gegen die offene Wiedereinsetzung der Reaktionskräfte aus der japanischen Besatzungszeit gab es zahlreiche Streiks und Demonstrationen.

Gegen die auf Spaltung der koreanischen Nation abzielende Politik kam es im Oktober 1946 zum Aufstand an dem 2 Millionen Menschen teilnahmen. 7.000 wurden ermordet und 25.000 ins Gefängnis geworfen. 1947 wurde mit der Gründung der „Freigangsregierung" („Free Press") dann die Spaltung des Landes gegen den Willen der Bevölkerung zementiert — wie später in Vietnam.

Als 1948 unter Kontrolle der (damals von den US-Imperialisten kontrollierten) UNO Separatwahlen im Süden stattfanden, wurden diese großenteils boykottiert. Im August 1948 wurde dann mit der US-Marionette Li Sing Man als Präsidenten die sogenannte „Republik Korea" ausgerufen. Am 9. September 1948 wurde von Delegierten aus ganz Korea (im Süden konnten die Wahlen nur illegal stattfinden) die koreanische Demokratische Volksrepublik

(K DVR) mit Kim Il Sung als Ministerpräsidenten ausgerufen. Die K DVR betrachtet sich als Regierung aller Koreanen und die Bezeichnung „Nordkorea" ist nur Ausdruck der Tatsache, daß der Süden unter US-Okkupation leidet.

## Südkorea — Krieg nach Außen, Unterdrückung und Terror nach Innen

Allerdings gedachten die US-Imperialisten nicht, sich mit der Kontrolle des Südtteils des Landes zu begnügen. Am 25.6.1950 begannen die US- und südkoreanischen Truppen den Überfall auf den Nordteil des Landes. Nach anfänglichen Erfolgen wurden die Interventionen schließlich von der Volksarmee der K DVR und Freiwilligen aus der VR China bis in den äußersten Süden des Landes zurückgedrängt. Seoul und viele andere Städte des Südens wurden befreit. Trotz des ganzen Furores der US-Kriegsmaschinerie, Napalm und bakteriologischen „Kampfstoffen", gelang es nicht, die K DVR zu schlagen. Am 23. Juli 1953 wurde in der Grenzstadt Panmunjom der Waffenstillstand unterzeichnet. Im Norden war fast alles dem Erdboden gleichgemacht und das Land mußte unter ungeheuren Anstrengungen wiederaufgebaut werden. Im Süden pumpten die US-Imperialisten Milliarden von Dollars in das Land um es endgültig als „Bollwerk gegen den Kommunismus" auszubauen. Die reaktionäre Regierung unter Li Sing Man sorgte dafür, daß es im Lande ruhig blieb. Im Schwerpunkt wurde neben der brutalen Unterdrückung aller Widerstandsbewegungen auf eine extrem antikommunistische Propaganda gesetzt. Jedoch die immer verstärkte Unterdrückung, die Einführung von Militärasiens der US-Imperialisten und die wachsende Verblendung der Bevölkerung luden immer wieder zu Unruhen.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 44

Nachdem bei den Präsidentenwahlen 1960 massive Fälschungen aufgedeckt wurden, kam es zu heftigen Protesten. In der Hauptstadt Seoul beteiligten sich über 100.000 Menschen an Demonstrationen. Führend waren auch hier wieder die Schüler und Studenten. „Als die Polizei blindwütig auf die Demonstrationen zu schlugen, ging die friedliche Demonstration in einen Aufstand über. Die Studenten und Schüler drangen in den Sitz der regierenden Liberalen Partei ein und zerstörten die Redaktionen von Regierungszeitungen. (...) Am Abend des 19. April wurde Seoul von Panzern besetzt. Viele Soldaten weigerten sich jedoch, das Regime zu verteidigen und überließen den Demonstranten Panzer und Militärfahrzeuge. Immer lauter wurde die Forderung nach Absetzung Li Sing Mans erhoben und im Fagdenpark stürzten die Studenten sein Denkmal“ (3).

Die Wahlen wurden daraufhin annulliert und unter dem Präsidenten Yun Po Sun eine (bürgerliche) „2. Republik“ ausgerufen. Während sich die Streiks und Proteste weiter ausdehnten, trug die neue Regierung kein Verbot. Es wurden im Gegenteil 1961 das „Provisorische außerordentliche Antikommunistengesetz“ und das „Gesetz zur Kontrolle von Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen“ erlassen. Da aber die Unruhe im Lande nicht aufhörte, kam es im Mai 1961 zum Putsch durch das Militär. Nach internen Auseinandersetzungen übernahm schließlich Park Jung Hi, „Absolvent japanischer und amerikanischer Militärschulen, in den 30er Jahren als Leutnant in der Guangdong-Armee unter dem japanischen Namen Minoru Okamoto an der blutigen Verfolgung chinesischer Kommunisten beteiligt“ (4) die Macht im Lande – selbstverständlich mit wohlwollender Unterstützung der US-Imperialisten.

Mit dem Abschluß des „Normalisierungsvertrages“ mit Japan öffnete Park dem japanischen Kapitalismus nach dessen Niederlage im 2. Weltkrieg erneut die Tür. Heute kontrollieren die japanischen Kapitalisten wesentliche Teile der südkoreanischen Wirtschaft.

### Das südkoreanische „Wirtschaftswunder“ – nicht für die Arbeiter!

In den 70er Jahren nahm die südkoreanische Wirtschaft einen rasanten Aufschwung. Milliardeninvestitionen der US- und japanischen Kapitalisten (auch die BRD mischt kräftig mit) und Billiglöhne ließen das Bruttoinlandsprodukt Jahr für Jahr rasant in die Höhe schnellen. Gewerkschaften, die diesen Namen verdienen, sind in Südkorea nach wie vor verboten. Trotzdem gibt es immer wieder Widerstand gegen die ungeheure Ausbeutung. Insbesondere die Frauen, die auf dem Lande rekrutiert und in die Billiglöhnefabriken gesteckt werden, haben unter der Ausbeutung zu leiden: „Es ist heiß, harte Arbeit“, sagt die 22-jährige Kim Ha Suk, die 30 Textilwebmaschinen in der Textilfabrik Pangnim überwacht. „Ich sehe oft Vorarbeiter, die uns schlagen, stoßen und uns obszön hinterherhaken. Wir haben keine Zeit, in den Waschraum zu gehen. Mein längster Tag dauert 18 Stunden. Viele Mädchen nehmen Tabletten, um sich wachzuhalten, aber man muß immer mehr nehmen, damit sie wirken“. Sie sagt, daß sie umgerechnet 2,36 Dollar pro Tag erhält, 7 Tage lang im Jahr frei und eine freie Mahlzeit pro Tag“ (5).

Bei einer jährlichen Inflationsrate von um die 30% (einem Durchschnittslohn von 470 DM im Monat (Frauen erhalten noch weniger) und Lebensmittelpreisen, die fast denen in der BRD entsprechen, kann man/frau sich vorstellen, was das „südkoreanische Wirtschaftswunder“ für die Arbeiter/innen bedeutet!

Von daher ist auch die Militanz der Arbeitskämpfe, die in den letzten Monaten immer mehr zugenommen haben, sehr verständlich (s. AK 177).

Inbesondere in den letzten 1 1/2 Jahren zeigt die südkoreanische Wirtschaft deutliche Zeichen einer Krise, die mit aller Brutalität auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird: „Der Export, die einzige Einnahmequelle des Landes, zeigt zum erstenmal rückläufige Erscheinungen. Große Firmen, wie der Autohersteller Hyundai, blieben wiederholt mit ihren Lohnzahlungen im Rückstand“ (6). „Viele Firmen überleben nur, weil sie stillschweigend von der Regierung

übernommen wurden, und selbst renommierte Unternehmen zahlen ihrer Belegschaft statt Barlohn nur noch Schuldscheine“ (7).

In der Landwirtschaft mehr es nicht besser aus. Unter der japanischen Besatzung hat der Süden das ganze Land mit Reis versorgt. Heute kann nur noch ein Drittel der benötigten Menge im Lande produziert werden.

Mit der vom Park-Regime propagandistisch groß herausgestellten Dorfverneuerung, dem sogenannten „Saemaul“-Programm, werden die Bauern unter dem Vorwand der Modernisierung der Dörfer weiter belastet. Heute bebauen mehr Bauern gepachtetes Land als zur Zeit der Machtübernahme Parks – Land, das ihnen einst gehörte.

### Neue Qualität des Widerstandes

Die brutale Unterdrückung durch die Diktatur hatte in der Vergangenheit verschiedenste Gruppen der Bevölkerung zu Widerstandsaktionen gezwungen. Das waren im wesentlichen:

Die Studenten, die bereits wesentliche Träger des Samil-Aufstandes von 1919 und des Sturzes der Li-Sing-Man-Diktatur 1960 gewesen waren. Trotz brutaler Vorgehens der Polizei kam es immer wieder zu Unruhen in den Universitäten, die sich auch in den Städten ausbreiteten. Die Kämpfe richteten sich vor allem gegen den obligatorischen Militärdienst an den Unis, das Verbot von Rede- und Pressefreiheit und die Notverordnungen und Antikommunistengesetze. Die Kämpfe wurden immer recht militant geführt.

Die Intellektuellen, Kirchenführer und die legale Opposition protestierten immer wieder gegen die totale Unterdrückung der minimalsten bürgerlichen Rechte. Dazu gehörten auch progressive Journalisten und Schriftsteller. Stellvertretend sei hier der katholische Dichter Kim Chi Ha genannt, der wegen Verstoßes gegen das „Antikommunistengesetz“ zuerst zum Tode verurteilt, dann aufgrund weltweiter Proteste zu lebenslänglich und schließlich zu 20 Jahren Gefängnis „begnadigt“ wurde. – Hauptvertreter der legalen Opposition ist heute die „Neue Demokratische Partei“ (Sin Min Dang).

Die NDP ist nicht wirklich eine Oppositionspartei im dem Sinne, daß sie wesentlich andere Interessen vertritt als die Regierungspartei. Vielmehr ist sie trotz begrenzter Kritik an der Allmacht des Park-Regimes ebenso wie die DRP (das ist die Regierungspartei – Anm. AK) „ein Sprachrohr vor allem bürgerlich-konservativer und wirtschaftlich-industrieller Interessen. In einer echten parlamentarischen Demokratie wären DRP und NDP vermutlich Flügel derselben konservativen Partei“ (8). Mit der Radikalisierung der Massenbewegung wurde inzwischen allerdings auch die NDP gezwungen, scharfe Töne anzuschlagen. Ihre Führer (am bekanntesten ist der ehemalige Vorsitzende Kim Dae Dschung, der vom koreanischen CIA aus Tokio gekidnappt worden war, heute aber der Partei nicht mehr angehört) werden mit Hausarrest und Gefängnis verfolgt.

Als linke Abspaltung der NDP gibt es die DUP („Demokratische Union“), die sich erstmals seit vielen Jahren wieder an einer regierungsfeindlichen Demonstration beteiligten und schwere Sachschäden verursachten“ (12).

Wiedervereinigungspartei“), die mit drei Abgeordneten im „Parlament“ vertreten ist. Leider haben wir keine näheren Informationen über diese Partei. Jede linke oder sozialistische Organisation ist streng verboten.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich in den letzten Jahren, aufgrund der rapiden Verschlechterung ihrer materiellen Situation, immer stärker an den Kämpfen gegen die Diktatur.

In den Forderungen taucht neben den Lohnerhöhungen immer wieder auch die Forderung nach freien Gewerkschaften auf. In Südkorea existieren Organisationen, die diesen Namen auch nur ansatzweise verdienen würden, nicht. Die gelben Gewerkschaften werden voll vom Regime kontrolliert und sind nur die verlängerten Arme der jeweiligen Kapitalisten.

In der Vergangenheit hatten die Kämpfe dieser verschiedenen Teile der Opposition relativ unabhängig voneinander stattgefunden. Ein wichtiger Schritt bei der Zusammenführung der Teilkämpfe war die Besetzung des NDP-Hauptquartiers durch 172 Textilarbeiterinnen, die gegen ihre Entlassungen – wegen Bildung von „illegalen Gewerkschaften“ – protestierten. Bei dem brutalen Polizeieinsatz zur Räumung des Gebäudes (nicht auf Verlangen der NDP!) wurde eine Kollegin getötet, 40 Personen, darunter Journalisten und hohe NDP-Mitglieder, wurden verletzt. Daraufhin begannen Abgeordnete der Opposition einen unbefristeten Sitstreik. Der Journalistenverband protestierte gegen die Brutalität der Bullen gegenüber Reportern, die über den Einsatz berichten wollten (9).

Das war im August 1979. Im September wurden gegen sechs angeklagte Kirchenvertreter drakonische Strafen wegen „Begünstigung Nordkoreas“ verhängt – trotz weltweiter Proteste (unter anderem des Rats der Evangelischen Kirche der BRD) und obwohl die durch Folter erpressten Geständnisse von den Angeklagten im Prozeß widerrufen wurden.

Im Oktober wurde der gewählte Vorsitzende der NDP, Kim Young Sam, wegen „Mißbrauch seiner Stellung als Abgeordneter“ aus der Nationalversammlung ausgestoßen. Es „hatte unter anderem gefordert, daß die US-Regierung dem südkoreanischen Staatspräsidenten Park Chung Hi die Unterstützung entziehen solle. Außerdem bezeichnete er die Präsenz amerikanischer Truppen in Südkorea als Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes“ (10).

Aus Protest traten alle 69 Oppositionsabgeordneten zurück.

Wenige Tage später kam es in der Hafenstadt Pusan zu Demonstrationen, bei denen ca. 3.000 Menschen den Rücktritt Parks forderten. Die Unruhen griffen immer schneller um sich. Pressemeldungen sprachen von den „gewalttätigsten Protestaktionen gegen die autoritäre Regierung seit 15 Jahren. Die Demonstranten griffen die Büros von Zeitungen und Fernsehstationen wegen regierungsfeindlicher Berichterstattung an“ (11).

Beim Einsatz der Polizei wurden Demonstranten getötet und viele verletzt. Über die Stadt wurde das Kriegswort verhängt. Es waren nicht nur die Studenten, die hier demonstrierten, sondern „auch Fabrikarbeiter und Kleingewerbetreibende, die sich erstmals seit vielen Jahren wieder an einer regierungsfeindlichen Demonstration beteiligten und schwere Sachschäden verursachten“ (12).

Am 26. Oktober wurde der Diktator Park Chung Hi dann vom Chef seines Geheimdienstes erschossen. Die US-Imperialisten machten sofort klar, daß die Diktatur auch nach Park weitergehen sollte. Sie schickten mehrere Kriegsschiffe nach Südkorea. Fast über das ganze Land wurde das Kriegswort verhängt. Mit Versprechungen auf eine schrittweise Demokratisierung sollte der Widerstand unterlaufen werden.

Im Dezember wurde in der Armee eine Säuberungsaktion durchgeführt, bei der hohe Offiziere, die offensichtlich einen etwas gemäßigteren Kurs fahren wollten, abgesetzt wurden. Vertreter des harten Kurses übernahmen die Schlüsselstellungen in der neuen Regierung.

### Zuckerbrot und Peitsche

Trotzdem wurde in den nächsten Monaten ein „liberalerer“ Kurs verfolgt. Es wurden Wahlen versprochen, allerdings kein Zeitplan genannt. Anfang März gab es eine Amnestie für Regimegegner, die wegen Verstoßes gegen Parks Notverordnungen verurteilt worden waren, unter ihnen auch Kim Dae Dschung. Das „Antikommunistengesetz“ wurde allerdings nicht aufgehoben.

Zur gleichen Zeit wurden Gespräche zwischen Südkorea und der KDVR, die 1972 ergebnislos abgebrochen worden waren, wieder aufgenommen.

Es zeigte sich aber bald, daß auch die neue Regierung eine Demokratisierung des Landes zwar ständig verspricht, aber auf die unbestimmte Zukunft verob.

So kam es im Laufe des April dieses Jahres immer wieder zu Protestaktionen der Studenten gegen die paramilitärische Ausbildung und die Verschleppung der Wahlen.

Die Kämpfe der Arbeiter gegen die galoppierende Inflation wurden immer militanter. „Streiks und Arbeitsniederlegungen breiten sich über das ganze Land aus“, schreibt die „Korea Times“ und nennt ca. 20 Fabriken und Bergwerke, wozu Lohnkämpfe abspielen, mitunter gewalttätig. Fast überall, im Gegensatz zu ihren sonstigen Gewohnheiten, beendet sie das Unternehmertum, indem es Kompromisse akzeptiert“ (13).

Die militanten Auseinandersetzungen sind das Vorspiel zum Aufstand in Cholla Namdo und der Besetzung der Provinzhauptstadt Kwangdschu, wo sich die Kämpfe der Studenten und der Arbeiter militant gegen Staatsmacht und Militär richten.

### Asien-Australien-Kommission

Anmerkungen:  
(1) Ingeborg Göbel, Geschichte Koreas, Berlin (DDR) 1978, S. 249  
(2) ebenda, S. 251

Anmerkungen:  
(1) Ingeborg Göbel, Geschichte Koreas, Berlin (DDR) 1978, S. 249  
(2) ebenda, S. 251  
(3) ebenda, S. 277  
(4) ebenda, S. 300  
(5) „Business Times“, 9.8.1977  
(6) „FR“, 15.2.1978  
(7) „FAZ“, 27.10.1979  
(8) Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“, 14.12.1978  
(9) „SZ“, 13.8.1979  
(10) „SZ“, 5.10.1979  
(11) „FR“, 19.10.1979  
(12) „FAZ“, 27.10.1979  
(13) „Le Monde“, 4.5.1980



Die südkoreanischen Studenten waren immer an der Spitze der Kämpfe gegen die Diktatur.

## Afghanistan: „Politische Lösung“ nicht in Sicht

Zeitgleich zum Beginn der Außenministerkonferenz der islamischen Staaten und dem Teilnahmenennungs-schluß für die Moskauer Olympiade unterbreitete die afghanische Regierung einen Lösungsvorschlag für die „Afghanistan-Krise“. Auch die Außenminister der islamischen Staaten sprachen sich für eine Verhandlungslösung aus – die rechten Wortführer lehnten aber gleichzeitig den afghanischen Vorschlag ab.

Im Einzelnen: „Die Regierung der DR Afghanistan erklärt, daß die Frage des Rückzugs der begrenzten militärischen Kontingente der Sowjetunion aus Afghanistan im Zusammenhang der politischen Lösung geklärt werden muß. Ein Ende der militärischen Aggression und Garantierung, daß es keine Wiederholung von militärischen Aggression oder anderer Formen der Einmischung gibt, geben wird, würde die Gründe rückgängig machen, die die afghanische Regierung zur Bitte an die SU um Entsendung des besagten Kontingents brachte“ („Kabul Home Service“, 14.5. H. „SWB“, 16.5.). Konkret schlägt Kabul „bilaterale Gespräche zur Vorbereitung eines Abkommens zur Entwicklung freundschaftlicher und umfassender Beziehungen“ mit dem Iran und Pa-

kistan vor. Solche Abkommen sollen „akzeptable Versprechen“ zur „Respektierung der nationalen Souveränität“ enthalten.

Weiterhin sollen „verschiedene Staaten notwendige politische Garantien“ geben. „Hierzu würde aus der Sicht der DR Afghanistan die Sowjetunion und die USA gehören“. Die USA sollen darüber hinaus „ausdrücklich erklären, daß sie subversive Aktionen gegen Afghanistan unterstützen“ („SWB“, 16.5.).

Im Grundsatz ist dieser Vorschlag nicht neu, es ist die bisher von der Sowjetunion seit langem angebotene Lösung der Frage ihres Truppenrückzugs. Neu sind allerdings die konkreten Gesprächsangebote der DR Afghanistan an den Iran und Pakistan. Wobei – im Gegensatz zur Forderung gegenüber den USA – auf ein „Schuldeingeständnis“ verzichtet wurde („keine weiteren Aggressionen“), diese Formel taucht gegenüber Iran und Pakistan nicht auf).

Da jedoch alle irgendwie an der Frage beteiligten Staaten zu diesen Vorschlägen schon lange ihre Haltung klargestellt haben, Iran und Pakistan erst nach einem sowjetischen Truppenabzug verhandeln wollen, liegt es auf der Hand, daß ein solcher

Vorstoß nichts Neues in der Afghanistan-Debatte bringt.

Die Reaktionen waren entsprechend: Iran und Pakistan lehnen jegliche bilateralen Gespräche ab („Süddeutsche Zeitung“, 17.5.). Die USA lehnen den Plan ab und die BRD will „mit großem Interesse und konstruktiv prüfen“ („Welt“, 16.5.). Vor diesem Hintergrund muß der afghanische Vorschlag wohl mehr als Propagandavorstoß hauptsächlich für die zur gleichen Zeit beginnende „Islamische Konferenz“ gesehen werden.

### Die islamische Konferenz

Die mehrmals verschobene Außenministerkonferenz der islamischen Staaten (39 Staaten und Befreiungsbewegungen) tagte vom 16. Mai an in Pakistan. Hauptthema der Diskussionen war Afghanistan, daneben auch die amerikanische Aggressionspolitik gegen den Iran. Bereits im Vorfeld der Konferenz hatte es heftige Kontroversen um die Frage der Teilnahme Afghanistans gegeben. Afghanistan war von der (rechten) Mehrheit dieser Konferenz im Januar ausgeschlossen worden. Nicht nur Afghanistan fordert die Wiederaufnahme, sie wird u.a. von Algerien, Syrien, Libyen, Südjemen, PLO

unterstützt. Gegen die Mehrheit der US-hörigen Staaten hatte diese Forderung allerdings keine Chance. Immerhin gelang es diesen Kräften, eine scharfe Verurteilung der SU (wie im Januar) zu verhindern. „Dementsprechend, die islamischen Staaten verurteilten die sowjetische militärische Aggression und flagrante Verletzung internationalen Rechts und sie forderten einen sofortigen und bedingungslosen Rückzug der sowjetischen Truppen“ („FR“, 22.5.). Heute „betonte“ die Konferenz „trotz des Rechts des afghanischen Volkes, ein eigenes soziales und politisches System frei wählen zu können“. „Eine Verurteilung der sowjetischen Invasion und eine Forderung nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen aber gab es nur noch in indirekter Form.“ („FR“, 22.5.).

Die Verhinderung einer erneuten scharfen Konfrontationstellung der islamischen Konferenz zu Afghanistan/SU gelang den antiamerikanischen Kräften vor allem mit dem Hinweis (und sicher unter dem Eindruck) auf die starken amerikanischen Aktivitäten in der Region. „Die PLO... hatte zusammen mit den radikalen arabischen Staaten er-

folgreich die Forderung vertreten, in Bezug auf Afghanistan nicht das Spiel der Amerikaner zu spielen“ („FR“, 22.5.).

Nicht vermieden werden konnte die Einsetzung eines „ständigen Ministerausschusses zur Behandlung der Afghanistan-Frage“ („FR“, 22.5.). Mithilfe dieses Ausschusses (hauptsächlich initiiert von Pakistan) sollen Verhandlungslösungen für einen sowjetischen Truppenabzug gefunden werden. Im Gegensatz zum afghanischen Vorschlag streben die Initiatoren allerdings keine regionale Lösung an, sondern wollen „die Möglichkeit einer internationalen Konferenz über Afghanistan prüfen“ („FR“, 22.5.). Und eine solche „Lösung“ wird wiederum strikt von der SU und Afghanistan abgelehnt.

Was unter dem Strich bei beiden Verhandlungsvorschlägen bleibt, ist die Aussicht auf das weitere Spielen mit den verschiedensten politischen Lösungen. Eine aktuelle Lösung im Sinne einer regionalen Annäherung (Iran, Pakistan, Afghanistan), die gleichzeitig Afghanistan die notwendige Sicherheit von außen gibt, ist derzeit völlig undenkbar.

Asien-Australien Kommission



# Bolivien: Neue Putschgefahr vor den Wahlen

Ob die bolivianischen Militärs den für Juni 1980 geplanten neuen Wahlversuch zulassen werden, ist wieder sehr fraglich geworden. Der Mord an dem fortschrittlichen Jesuitenpater Luis Espinal war ein neuer Höhepunkt in der Serie von Entführungen und Attentaten durch die Ultrarechten. Schwarze Listen mit hunderten von Namen von Gewerkschaftern und Oppositionellen, deren Beseitigung geplant wird, sind bekannt geworden. Die Militärs betonen bereits in offiziellen Kommunikationen, daß es ihre Aufgabe sei, das Vaterland vor Chaos und Unordnung zu retten. Erst kürzlich wurde der rechtsextremistische General Meza zum Oberkommandierenden des Heeres ernannt, damit hat der Putschflügel des Militärs an Stärke und Einfluß gewonnen. Die Interimspräsidentin Lidia Gueiler – selber zum rechten Flügel der bürgerlichen Parteien gehörig – hat den Aktivitäten der Putschmilitärs wenig entgegenzusetzen.

## „Demokratisierung“ seit zwei Jahren

Nach sieben Jahren Banzer-Diktatur fanden im Juli 1978 wieder die ersten Wahlen statt. Durch massive Wahlbeeinträchtigung wurde der Kandidat Banzer, General Pereda, Wahlsieger. Der Wahlschwindel war so offensichtlich, daß Pereda selber der Neuausschreibung der Wahlen zustimmte, allerdings nur, um zwei Tage später zu putschieren. Trotz der Anerkennung dieses Regimes durch die USA konnte es keine Stabilität entwickeln und wurde am 24.11.78 durch den Oberbefehlshaber des Heeres, David Padilla, weggeputscht. Padilla versprach sofort, die unterbrochene Demokratisierung fortzusetzen und wurde zunächst von Gewerkschaften und Linken unterstützt. Am 1.7.79 kam es tatsächlich zu erneuten Wahlen, bei denen keiner der beiden großen Blöcke die absolute Mehrheit erringen konnte. Wahlsieger war Hernán Siles Zuazo mit dem Wahlbündnis FUDP, das ein Spektrum von rechtssozialdemokratischen Gruppierungen über die kämpferischen Gewerkschaften bis hin zu Vertretern der radikal-demokratischen und revolutionären Linken umfaßte. Die Mehrheit der Sitze im Parlament – bedingt durch das bolivianische Wahlsystem – erhielt jedoch Víctor Paz Estenssoro, Gründer der national-revolutionären Bewegung (MNR), die die Revolution von 1952 anführte, sich seitdem aber beständig nach rechts entwickelt hat und zwischenzeitlich auch vor der Beteiligung an den Militärregierungen Barrientos und Banzer nicht zurückschreckte. Víctor Paz stand einem Wahlbündnis aus rechtsbürgerlichen Parteien vor.

Der Kongreß wählte dann Walter Guevara Arze zum Interimspräsidenten, der wiederum neue Wahlen für

Mai 1980 vorbereiten sollte. Dies wurde behindert durch den Putsch von Oberst Natusch Busch am 1.11.79. Natusch Busch konnte sich aber, wegen des starken Widerstandes der Massen und seiner geringen Integrationskraft im bürgerlichen Lager, gerade nur zwei Wochen im Amt halten. Die USA hatten dieser Regierung die Unterstützung verweigert und auch Víctor Paz Estenssoro, der den Putsch zunächst unter der Hand unterstützte, hat Natusch Busch sehr schnell fallengelassen, als die Ausschließlichkeit dieses Regime zu halten, deutlich wurde. Diese Krise wurde mit der Benennung Lidia Gueilers als Interimspräsidentin beigelegt.

## Die Regierung von Lidia Gueiler

Die erste Maßnahme der Gueiler-Regierung bestand darin, die Wirtschaftsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die der IWF noch mit dem Putschisten Natusch Busch ausgehandelt hatte (!), im Land durchzusetzen. Dies waren vor allem die Abwertung des Peso um 25 % und damit erhebliche Preissteigerungen und die Preisfreigabe für Benzin, was Preissteigerungen zwischen 130 und 400 % bedeutete.

Die Gewerkschaftszentrale COB, die sich, ohne Resonanz zu finden, zur Mithilfe bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme angeboten hatte, lehnte dieses Paket sofort ab. Im ganzen Land gab es Massendemonstrationen gegen diese Verleumdungsmaßnahmen, allein in La Paz demonstrierten 50.000 Menschen. Am überausstärksten und bedeutsamsten war der Widerstand der in Bolivien traditionell eher konservativen Bauern, die allerdings von der Benzinverleumdung auch besonders betroffen waren (den Landwirtschaft ist völlig von dem

selbständigen Transportunternehmen abhängig, die als Zwischenhändler fungieren). Erst Mitte 1979 war eine Bauerngewerkschaft (CSTUTCB) in die Gewerkschaftszentrale COB aufgenommen worden, nachdem sich vier einzelne Bauerngewerkschaften zur CSTUTCB zusammengeschlossen hatten. Außerhalb dieses Zusammenschlusses und außerhalb des COB blieb allein eine China-orientierte Campesino-Gewerkschaft.

Ab 1.12. blockierten die Campesinos unter Führung ihrer neuen Zentrale sämtliche Wege und Zufahrtsstraßen, so daß keine Lebensmitteltransporte mehr stattfinden konnten. Über 1.000 ausländische Touristen saßen am Titicacasee fest und mußten von der Luftwaffe ausgeflogen werden.

## Die Situation vor den Wahlen

Jahrelang waren die Bauern, auch unter den Militärdiktaturen, in den Militär-Bauernpakt eingebunden; ein Pakt, den der ehemalige Diktator Barrientos durchgesetzt hatte, um die Bauern ideologisch unter Kontrolle zu halten. Der kämpferische und organisierte Widerstand gegen das Wirtschaftspaket der Regierung deutet auf eine neue Qualität und Radikalisierung der Massenbewegung hin.

Am 21.3.80 wurde Luis Espinal entführt. Er war Mitglied der ständigen Kommission für Menschenrechte, Herausgeber der fortschrittlichen Zeitung AQUI und eine führende Persönlichkeit der oppositionellen Kräfte. Am folgenden Morgen wurde er mit Spuren furchtbarer Folter ermordet aufgefunden. Mit diesem Mord wurde eine neue Etappe der Entwicklung eingeleitet: Die offene Eskalation des rechten Terrors. Parallel gelang es den Putschmilitärs, ihren rechtsradikalen General Luis García Meza gegen den farblosen Ruben Rocha als Oberkommandierenden des Heeres durchzusetzen. Meza gilt als Vertrauter von Luis Arze, der die zentrale Figur des rechten Terrors ist und beispielsweise vor kurzem alle Akten über linke Politiker auf einem Lastwagen aus dem Innenministerium holen ließ. General Meza hat sich mit entsprechenden Ankündigungen in sein Amt eingefügt: Bolivien werde nicht das El Salvador oder Kuba Lateinamerikas werden, vor das das Militär eingreifen, um das



In jeder brasilianischen Tageszeitung erscheint ständig eine Anzeige der Banco de Brasil: „Bolivien, mit mir kannst du rechnen“

Land zu retten („El Día“, Mexiko 26.4.80); oder: das Militär werde verhindern, „daß antinationale Gruppen, die vom Ausland finanziert werden, die Kontrolle über das Land ergreifen“ („Le Monde“, 28.4.80).

Als Mittel gegen die Radikalisierung der Bauern versuchte Meza so, dann, den Militär-Bauern-Pakt neu aufzulegen, um zu verhindern, daß „Ultralinken sich der Bauern für antinationale Ziele bedienen“. Die Neuauflage des Militär-Bauern-Paktes, sinnigerweise am Todestag und Grab von Barrientos unterzeichnet, wurde aber nur von einer regionalen Gewerkschaftsorganisation in Cochabamba akzeptiert, die zentrale Gewerkschaft CSTUTCB wies den Pakt entschieden zurück.

Die Linke, vor allem der COB, hatte schon vor Monaten mit der Gründung von „Komitees zur Verteidigung der Demokratie“ gegen die Putschgefahr begonnen. Diese Komitees werden inzwischen von allen bürgerlich-demokratischen Kräften unterstützt, einschließlich so fragwürdiger Bündnispartner wie Víctor Paz Estenssoro. Die radikalen linken Kräfte, darunter auch Teile des COB, kündigten an, daß die Bewaffnung der Verteidigungskomitees organisiert wird und die Massen sich in zahlreichen Selbstorganisations auf den Kampf gegen einen neuen Putsch vorbereiten.

Parallel dazu gab es Ende April ein Treffen zwischen Vertretern des Militärs, der Regierung und des COB, wo alle Seiten versicherten, daß sie die

Rückkehr zur Demokratie nicht behindern und an der Durchführung der Wahlen im Juni festhalten wollen. Es solle möglichst ein ständiger Dialog eingerichtet werden, um das Klima zu entspannen („Coyuntura“ Bolivien, 1.5.80).

Eine Lösung für die angespannte Lage ist nicht in Sicht. Zwar halten die USA sowohl die USA auch die rechtsbürgerlichen Kräfte, die in der Vergangenheit bereits diverse Putsche unterstützt haben (wie Víctor Paz), zur Zeit noch an der Demokratisierung fest. Dies zeigt z.B. die Beteiligung von Paz Estenssoro an den Komitees zur Verteidigung der Demokratie und die Ankündigung der USA, im Falle eines Putsches jegliche Wirtschaftshilfe zu streichen.

Die faschistischen Militärs haben jedoch – wie die Vergangenheit beweist – oft genug auf eigene Faust geputsch und haben sich zur Zeit zumindest bereit. Wenn es trotzdem zu den Wahlen im Juni kommt, wäre allerdings für den Imperialismus und die bürgerlichen Kräfte in Bolivien eine ansatzweise linke Regierung, die es sich z.B. schlecht leisten könnte, die IWF-Maßnahmen konsequent durchzusetzen, kaum tragbar. Mit massiver Wahlmanipulation ist daher mindestens zu rechnen; ein erneuter Putsch ist im Falle eines linken Wahlsieges nicht ausgeschlossen. (Informationen aus: „Lateinamerika-Nachrichten“ 77/78/81).

Lateinamerika-Kommission

# Meldungen

## Peru

Die Wahlen in Peru haben einen überraschend deutlichen Sieg für Belaunde Terry und seine Acción Popular gebracht. Er erhielt nach dem jetzigen Stand der Auszählung über 40 % der Stimmen. Die von der internationalen Sozialdemokratie unterstützte APRA blieb unter 30 % (sie erhielt sonst bei Wahlen mindestens ein Drittel der Stimmen), die radikale Linke konnte ihre guten Ergebnisse der letzten Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung erwartungsgemäß nicht halten, nachdem verschiedene Wahlbündnisse gescheitert waren und die Linke in zersplitterter Form kandidierte. Die gesamte Linke vom revisionistischen bis zum trotzkistischen Block erhielt etwa 17 % (vormals über 30 %). Sobald die genauen Ergebnisse vorliegen, werden wir über die Wahlen berichten und in diesem Rahmen eine Kritik zum Peruaner aus AK 178 veröffentlichen und dazu Stellung nehmen.

## Brasilien

Eine Sensation für Beobachter der revisionistischen Szene ist die Absetzung von Carlos Prestes als Chef der KP Brasiliens. Prestes war – erst Anfang des Jahres aus dem Moskauer Exil nach Brasilien zurückgekehrt – die Symbolfigur der brasilianischen radikalen Opposition. Er hatte in den dreißiger Jahren beim legendären langen Marsch den militanten Kampf der Arbeiter und Bauern geführt. Nach langem Tauschen innerhalb der brasilianischen KP ist er jetzt wegen seines zu radikalen (!) Kurses abgesetzt worden. Es haben sich die Kräfte durchgesetzt, die aus der KP (zur Zeit offiziell immer noch illegal) eine legale, auch für das bürgerliche Lager bündnisfähige Partei machen wollen.



Der Gewerkschaftsführer Lula und andere Gewerkschafter, die anlässlich des illegalen Metallstreiks verhaftet worden waren (vergl. AK 177) wurden inzwischen freigelassen. Es erwartet sie aber nach wie vor ein Prozess, bei dem ihnen jahrelanges Gefängnis droht.

## Staatsbesuch aus Mexiko in Bonn

Mexikos Staatschef Lopez Portillo kam als Vertreter eines aufstrebenden Olförderlandes in die BRD. Bezeichnend ist, daß als wichtigster Mann seiner Begleitung neben dem Außenminister, der Vorsitzende der mexikanischen staatlichen Ölgesellschaft Pemex hinführt wurde. Vielfach sprechende Verhandlungen wurden geführt (auch darüber genauer in einem der nächsten AKs).

# Grüße von Karaxú

Die chilenische Musikgruppe Karaxú hat es doch wieder geschafft, vor etwa 900 Zuhörern im Hamburger Audi Max für internationalistische Stimmung zu sorgen. Zuvor hatte Karaxú, ebenfalls recht erfolgreich, in Bremen und Westberlin (ca. 300 und 600 Zuhörer), Solidaritätskonzerte gegeben.

Nach der Veranstaltung in Hamburg sprachen wir mit den Genossinnen Rosalia und Simon von Karaxú über einige Aspekte des kulturellen Widerstandes und der Solidaritätsarbeit im Exil.

Rosalia: Zuerst möchten wir den Genossinnen von Hamburg noch einmal danken, daß sie gestern Abend auf der Veranstaltung waren. Wir möchten Euch sagen, daß wir, Karaxú, und natürlich auch die Genossen in Chile eine besondere Bindung an Hamburg haben. Wir wissen, daß der Widerstand mit der Unterstützung in Hamburg rechnen kann. Es ist auch wichtig, daß ihr wißt, daß diese eure Unterstützung in Chile bekannt ist. In den ersten Jahren nach dem Putsch war es schwierig zu wissen, was im Ausland an Solidaritätsaktionen läuft. Jetzt ist es einfacher, jetzt ist durch die Reisen von Genossen und durch die Rückkehr unserer Genossinnen ein Informationsfluß entstanden, und die Leute im Widerstand kennen Einzelheiten aus der Solidaritätsbewegung im Ausland.

Jetzt zur Resistencia Cultural in Chile, dem Widerstand auf kulturellem Ebene.

Die Kultur ist in Chile das Gebot gewesen, in dem sich die ersten massiven Widerstandsaktionen angesiedelt haben; sie hat eine sehr wichtige Rolle im Kampf gegen die Diktatur gespielt. Die Junta weiß dies auch und hat sehr strenge Maßnahmen ergriffen, um die Resistencia Cultural zu unterdrücken.

Die Genossen fuhrten dann aus, daß sich zahlreiche Theater- und Folkloregruppen gegründet haben, Dichtertreffen abgehalten wurden und zum Beispiel eine Zeitung, die im

Untergrund erscheint, literarische und kulturelle Diskussionen veröffentlicht. Diese Gruppen erhalten, ebenso wie die bekannten Künstler, keinerlei finanzielle Unterstützung, sondern werden im Gegenteil verhaftet.

Simon: Mit unheimlich knappen Mitteln halten sie sich über Wasser, sie haben sich von den kulturellen Zentren der Städte abgewandt und arbeiten vor allem in den Follies auf dem Land, so daß regelrechte Massenarbeit vor allem unter Jugendlichen aufgebaut wird. Auch bekannte Sänger, die sich öffentliche Auftritte im Fernsehen oder Rundfunk nicht mehr leisten können, singen vor Tausenden von Leuten in den Follies mit einem oder zwei Mikrofonen und versuchen ihren Widerstand auszudrücken.

R.: Es ist wichtig zu sagen, daß es für viele auch die einzige Alternative ist, denn der ideologische Druck, den die Junta ausübt, ist sehr groß, so z.B. durch den Konsum, die patriotischen Werte, die Fächer, die Soldaten etc. Ich denke, daß es wohl im Dritten Reich hier ähnlich war. Die Widerstandsbewegung hat einen kulturellen Ausdruck und das ist insofern wichtig, weil die Leute so „Waffen“ haben gegen den ideologischen Druck der Junta.

AK: Wenn man wie ihr seit 4 Jahren im Exil lebt, bringt das nicht große Schwierigkeiten für die Solidaritätsarbeit, für das Entwickeln neuer Lieder – ohne direkte Verbindung zum eigenen Land? R.: Das ist wohl das schwierigste Problem für uns. Wir müssen akzeptieren, daß unser Publikum auf der einen Seite europäisch ist, daß aber auf der anderen Seite unsere Lieder, unsere Inhalte noch Ausdruck der Realität in unserem Land sein müssen und bleiben müssen. Beides zu verbinden ist wohl unser größtes Problem. Wir haben deswegen ständigen Kontakt z.B. zu Leuten von der „Verdichtung der verschunden politischen Gefangenen“ der Nationalen Gewerkschaftskongressen, wir bekommen Aufnahmen der verschiedenen Konzerte und Veranstaltungen in Chile, wir erhalten die Veröffentlichungen des Widerstandes, persönliche Briefe

usw. Wir müssen aber auch ehrlich sein, daß wir dies alles aus unserer Perspektive im Exil sehen und singen. Wir singen auch über Probleme, die wir hier haben, die uns beeinflussen. Unser neues Repertoire für September handelt viel von der Problematik des Exils. Es ist schwer, natürlich.

AK: Wie wir wissen, betont ihr, und der MIR insgesamt, euer Recht, aus dem Exil nach Chile zurückzukehren. Gibt es für Künstler und bekannte Leute die Möglichkeit mit Hilfe von internationalen Druck und Hilfe nach Chile zurückzukehren?

R.: Natürlich gibt es zwei Arten, wie der ins Land einzureisen, legal oder illegal. Die illegale Weise ist nicht billig, sie betrifft wenige, ausgesuchte Leute. Die legale Möglichkeit ist ein Kampfziel aller Chilenen im Exil, nicht nur der Künstler. Wir Künstler haben keine Möglichkeit, legal wieder einzureisen. Es gibt sogar Gruppen, die in Chile wohnten, die aber nach einer Tournee im Ausland nicht wieder einreisen durften. Es gibt zwar eine wichtige Bewegung, die z.B. für Schriftstellerkongresse u.ä. gefordert hat, daß solche Leute einreisen dürfen, aber ohne Erfolg. Die Junta wird, wenn sie schwächer wird, solchen Druck auch nachgeben müssen, das ist aber keine Perspektive auf kurze Sicht. Es hat sich jetzt in Chile eine Vereinigung gebildet von Angehörigen der im Exil Lebenden. Dies ist für uns Künstler und alle hier sehr wichtig, denn sie kämpfen für unsere legale Rückkehr.

S.: Es gibt einige wenige Fälle von Malern, die letztes Jahr einreisen durften, aber das ist keinesfalls die Norm. Im Gegenteil, die Tendenz ist, diese Anträge strenger zu handhaben, weil es eine Offensive des Widerstands in Chile gibt und die Junta auch internationale Schwierigkeiten hat.

Vielen Dank und bis zum nächsten Mal.



## SED-Parteibuchkontrolle:

## »Immer und überall kämpferischer Einsatz für die Politik der SED«

Mit 1.944 Parteiausschlüssen wurde die von der 11. Tagung des ZK der SED (13./14.12.79) beschlossene „Kontrolle der Parteidokumente und der ordnungsgemäßen Registrierung aller Mitglieder und Kandidaten“ abgeschlossen. Mit über 2,1 Mio. Parteimitgliedern und -kandidaten wurden in der Zeit vom 1.3. bis 30.4.80 persönliche Aussprachen durchgeführt, in denen die Beteiligten vollzogen, „wie sie ihre Pflichten und Rechte auf der Grundlage der Partiestatuten wahrnehmen, wie sie künftig an der Verwirklichung der Parteibeschlüsse mitarbeiten wollen“ (Bericht des Politburos an die 11. Tagung des ZK der SED, 11.12.79, S. 17.12.79). In Fällen, da sich Genossen beharrlich den Pflichten entziehen, die das Statut festlegt, da sie sich in Bewährungssituationen vom Standpunkt der Partei entfernen oder schwankende Haltungen einnehmen, sollte die Aussprache Veranlassung sein, in der Mitgliederversammlung über ihre weitere Parteimitgliedschaft zu entscheiden.“ (ebd.)

In der bürgerlichen Presse waren hienau wiederholt Spekulationen geknüpft worden, in der SED stiehe eine umfassende „Säuberung“ und „Gehirnwäsche“ an (so z.B. „WamS“, 2.3.1. „Abend“, 26.3.). Tatsächlich ging es weniger um „Parteisäuberung“ (fallen hinsichtlich der relativ geringen Zahl der Ausgeschlossenen unterschiedlich die überjährige Aktion grundsätzlich von umfangreichen Säuberungen der Vergangenheit), als darum, die gewappte Parteimitgliedschaft dafür zu mobilisieren, die Politik der SED auch in „Bewährungssituationen“ aktiv zu vertreten – insbesondere angesichts der Verschärfung der internationalen Situation und der gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten der DDR.

## Mobilisierung für „Wehrbereitschaft“ und „Friedensinitiative“

„Die Verschärfung der internationalen Situation gegen Ende der 70er Jahre und zu Beginn der 80er Jahre“ stelle – so erläuterte Honecker am 25.1. vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen – „hohe Anforderungen“ (ebd.).

„... bei der Leistungssteigerung beispielhaft vorangehen“

Schwerste „Bewährungssituation“ für die SED und die ökonomischen Schwierigkeiten der DDR. Die 11. Tagung hatte sich dem Problem zu stellen, daß im dritten Jahr hintereinander das projektierte Planziel von 4,3 % mit einem produzierten Zuwachs des Nationalinkommens von 4 % nicht erreicht wurde; steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie der Devisenmangel bringen zusätzliche Belastungen. Die 11. Tagung des ZK antwortete mit einem eintägigen Programm. 1980 soll ein „Jahr der großen Initiative und des politischen Massenkampfes“ für einen hohen Leistungsanstieg werden (ebd., S. 96). Stärkeres Wachstum der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Einsparung von Arbeitskräften (Mobilisierung von Reserven auf dem Gebiet der Effektivität und Qualität der Arbeit), Verringerung des spezifischen Material- und Energieverbrauchs um 4,5 bis 4,7 %, stärkere Orientierung der Produktion auf den Bedarf der äußeren – v.a. der kapitalistischen – Märkte, Verbesserung der Struktur des Exports etc. Die DDR-Bevölkerung soll durch die Parole „Jeder sozialpolitische Fortschritt erfordert Fortschritte in der Arbeitsproduktivität“ zur Leistungsteigerung motiviert werden. In den „persönlichen Aussprachen“ mit den SED-Mitgliedern sollte darüber hinaus erreicht werden, daß die Parteimitglieder „mit hohem Bewußtsein und Schöpferkraft allen Werktätigen des Arbeiterkollektivs beizuspielen“ vorangehen. „Es geht um die parteiliche Haltung und Position der Genossen zum Plan und seiner Durchführung, um die Vorbildrolle der Kommunisten bei der Entwicklung neuer Initiativen zur Überbietung der Planziele“ (ebd., S. 95).

## ... bei der Leistungssteigerung beispielhaft vorangehen“

Schwerste „Bewährungssituation“ für die SED und die ökonomischen Schwierigkeiten der DDR. Die 11. Tagung hatte sich dem Problem zu stellen, daß im dritten Jahr hintereinander das projektierte Planziel von 4,3 % mit einem produzierten Zuwachs des Nationalinkommens von 4 % nicht erreicht wurde; steigende Rohstoff- und Energiepreise sowie der Devisenmangel bringen zusätzliche Belastungen. Die 11. Tagung des ZK antwortete mit einem eintägigen Programm. 1980 soll ein „Jahr der großen Initiative und des politischen Massenkampfes“ für einen hohen Leistungsanstieg werden (ebd., S. 96). Stärkeres Wachstum der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Einsparung von Arbeitskräften (Mobilisierung von Reserven auf dem Gebiet der Effektivität und Qualität der Arbeit), Verringerung des spezifischen Material- und Energieverbrauchs um 4,5 bis 4,7 %, stärkere Orientierung der Produktion auf den Bedarf der äußeren – v.a. der kapitalistischen – Märkte, Verbesserung der Struktur des Exports etc. Die DDR-Bevölkerung soll durch die Parole „Jeder sozialpolitische Fortschritt erfordert Fortschritte in der Arbeitsproduktivität“ zur Leistungsteigerung motiviert werden. In den „persönlichen Aussprachen“ mit den SED-Mitgliedern sollte darüber hinaus erreicht werden, daß die Parteimitglieder „mit hohem Bewußtsein und Schöpferkraft allen Werktätigen des Arbeiterkollektivs beizuspielen“ vorangehen. „Es geht um die parteiliche Haltung und Position der Genossen zum Plan und seiner Durchführung, um die Vorbildrolle der Kommunisten bei der Entwicklung neuer Initiativen zur Überbietung der Planziele“ (ebd., S. 95).

## Widersprüche in der SEW verschärft

Schon seit einiger Zeit regt sich in der SEW (Westberlin) eine innerparteiliche Opposition, die sich teilweise in der internen Oppositionsschrift „Klarheit“ ausdrückt. Die SEW-Führung reagiert in bekannter Manier: Die „Klarheit“ sei ein Produkt des Verfassungsschutzes.

Inzwischen hat der Konflikt größere Ausmaße angenommen. Von drei Diskussionspapieren wußte die „Neue“ am 29.5. zu berichten:

- Eine Austrittserklärung von 30 SEW-Mitgliedern.
- Eine Austrittserklärung der meisten Angehörigen einer SEW-Betriebsgruppe.
- Eine Stellungnahme von SEW-Disidenten, die vorerst in der SEW bleiben wollen.

Aus den von der „Neuen“ veröffentlichten oder zitierten Texten geht hervor, daß es sich um eine reichlich bunte SEW-Opposition handelt. So spielt in den Kritiken erfreulicherweise die sektiererische Politik der SEW gegen „Maoisten“, Alternative Liste u.a. eine große Rolle. Ebenso erfreulich sind Aussagen, in denen die grundsätzliche Notwendigkeit betont wird, bestehende Konfrontationen in der Linken abzubauen, „miteinander zu reden“ usw. Negativ und hingegen blind-opportunistische Töne, die neuerdings in der „Klarheit“ gegenüber der SPD angeschlagen werden: Demzufolge sei es von der SEW äußerst falsch, der Bundesregierung Kriegstreiber vorzuwerfen. Offenbar geht die „Klarheit“ dabei vom Grundsatz aus, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“. In diesem Zusammenhang wurde der SEW in der „Klarheit“ sogar eine Annäherung an die „Sozialfaschismus-Theorie“ der alten KPD vorgeworfen (laut „Die Neue“ vom 24.5.).

Gegen solche Auffassungen in den Reihen der SEW-Opposition ließe sich einiges an guten Argumenten anführen. Die SEW-Führung scheint an Argumenten aber nach wie vor überhaupt nicht interessiert, sondern bleibt bei der bewährten Primitiv-Polemik: Zwar sei nicht jeder, „der ideologische Probleme hat“,

deswegen schon ein VS-Agent – toll, das mußte ja endlich einmal ausgesprochen werden!... Es gebe nämlich auch, so fährt die SEW fort, „einzelne Mitglieder, die noch über ungenügende Kampferfahrung und theoretische Kenntnisse verfügen oder denen die Kleinarbeit zu mühselig ist“. Die sollen gefälligst „Hilfe und Rat der übrigen Parteimitglieder in Anspruch nehmen und sich selbst ernsthaft mit den eigenen falschen Auffassungen auseinandersetzen“.

Für die SEW-Führung ist eben innerparteiliche Kritik stets Zeichen eines Defekts beim Kritiker, bei dessen Überwindung die Partei ihm selbstverständlich kameradschaftlich die Hand reicht. Wer diese kameradschaftliche Hilfe ausschlägt und auf seiner Kritik beharrt – ja, der „arbeitet, ob es sich dessen bewußt ist oder nicht, faktisch dem Gegner in die Hände“ (SEW-Organ „Wahrheit“, 28.5.).

Laut „Neue“ (29.5.) haben die SEW-Disidenten „für die nächste Zeit“ eine Arbeitskonferenz angekündigt. Falls dieser Weg konsequent weitergegangen wird, könnte dies auch der latenten Krise in der DKP zum Ausbruch verhelfen.

Diese latente Krise ist von der DKP und der SEW bisher mit den bekannten Mechanismen in Zaum gehalten und unterdrückt worden:

- Keinerlei Diskussion innerparteilicher Konflikte, schon gar nicht öffentlich.
- Verurteilung jeder innerparteilichen Opposition.
- Beschwören der angeblich permanent zunehmenden „antikommunistischen Hetze“ gegen die Partei.
- Rigoroses Zusammenarbeits-Verbot gegenüber „Maoisten“, „Trotzkisten“, „Bunten/Alternativen“ Listen usw.

Eine auf diese Weise künstlich zurückgestaute und verschleppte Organisationskrise hat die seltsame Eigenschaft, plötzlich mit umso größerer Zerstörungskraft auszubrechen. Der rasante Zusammenbruch der „KPD“ hat dafür ein Beispiel gegeben.

Wochenlang sorgte die reaktionäre französische Wochenzeitschrift „L'Express“ (Herausgeber: Jean-Jacques Servan-Schreiber alias J.-J. S.-S.) für eine spannungsvolle Abwechslung zu langweiligen Fernsehprogrammen: wo war Marchais 1944, wo war Marchais 1955, wo wird er morgen sein?...

Nun, Marchais, der Chefsekretär der KPF, konnte sich von allen Anschuldigungen reinwaschen; weder war er ein Nagkollaborator noch ein Freund von Stalin – Ex-Frauen und Freunde sagten für ihn aus. Weit interessanter als die glanzlose Vergangenheit von Marchais ist allerdings die bunte Oppositionsbewegung, die sich innerhalb der „Kirche“ (wie die KPF oft spottisch von Mitgliedern genannt wird) seit dem Scheitern der „Linken-Union“ bei den Parlamentswahlen vom März 1978 entwickelt. Wir berichten vom Aufruf zur „Einheit im Kampf“ und dokumentieren in einem übersetzten Interview die Positionen eines seiner Initiatoren, David Kaisergruber, Herausgeber der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift „Dialectiques“. Im AK 176 stellen wir die Ideen und Stellungnahmen der feministischen Opposition der Genossinnen von „elles violent rouge“ dar. In diesem Artikel wollen wir die Entstehung der neueren KPF-internen Opposition, sofern sie sich öffentlich manifestiert hat, nachzeichnen. Zur Erinnerung: die „Linken-Union“ (KPF + PS) feierte ihren Geburtstag 1972. Im September 1978, nach besagtem Wahlmiserfolg, wurde sie begraben. Seitdem entwickeln die Partner und Verbündeten von gestern eine wilde Polemik gegeneinander. Marchais bezeichnete die PS als Renegaten, Reformisten usw. Mitterand bezeichnete die KPF als stalinistisch.

## KPF: Quo vadis?

Die KPF zählt heute 700.000 Mitglieder (offizielle Zahlen). Seit 1964 hatte sie sich für ein gemeinsames Regierungsprojekt mit den Sozialdemokraten eingesetzt. Aus ihrer ex-Jugendorganisation „Jeunes communistes“

„Jeunes communistes révolutionnaires“ (JCR) entwickelten sich, gegen ihren Willen, im Mai '68 verschiedene linksradikale Organisationen, die zum Teil noch heute existieren (so zum Beispiel die trotzkistische LCR). Parallel konnte die PS ihren Stimmenanteil von Wahl zu Wahl immer weiter vergrößern und aus der zweiten Gewerkschaft, der CFDT, einen immer wichtigeren Gegenpol zur KPF-dominierten CGT entwickeln.

Die Wahlmiederlage vom März 1978 hat viele Hoffnungen zerstört (auch die Krise der radikalen Linken entwickelte sich von diesem Zeitpunkt an rasant, wie zuvor), vor allem wohl innerhalb der KPF selber. Innerhalb der KPF gibt es allerdings weder Fraktionsrechte noch Tendenzrechte. Ebenso ist es innerhalb der KPF unüblich, daß oppositionelle Stimmen in der Parteipresse zu Wort kommen. Von daher sind die Opponenten mehr oder weniger auf Veröffentlichungen in anderen Presseorganen angewiesen. Nach dem März 1978 und bis heute wurden zahlreiche Interviews, Artikel etc. in Zeitungen wie „Le Monde“, „Rouge“, „Politique-Hebdo“, „Le Mass“, „Le Nouvel Observateur“ u.a. veröffentlicht.

Am 3. April 1978, während einer Pressekonferenz, erklärte Marchais: „Es ist klar, daß wir heute innerhalb der Partei eine Debatte von einer nie zuvor dagewesenen Breite haben. Und ich sage es ehrlich: Wir freuen uns darüber. Es gibt einige Oppositionen. Ich habe es überprüft: Wir haben dazu 31 Briefe empfangen“ („Le Monde“, 5.4.78). Einen Monat später ließ es, es gebe „eine kleine Diskussion am Rande, ohne Interesse für die Partei“ („Le Monde“, 4.5.78). Und am 11. Mai veröffentlichte das Politbüro ein Kommuniqué: „Einige Mitglieder der Partei stellen ihre Politik in Frage“. Sie benutzen dabei selbstherrlich die rechten Massenmedien und diejenigen der PS“ („L'Humanité“, 11.5.78).

Parallel wurde ab dem 8. April eine sogenannte freie Tribüne im Zentralorgan („L'Humanité“) eröffnet, wo einige Sekretäre eingeladen wurden, den Zustand ihrer Sektion darzustellen. Die Berichte sind mehr oder weniger uniform; zwar hat man hier und dort von „Fragen“, von „Zweifeln“ gehört – allerdings seien das alles bedeutungslose Phänomene. Am 20. Juni 1978 werden wieder erfreu-

liche Statistiken genannt: „Die 98 versammelten Föderationskomitees haben meistens einstimmig ihr Einverständnis mit der Arbeit des Zentralkomitees erklärt. Von 2.800 Sektionskomitees sind drei nicht mit der Arbeit des Zentralkomitees einverstanden... Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die überwiegende Mehrheit der Kommunisten mit der Analyse des KZ übereinstimmt“ („L'Humanité“, 21.6.78).

Neu ist allerdings eine: Die Führung der KPF lehnte Ausschlußverfahren von vornherein ab. „Werden einige Köpfe rollen? Ich habe dazu kein gesagt... Ohne Zweifel gibt es manche Leute, die gerne ausgeschlossen werden möchten, aber es wird keinen einzigen Ausschluß geben. Die Periode der Ausschlüsse haben wir ein für allemal hinter uns gebracht“ („Le Monde“, 5.4.78).

## Welche Opposition?

Die „eurokommunistische“ Strömung war die erste, die sich außerhalb der Partei manifestiert hat, über Artikel von u. a. Jean Ellenstein, Antoine Spire, M. Goldring, Jean Rony. Sie gehen davon aus, daß das Hauptkrankheits-Symptom der KPF in ihrer mangelhaften Anziehungskraft für intellektuelle besteht, in ihrer Unfähigkeit, sich außerhalb ihrer traditionellen Bereiche auszubreiten. Die KPF sei nicht auf der Höhe der Zeit, habe nicht die Veränderungen der französischen Gesellschaft reflektiert.

Die „Eurokommunisten“ fühlen sich insbesondere den Thesen des XXII. Parteitags der PCF verbunden (wo unter anderem die Diktatur des Proletariats als überlebte Form abgelehnt wurde), kritisieren aber, daß die Partei sich nicht konsequent genug dafür einsetze. Insbesondere gebe es innerhalb der Partei zahlreiche stalinistische Traditionen, die sie an ihrer demokratischen Veränderung hindern würden. Innerhalb dieser „eurokommunistischen“ Strömung gibt es einen rechten und einen linken Flügel.

Insbesondere um die Zeitschrift „Dialectiques“ haben sich die Links-„Dialectiques“ haben sich die Links-„Eurokommunisten“ gruppiert (Christine Buci-Glucksmann, David Kaisergruber, Y. Roucaute), die sich vorwiegend auf Gramsci berufen. Zum Beispiel kritisiert C. Buci-Glucksmann „den liberalen und sozialdemokratischen Eurokommunismus“ von Ellenstein, der sich auf eine „etappenweise Eroberung der Macht“ beschränken würde, der „die Demokratie mehr oder weniger mit der Existenz und Aufrechterhaltung der parlamentarischen Institutionen identifiziert, ohne sie, ausgehend von neuen Formen der Basisdemokratie, zu verändern“ (Interview aus dem Buch „Die KPF verändert“, Paris 1979).

Die linken „Eurokommunisten“ setzen sich für neue Formen der Selbstorganisation der Massen ein (Arbeiterräte, Stadtteilkomitees, Verbraucherkomitees), so daß die klassische repräsentative Demokratie permanent von der neuen selbstverwalteten Demokratie kontrolliert wird (siehe dazu auch Interview mit David Kaisergruber in AK 174).

Die „althusserische“ Strömung: Louis Althusser führt die Niederlage vom März 1978 nicht auf eine mangelhafte Beteiligung der Partei gegenüber neuen gesellschaftlichen Schichten zurück, sondern auf mangelnde ideologische und politische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse selber. „Die Schuld ist nicht der Kleinbourgeoisie zu geben, wie man es immer gerne glaubt, sondern die Ursache muß bei der Arbeiterklasse selber gesucht werden. Die Arbeiterklasse hat nur zu 33 % für die Partei gestimmt, hat 30 % ihrer Stimmen der PS gegeben, 20 % der Rechten, und der Rest hat sich enthalten in einer hartnäckigen Ablehnung jeder Form von Politik. Die Einheit der Arbeiterklasse ist längst nicht errungen, sondern diese Aufgabe liegt noch vor uns“ (Althusser, „Le Monde“, 27.4.78).

Für die Anhänger von Althusser geht es nicht um die Erfindung eines dritten, „eurokommunistischen“ Weges, sondern um die Aktualisierung der fundamentalen Lehren des Leninismus. Sie wären die einzigen Mitglieder der KPF, die auf dem XXII. Kongress die Ablehnung der Diktatur des Proletariats mißbilligt haben. Ihre Namen: E. Balibar, G. Labica, Y. Vargat, M. Moisssonier.

Fortsetzung folgt.  
Frankreich-Kommission



## Erste Vorbereitungen für die 2. Sozialistische Konferenz

Am 17.5. traf sich in Westberlin die Tagungsleitung der 1. Sozialistischen Konferenz, die in Kassel gleichzeitig als Vorbereitungsausschuss für die 2. Konferenz eingesetzt wurde. Beraten wurde über die Auswertung der ersten und die inhaltliche Festlegung der zweiten Konferenz.

In Kassel war angeregt worden, zur Auswertung einen Reader mit den wichtigsten Diskussionsbeiträgen der Arbeitsgruppen und Plenumsdebatten zu erstellen. Dazu sollten für die vier Arbeitsgruppen zentral Nachbereitungsgruppen gebildet werden. Die ersten Betrachtungen haben jedoch ergeben, daß sich weite Teile der Debatte mit den schon für die Konferenz schriftlich vorliegenden Materialien überschneiden würden. Die Tendenz geht deshalb dahin, auf eine akribische Nachbereitung (im Sinne eines detaillierten Protokolls) zu verzichten. Stattdessen soll darauf hingearbeitet werden, die neuen Aspekte und die sichtbaren Kontroversen herauszuarbeiten. Verantwortlich sollen hierfür die Leiter der Arbeitsgruppen sein. Vor Veröffentlichung sollen diese Ergebnisse an die an einer Nachbereitung interessierten Gruppen, Organisationen usw. verschickt werden.

Das Thema der nächsten Konferenz wird, wie in Kassel beschlossen, sein: „Der herrschende Block an der Macht und die Alternative der Linken“. Für die Arbeitsgruppen und damit auch für die thematische Gliederung sind von der Kölner Vorbereitungsgruppe folgende Vorschläge gemacht worden:

1. Politische und ökonomische Lage der BRD
2. Entwicklung der Reformpolitik der SPD
3. Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung
4. Internationale Lage: Krieg und Frieden
5. Was heißt herrschender Block?

Diese Vorschläge fanden im Vorbereitungsausschuss Zustimmung, bedeuten aber noch keine Festlegung.

Vom 14. bzw. 15.6. wurde ein weiteres Vorbereitungstreffen in Hannover vereinbart, daß offen für alle interessierten Organisationen, Gruppen und örtliche Vorbereitungsgruppen ist. Dort soll diskutiert werden, welche Möglichkeiten bestehen, die thematischen Schwerpunkte der Konferenz an örtliche bzw. regionale Vorbereitungsgruppen zu delegieren. Dementsprechend sollten auch Vorgespräche zwischen den an der Konferenz beteiligten Kräfte vor Ort stattfinden.

In Kassel war angeregt worden, örtliche Nachbereitungstreffen einzuberufen. Erste Kontakte und Treffen hat es dazu bisher in Westberlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Marburg, München und Köln gegeben.

### „Neuer Realismus“ gegenüber der SPD?

Schon vor und während der 1. Konferenz hatte sich abgezeichnet, daß eine Reihe von Kräften bestrebt ist, der SPD alle Türen bei diesem Projekt offen zu halten. Sichtbarster Ausdruck hiervon war die Einladung an Peter von Oertzen, der sicherlich ein ausgezeichneter Sozialdemokrat ist, aber mit einer sozialistischen Alternative selbstverständlich nichts am Hut hat. In dieser Hinsicht gibt es nun einen interessanten Auswertungsbildung von Dieter Esche (SB, Mitglied des Vorbereitungsausschusses) in der „Taz“ vom 23.5. Sein „positiver Eindruck von der Kasseler Konferenz“ ist, daß sich in der Linken ein „neuer Realismus“ durchzusetzen scheint. Darunter versteht er ein neues, „realistisches“ Verhältnis zur SPD. Dies erfordere der Linken endlich, „ein sachlicheres, nicht von Berührungspunkten geprägtes Verhältnis zu den Linken in dieser Partei“ (als wenn es nie Abgrenzungsbeschlüsse der SPD, auch der SPD-Linken, gegenüber der sozialistischen und kommunistischen Bewegung gegeben

hat). Besonders betont er dann noch die von ihm entdeckte „Einsicht, daß ohne das nicht unerhebliche Potential an Linken in der SPD eine sozialistische Alternative nicht auf die Beine zu stellen ist.“ Wenn gegenwärtig (erfreulicherweise) schon soviel über die Fehler der Linken in den vergangenen Jahren diskutiert wird, darf wohl gerade dies, die Orientierung auf die SPD bzw. die SPD-Linken absolut nicht ausgeklammert werden.

### Die Karriere des Rudi Steinke

Rudi Steinke, von Bahro mit der Organisation der 1. Konferenz beauftragt und heute noch Mitglied des Vorbereitungsausschusses für die 2. Konferenz, hat ein neues Amt übernommen: er ist jetzt politischer Berater im Sachverhalt Studentenpolitik beim Westberliner Wissenschaftssenator Peter Glotz (SPD).

Vor zwei Jahren wurde in Westberlin an den Hochschulen die verfallende Studentenschaft wieder eingeführt, d.h. konkret die Einsetzung eines Studentenparlaments und eines AstA als Vertretungsorgane der Studentenschaft. Dies geschah unter wesentlicher Federführung von Peter Glotz, der auch als Symbolfigur des Integrationsversuchs gegenüber der Linken bekannt ist. Rudi Steinke wurde ins Studentenparlament für die Jusos-Hochschulgruppen gewählt. In seiner Eigenschaft als Parlamentarier nahm er von nun an auch an den Verhandlungen mit Peter Glotz und seinem Ministerium teil, was nun wiederum seine Früchte eintrug. Er bekam das Amt eines politischen Beraters im Sachverhalt Studentenpolitik bei Peter Glotz angetraut, und er nahm dankend an. Seinen Sitz im Studentenparlament gab er auf, „aus beruflichen Gründen“ wie es in einem Schreiben heißt. Nun sitzt er also auf der anderen Seite des Verhandlungstisches - natürlich alles im Interesse der Linken!

## Menschen Tiere Sensationen. Die wahren Hintergründe der Spaltung des KB

Es ließ aufhorchen, als eine der geheimnisvollsten Organisationen der K-Gruppen-Szene, der kommunistische Bund Nord, sich im letzten Juli spaltete. Eine Gruppe von rund 40 % der Mitglieder, die sogenannte Zentralfraktion, wurde damals von dem niemals gewählten, streng konspirativen operierenden LG des KB Nord ausgeschlossen. Unter den Ausgeschlossenen waren fast sämtliche „Genossinnen“ des KB sowie nahezu sämtliche Hamburger Bürgerinitiativen.

Die ausgeschlossene Zentralfraktion wurde aus dem riesigen Vermögen des KB Nord mit 2 Millionen Rubel in bar, 15 SAAB's sowie zwei Ananas-Plantagen in Schleswig-Holstein abgefunden. Dafür mußte sich die Zentralfraktion verpflichten, bis zum Jahre 2029 absolutes Stillschweigen über die Hintergründe der KB-Spaltung zu bewahren. Einer der Ausgeschlossenen hat sich jedoch jetzt entschlossen, das Schweigen zu brechen. Ihm verdanken wir diesen Bericht.

Der Niedergang des KB war seit seinem vergeblichen Sturm auf den Bauplatz Brokdorf (19. Februar 1973) nicht mehr zu übersehen. Damals verließen nahezu alle süddeutschen Gruppen sowie die Sektion DDR den KB. Ihr Vorwurf: Die Brokdorf-Aktion des KB sei ein Kamikaze-Unternehmen gewesen. Auf einer Geheimnissitzung des nach streng leninistischen Kaderprinzipien arbeitenden LG wurde daraufhin beschlossen, den bisherigen Namen KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) abzuändern in den heutigen Namen KB Nord.

Das Scheitern des Sturms auf den Brokdorfer Bauplatz veranlaßte das LG zu einer seiner gefürchteten „Ausrichtungskampagnen“. In einem Artikel „Dürfen Kommunisten schwul sein?“ (AK 113, 1.4.75) schrieb der LG-Vorsitzende: „Die Schleifung des Bauzauns war zum Greifen nahe. Die Polizeitruppe befand sich in Zersetzung. Man mußte die Volksmassen zur Belagerung zusammenschließen. Daß dies nicht gelang, lag an den Opportunisten und an den Schwulen. Von ihnen muß man sich trennen. Je eher, um so besser.“

Dieser Artikel des LG-Vorsitzenden, der selbst den meisten KB-Mitgliedern völlig unbekannt ist, führte zu ersten heftigen Auseinandersetzungen im LG. Der Stellvertretende LG-Vorsitzende, der heute der Zentralfraktion angehört und der sich als einziger Vertreter des undurchsichtigen KB-Apparats schon seit mehreren Jahren in die Homophilen-Thematik intensiv eingearbeitet hatte, widersetzte sich der von der LG-Mehrheit geforderten „Hinaussaubung von Perversen und Asozialen“. Es kam auf dieser Geheimnissitzung des LG zu einer wilden Schießerei, wobei eine Schwester des Stellvertretenden LG-Vorsitzenden erschossen wurde. Kurz darauf setzten aufgeputschte KB-Mitglieder die Wohnung des Stellvertretenden LG-Vorsitzenden in Brand. Als Ergebnis dieses Konflikts wurde die sogenannte AG Schwule gebildet, die streng zu überwachen hatte, daß sich KB-Mitglieder nicht homosexuell betätigten.

Einen weiteren Aderlaß für den KB Nord bedeutete im Sommer 1977 der Ausschuß der sogenannten Kritik-Fraktion. Diese Gruppe wurde so genannt, weil sie Kritik an dem aufwendigen Lebensstil der KB-Funktionäre geübt hatte. Die Kritik-Fraktion umfaßte 40% der Hamburger KB-Ortsgruppe, darunter sämtliche Hamburger Bürgerinitiativen und den gesamten Landesvorstand Hamburg der KB-Tarnorganisation DIU (Demokratische Frauen-Universität). Auf diese neuerliche Spaltung des KB folgte wieder eine der traditionellen

„Ausrichtungskampagnen“. In seinem Artikel „Schluß mit der Privat-Scheiße im KB!“ (AK 147, 13.8.77) schrieb der LG-Vorsitzende: „Die Opportunisten haben erreicht ihre Resignations-Fratze gezeigt. Das beweist, daß wir in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen dürfen. — Woher kommt der Opportunismus? Er kommt von dem Breitreten der kleinbürgerlichen Privat-Scheiße im KB. Wenn man den Opportunismus schlagen will, muß man mit der Privat-Scheiße sofort Schluß machen!“ Bis dahin waren im „Arbeiterkampf“ des KB immerhin noch vereinzelt Artikel zu lesen gewesen, in denen KB-„Genossinnen“ ihren Unmut über frauenfeindliches Treiben der KB-Männer, über Vergewaltigungen, über das vom LG im Januar 1974 verhängte Gehalt-Verbot und ähnliche krasse Mißstände Luft machen konnten. „An diesen unpolitischen Privat-Problemen haften Liebesgenossen“, verkündete der LG-Vorsitzende in einem streng geheimen Erlaß.

Für die heute Zentralfraktion war diese „Ausrichtungskampagne“ der letzte Anlaß, gegen die orthodox leninistische Linie der LG-Mehrheit zu opponieren. Es gelang ihnen, mehrere kritische Artikel gegen diese Kampagne im „Arbeiterkampf“ zu platzieren, bis ihnen im April 1979 auch das Verbot wurde.

Der Konflikt spitzte sich zu, als die LG-Mehrheit im Mai 1979 die Soz. i. L. -Liste in aller „Genossinnen“- und die Übergabe des Kontos der Bunden Liste an den KB forderte. In einer Geheimrede auf einer streng konspirativen Sitzung ausgewählter, linientreuer „Delegierter“ tobte der LG-Vorsitzende: „Unsere Forderungen sind gut, weil wir richtig sind. Ohne die Gelder der Bunden Liste ist die Ausstattung aller KB-Funktionäre mit Wasserbetten nicht zu gewährleisten. Wir brauchen aber diese „Gelder der Bunden Liste“ für die Ausstattung aller KB-Funktionäre mit Wasserbetten nicht zu gewährleisten. Wir brauchen aber diese Wasserbetten, weil sie nötig sind!“

Die Zentralfraktion, die sich diesen Forderungen widersetzte, wurde daraufhin am 5.8.79 aus dem KB ausgeschlossen. Im Anschluß daran fanden in allen „Zellen“ des KB streng konspirative „Sitzungen“ statt, auf denen in Anwesenheit von KB-Funktionären der Ausschuß der Kritiker mit sogenannten „Ergebnisadressen“ an das LG begrüßt werden mußte.

Heute ist der Rest-KB, der noch etwa 420 Mitglieder umfaßt, heillos in 4 rivalisierende Fraktionen zerstückelt: 1. Die „Ramsch-Fraktion“, die vor allem aus Mitgliedern des geheimen LG und des obersten Funktionskaders besteht, plädiert dafür, sich das verbliebene KB-Vermögen (ca. 25 Millionen Dollar) unter den 25 Millionen zu reissen und sich damit dünne zu machen.

2. Die „Rote Armee-Fraktion“, zu der etwa 40% der Hamburger Ortsgruppe gehören (darunter sämtliche Hamburger Bürgerinitiativen), fordert einen Zusammenschluß mit den „Revolutionären Zellen“, bei strikter Abgrenzung zur „Opportunisten vom 2. Juni“.

3. Die „Stolypinsche Fraktion“ (so benannt nach dem berüchtigten Vorsitzenden) fordert eine „Rückbesinnung“ auf einen orthodoxen Kommunismus (trozkistisch-stalinistischer Observanz).

4. Die „Drei-Weiten-Fraktion“ fordert einen Zusammenschluß mit der vor drei Monaten gegründeten KPD des Altkommunisten Jasper Semmelmann.

Feststeht, daß alle Beobachter dem KB Nord nur noch eine kurze Lebensdauer geben. Dazu die Einschätzung eines ungenannt bleibenden wackelnden Kenners der K-Gruppen-Szene: „Der KB wird sich in Kürze auflösen, weil das wahrscheinlich ist“.

## So sehen's die anderen: Bremer „Krawalle“

Im AK 177 geben wir eine erste Übersicht der unterschiedlichen Stellungnahmen zu den Demonstrationen gegen die Militaristen-Show in Bremen am 6. Mai. Hier eine Ergänzung:

### SAG

Die SAG (Sozialistische Arbeitergruppe) berichtet in ihrer „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ vom 14.5. rein sachlich über die Vorgänge. Auf jede „Distanzierung“ von den „Krawallen“ wird verzichtet, was von der SAG auch nicht anders zu erwarten war. Allerdings hat sich die SAG auch zu einer positiven Kommentierung nicht durchringen können, was angesichts der sonstigen Vorbehalte der SAG für militante Aktionen erstaunlich ist.

### KABD

Überhaupt nicht erstaunlich ist hingegen die Stellungnahme des stalinistischen KABD: Um von der breiten Opposition gegen den Militaristen-aufmarsch „abzulenken“, „provokierte die Polizeiführung einen blutigen Zusammenstoß mit anarchistischen Provokateuren im Anschluß an die Demonstration“. Hierbei habe es „sich um ein vorbereitetes und abgekartetes Spiel“ gehandelt (Erklärung der Zentralen Leitung des KABD, „Rote Fahne“, 17.5.).

### GIM

Die trotzkistische GIM meint, die Haltung der Linken zu den „militanten Aktionen“ müsse „geklärt werden“.

## Neues von der „Gruppe 2“

In einer nur dem KB gewidmeten Sonderbrochure teilte die im Dezember '79 aus dem KB ausgestiegene „Gruppe 2“ Ende April ihre Ansicht mit, „daß eine weitere Kontroverse mit dem KB um eine richtige und notwendige Politik der westdeutschen Linken in der alternativen Wahlbewegung ganz und gar sinnlos und zwecklos geworden ist. Der KB scheint für eine solche Debatte und Politik — zumindest derzeit — verloren“ (S. 3). Grund: dem KB fehle „jede Bereitschaft zu selbstkritischer Reflektion der eigenen Politik“ (S. 18). Mit der Sonderbrochure wolle man „bis auf weiteres den Streit mit dem KB beenden“ (S. 3).

Diese Entscheidung der „2“-Chef- etage mußte konsequenterweise negative Rückwirkungen auf die Diskussionsprozesse haben, die sich mit dem Begriff des „Revolutionären Blocks“ verbinden (sachlich dazu: AK 176, S. 54). Gemeint ist der Vorschlag der „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (KDS-Hilfskomitees) von mehreren linken Gruppierungen getragene gemeinsame Zeitung herauszugeben, die als Sammelpunkt eines auf ökonomischen „Zusammenschlüssen“ aufbauenden „Revolutionären Blocks“ dienen soll.

Als ein erster praktischer Schritt in Richtung auf diese gemeinsame Zeitung ist seit längerem eine von „Komitees“, KB und „Gruppe 2“ gemeinsam getragene Brochure mit Artikeln zum Ökologismus und zur Grünen Partei in Vorbereitung. Strittig schien im wesentlichen „nur“

nach die Formulierung eines gemeinsamen Vorworts.

Am 19.5. allerdings teilte die „2“-Leitung dem KB schriftlich mit, sie habe „eine längere Debatte geführt, ob eine Zusammenarbeit mit euch (wie an einem solchen Brochure-Projekt) überhaupt noch irgendeinen positiven Sinn haben kann. Alternativ wurde bei uns dazu vorgeschlagen, euch solange einfach rechts liegen zu lassen, bis ihr wieder bei Sinnen seid“. Außerdem sei für die „Gruppe 2“ eine „Schädigung unseres Ansehens in der Grünen Partei durch eine gemeinsame Veröffentlichung mit euch“ zu befürchten. „Trotz der vielen negativen Vorzeichen“ habe man sich aber dazu „durchgerungen“, an der geplanten Brochure „operativ festzuhalten“. — Zugleich meldete die „2“-Leitung Einwände gegen die vorliegenden KB-Beiträge für die geplante Brochure an: Diese seien lediglich „selbstes Gewäsch und „marxistische Allerweltsweisheiten“, ihr „Niveau“ sei „vergleichen mit der „analytischen und theoretischen Arbeit“ der „Gruppe 2“ — allzu „humorlos“.

Wer die schützrohren Freunde in der „2“-Leitung ein bißchen kennt, kann sich diese Mitteilung mühelos ins Deutsche übersetzen: Die „2“-Leitung möchte so rasch wie möglich aus der Zusammenarbeit mit dem KB an diesem Projekt aussteigen, sucht aber noch nach einem eleganten Dreh, wie dem KB dafür der „Schwarze Peter“ zugeschoben werden könnte.

den“, worin sie selbst aber nur Andeutungen liefert: „eine Gruppe von 100 - 200 „Millionen“ habe „sich ihren Privatreier mit der Polizei geliefert“ und so — zusammen mit der „Spaltung“ der Aktionen — „schließlich die mögliche Massenwirkung des Protests vereitelt“. Die GIM empfiehlt: „Es wäre möglich gewesen, in einer kollektiven Aktion tausender Demonstranten ins Stadion zu gehen, die Eingänge zu besetzen und von den Tribünen zu protestieren“, „was tun“, 22.5.). Und fröhlich wäre eine solche Aktion verlaufen, gelbe?!

### „Anstiftung der Frauen zum Frieden“

Diese Westberliner Fraueninitiative wandte sich scharf gegen die Bremer „Gewaltdemonstration“. „Gewalttätig-militante Aktionen kommen einer Politik wie gerufen, die in jeder Hinsicht bestrebt ist, für Militär und Aufrüstung innerhalb der Bevölkerung eine positive Stimme zu erzeugen. Es ist zu befürchten, daß dadurch auch die gewaltfreie Bohr-Platz-Besetzung in Gorbelen besonders gefährdet wird. Gewalttätige Aktionsgruppen sind darüber hinaus wie geschaffen für bezahlte Provokateure“ (nach „Neue“, 22.5.).

### „MLD“

Ebenfalls nicht erstaunlich ist der Kommentar der CSU-nahen „MLD“ („Marxisten-Leninisten Deutschlands“): „Gewalttätige Auseinandersetzungen“ seien „grundsätzlich zu verurteilen“. In Bremen habe es sich um „einen isolierten anarchistischen Akt“ gehandelt. Als Drahtzieher wird von der „MLD“ mühelos der Hauptfeind der Menschheit ausgemacht: Die Demonstrationen seien „von der finsten Kolonne Moskau, der DKP und ihren Massen- und Tarnorganisationen angezettelt“ worden („die achtzigste Jahrgang“, 14.5.80).

### Eine wackere Stimme aus der CSU

Die „MLD“ ist sich darin wieder einmal einig mit der CSU. Zweifellos könnten sie Wort für Wort den Kommentaren des CSU-„Rechtsexperten“ Fritz Wiltmann zu Bremen unterschreiben: „Die K-Gruppen sind nichts anderes als die radikalen Stoßtruppen der DKP. Sie werden offensichtlich vom sowjetischen Geheimdienst KGB finanziert, um unseren demokratischen Staat von innen heraus wehrlos zu machen“ („Bild“, 12.5.).



Happy Birthday...

Am 23. Mai 1970 wurde die Hamburger Gruppe KAB (Kommunistischer Arbeiterbund) eine der Vorläuferorganisationen des KB gebildet. In das

schier unüberschaubare Heer der Gratulanten anlässlich des 10. Jahrestages dieses Ereignisses reihet sich nachträglich auch die AK-Redaktion ein.